REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 316 · 5.3.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 59 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Der Konflikt im Kaukasus: Aus einem Funken wird ein Steppenbrand
2. Fraueninteressen sind Menschheitsinteressen
3. Stolpert Kohl über Polens Westgrenze?
4. Wenn Wölfe Kreide fressen ... Zum neuen Parteiprogramm der "Republikaner"
5. Zwischen Revolution und Konterrevolution: Die Wahlen in Nicaragua wurden zum Gradmesser des gesellschaftlichen Bewußtseins (*)
6. Verrechnet
7. Die "Liberale-Connection" - Miniser Möllemann und sein trojanische Pferd "LSI"
8. Der "Taylor-Report" oder: Über die Bewältigung einer Fußballkatastrophe mittels des Klassenkampfes
9. Doku: Autonomer Antifaschismus in der DDR
10. Dokumentation: Offener Brief von Lew Kopelew gegen Chauvinismus und Antisemitismus in der UdSSR
11. PDS zwischen Gysi und Godesberg
12. Dokumentation: Aus dem Wahlprogramm der PDS
13. Dokumentation: Keine BRDigung der DDR!
14. Dokumentation: Aus dem vorläufigen Programm der Vereinigten Linken zur Volkskammerwahl
15. "Wir müssen unsere Utopien trotzdem verteidigen..." Interview mit Michael Mäde (Vereinigte Linke)
16. Ina Merkel: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen
17. Das Ende der Nachkriegsordnung
18. Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser - Über die Auseinandersetzung Hamburger Vertrauensleute mit ihrer Gewerkschaft
19. Der vorprogrammierte Bruch: Bundesweite Antifa-Konferenz in Frankfurt
20. Ja, sie dachten sich das schön... Zur Besetzungsaktion in der Paulskirche
21. Von Gorleben nach Wackersdorf und zurück... von Wolfgang Ehmke
22. Bettelmarsch in NRW: Roma weiter für Bleiberecht
23. Wo bleibt der US-Atommüll für die Endlagerversuche in der Asse?
24. Zwischenbilanz der Kampagne "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz"
25. Auf dem Rücken der Angeklagten - Vom Wollen und Können der Bundesanwaltschaft im PKK- Prozeß
26. Dokumentation: Briefe an die RAF-Gefangenen
27. Gentechnologie in Nöten: Gericht bestreitet die rechtliche Grundlage für die Nutzung der Gentechnologie
28. El Salvador: Flüchtlinge kehren zurück
29. Saddam"s Irak: RgW-Entwicklung schafft Zugzwang
30. Kurdistan-Irak: Deportationen und Vernichtung
31. Südostanatolienprojekt GAP: "Größtes Entwicklungsvorhaben der Welt"
32. Die Krise des Burenstaates und die Strategie des ANC
33. Versuch einer Verständigung
34. Nach Kräften um Nichtverstehen bemüht
35. Welches Recht?
36. Hinter den Kulissen Von Kai Ehlers (F.) und Knut Mellenthin (Kt.)
37. Die "anti-deutsche" Pose - umgestülpte Deutschtümelei - Für Realitätsgewinn in der "deutsch-deutschen" Frage
38. Einige Bemerkungen zur "deutschen Psyche"
39. Deutschland über alles ? ...
40. BRD-Linke und "deutsche Frage" Neo-Nationalismus von links
41. KB-Veranstaltungsreihe Von Marlene Dietrich und anderen Deutschland- Hassern

42. Kai Kautsky und der Abschied von kritisch Vernunft - Anmerkungen zu Kai"s Papier "Antifaschistische Moral statt Politik?"
43. Don"t worry - take Gysi! Erwiderung auf "SED kopflos" (ak 315)
44. Zur "Deutschlandpolitik" Leitantrag von Gaby Gottwald u.a.
45. Die GAL in tiefer Krise Sollen die Grünen gespalten werden?
46. Abschied nehmen fällt schwer: SEW existiert immer noch (*)
47. Einen Schluck Wasser, bitte! von Jürgen Reents
48. Solidarität mit Roma und Cinti und ein Streit darüber, wie diese zu üben ist
49. Vom "Verrat" der Roma an den Roma und der deutsch-deutschen Solidarität, von Yaron Matras (*)
50. Filme gegen das Vergessen
51. Stellungnahme der AG-Rassismus
52. Bologna, 7.-10. März: 19. PCI-Kongreß Endgültiger Abschied vom Kommunismus?
53. betr.: Moral statt Politik, AK 315, S. 35
54. Vom Wert demokratischer Politikformen
55. Aufgeblättert: Broschüren-Vorstellungen
56. Türkei will Vormacht im Nahen Osten
57. SPENDEN-ERGEBNIS
58. Kalender
59. Solidarität mit Roma und Cinti und ein Streit darüber, wie diese zu üben ist

1. Der Konflikt im Kaukasus: Aus einem Funken wird ein Steppenbrand

Konfliktherd Kaukasus:

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:55

"Indem ich den Sowjetrepubliken des Kaukasus heiße Grüße entbiete, gestatte ich mir, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß ihr enges Bündnis ein Vorbild nationalen Friedens schaffen wird, wie er unter der Bourgeoisie noch nie dagewesen und in einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung unmöglich ist", so Lenin am 14.4. 1921. Auch in der Neufassung des Parteiprogramms der KPdSU von 1986 wird die "Lösung der nationalen Frage" als eine der "hervorragenden Errungenschaften des Sozialismus" gelobt.

Die tragischen Ereignisse der vergangenen zwei Jahre und ihre blutige Zuspitzung während der Januarwochen dieses Jahres haben nicht nur Lenins Hoffnungen zerplatzen lassen, sondern überall in der Linken, wie kritisch sie dem sowjetischen Experiment des Sozialismus im einzelnen auch gegenüberstand, Enttäuschung und Bestürzung hervorgerufen. Ausgerechnet in der Sowjetunion, 70 Jahre nach Errichtung der Sowjetmacht, ist es zu blutigen Pogromen und nationalistischen Ausschreitungen gekommen, die Hunderte von Menschen das Leben kosteten und im Januar schließlich in einen offenen Krieg zwischen zwei Sowjetrepubliken mündeten.

Ausgangspunkt: Karabagh

Der Anlaß, der die auch historischen Konflikte zwischen den beiden Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan nach 70 Jahren wieder offen hervortreten ließ, war die Forderung der Armenier, die von Aserbaidschan verwaltete Enklave Karabagh der Republik Armenien zuzuführen. Das mehrheitlich (75%) von Armeniern bewohnte Gebiet Karabagh war 1921 unter dem Druck der Türkei (und der allgemein schwierigen Situation der Nachkriegs- und Bürgerkriegssituation) der Republik Aserbaidschan unterstellt worden. Die Rücksicht auf die junge türkische Nationalbewegung, die in den Jahren der Revolution als erster benachbarter Verbündeter galt, ging sogar soweit, daß die Armenier in der Sowjetunion erst 1965 - nach 50 Jahren! - erstmalig öffentliche Gedenkfeiern für die Opfer des Völkermords von 1915 durchführen konnten.

Nachdem eine Petition, die - 1962 an Chruschtschow geschickt - eine Lösung der Karabagh-Frage verlangte, erfolglos blieb, organisierten sich während der Breschnewzeit nationalistisch gesinnte Armenier im Untergrund in der "nationalen vereinigten Partei". 1977 wurde ein armenisches Helsinki-Komitee geschaffen, welches ebenfalls die Karabagh-Frage als zentralen Programmpunkt hatte.

Ermutigt durch die Perestroika und neu entstandene Bürgerrechtsbewegungen in anderen Sowjetrepubliken entstand 1987 auch in Armenien und Karabagh eine Bürgerbewegung, die sich zunächst für soziale und ökologische Ziele einsetzte (wie z.B. gegen das in einem Erdbebengebiet gelegene AKW Hoktembejan) und darüberhinaus der Korruption in Staat und Partei den Kampf ansagte.

Im August 87 schließlich hat ein Komitee in Nagorny Karabagh 75.000 Unterschriften (in Karabagh leben 170.000 Einwohner, davon 145.000 Armenier) für eine Petition gesammelt, in der die "Wiedergutmachung der historischen Ungerechtigkeit - nämlich der Anschluß Karabaghs an Armenien" gefordert wird und die kulturelle und soziale Benachteiligung beklagt wird. Konkret wird gegen die "Islamisierung und Türkisierung der armenischen Gebiete" protestiert, die nur dem Nutzen des feindlichen NATO-Staates Türkei dienten.

Als sie auf die an Gorbatschow abgeschickte Petition keine Antwort erhalten, reagieren die Karabagher mit Streiks und Demonstrationen. Erst daraufhin fängt ab Februar 1988 auch die Bürgerbewegung in Armenien selbst an, sich erneut der Karabagh-Problematik anzunehmen. Elf bekannte Intellektuelle gründen das "Karabagh-Komitee". In der Folgezeit wird die Unterstützung der Landsleute in Karabagh und damit die "nationale Frage" zum bestimmenden Inhalt der Bürgerbewegung in Armenien, in dessen Hauptstadt Eriwan es zu Massenkundgebungen kommt, an denen sich regelmäßig Hunderttausende Menschen beteiligen. Am 20. Februar 1988 schloß sich der Gebietssowjet von Karabagh überraschend dieser Forderung an und verlangt die Angliederung an die SSR Armenien.

Die Vorboten: Pogrome in Sumgait und Kirowabad

Genau eine Woche später, am 27.2., ereignet sich in der aserbaidschanischen Industrie-und Hafenstadt Sumgait ein Pogrom gegen Armenier, welches offensichtlich vorbereitet war und zudem mit Unterstützung, zumindest Duldung aus örtlichen Staats-und Parteikreisen organisiert wurde: So waren Listen mit Wohnungen von Armeniern angefertigt worden, als Schlägertrupps waren pauperisierte Jugendliche von außerhalb herangekarrt worden, die örtliche Miliz griff während der blutigen Ausschreitungen nicht ein, sondern schaute im Gegenteil gelassen zu.

Während offizielle sowjetische Angaben die Zahl der Toten von Sumgait mit 32 beziffern, sprechen armenische Quellen, aber auch die "Moskau News", von einem Vielfachen an Todesopfern. Hunderte Menschen wurden verletzt, zahlreiche Wohnungen geplündert, ausgebrannt, Frauen vergewaltigt.

Spätestens dieses furchtbare Ereignis hätte für alle Beteiligten, insbesondere Moskau und die KP der Republik Aserbaidschan alarmierend genug sein müssen, um den Ursachen dieser Spannungen nachzugehen und den nationalistischen Strömungen, wie sie ja zumindest in Teilen der aserbaidschanischen Bevölkerung ganz offensichtlich vorhanden waren/sind, entgegenzutreten. Im Gegenteil: Da chauvinistische Pogrome im "Musterland der Völkerverständigung" ein allzu offensichtlicher Anachronismus sind , wurde zunächst wieder nur eine äußerst halbherzige Informationspolitik gemacht: über die Ereignisse in Sumgait berichtete die sowjetische Presse kaum; erst mit mehrmonatiger Verspätung brachte das Fernsehen einen Filmbericht, der das Ausmaß der Ereignisse zumindest andeutete.

Weder die aserbaidschanische KP noch sich "unabhängig" oder "demokratisch" nennende Intellektuelle Aserbaidschans hielten es für nötig, die antiarmenischen Ausschreitungen ernsthaft öffentlich zu verurteilen und eine offensive antifaschistische antichauvinistische Position zu beziehen. Stattdessen hieß anscheinend die Devise sowohl in der aserbaidschanischen KP als auch bei den zentralen Parteigremien in Moskau, angesichts von über 50 Mio. turksprachigen Muslimen in der Sowjetunion sich lieber nicht mit den aserbaidschanischen Nationalisten anzulegen.

Auch die strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen wurde nur halbherzig vorgenommen. Zwar wurden der Polizeichef und der örtliche Parteivorsitzende von Sumgait ihrer Ämter enthoben; ernsthafte Ermittlungen zur Aufklärung der Ereignisse und Feststellung der Verantwortlichen (gar ihre Verbindungen zur örtlichen Partei) fanden nicht statt. Verurteilt wurden stattdessen eine Reihe von Jugendlichen, davon einer zum Tode. Der Prozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Moskau statt, das Urteil wurde in der Sowjetunion nicht veröffentlicht.

Weniger zimperlich ging die sowjetische Führung mit den Opfern - der armenischen Seite um: Ende März 88 wurden alle Massenkundgebungen in Eriwan verboten, Panzer fuhren durch die Stadt. Am 18. Juli 1988 erteilte der oberste Sowjet der UdSSR der Forderung nach Angliederung Karabaghs an Armenien eine Abfuhr. Stattdessen wurde das Gebiet einer sowjetischen Sonderverwaltung unterstellt. Unterdessen formierte sich der aserbaidschanische Nationalismus: Im Sommer 1988 blockierten aserbaidschanische Kräfte erstmals die Eisenbahnlinien nach Armenien und Karabagh, wodurch die armenische Bevölkerung in beiden Teilen von ihrer wichtigsten Versorgungsader abgeschnitten wurde.

Bereits im November desselben Jahres kam es in der zweitgrößten Stadt Aserbaidschans - Kirowabad - erneut zu antiarmenischen Ausschreitungen und Gewalttaten, bei denen pantürkische Strömungen offensichtlich eine Rolle spielen: 36 Stunden lang wehte die türkische Fahne vom Rathaus in Kirowabad. Auch dies Ereignis wird von der KP Aserbaidschans wie auch der KPdSU ignoriert, nicht einmal als Warnsignal begriffen. Über eine strafrechtliche Verfolgung bzw. Aufklärung der Vorfälle ist bis heute nichts bekannt.

Erdbebenkatastrophe in Armenien

Am 7. Dezember 88 ereignete sich in Armenien ein schweres Erdbeben, wodurch 50.000 Menschen ums Leben kamen und einige Hunderttausend obdachlos wurden. Während Tausende Menschen unter den Trümmern begraben, tot, verletzt, vermißt oder obdachlos wurden, führten nationalistische Aserbaidschaner auf den Straßen Bakus Freudentänze auf, ob der "göttlichen Strafe", die die Armenier getroffen habe. Zwar schickte die offizielle Staats- und Parteiführung der SSR Aserbaidschan Beileidstelegramme und bot Hilfeleistungen an, doch schon wenige Wochen später wurden die Zufahrtsstraßen und -schienen nach Armenien von aserbaidschanischer Seite erneut blokkiert, damit sowohl der Transport lebensnotwendiger Nahrungs- und Hilfsmittel behindert als auch der Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Städte sabotiert.

In Armenien hatte die Katastrophe die Menschen noch enger zusammenrücken lassen - und - indirekt - dazu beigetragen, den Einfluß des Karabagh-Komitees zu stärken: In den ersten Tagen nach dem Erdbeben waren Staats- und Parteileitung der SSR Armenien wie paralysiert, während das Karabagh-Komitee die Notversorgung und erste Aufräumarbeiten zu organisieren bekann. Dadurch wurde deutlich, daß das Komitee inzwischen zur organisierten Kraft neben der KP geworden war. Kurze Zeit nach dem Erdbeben wurde das Karabagh-Komitee verboten, die wichtigsten seiner Mitglieder, darunter Angehörige des Obersten Sowjet der SSR Armenien, inhaftiert.

Gründung der aserbaidschanischen Volksfront

Im Sommer 1989 wird offiziell die aserbaidschanische Volksfront gegründet, die in ihrem Programm soziale, ökologische und demokratische Forderungen vertritt und sich wesentlich aus Intellektuellenkreisen rekrutiert. Im Widerspruch jedoch zu dem offiziellen "demokratischen" Programm, vertreten die bekannten Sprecher der Volksfront sämtlich eine offen nationalistische - in unterschiedlichen Schattierungen mal stärker islamisch, mal offen pantürkistisch geprägte - Ideologie . Vor dem sozialen Hintergrund wachsender Verelendung - jeder dritte Aserbaidschaner lebt unter der Armutsgrenze von umgerechnet 220 DM im Monat - trägt die Volksfront wesentlich zur chauvinistisch-antiarmenischen Mobilisierung bei.

Bereits kurz nach Gründung der Volksfront werden im August 89 in vielen Industriebetrieben Aserbaidschans Streiks von mehr als einer Woche Dauer durchgeführt. Gefordert wird die schnelle Lösung akuter sozialer und ökologischer Probleme und die Aufhebung der sowjetischen Sonderverwaltung für Karabagh. Diese irrationale Verknüpfung von sozialen Problemen mit einer antiarmenischen Haltung scheint für alle Strömungen der Volksfront symptomatisch. Was hat die Bevölkerung von Karabagh, oder die vorübergehend eingesetzte Sonderverwaltung mit den offensichtlichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen Aserbaidschans zu tun? (Die umgekehrten Vorwürfe der Karabagher Bevölkerung, durch die aserbaidschanische Verwaltung würden ihr zustehende Finanz- und Sachmittel nicht ankommen, scheint da weit plausibler.) Im September schließt sich auch der Oberste Sowjet Aserbaidschans auf einer außerordentlichen Sitzung, an der erstmals auch Vertreter der Volksfront zugelassen waren, der Forderung nach Abberufung der Sonderverwaltung für Karabagh an und fordert die "Wiedereinsetzung der vollen Souveränität Bakus".

Ab Ende September 89 wird die Blockade Berg-Karabaghs und Armeniens durch die aserbaidschanischen Eisenbahnarbeiter wieder aufgenommen und verstärkt. Wichtige Lebensmittel- und Materiallieferungen für den Wiederaufbau der erdbebenzerstörten Gebiete werden zurückgehalten, z.T. geplündert. Nach armenischen Angaben kamen nur 243 von 5.940 Waggons an und bereits zu diesem Zeitpunkt betragen die durch die Blockade entstandenen Verluste rund 200. Mio Rubel (ca. 600 Mio. DM), ein für die armenische Volkswirtschaft nicht unerheblicher Betrag. Eine Intervention Gorbatschows, der auf der Herbstsitzung des Obersten Sowjets "konkrete Maßnahmen" androht, falls die Blockade nicht innerhalb von zwei Tagen aufgehoben würde, hat nur eine kurzfristige Unterbrechung zum Ergebnis.

Während des ganzen Jahres 89 nehmen die Spannungen zwischen beiden Nationalitäten erheblich zu. Die Vertreibungen halten an: 160.000 Armenier müssen aus Aserbaidschan fliehen, während umgekehrt auch 140.000 Aserbaidschaner in umgekehrte Richtung flüchten und in den Slums und Trabantenstädten von Baku, Kirowabad und Sumgait die soziale Not vergrößern.

Im Oktober berichten sowjetische Zeitungen über die angespannte Lage in und um Karabagh, "nur die Truppen des Innenministeriums verhindern ein Blutvergießen", und A. Wolski, der von der Sowjetregierung nach Karabagh entsandte Sonderbeauftragte meldet, "nichts wird getan, um die Spannung zu mildern, die Situation wird von Tag zu Tag prekärer." Ausgerechnet in dieser Situation beschließt der Oberste Sowjet der SU Ende November die Auflösung der Sonderverwaltung von Karabagh; in dem entstandenen Machtvakuum häufen sich bewaffnete Übergriffe.

Am 1. Dezember 89 beschließt der Oberste Sowjet der SSR Armenien in Eriwan seinerseits den Anschluß Karabaghs und Naritschewans, der erwartungsgemäß von Moskau nicht anerkannt wird. (Ein solcher Beschluß widerspricht auch der sowjetischen Verfassung, die für Entscheidungen bezüglich einer Gebietsänderung die Zustimmung jeweils beider - bzw. aller - betroffenen Republiken fordert.) Der Beschluß läßt erkennen, inwieweit nun auch in der gesamten armenischen Republik - einschließlich der KP - eine Radikalisierung im nationalistischen Sinne stattgefunden hat: Nachdem die zentralen Gremien in Moskau die

armenischen Anliegen mehrfach abgebügelt haben, wird einfach "beschlossen", obwohl natürlich auch den Mitgliedern des Obersten Sowjets Eriwans klar war, daß sie nicht über die Kompetenz für einen derartigen Schritt verfügen. Darüberhinaus war die Angliederung der Provinz Naritschewan, die zwar historisch auch armenisch und ebenfalls erst unter dem Druck türkischer Truppen zu Aserbaidschan geschlagen wurde, aber inzwischen zu über 90% von Aserbaidschanern bevölkert wird, bislang nur als Forderung extrem nationalistischer Kreise in Armenien aufgetaucht.

Bereits im Dezember nimmt Aserbaidschan die Blockade Armeniens und Karabaghs wieder auf. Ein in Aserbaidschan gegründetes "Komitee für nationale Verteidigung" proklamiert den Marsch auf Karabagh.

Pogrom in Baku - nationalistische Volksfront an der Macht

Anfang Januar 90 demonstrieren Tausende von Aserbaidschanern an der sowjetisch-iranischen Grenze, also der Grenze zwischen Nord- und Süd-Aserbaidschan, reißen z.T. die Grenzbefestigungen nieder und fordern die Vereinigung der beiden Teile Aserbaidschans. In der im Grenzgebiet gelegenen Stadt Lenkoran besetzen Angehörige der Volksfront den örtlichen Rundfunksender. Am 11.1. meldet die Presse Verschleppungen und Geiselnahmen von Angehörigen der jeweilig anderen Volksgruppe in Armenien und Aserbaidschan. Einer Parlamentarierdelegation aus Moskau gelingt es nicht, nach Stepanakert, der Hauptstadt Karabaghs, zu kommen.

Am 13.1. schließlich erreicht die antiarmenische Stimmung in Baku ihren Höhepunkt. Angestachelt durch die gefährliche Mischung aus sozialer (Wohnungs-)Not und Chauvinismus hatten Aserbaidschaner begonnen, armenische Familien gewaltsam aus ihren Wohnungen zu vertreiben bzw. diese zu plündern. Als sich eine armenische Familie gegen den Überfall wehrt, kommt es zu Auseinandersetzungen: Ein Aserbaidschaner stirbt, ein weiterer wird verletzt. Mit dieser "Nachricht" ("die Armenier haben zwei von uns erschlagen") wird die Masse von 150.000 Aserbaidschanern noch weiter aufgeputscht, die sich bereits zu einer antiarmenischen Demonstration (Mobilisierung für den "Marsch auf Karabagh") in Baku versammelt hatte. Das Metzeln beginnt: Mit Adressenlisten in der Hand plündern Aserbaidschaner rund 1.000 armenische Wohnungen. Männer, Frauen und Kinder werden aus den Fenstern geworfen, erschlagen, geblendet. Auf einem öffentlichen Platz werden vier Menschen bei lebendigem Leibe verbrannt, wobei sich Passanten entweder ängstlich zurückzogen, oder die Banden unterstützten und ruhig zuschauten. Allein an diesem Tag werden 66 Menschen ermordet. Mit Hilfe sowjetischer Truppen - während des Mordens haben offensichtlich weder aserbaidschanische Milizen noch in Baku stationierte reguläre Truppen der SU eingegriffen! - werden zehntausende Armenier per Schiff oder Flugzeug nach Turkmenistan und anderen Republiken evakuiert. Hunderte Armenier liegen in den Krankenhäusern Bakus.

Am darauffolgenden Tag (Sonntag 14.1.) fordert eine armenische Massenkundgebung in Eriwan die "totale Mobilisierung". Abgeordnete des armenischen Sowjets fordern, die Regierung der Republik durch ein "Komitee zur nationalen Rettung" zu ersetzen und eine eigene "Landeswehr" aufzustellen.

Am Montag, dem 15.1., erklärt die sowjetische Regierung in Moskau den Ausnahmezustand für Karabagh und zwei angrenzende, zu Aserbaidschan gehörende Kreise. Für Baku "empfiehlt" sie lediglich den örtlichen Behörden, die Sperrstunde wieder einzuführen. (Die Empfehlung wird nicht befolgt.)

Am Dienstag, dem 16.1., tritt in Armenien ein "außerordentlicher Verteidigungsrat" zusammen, dem auch Regierungsmitglieder der SSR Armenien angehören. In Eriwan kommt es zu Massenkundgebungen, die gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes und die (empfundene) Einseitigkeit der Moskauer Entscheidung protestieren. Zehntausende Armenier melden sich als Freiwillige, um für "den Schutz der vereinigten armenischen Republik" zu kämpfen.

In Aserbaidschan übernimmt in den folgenden Tagen die nationalistische Volksfront in großen Teilen der Republik die Macht, während ganz offensichtlich eine militärische "Eroberung" Karabaghs vorbereitet wird: Laut "Spiegel" (4/99) wurden an der Grenze zu Karabagh Schützengräben ausgehoben, Brücken und Bahnlinien, sowie eine Wasserleitung gesprengt und erste Boden-Boden-Raketen abgefeuert. Sonderkorrespondenten der TASS melden aus Baku, daß dort die antiarmenischen Greueltaten weitergehen. "Wieder brannten die Feuer der Pogrome."

Am Freitag, dem 19.1., drangen aserbaidschanische "Kämpfer" auf armenisches Gebiet vor, das Dorf Jerask wird mit Maschinengewehren beschossen. In den an der Grenze zum Iran gelegenen Kreisen Lenkoran und Dschalilabad verjagten die Nationalisten der Volksfront die örtlichen Sowjetbehörden samt Polizei und übernahmen selbst die Macht. In dem zu Karabagh gehörenden Kreis Schaumanjowsk werden 19 Armenier, darunter die regionale Partei- und Verwaltungsspitze, von Aserbaidschanern als Geiseln abgeführt. Das ebenfalls in Schaumian gelegene Dorf Asad wurde mit der Armee entwendeten Panzerfahrzeugen angegriffen. Der Korridor zwischen Armenien und Karabagh, in dem die Bevölkerung bis zum vorigen Jahr weitgehend national gemischt war, steht unter Dauerbeschuß. Auch Kirowabad, das von den Kräften der Volksfront in "Gandscha" umbenannt wird, ist in den Händen der Aufständischen, die den Flughafen besetzen und dort vier Panzer erbeuten. Die zu Aserbaidschan gehörige autonome SSR Naritschewan, die an die Türkei und den Iran grenzt, erklärt ihren Austritt aus der Sowjetunion.

Laut "Spiegel" kontrolliert die aserbaidschanische Volksfront zu diesem Zeitpunkt bereits 18 der 28 Verwaltungsbezirke. Partei- und Sowjetbehörden seien kampflos abgetreten. Die "Landeswehr" der Volksfront verfügte über Maschinengewehre und Raketen sowie (nach eigenen Angaben) über 100.000 Mann (nach Schätzung des sowjetischen Verteidigungsministers Jasow über 40.000 Mann). Der Generaldirektor der regierungsamtlichen TASS, Krawtschenko stellte fest, daß es in der SSR Aserbaidschan "keine wirkliche Sowjetmacht mehr gibt".

Erst in dieser Situation beschließt die Regierung in Moskau schließlich, den fünf Tage zuvor für Karabagh verhängten Ausnahmezustand nun auch auf Baku und die SSR Aserbaidschan auszudehnen und die Armee einzusetzen. Etwa gleichzeitig ("wenige Stunden vor dem Armeeinsatz") meldet die Volksfront Aserbaidschans nach Moskau, daß sie "die Lage wieder im Griff" habe. Sie selbst (die VF) hätte mäßigend eingegriffen und Freiwilligentrupps organisiert, um die verbliebenen Armenier vor weiteren Übergriffen "des fanatisierten Mobs zu schützen" (lt. "taz"). Diese Stellungnahme klingt nicht sehr glaubwürdig, wenn man bedenkt, daß zeitgleich bewaffnete Aserbaidschaner nach Karabagh eindrangen, ganz abgesehen davon, daß die aserbaidschanische Volksfront durch ihre nationalistische, anti-armenische Mobilisierung ganz wesentlich zur Vorbereitung des Krieges beigetragen hatte.

Über Radio ruft die Volksfront zum "Widerstand gegen die Rote Armee" und "Kampf gegen die Besatzer" auf. Dieser Aufruf wird auf ganz unterschiedliche Weise befolgt: Während einerseits bewaffnete Schützen das Feuer auf Soldaten eröffnen und Handgranaten werfen, versucht die aserbaidschanische Bevölkerung massenhaft, das Vorrücken der Truppen zu verhindern. Diese schießen sich den Weg frei. Nach Angaben des "Spiegel" sollen in der Nacht vom Freitag, dem 19.1., innerhalb weniger Stunden 500 Aserbaidschaner getötet worden sein. (Der Stadtkommandant, General W. Dubinjak, gibt die Zahl der getöteten Aserbaidschaner später mit 69 an, während die Vertretung der SSR Aserbaidschan in Moskau von 3.700 Toten spricht.) Nach Presseberichten und Augenzeugen befanden sich unter den Getöteten zahlreiche Zivilisten, darunter sogar Schulkinder. Nach Angaben des Militärkommandanten haben die Soldaten in der einen Nacht 60.000 Patronen verbraucht. (Moskau News 3/90)

Der Einmarsch, der von Verteidigungsminister Jasow persönlich geleitet wurde war offensichtlich als Strafaktion und Exempel konzipiert. "Extremisten haben offen das Ziel verkündet, die Macht an sich zu reißen. Verantwortliche Hasardeure fordern die Abtrennung der Republik von der Sowjetunion und ein islamisches Aserbaidschan", begründete Gorbatschow die Militäraktion im sowjetischen Fernsehen, während seine Beamten gerade einen Gesetzentwurf ausarbeiteten, der das "Recht auf Lostrennung" formal regeln soll. Auch Verteidigungsminister Jasow begründet den Armeeinsatz im Gespräch mit Moskauer Journalisten mit der "Notwendigkeit, die Machtstruktur der aserbaidschanischen Volksfront zu zerstören." Am darauffolgenden Tag demonstrieren mehr als 100.000 Menschen in Baku vor dem Gebäude der KP, wo sie die Absetzung des Generalsekretärs Wesirow erzwingen. Über Radio Baku läßt die Volksfront verlauten, sie habe die "KP entmachtet und selbst die Macht übernommen". In einer anderen, ebenfalls über Radio Baku verbreiteten Erklärung der Volksfront heißt es "der Widerstand geht weiter. Unser Ziel ist es, die Sowjetmacht in Baku zu stürzen und Karabagh einzunehmen".

Tagelang wird unter Parolen wie "Nieder mit dem Kommunismus", "Henker Gorbatschow" für die Absetzung der Sowjetregierung in Aserbaidschan und gegen den Einmarsch der Roten Armee demonstriert. Der von der Volksfront ausgerufene Generalstreik wird überall befolgt und kommt trotz der Verbote erst nach einer Woche

langsam zum Erliegen. Rund 100.000 Parteimitglieder (was etwa einem Viertel der Partei entspricht) zerreißen oder verbrennen ihre Parteibücher.

In Baku selbst, wie in anderen Teilen Aserbaidschans, kommt es weiterhin zu bewaffneten Angriffen gegen Sowjetsoldaten. Teile der SSR Aserbaidschan befinden sich nach wie vor unter Kontrolle der Aufständischen. Auch an der Grenze zum Iran kommt es wieder zu Demonstrationen, Zerstörung der Grenzbefestigungen und massenhaften Grenzübertritten nach Iran-Aserbaidschan. Über Radio Baku fordert Abbas Mehmedow die Türkei und andere muslimische Staaten auf, gegen den Einmarsch der Sowjettruppen zu intervenieren und die asbaidschanische Volksfront zu unterstützen. Noch am Donnerstag, dem 25.1., droht ein Sprecher der aserbaidschanischen Volksfront auf einer Pressekonferenz in Moskau mit einem Guerillakrieg. "Wenn Gorbatschow unbedingt ein zweites Afghanistan will, so wird er es in Aserbaidschan bekommen."

In Aserbaidschan hat die Intervention der Roten Armee ein Zusammenrücken der politischen Kräfte bewirkt: der Oberste Sowjet Aserbaidschans übernimmt programmatische Aussagen der Volksfront. In einer Entschließung wird der sofortige Truppenabzug gefordert, anderenfalls der Austritt aus der Sowjetunion angedroht. Die Präsidentin der SSR Aserbaidschan, Elmira Kafarowa, bezichtigte Gorbatschow, die aserbaidschanische Souveränität verletzt zu haben.

Während der bewaffnete Arm der Volksfront, das "nationale Verteidigungskomitee" und weitere inoffizielle Organisationen verboten und bei umfangreichen Razzien zahlreiche führende Mitglieder verhaftet werden, setzt die Regierung in Moskau nun - unter Anerkennung des Kräfteverhältnisses - auf Verhandlungen mit der Volksfront. Innenminister Bakatin sprach von "vernünftigen Kräften" in der Volksfront, mit denen es zu verhandeln gelte. Gorbatschow erklärt im sowjetischen Fernsehen die Bereitschaft der Regierung, mit der aserbaidschanischen Volksfront zu verhandeln.

Eine Woche nach dem Einmarsch der Sowjettruppen und zwei Wochen nach dem Pogrom trat schließlich ein zwischen Vertretern beider Nationen ausgehandelter Waffenstillstand in Kraft, die Streiks in Aserbaidschan begannen abzubrechen.

Brüchiger Waffenstillstand

Nach der Entsendung sowjetischer Truppen nach Aserbaidschan herrscht - vorläufig - ein brüchiger Waffenstillstand zwischen den verfeindeten Sowjetrepubliken, doch eine Lösung des Konfliktes ist weniger denn je in Sicht. Bereits Anfang Februar berichteten Sprecher der armenischen Nationalbewegung in Eriwan, daß erneut Armenier aus aserbaidschanischen Dörfern vertrieben worden seien. "Diese Ereignisse sind ganz offenkundig durch die Aserbaidschanische Volksfront inspiriert worden." (lt. FR 5.2.90) Die armenische Delegation verließ daraufhin die armenisch-aserbaidschanischen Verhandlungen in Riga, die unter Vermittlung und Schirmherrschaft der baltischen Volksfronten Modalitäten für einen Geiselaustausch und Wege zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes erarbeiten sollten.

Etwa gleichzeitig scheinen Verhandlungen zwischen der aserbaidschanischen Volksfront und dem sowjetischen Militär in Baku abgebrochen worden zu sein. Die aserbaidschanische Seite hatte den Abzug der 17.000 sowjetischen Soldaten als Vorbedingung für weitere Verhandlungen genannt. Auch eine ganztägige Sitzung des Obersten Sowjet in Moskau, der am 19. Februar über die Lage im Kaukasus beriet, endete ergebnislos. Die 15-köpfige aserbaidschanische Delegation verließ die Sitzung, nachdem Verteidigungsminister Jasow es abgelehnt hatte, die Verantwortung für die Todesopfer bei der Niederschlagung der Unruhen in Aserbaidschan zu übernehmen.

Die zentrale Parteiführung in Moskau hat in diesem Konflikt jede Glaubwürdigkeit als politische Kraft verloren, dies gilt für die Kräfte um Gorbatschow gleichermaßen wie für die sog. "Hardliner" . Nicht nur die Appelle der Karabagher Bewegung und später des Karabagh-Komitees nach einer Neubewertung und Korrektur historischer Fehler blieben unbeantwortet. Auch die Pogrome von Sumgait und Kirowabad wurden weder entsprechend aufgeklärt und geahndet noch als Signal und Gradmesser dafür begriffen, wie stark antiarmenischer Rassismus und aserbaidschanisch(-türkischer) Chauvinismus in der Bevölkerung ganz offensichtlich (schon ?) verankert waren. Stattdessen wurden diese Ereignisse nach dem berühmten Rezept, "was nicht sein kann, das nicht sein darf" (in der sowjetischen Völkerfreundschaft gibt es keinen Rassismus) unter den Teppich gekehrt und versucht, das Problem durch "Aussitzen" zu ignorieren. Mehr noch: ganz offensichtlich wurde in Moskau demografisch entschieden: Aus Angst, eine offene Diskussion der

aufgebrochenen Konflikte könne in den bevölkerungsstarken, islamisch/türkischen Republiken antisowjetische Stimmungen verstärken, wurden die Opfer, die Armenier, immer wieder zur "Mäßigung" aufgerufen, ihre Vertreter (Karabagh-Komitee) kriminalisiert und z.T. für längere Zeit inhaftiert. Die Entscheidung schließlich, Ende November `89 die sowjetische Sonderverwaltung für Karabagh in einer Situation aufzuheben, als sich der Konflikt bereits soweit zugespitzt hatte, daß es fast täglich zu Zusammenstößen kam und beide Seiten bewaffnet waren, kann nur als Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit plus ungemeine Verantwortungslosigkeit gewertet werden oder aber als Provokation in Form einer "Einladung" an die chauvinistischen Kräfte in Aserbaidschan zur weiteren Zuspitzung des Konflikts, um dann Grund für ein Eingreifen der Armee zu haben.

Der Einmarsch der Roten Armee in Baku schließlich eine Woche nach dem absehbaren Pogrom, diente weder dem "Schutz der armenischen Minderheit" noch der Verhinderung weiterer Pogrome. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits alle Armenier aus Baku geflohen - oder beerdigt. Die Armee war ganz offensichtlich gekommen, um die Nationalbewegung niederzuschlagen, die in großen Teilen der SSR Aserbaidschan die Macht übernommen hatte und den Austritt aus der UdSSR verlangte bzw. angekündigt hatte, diesen zu vollziehen. In den Stellungnahmen von Gorbatschow wie auch Verteidigungsminister Jasow wird dementsprechend auch nicht vom "Schutz der Armenier" gesprochen, sondern "der Kampf gegen Extremisten, die die Sowjetmacht stürzen wollen" als Grund für die Armeeoperation genannt. Auch wenn die Führer der aserbaidschanischen Volksfront durch ihren Aufruf, sich mit Waffengewalt der Roten Armee bis zum letzten entgegenzustellen, diese weitere Eskalation mitverantworten, hat das Vorgehen der Armee in Baku eindeutig den Charakter einer Strafaktion: Unter den 106 Toten (nach offiziellen Angaben) und zahllosen Verwundeten ist ein Großteil Zivilisten. "Die Panzer sollten das Volk bestrafen, das Souveränität fordert. Sie sollten das musterhaft machen, um auch anderen Republiken dieses Verlangen auszutreiben", beschreibt die "Moskau News" 3/90 den Eindruck, den die Militäraktion bei der aserbaidschanischen Bevölkerung hinterlassen hat.

Prestige- und Machtverlust der KPdSU

In der europäischen Presse, aber auch in "Moskau News" finden sich unterschiedliche Spekulationen darüber, daß (der arme) Gorbatschow das alles gar nicht gewollt habe ("Wußte Gorbatschow welchen Befehl er der Armee erteilte ?"), ja die ganzen Ereignisse möglicherweise von "Feinden der Perestroika" in eine Richtung beeinflußt worden sei, um darüber Gorbatschow zu stürzen. Dieser Aspekt - inwieweit sich innerparteiliche Machtkämpfe in Moskau bei der Behandlung der Nationalitätenprobleme auswirken - ist von hier aus nur sehr schwer ernsthaft nachzuprüfen, spielt aber gegenüber den offenkundigen Fehlern nur eine untergeordnete Rolle.

Der Prestige- und auch Machtverlust der KPdSU wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, daß die einzig ernsthaften Verhandlungen zwischen Armeniern und Aserbaidschanern nicht auf Initiative Moskaus - also der KPdSU - zustande kamen, sondern von den baltischen Volksfronten organisiert wurden. In Armenien und Aserbaidschan haben die Entwicklungen der letzten Monate auf beiden Seiten jeweils zu einem "nationalen Zusammenrücken" geführt. In Armenien haben die aserbaidschanischen Angriffe und das "von Moskau im Stich gelassen werden" die Differenzen zwischen regierender KP Armeniens und der Volksbewegung (Karabagh-Komitee) verwischt. Inzwischen haben auch stärker nationalistisch orientierte Gruppen Zulauf, wie eine Demonstration von 20.000 Armeniern am 18.2. in Eriwan beweist, die erstmalig die Forderung nach einer Volksabstimmung über die Autonomie der armenischen Republik stellten. (Trotz aller Differenzen und Schwierigkeiten mit Moskau gilt - oder galt? - die Sowjetmacht für die Armenier noch immer als Schutzmacht oder "kleineres Übel", da in ihren Augen ein eigenständiger Staat Armenien schutzlos der Türkei ausgeliefert wäre.)

Und in Aserbaidschan, wo ja bereits in der Vergangenheit antiarmenische und chauvinistische Strömungen nicht allein die verschiedenen Gruppierungen der Volksfront prägten, sondern offensichtlich bis in die KP hineinwirkten, hat der Einmarsch der Roten Armee ein übriges getan, um nationalistische Strömungen zu stärken.

Soziale und politische Unzufriedenheit in Zentralasien

Überdeckt wurden die Ereignisse im Kaukasus inzwischen durch die Ausschreitungen in den zentralasiatischen Sowjetrepubliken Tadschikistan, Kirgisien und (lt. WamS vom 18.2.) auch Usbekistan. In der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe reichte allein das Gerücht über eine bevorstehende Ankunft

armenischer Flüchtlinge, um antiarmenische Massenausschreitungen zu provozieren, die sich dann im Verlauf auch gegen Angehörige anderer nicht-asiatischer Volksgruppen (Russen, Ukrainer, Deutsche) sowie die Parteileitung der Republik richteten. Die mehrtägigen Krawalle forderten auch hier zahlreiche Todesopfer und konnten auch von 7000 sowjetischen Soldaten, die mit Panzern im Einsatz waren, erst beendet werden, nachdem die Staats- und Parteileitung Tadschikistans zurückgetreten war und den Aufständischen weitere Zusagen gemacht worden waren.

Die Unruhen offenbarten auch hier tiefgreifende soziale und ökonomische Mißstände: Der tadschikische KP-Sekretär bezifferte die Zahl der Arbeitslosen in Duschanbe auf 70.000, zu denen noch 117.000 Saisonarbeiter hinzugerechnet werden müssen. Zehntausende von Obdachlosen sollen aus den umliegenden Kreisen in die Hauptstadt gekommen und an den Ausschreitungen beteiligt gewesen sein. Darunter allein mehrere Tausend Menschen aus der Ortschaft Gissar, die vor einem Jahr durch ein Erdbeben zerstört worden war. Die Menschen warteten bisher vergeblich auf Medikamente, Lebensmittel und Wohnungen.

Gleichzeitig wurde deutlich, inwieweit extrem nationalistische bzw. islamische Strömungen die soziale und politische Unzufriedenheit kanalisieren und anscheinend zum entscheidenden Machtfaktor gegen die KPdSU geworden sind. "Der Aufstand glich zuletzt einer nationalistischen Rebellion" schreibt die FR. Nahrung erhält die Mobilisierung gegen die von ihnen behauptete Bevorzugung "Landesfremder" durch die Tatsache, daß Russen, Ukrainer und z.T. auch hierher umgesiedelte Deutsche und Tartaren in den Städten, den modernen Wirtschaftssektoren sowie in der Kommunistischen Partei - gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil - noch immer weit überrepräsentiert sind. Demgegenüber haben moslemische Organisationen und Glaubensbruderschaften ("tariqats") unter der tadschikischen Bevölkerung zunehmend an Einfluß gewonnen und diesen nach dem Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan, wo weitere drei Mio. Tadschiken leben, noch ausbauen können. Die Tatsache, daß in den benachbarten Republiken Usbekistan und Kirgisien gleichzeitig Unruhen ausbrachen, nachdem dort Flugblätter über eine angebliche Ansiedlung von Armeniern aufgetaucht waren, legen den Schluß nahe, daß es sich um organisierte Provokaitonen handelte. Der sowjetische Botschafter in Afghanistan wies in einer Stellungnahme darauf hin, daß die "Union nördlicher Völker Afghanistans" mit direkter Unterstützung der Geheimdienste der USA und Pakistans eigens zu dem Zweck aufgebaut worden sei, um in den UdSSR-Randgebieten Unruhe zu stiften. Nach sowjetischen Erkenntnissen lieferten diese über afghanische Mittelsmänner "Schußwaffen, Druckschriften, Rauschgift und Geld" in die Unruhegebiete. Bereits nach Ausbruch der Unruhen hatte einer der wichtigsten afghanischen Rebellenführer, B. Rabbani, den Moslems in Tadschikistan öffentlich seine Unterstützung versichert.

Die Aufstände in den asiatischen Republiken machen aber gleichzeitig deutlich, daß sich das Nationalitätenproblem der UdSSR längst nicht mehr auf die austrittswilligen baltischen Republiken oder die verfeindeten Kaukasusrepubliken beschränkt: Die auf sozialen und politischen Mißständen beruhende Unzufriedenheit in den asiatischen Sowjetrepubliken und die Stärke nationalistisch/islamischer Kräfte haben einen Grad erreicht, der für Moskau offensichtlich unkalkulierbar und für den Bestand der Sowjetunion letztlich bedrohlicher werden könnte als die Entwicklung z.B. in den baltischen Republiken.

nm., Hamburg

2. Fraueninteressen sind Menschheitsinteressen

Rubrik: Frauen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:15

Ina Merkel, eine der Sprecherinnen des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) der DDR, berichtete am 29. Januar 1990 in der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg unter dem Motto "Ist die Frauenbewegung die fortschrittlichste Kraft in der DDR?" über die Entstehung, Forderungen und Struktur ihrer Gruppierung, die im Bündnis mit den Grünen zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 kandidiert. Dieser Artikel faßt den Teil ihres Vortrages zusammen, der im Manifest (vgl. an anderer Stelle dieses ak) nicht behandelt wird.

Einen Frauenverband gab es schon früh in der DDR. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) hatte sich nach 1945 aus den antifaschistischen Frauengruppen gebildet. Nach und nach allerdings verkam er - auch durch Zutun der SED - zu einem Frauenbund, der sich in erster Linie um die "weiblichen Interessen" kümmerte, wurde zu einer Strick- und Häkelgemeinschaft. Gegen diese Verengung bildeten sich unter dem Dach der Kirche, an Universitäten und Hochschulen, in Kommunikations- und Kulturzentren Frauengruppen, die bisweilen auch repressiven Maßnahmen ausgesetzt waren.

Diese Frauen aus den "autonomen", d.h. nicht an die SED gebundenen Frauengruppen und -zentren waren von Anfang an bei den Demonstrationen im Oktober dabei, trugen ihre Forderungen nach Demokratie und Veränderung mit auf die Straße. Gerade die jungen, hochpolitisierten Frauen waren den Polizeiübergriffen besonders ausgesetzt. Heute werden die Frauen, die die Demokratie mit er-demonstriert haben, in Leipzig als "rote Socken" und "lila Pack" beschimpft und trauen sich nicht mehr auf die Montagsdemonstrationen.

Nach dem Zerfall der alten Strukturen und den ersten Auftritten der Oppositionsgruppen merkten viele Frauen, daß nur in seltenen Fällen Sprecherinnen für die neuen Gruppen auftraten. (Wer erinnert sich noch an den Namen Bärbel Boley?) Die Frauen beschlossen, sich selbst zu repräsentieren. Frauen von der Ostberliner Humboldt-Universität schrieben Papiere und verschickten sie. Diese Papiere kursierten, wurden diskutiert, und viele ihrer Gedanken wurden aufgegriffen.

Jede macht, was sie will, keine macht, was sie soll!

Im November fand die erste große Frauenversammlung in der Gethsemane-Kirche in Ostberlin statt. Frauen kamen mit ihren Kindern; auch Männer waren anwesend; die Kirche platzte aus allen Nähten. Erst nach heftigen Protesten wurden die, die noch draußen standen, von den Kirchenherren hereingelassen, um Ausschreitungen zu vermeiden.

Dieses erste Treffen war gekennzeichnet von Lamentieren und "Ausheulen". So zufällig und chaotisch wie der UFV begonnen hatte - durch Papiere der Uni-Frauen - so begrenzt war auch die erste Beschlußfassung. Festgelegt wurde erst einmal nur das Datum für einen Frauentag, der an der Volksbühne abgehalten werden sollte. Am 3.12. - rechtzeitig vor der ersten Sitzung des vier Tage später stattfindenden Runden Tisches - wurde der UFV gegründet; zwei Vertreterinnen für die RT-Verhandlungen wurden gewählt.

"Frauen sind eine Interessengruppe ‚marginaler Art` ..."

Mit dieser Begründung wollte der Moderator, ein Vertreter der Kirche, die Frauen vom UFV nicht an der Sitzung des Runden Tisches teilnehmen lassen. (Die Frauen machen ja auch nur 54% der DDR-Bevölkerung aus). Die Frauen bedienten sich daher der Presse, vor der jeder Vertreter von Parteien, Gruppen oder Bewegungen mit Blick auf den Wahlkampf im besten Licht erscheinen wollte. Sie ließen die Vertreter erst in das Gebäude, wenn sie versprachen, die Aufnahme des UFV zu fordern. So bekam der UFV einen Platz im Kreise der Interessengruppen nichtmarginaler Art.

Inzwischen hat sich nach langen, zähen Verhandlungserfahrungen die Haltung der Kirchenvertreter gegenüber dem UFV verändert, weil die Oppositionellen - egal ob Parteien oder sonstige Organisationen - dazu neigen, parteipolitische Engstirnigkeit zum Maßstab von Entscheidungen zu machen. Die Frauen hingegen sind für ihre pragmatischen Vorschläge und konstruktive Haltung bekannt und geschätzt.

Strukturen

Der UFV nimmt im Rahmen seiner Mitarbeit am Runden Tisch auch an der Arbeit in den Ausschüssen teil. Das steht zeitlich kontrovers zu den notwendigerweise zu führenden Diskussionen über Strukturen, Inhalte etc. Zu immer neuen Vorschlägen muß Stellung bezogen werden, Entscheidungen müssen gefällt werden. Ina Merkel sieht diese fehlende Diskussion als Nachteil; andererseits ist gerade das Fehlen einer festen Struktur in ihren Augen aber auch eine Chance. Konsens ist bisher, daß der UFV keine zentralistischen Strukturen aufbauen will.

Der UFV setzt sich zusammen aus einer Vielzahl großer und kleiner Frauengruppen in der gesamten DDR. Unabhängig von der Größe ist jede Gruppe mit einer Vertreterin im Koordinierungsrat vertreten, der sich in erster Linie auf politische Fragen konzentrieren soll.

Ab April dieses Jahres will der UFV eine 32-seitige Zeitschrift herausgeben, die eine Alternative zur Zeitung "Für Dich" darstellt, die vom DFD herausgegeben wurde.

Frauen aus anderen Organisationen

Seit den Vereinigungsdebatten in der West-Presse, dem zunehmenden Einschwenken der (noch) Opposition auf die Einheit Deutschlands und der Diskussion über die DDR-Wirtschaft werden immer mehr Ängste bei den Frauen auch aus anderen Organisationen wach. Sie sind es, die als erste unter dem ökonomischen Druck der BRD leiden werden. Ein Drittel aller DDR-Frauen sind alleinerziehend. Bei einer Vereinigung - so Ina Merkel - würden 80% der Frauen einen Arbeitsplatz einbüßen, der ihrer Qualifikation entspricht, und müßten schlechter bezahlte Tätigkeiten annehmen, da sie mit ihren persönlichen Sparguthaben nur für einen kurzen Zeitraum über die Runden kämen. (Wenn vom großen Sparguthaben der DDR-Bevölkerung gesprochen wird, bezieht sich dies auf 10% der Bevölkerung, die nennenswerte Summen erspart haben.)

Die brüderliche Zusammenarbeit mit den BRD-Parteien läßt Frauen mit "ihrer" Partei brechen. So mehren sich die Austritte von Frauen aus der DDR- CDU, weil diese - in Anlehnung an die Bruder-Partei im Westen - den Abtreibungsparagraphen wieder einführen will.

Die politischen Widersprüche zwischen ehemaligen SED-Frauen, autonomen linken Frauen und Ex-CDUlerinnen kommen im UFV momentan noch nicht zum Tragen. Auf den Versammlungen wird zunächst, anknüpfend an die Forderungen nach einer wirklichen Gleichstellung der Frauen in der DDR-Gesellschaft und am Arbeitsplatz, nach sozialer Absicherung alleinerziehender Elternteile, nach sauberer Umwelt für die Kinder, nach Besserstellung älterer Menschen u.a.m. auf Konsensformulierungen hin diskutiert.

Das Verhältnis zum Demokratischen Frauenbund Deutschlands

Als der UFV sich seinen Platz am Runden Tisch erkämpft hatte, wurde dort auch ein Platz für den DFD gefordert. Die mittlerweile akzeptierten Vertreterinnen des UFV lehnten die Teilnahme der DFD-Frauen jedoch mit der Begründung ab, daß der DFD sich bisher ausschließlich mit der Durchsetzung der SED-Familienpolitik befaßt habe und keine eigenständigen politischen Positionen vertrete.

Inzwischen öffnet sich der DFD langsam gegenüber den Forderungen des UFV und greift dessen Aktionsvorschläge vorsichtig auf. Der UFV strebt eine Zusammenarbeit mit dem DFD in Zukunft an, teilweise wird sie regional schon praktiziert.

ga. u. re.

3. Stolpert Kohl über Polens Westgrenze?

Rubrik: Polen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/kohl1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:kohl1

Der Elefant in allen Porzellanläden von Washington bis Tel Aviv, von London bis Warschau, hat wie der zugeschlagen. Dem US-amerikanischen Rab biner Marvin Hier, der angefragt hatte, wie in einem vereinig ten Deutschland die Erinne rung an die NS-Verbrechen wachgehalten werden würde, ließ Kohlpatzig antworten: "Ich hätte schon erwartet, daß Sie in Ihrem Schreiben wenigstens ein Wort der Mitfreude finden würden angesichts der Tatsache, daß sich 16 Millionen Deutsche nach Jahrzehnten der Unterdrückung jetzt endlich die Freiheit erkämpft haben".

Und kaum verhohlen drohend: "Aus den Erfahrungen der Geschichte dieses Jahrhunderts zu lernen, heißt für mich auch: nicht erneut den Fehler zu machen, die Deutschen psychologisch in die Isolation zu treiben." (BILD, 3.3.) - "Erneut"! Die Ghostwriter Nolte und Stürmer lassen grüßen. "Wir Deutschen" können nämlich im Notfall auch anders, falls man uns in die Isolation treibt. Wie bewiesen.

Aber den Kohl braucht wirklich niemand in die Isolation zu treiben. Er kennt instinktiv jeden Weg dorthin und findet selbst in scheinbar unproblematischen Situationen sein Ziel.

Da ist zum Beispiel die polnische Westgrenze. Anfang der 70er Jahre unter lautem Verrats-und Ausverkaufs-Gezeter der CDU/CSU von der sozialliberalen Bundesregierung anerkannt. 1985 - wir erinnern uns: damals wollte Kohl unbedingt bei einem Schlesiertreffen sprechen - von CDU und FDP als "ebenso gefährliche wie überflüssige Diskussion" beiseite gelegt. Und heute ungeklärt wie eh und je. Kohls Einfall, die Anerkennung der Grenze mit der Forderung nach Zugeständnissen der polnischen Regierung an die "deutsche Minderheit" und Verzicht auf Reparationen zu koppeln, könnte den Weg für eine neue Koalition und einen neuen Kanzler freimachen.

Soweit könnte es kommen. Schon hat Kohl es soweit gebracht, daß Frankreich und Großbritannien, wie 1939, als Garantiemächte für die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze eintreten. Die US-Regierung wird nur durch äußerste Rücksichtnahme auf die "special relationship" zur BRD noch daran gehindert, sich den beiden anderen westlichen Siegermächten anzuschließen. Kohl hat sogar etwas geschafft, was nicht einmal Hitler vermochte: Polen billigt ausdrücklich und erstmals freiwillig die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf seinem Territorium, um expansionistische Begehrlichkeiten eines "wiedervereinigten" Deutschlands abzuschrecken. An der Weigerung Polens, dies zuzulassen, war 1939 die Bildung einer internationalen Abwehrfront gegen das Deutsche Reich gescheitert.

Kern des Streits war bisher der sogenannte Friedensvertrags-Vorbehalt. Diese juristisch lächerliche Argumentation besagt, daß die BRD zwar einerseits Rechtsnachfolgerin des NS-Reichs ist, andererseits aber keine verbindlichen Zusicherungen abgeben, Verträge unterzeichnen usw. kann. Dies könne nur ein künftiger "gesamtdeutscher Souverän". Das heißt, einfach gesagt, daß sämtliche von der Bundesregierung jemals abgeschlossenen Verträge - darunter eben auch das Anfang der 70er Jahre geschlossene Abkommen mit Polen, in dem dessen Grenze anerkannt wird - für ein "wiedervereinigtes Deutschland" nicht mehr bindend wären. Man denke da beispielsweise nur an den Verzicht auf eigene Atomwaffen, an die von der BRD ohnehin nur höchst widerwillig geleistete Unterschrift unter den Atomwaffen-Sperrvertrag usw. Insgesamt ein aggressiver Wahnsinn, über dessen ganze Tragweite man sich hierzulande ebenso wie im Ausland noch gar nicht recht klar zu sein scheint.

Juristisch hingegen ist der Sachverhalt eigentlich klar und einfach: Auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reichs existieren heute zwei Staaten. Wenn diese übereinstimmend eine vertragliche Verpflichtung eingehen, also beispielsweise die Grenze Polens anerkennen, ist das auch für eine eventuelle Verschmelzung dieser beiden Staaten endgültig verbindlich.

Es gibt im Übrigen zu dem aus der "offenen deutschen Frage" begründeten Friedensvertragsvorbehalt noch eine europäische Variante. Sie besagt, daß nach einem Zusammenschluß mehrerer Staaten zu einer "europäischen Gemeinschaft" die von den einzelnen Staaten eingegangenen Verpflichtungen hinfällig würden. Konkret gesprochen, denn gerade darum geht es vor allem: die BRD (bzw. ein "vereinigtes Deutschland") könnte dann auch Atomwaffen mitbesitzen bzw. über diese mitverfügen, obwohl sie Verträge unterschrieben hat, die eben dies definitiv ausschließen.

Diese Argumentation trägt absolute Rechtsunsicherheit und Unstabilität in die internationalen Beziehungen hinein. Logisch zuende gedacht könnte dann ein zukünftiger "gesamtdeutscher Souverän" sogar auf den Gedanken kommen, die Abtretung der deutschen Kolonien nach dem 1. Weltkrieg neu aufzurollen oder gar Forderungen im Namen des früheren "Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation" zu erheben.

Angesichts solcher Zumutungen hatte der polnische Ministerpräsident Mazowiecki Ende Februar einen eigentlich äußerst bescheidenen Vorschlag gemacht, der mit dem offiziellen "deutschen Rechtsstandpunkt" ohne weiteres vereinbar gewesen wäre: Polen, BRD und DDR könnten sofort Verhandlungen über einen entsprechenden Vertrag beginnen, diesen ausarbeiten und paraphieren, d.h. provisorisch - nicht endgültig rechtsverbindlich - unterzeichnen. Die Ratifizierung, die das Abkommen dann wirklich in Kraft treten ließe, könne später durch ein gesamtdeutsches Parlament erfolgen.

Dieses entgegenkommende polnische Angebot, von Außenminister Genscher als "interessanter und ernstzunehmender Ansatz" gewürdigt, wurde von Kohl zurückgewiesen. Stattdessen dann einen Tag später seine bisher schärfste Provokation: Anerkennung der polnischen Westgrenze durch eine künftige gesamtdeutsche Regierung nur unter der Voraussetzung, daß Polen auf Reparationen verzichtet und die "Rechte der Deutschen" in Polen nach deutschem Willen vertraglich regelt.

Das heißt: Während man bisher argumentierte, keine Gebietsansprüche an Polen zu haben und nur aufgrund der angeblichen Rechtslage (Friedensvertrags-Vorbehalt) dies noch nicht endgültig regeln zu können, erklärt erstmals seit vielen Jahren ein Bundeskanzler die "Frage" der polnischen Grenze wieder für "offen". Ohne Erfüllung der von Kohl formulierten Bedingungen keine Anerkennung der polnischen Grenze, also dann auch wieder Gebietsansprüche an Polen. Eine logische Konsequenz.

Zu den Bedingungen: Polen hat gegenüber der DDR und der BRD in zweiseitigen Abkommen bereits 1953 bzw. Anfang der 70er Jahre auf Reparationen verzichtet, was angesichts der von Deutschen angerichteten ungeheueren Verbrechen am polnischen Volk eine mehr als großzügige Handlungsweise war. Da Polen anders als die Bundesregierung die von ihr unterschriebenen Abkommen nicht in Frage stellt, ist das Auftischen dieser längst geklärten Frage als Bedingung für den Verzicht auf Gebietsansprüche ein aus hitlerschem Geist geborener Versuch, Polen zu demütigen, den das Volk dort sicher nicht vergessen wird. Ähnliches gilt für die Rechte der "deutschen Minderheit" in Polen, denn diese sind bereits durch eine gemeinsame Erklärung von Mazowiecki und Kohl im November 1989 garantiert worden.

Die FDP, die sich schon nach Kohls USA-Besuch Ende Februar sehr verärgert und ungeduldig über des Kanzlers "Geeiere" (Hamm-Brücher) in der Polen-Frage gezeigt hatte, reagierte auf dessen dreistes Draufsatteln noch gereizter. Es kommt hinzu, daß in der DDR quer durch alle Lager und Parteien völlige Einigkeit besteht, an der polnischen Westgrenze nicht zu rühren. Selbst die von der CSU ins Leben gerufene DDR-Schwesterpartei DSU sagt klipp und klar, daß die Endgültigkeit dieser Grenze für sie "keine juristische Frage, sondern eine Überlebensfrage für Polen" sei. Mit anderen Worten: Kohl ist in der DDR schlecht verkäuflich, und gesamtdeutsche Wahlen würden für die CDU/CSU schlecht enden.

Ein Koalitionswechsel durch konstruktives Mißtrauensvotum noch vor der Bundestagswahl, vielleicht noch vor der Volkskammerwahl oder kurz danach, scheint in Sicht. Schon spekuliert Engholm (SPD) über eine neue Große Koalition. Bezeichnende Argumente: "Wenn die Zahl der Übersiedler auf eine Million anschwillt, oder wenn wir merken, daß wir dreistellige Milliardenbeträge in die DDR geben müssen, wenn wir also dem Volk einiges zumuten müssen, dann kann das eine Partei allein nicht mehr tragen. Wenn es darüber hinaus zu schweren Erschütterungen kommen sollte, so daß das Zusammenwachsen zu scheitern droht, oder wenn Europa sagt, wir mögen das überhaupt nicht mehr, dann muß man sich zusammentun. In einem solchen Fall muß man alles beiseite packen, was SPD ist, was CDU und CSU ist, was FDP ist und was Grün ist." (BamS, 4.3.) - Ja richtig, so ähnlich sprach Kaiser Wilhelm II, als er den 1. Weltkrieg begann.

Kt.

4. Wenn Wölfe Kreide fressen ... Zum neuen Parteiprogramm der "Republikaner"

Rubrik: Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:19

"Schwach ist das Volk, das seine Niederlagen hinnimmt, das vergißt, daß es gesandt worden ist zu wachen, bis seine Stunde kommt. Die Stunden kommen immer wieder auf dem großen Ziffernblatt der Geschichte. Das ist die Liturgie der Geschichte"

(Karol Wojtyla, in: Parteiprogrammm der "Republikaner" 1990).

Grundgesetzkonform, intellektuell aufgemotzt, neue Wählerschichten erschließend und CDU-kompatibel wollen sich die "Republikaner" (REP) mit ihrem in Rosenheim beschlossenen neuen Parteiprogramm präsentieren. Wie weit ihnen das gelungen ist, wollen wir in diesem Beitrag analysieren.

"Die Wiederherstellung Deutschlands ..."

Deutlicher Schwerpunkt des neuen Programms, das eher einem Wahl- statt einem Parteiprogramm entspricht, sind die Abschnitte zur Deutschlandpolitik aus der Feder von Helmuth Diwald. Als Mann vom Fach wurde der deutsche Geschichtsprofessor damit beauftragt, das REP-Programm ein wenig vom Stammtisch-Mief zu befreien und ein geschlossenes Konzept eines völkischen Nationalismus vorzulegen, das den Ansprüchen Genüge tut, die der führende rechtskonservative Professor Rohrmoser einer modernen Rechtspartei abverlangt: "Es ist die Frage, ob Schönhuber die intellektuelle Kapazität, die ihm in der BRD möglicherweise zur Verfügung stehen könnte, auch mobilisieren kann". (taz, 12.1.90) Mit der Verpflichtung Diwalds, der sich seit Jahren routiniert in der Grauzone zwischen "FAZ" und Zeitschriften der Neuen Rechten bewegt, scheint dies in Ansätzen geglückt zu sein.

Zum Kardinalpunkt ihrer Politik erklären die REP die "Wiederherstellung Deutschlands" - nicht lediglich dessen "Wiedervereinigung". Die fehlenden Aussagen in der Präambel und im Kapitel Deutschlandpolitik über die Grenzen eines "wiederhergestellten Deutschland" sind nicht in erster Linie taktischen Rücksichtnahmen geschuldet, sondern eine "Wiedervereinigung" der beiden (noch) real existierenden Staaten BRD und DDR ist ihnen bei weitem zu wenig. Analog der nationalrevolutionären These von der Nichtanerkennung der BRD und der DDR heißt es: "Das Vaterland der Deutschen heißt nicht Bundesrepublik und nicht `DDR'", denn: "Vernichten ließ sich 1945 nur die äußere Gestalt. Deutschland selbst ist nicht zu vernichten."

Unverhohlenes Anliegen der REP ist die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Deutlich erkennbar ist das Bemühen, "das entscheidende Desiderat auch einzulösen, nämlich das vorzulegen, was man eine operative Deutschlandpolitik nennt", wie es Rohrmoser den REP dringend ans Herz gelegt hat.

Unter der schneidigen Parole "Wir Republikaner deklarieren des Ende der Nachkriegszeit" wird zunächst die "feindliche Kriegspropaganda" attackiert, der "die Deutschen" angeblich ausgesetzt seien. Vom Tisch müsse eine Politik der "ununterbrochenen Schuldtilgung, zu der die Deutschen seit Jahrzehnten über Generationen hinweg genötigt werden". Schließlich dürfe die deutsche Politik "nicht ständig vom schlechten Gewissen resultierend aus 12 kriminellen Herrschaftsjahren diktiert werden". Daß solche Töne mittlerweile auch von SPD-Politikern angeschlagen werden, beweist nur, welche Früchte die ideologische Vorarbeit der Neuen Rechten bereits trägt.

Gegen Alliierte und "Altparteien" profilieren sich die REP als Partei des Rechts. Ihr markiger Wahlspruch: "Wer sein Recht nicht wahrnimmt, gibt es preis". Häufige Verweise auf Grundgesetz und Völkerrecht dienen der Imagepflege, denn von den umworbenen neuen Mitstreitern aus dem konservativen Lager wird der Geruch von Verfassungsfeindlichkeit nicht sonderlich geschätzt. Bedingungslos verpflichtet sehen sich die REP aber vor allem "überzeitlich" geltenden "Normen des Rechts" einer ganz speziellen Art: "Wir Republikaner sehen unsere Prinzipien nicht im unbegrenzten Raum der Parteipolitik verankert. Unser Programm ist ein Manifest der Erneuerung, der Wiederbesinnung auf Normen, deren imperative Verbindlichkeit im Verlaufe der Nachkriegsgeschichte verschüttet (...) wurde", also bis 1945 galt.

Die REP stehen vor allem "bedingungslos auf dem Boden des Rechts des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung", das im Einklang mit den grundlegenden Rechten der Völker der Welt stehe. Als Unrecht

werden "das Diktat und die Auflagen der Siegermächte von 1945" angegriffen. "Sie schränken nach wie vor unsere Souveränität ein und üben hinter dem Schild freundschaftlicher Partnerschaft ein teils offenes, teils verdecktes Besatzungsrecht aus."

Was unter "Recht" verstanden wird, dokumentiert unmißverständlich eine im Programm-Anhang abgedruckte Karte über "Deutschlands völkerrechtliche Lage", in der Österreich, das "Sudetenland" und alle Gebiete östlich der Oder-Neiße zur offenen deutschen Frage gemacht werden.

Für die "Wiederherstellung Deutschlands" wird ein Fahrplan formuliert; als ein erster Schritt wird eine "Konföderation der beiden Staaten in Deutschland" angestrebt, in der "freie und geheime Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung stattfinden, die eine erste deutsche Regierung mit Sitz in der Hauptstadt Berlin wählt". Durch die aktuellen Entwicklungen ist den REP in dieser Etappe sicherlich der Rang abgelaufen worden. Konkurrenten für eine zweite Etappe, die sich nach dem Willen der REP anschließen soll, haben sich (noch) nicht offen beworben.

"Diese deutsche Regierung führt die Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages, in dem u.a. die Grenzen Deutschlands auf der Grundlage des Völkerrechts, der militärische Status des wiedervereinigten Deutschlands als blockfreies und bewaffnetes Land mit Vier-Mächte-Garantie, die Streichung der Feindstaaten-Klausel in der Satzung der Vereinten Nationen (...) zu regeln sind". (1)

Dieser so harmlos-nüchtern anmutende Satz hat es in sich. Als "völkerrechtswidrige Regelung" verstehen die REP das Anschlußverbot zwischen Österreich und Deutschland. Zu "prüfen" habe eine "gesamtdeutsche Regierung (...), welche völkerrechtliche Bedeutung der Prager Vertrag vom 11.12.1973 bezüglich des Münchener Abkommens vom 29.9.1938 hat", in dem die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens den begehrlichen Zugriff Nazi-Deutschlands auf die "Sudetengebiete" sanktionierten. Als "absolut offen" gelten den REP die "Memelland-Problematik" und die Frage der "deutschen Ostgebiete insgesamt".

Aus dem Gesamtkontext des REP-Programms ergibt sich, daß die Bedingungen dieses Status von den vier ehemaligen Siegermächten nur noch nachzuvollziehen sind, denn unter Berufung auf das Völkerrecht und die Prioritätensetzung "Recht geht vor Macht" ergibt sich eindeutig, daß "die Deutschen" die Modalitäten ihres Status sowie den Grenzverlauf bestimmen sollen.

Weiter wird das Szenario nicht ausgesponnen. Daß die Alliierten einem derartigen ausdrücklich bewaffneten großdeutschem Reich kaum eine "Garantie" geben würden, dürfte den Programmautoren bewußt sein. Ihnen geht es um eine gezielte Konfliktstrategie, die fundamentalistisch begründet wird: "Da die Republikaner dem Recht und seinen Fundamenten verpflichtet sind, baut unsere Politik auf Einsicht in das Unerläßliche. Wir halten, nach dem bekannten Bismarck-Wort, die Politik nicht für die Kunst des Möglichen, sondern für die Realisierung des Notwendigen. Dazu zwingt uns heute die Lage Deutschlands."

Diese Argumentation knüpft an den "Befreiungsnationalismus" der Nationalrevolutionäre an und ist von der offiziellen Regierungspolitik zum Teil aufgenommen worden, wenn etwa Teltschik und Dregger sich jegliche äußere Einmischung in die deutschen Angelegenheiten verbitten.

Die Hauptgefahr der REP-Ideologie besteht dann, wenn der Prozeß der deutschen Einheit von den Alliierten, insbesondere von der Sowjetunion, verzögert oder blockiert werden sollte. Dann könnte eine Ideologie greifen, die nach dem "Versailler Schandfrieden" nunmehr vom "Vier-Mächte-Diktat" spricht. Schewardnadses Äußerungen, den Deutschen keine "diskriminierenden" Auflagen zu machen, trägt eben dieser Befürchtung Rechnung, daß der Nationalismus noch erheblich an Schubkraft gewinnen könnte.

REP: Zwischen CDU- Kompatibilität, Ständetum und neofaschistischen Versatzstücken

Die Medien-Kommentare zum neuen REP-Programm heben die Entschlackung von völkischem und neofaschistischem Plunder hervor und attestieren den REP Verfassungskonformität. Tatsächlich ist das Programm an vielen Punkten entschärft worden, um Verfassungstreue zu dokumentieren. Dabei wird jedoch allerlei übersehen: zum einen handelt es sich um ein Wahl- und nicht Parteiprogramm, das stark auf die "Wiederherstellung Deutschlands" zugeschnitten ist. Bereiche wie die Ausländer-und Asylpolitik oder die Umweltpolitik sind stark gestutzt worden. In einem Fall deshalb, weil die REP die Ausländer ausgrenzende, abschottende und diskriminierende Politik der Bundesregierung (schnellere Ausweisungen, Zuzugssperren

usw.) kaum noch überbieten können, zum anderen aus dem Grunde, weil nicht die Ökologie, sondern die "deutsche Frage" zum alles beherrschenden Wahlkampfthema wird.

Ein zweiter Aspekt ist, daß die REP versuchen, über ihr neues Wahlprogramm ganz gezielt bestimmte Klientel anzusprechen und deren Forderungen aufzunehmen: die Polizeibeamten, Ärzte, Apotheker, Soldaten, den "Mittelstand", die Bauern, um sich ihnen gegenüber als Interessensvertreterin zu profilieren.

Und der dritte Gesichtspunkt beinhaltet, sich als Garantin der angeblich ausgebliebenen "geistig-moralischen Wende" auszugeben.

So besteht das REP-Programm aus einer Mixtur spezifischer "ständischer" Klientelforderungen, völkisch-neofaschistischen und konservativ-neoliberalen Elementen. Derlei Ideologiemuster finden sich etwa in den Aussagen zu Erziehung, Bildung und Kultur. Da wird an die Wurzeln "deutscher christlicher und abendländischer Kultur" angeknüpft und eine "bejahende Einstellung zu Volk, Staat und Nation" verlangt. Im Kulturteil wird gegen das "Kunstdiktat" der öffentlich-rechtlichen Anstalten mobil gemacht, eine "zunehmende Überfremdung unserer Sprache und Kultur" konstatiert und statt dessen eine Förderung deutscher Tradition und deutschen Brauchtums verlangt. Die Verbreitung deutscher Sprache, Geschichte und Kultur im Ausland wird gefordert, denn die "Geltung der Sprache in der Welt ist Gradmesser für die Überlebenskraft (sic!) eines Volkes".

Unter der Überschrift "Kirche und Religion" wird das Vokabular der neuen Rechten übernommen. Beschworen wird eine "humane Krise größten Ausmaßes", hervorgerufen durch den "Zerfall des christlichen Erbes". Die "moralischen Abwehrkräfte unserer europäischen Kultur sind nahezu erschöpft". Erforderlich sei die "Erneuerung unseres Volkes". Das Menschenbild der REP beruht auf der "schöpfungsgegebenen Vielfalt von Stämmen und Völkern", wobei an den Ethnopluralismus der neuen Rechten angeknüpft wird, der zwischen den "Europiden", "Negroiden" und "Mongoliden" unterscheidet.

Etwas versteckt und kaum erkennbar enthält das REP-Programm auch die antisemitische und antiislamische Forderung eines "Verbots des betäubungslosen Schlachtens" von Tieren. Hier wird eine uralte antisemitische Forderung aufgegriffen, die sich gegen das koschere Schlachten wendet.

Im Medienbereich haben die REP aus dem alten Programm übernommen, daß sich "zeitgeschichtliche und historische Darstellungen (...) an den Fakten orientieren und nicht an nachträglichen Interpretationen aus heutiger Sicht", um den Noltes und Hillgrubers auf die Sprünge zu helfen. Verzichtet haben die REP auf Zensurorgane gegen die "Verschmutzung der geistigen Umwelt".

Im Bereich der Wirtschaftspolitik knüpfen die REP in zweierlei Hinsicht an faschistische Traditionen an. Zum einen sehen sie in den Gewerkschaften die "Speerspitze ideologischer Veränderungen". Statt dessen hätten die Gewerkschaften das "Allgemeinwohl" zu sichern. Der "Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils" knüpft ebenso an die Volksgemeinschaftsideologie an. Der zweite Punkt ist der eindeutige Bezug zum sogenannten "Mittelstand", der vom Staat die größten steuerlichen Lasten aufgebrummt bekomme. Dieser Mittelstand würde von keiner der "Altparteien" repräsentiert, denn die CDU sei "konzernorientiert", die "Sozialisten von den Gewerkschaften beherrscht". Suggeriert wird, daß die "Altparteien" im wesentlichen Klasseninteressen repräsentieren, während die REP an vermeintliche oder auch vorhandene ständische Interessen appellieren.

Auf der Suche nach neuer Wählerklientel

Der Bezug auf den Mittelstand schließt Angriffe gegen marktbeherrschende Großkonzerne ein, die aber zurückgenommen werden, wenn die REP an anderer Stelle Subventionen für die Stahl- und Werftenkonzerne bejahen oder die westdeutsche Pharma-Industrie als "Apotheke der Welt" gefeiert wird, deren Weltmarktposition nicht einer staatlich verfehlten Gesundheitspolitik zum Opfer fallen dürfe.

Neben dem nicht näher präzisierten "Mittelstand" - er umfaßt mittelständische Unternehmer genauso wie Angestellte mit höherem Einkommen - sprechen die REP gezielt die Beamten an. Da wird an law-and-order angeknüpft, von einem nicht mehr gewährleisteten Schutz der Bürger ist die Rede; den Behörden müsse ihre Handlungsfähigkeit wieder zurückgegegeben werden. Für Recht und Ordnung solle der Datenschutz abgebaut, der Bereich der verdeckten Vorfeldermittlungen ausgeweitet werden, die Polizeipräsenz auf unseren Straßen müsse steigen. Die angebliche "Sicherheitsbedrohung" erfordere eine Verschärfung des Strafrechts,

eine Verkürzung der Strafverfahren von drei auf zwei Instanzen und eine wirksame Abschreckungsfunktion von Strafe. Lebenslang müsse auch wortwörtlich genommen werden. Leggewie zitiert die REP, warum diese gegen die Todesstrafe sind: "Die Todesstrafe, drei Minuten Angst vor der Hinrichtung, das ist einfach eine zu harmlose Strafe für diese Art Massenmord auf Raten und daher abzulehnen." (Leggewie, S. 105) Gemeint sind mit den "Massenmördern" die Drogenhändler.

Der Klientelbezug ergibt sich daraus, daß nunmehr keine Forderungen mehr an die Beamten, besonders Polizei und Richter, nach "Gesetzestreue" und "Loyalität zum Staat" erhoben, sondern deren reaktionär-"ständische" Positionen (wie etwa des Beamtenbundes oder der Polizeigewerkschaft) aufgenommen werden.

Als weitere Klientel haben die REP die Bauern im Auge. Sie fordern nichts anderes als die "Renationalisierung der Agrarpolitik" und machen Bundesregierung und EG-Agrarmarkt für den Ruin vieler klein- und mittelbäuerlicher Betriebe verantwortlich. An diesem Punkt profilieren sich die REP als klare Anti-EG-Partei, auf der anderen Seite sagen sie jedoch - im Unterschied noch zum Europawahlkampf - "JA zu Europa", lehnen aber eine politische Union ab, zumal die "Wiederherstellung Deutschlands" absoluten Vorrang habe.

Auch der Sportler nehmen sich die REP speziell an und favorisieren die "Förderung des Deutschen Sportbundes mit seinen Verbänden und Vereinen". Dabei darf nicht fehlen, daß man auch südafrikanischen Sportlern wieder zujubeln darf, denn das Aussperren dieser Sportler "widerspricht dem olympischen Geist".

Den Arbeitslosen wird neuerdings eine - nicht näher präzisierte - "Mindestsicherung" zugebilligt und auf faschistoide Diffamierungen als "Arbeitsscheue" usw. verzichtet. Die Wahlanalytiker nicht nur bei den REP wissen, daß auch in diesem Bereich ein Wählerpotential vorhanden ist, das nicht verprellt werden soll.

Das Einklagen der "geistig-moralischen Wende"

Auffällig ist zum einen die durch und durch neoliberale Grundrichtung der REP. Die "Bildung von Privateigentum" und der "persönliche Freiheitsraum" werden besonders hervorgehoben. Das gesamte neoklassische Repertoire wird heruntergespult: der Staat habe sich auf wenige Rahmenbedingungen zu beschränken, die Steuern seien weiter zu senken und die Subventionen abzubauen. Das Credo der Deutschen Bundesbank und der Bundesregierung nach Geldwertstabilität und Abbau der Haushaltsschulden steht auch bei den REP ganz obenan, daneben fordern sie eine Privatisierung unter anderem im Gesundheitsbereich, bei der Arbeitsvermittlung und der Pflege, wo die Pflegebedürftigen durch Abschluß einer entsprechenden Pflegekostenversicherung den Staat von Ausgaben entbinden sollen. Auch gegen die weitere Privatisierung im Medienbereich haben sie nichts einzuwenden. Die REP mahnen also an, was auch FDP oder der CDU-Wirtschaftsrat beständig tun: die "Thatcherisierung" sei in der BRD noch nicht weit genug gediehen, in der BRD bestehe noch ein erheblicher Nachholbedarf.

Recht und Ordnung in der Innen- und Rechtspolitik, die Übernahme der Ausländer- und Asylpolitik der Bundesregierung, die Sinngebung für die Jugend, "zu arbeiten, etwas zu leisten, eine Familie zu gründen, Kinder zu haben", das könnte auch aus Oggersheim stammen. Ebenso die Begabten- und Eliteförderung an Schulen und Hochschulen nach Leistungskriterien und die marktwirtschaftliche ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft, in der Kernkraftwerke mit "deutschem" Gütesiegel natürlich kein Sicherheitsrisiko darstellen.

Diese Aufzählung zeigt, daß das NS-Vokabular aus dem alten 87er Programm weitgehend herausgeschnitten und an diesen Punkten weitgehend aufgegeben wurde. In allen eben genannten Punkten haben die REP keine originären Forderungen entwickelt, sondern erweisen sich weitgehend als CDU- bzw. FDP-kompatibel.

Das neue REP-Programm als Scharnier

Auf dem Rosenheimer Parteitag der REP haben viele Delegierte gegen das moderater gehaltene Programm opponiert, weil es weitgehend vom identitätsstiftenden faschistischen Stammtisch-Vokabular entkleidet wurde. Diese Aufgabe haben Professoren wie Diwald, Schlee oder Schlierer besorgt, intellektuelle think- tanks der neuen Rechten also, die schon seit Jahren erfolgreich bemüht sind, die Theorien der Neuen Rechten bei den Konservativen salonfähig zu machen (vergl. auch Zahleshoff). Rechtsradikale Zeitschriften wie "Mut" oder "Criticon" avancierten zu Publikationen, in denen auch beispielsweise der ehemalige Verteidigungsminister

Rupert Scholz publizierte. Umgekehrt breiten sich die oben genannten Professoren in verschiedenen Artikeln in der "FAZ" aus.

Nunmehr hat die neue REP-Programmatik diese Klammerfunktion übernommen. Eine moderater gehaltene Sprache, gezieltes Ansprechen bestimmter Wählerklientel und -schichten - aber eben auch: deutsche Politik "darf nicht vom schlechten Gewissen resultierend aus 12 kriminellen Herrschaftsjahren diktiert werden". Wenn letzteres auch von der Regierungsbank, ja selbst von einzelnen Vertretern der SPD zu hören ist, beweist das nicht den demokratischen Gehalt der REP-Programmatik, sondern zeigt nur, daß die lange Vorarbeit der Neuen Rechten mittlerweile Früchte in Form einer partiellen ideologischen Hegemonie trägt.

Zurecht weist Hajo Funke darauf hin, daß mittels solcher Rhetorik ein besonderes REP-Potential umworben wird: nämlich diejenigen, bei denen Mentalitätsbestände aus dem Faschismus fortwirkten, die eine spezifische Form der Verarbeitung bewirken. "Salonfähig" sind die REP also keineswegs nur hinsichtlich ihrer moderateren Töne, sondern auch hinsichtlich ihrer "Schuldtilgung" und der Propagierung eines Befreiungsnationalismus gegen das "Diktat der vier Siegermächte". Die Öffnung gegenüber konservativen Schichten wird verknüpft mit völkischen Ansätzen, um das Abwenden des neofaschistischen Potentials zu verhindern.

Der Verfassungsschutzbericht vom November letzten Jahres, der die REP als verfassungsfeindlich einstufte, wurde vom Bundesinnenminister Schäuble zurückgehalten. Es gelte, das neue Programm abzuwarten. Mögliche Koalitionspartner müssen schließlich geschützt werden.

Antifa-AG des KB/Westberlin

Anmerkung:

(1) Die sogenannte Feindstaatenklausel (Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen) gestattet regionale Kollektivmaßnahmen gegen die ehemaligen Kriegsgegner (also vor allem Deutschland und Japan) so lange, als die UN nicht selbst die Verantwortung für die Verhütung einer friedensfeindlichen Politik eines dieser Staaten übernommen hat.

5. Zwischen Revolution und Konterrevolution: Die Wahlen in Nicaragua wurden zum Gradmesser des gesellschaftlichen Bewußtseins (*)

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:36

Die Wahlen in Nicaragua endeten nicht nur für die Sandinisten und die internationalistische Linke, sondern auch für die Mehrzahl der internationalen Beobachter mit einer großen Überraschung: das bürgerliche Bündnis, die UNO mit ihrer Präsidentschaftskandidatin Violeta Chamorro schlug die Sandinisten mit ihrem Kandidaten Daniel Ortega auf allen Ebenen, sowohl bei den Präsidentschafts- als auch bei den Parlamentswahlen mit einem Stimmenergebnis von 55% zu 40%. Nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen gibt es dabei keine signifikanten Unterschiede zwischen Stadt und Land, bürgerlichen, mittelständischen und proletarischen Vierteln und Gebieten. Das Stimmenverhältnis zieht sich vielmehr quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und kann somit zurecht als repräsentativer Gradmesser des politischen Bewußtsein der gesamten nicaraguanischen Gesellschaft betrachtet werden. Das sagt auch, daß es kein klassen-und schichtenmäßiges Wahlverhalten gegeben hat, somit dieses Wahlergebnis per se auch keine Spaltung der Gesellschaft nach sozialer Zugehörigkeit sondern eher nach politischer hervorbringen wird.

Daß alle politischen Beobachter des Wahlkampfes von einem klaren Sieg der Sandinisten ausgegangen waren, und zwar in etwa genau in dem Verhältnis wie jetzt die UNO gewonnen hat, hat einen einfachen Grund. Die Sandinisten waren die einzig geschlossen auftretende Kraft, die in der Lage war, eine Massenstimmung für ihr Programm erscheinungsmäßig deutlich zu machen. Sie organisierte die eindeutig größten Wahlkampfveranstaltungen, ihre Unterstützer waren die aktivsten in der politischen Massenarbeit. Auf der anderen Seite die UNO, ein bunt zusammengewürfeltes Bündnis aus Konservativen, Sozialdemokraten bis hin zur Kommunistischen Partei, das eindeutig als Zweckbündnis unter der Regie der us-amerikanischen Botschaft zu erkennen war. Innerhalb des Wahlkampfes konnte dieses Bündnis niemals wirkliche Begeisterung hervorrufen, was selbst in der Wahlkampfberichterstattung der bürgerlichen Gazetten wie der "FAZ" nachzulesen ist. Diese stimmungsmäßige Ebene verführte dazu, Rückschlüsse auf die Stimmung und Entscheidung in der Gesellschaft zu ziehen. Heute, im nachhinein, ist die am häufigsten gebrauchte Erklärung für den unerwarteten Ausgang die, daß die Mehrzahl der Wähler sich nicht für die UNO, sondern gegen die FSLN entschieden habe. Ralf Leonhard, einer der qualifizierteste Kenner der nicaraguanischen Gesellschaft, führt in der TAZ aus, daß dies eine Denkzettelwahl für die FSLN für die Politik der vergangenen 10 Jahre gewesen sei, wobei er nicht nur die Wirtschaftspolitik, also die katastrophale ökonomische Lage der gesamten Gesellschaft, anführt, sondern als weitere wichtige Komponenten die Arroganz der Macht, die Verstaatlichung der Revolution und selbst Korruption mit aufführt. Dies mögen Ursachen sein, erklären aber noch nicht, weshalb auch von ihm in der Vorwahlberichterstattung überzeugend dargelegt wurde, daß gerade die 10 Jahre sandinistische Politik für die FSLN und gegen jede von der USA abhängige Opposition sprechen würden. Ein weiteres Argument wird von Gaby Gottwald, lateinamerikanische Sprecherin der GRÜNEN, in der "Hamburger Rundschau" eingebracht, wonach die Wahl schlichtweg über den Magen und nicht über den Kopf entschieden worden sei. Die systematisch von außen herbeigeführte Verelendung Masse der Bevölkerung, die heute einen geringeren Lebensstandard besitzt als während der Somoza-Diktatur, und die Hoffnung, daß mit einer UNO-Regierung auch der Dollarsegen aus den USA wieder fließen würde, habe die Menschen für das Brot entscheiden lassen. Und da die Hoffnung begründet sei, sei die Abstimmung für die UNO auch realistisch gewesen. Diese Argumentation ist unmittelbar plausibel. Man kann ihr noch eine weitere, ebenso auf der Hand liegende hinzufügen. Für alle sozialen Revolutionen ist die Beantwortung der Frage nach Brot und Frieden die entscheidende gewesen. Zwar ist den Sandinisten gelungen, den ihr von außen aufgezwungenen Interventionskriegs militärisch zu ihren Gunsten zu entscheiden, dies allerdings nur auf Kosten eines hohen wirtschaftlichen Preises und auf Kosten einer weitgehenden Militarisierung der Gesellschaft. Und selbst jetzt bestimmt die Contra immer noch ein Stück des politischen Geschehens. Demagogisch kann die UNO andererseits den "Frieden" versprechen, da sie es im Bündnis mit den USA in der Hand hat, die Aktivitäten der Contra zu beenden. Somit hat auch die Konterrevolution die Parole Brot und Frieden auf ihre Fahnen geschrieben und die Mehrheit der Menschen hat sich in dieser Wahl von dieser Seite offensichtlich mehr versprochen.

Damit kommen wir aber auch zu der Frage, weshalb die Sandinisten, die ja nichts anderes wollten als eine sozial gerechtere Gesellschaft, dieses Ziel fast zwangsläufig nicht erreichen konnten.

Die Einkreisung der Revolution

Zunächst muß in Erinnerung gerufen werden, daß es in Nicaragua niemals eine sozialistische Revolution, nicht einmal eine, die von einer Massenbewegung getragen wurde, gegeben hat. Das, was heute oftmals als die originellste Revolution auf dem lateinamerikanischen Kontinent bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit viel mehr ein genialer Handstreich einer entschlossenen politisch-militärischen Gruppierung, den Sandinisten, die in sich wiederum verschiedene politische Strömungen vereinigten (Marxisten, Sozialisten, nationale Befreiungskräfte), im Verbund mit Teilen der bürgerlichen Opposition gegen ein bei der Mehrheit der Bevölkerung verhaßtes Regime. Zugute kam diesen Kräften, daß das Somoza-Regime so marode war, das es in der Stunde der Entscheidung kaum noch gewaltsamen Widerstand leisten konnte und daß die USA unter der Carter-Administration gerade auf die "Menschenrechtsoption" setzen, d.h. diese favorisierten die Ablösung der nicht mehr haltbaren Diktaturen. Das führte dazu, daß die erste Regierung nach dem Umsturz aus einem Bündnis zwischen den Sandinisten und der bürgerlichen Opposition gegen das Somoza-Regime bestand, in dem unter anderem auch die nächste Präsidentin, Violeta Chamorro, als Ministerin teilnahm. Und diese Regierung konnte sich auf eine wohlwollende Unterstützung durch die USA stützen.

Das, was gemeinhin als sandinistische Revolution bezeichnet wird, kam erst nach diesem Umsturz zum Tragen. Die FSLN als stärkste politische Kraft innerhalb diese Bündnisses setze einen Prozeß der sozialen und politischen Befreiung auf Massenebene und der Beschneidung der Macht der besitzenden Klasse in Kraft. Dieser Weg bestand vor allem darin, das Bildungsniveau unmittelbar anzuheben (Alphabetisierungskampagne), das Gesundheitswesen für die Massen zu öffnen, eine Landreform durchzusetzen, die Rechte der Gewerkschaften zu stärken sowie die Macht der Banken und Konzerne, als deutlichsten Ausdruck der Macht des Kapitals, zu beschneiden indem diese verstaatlicht wurden. Damit wurde gleichzeitig ein Weg der nationalen Unabhängigkeit, eines 3. Weges, beschritten. Dies setzte sie nicht nur in Widerspruch zu ihren bürgerlichen Bündnispartner, sondern selbstverständlich vor allem zu den USA.

Die USA wollten und konnten sich zwar durchaus den Sturz des Somoza-Regimes leisten, wollten und konnten aber gleichzeitig keinen national eigenständigen Weg in ihrem Hinterhof zulassen. Nicaragua war, aus heutiger Sicht der letzte, aus damaliger Sicht nicht erkennbar der letzte, erfolgreiche Versuch, sich mittels einer nationalen Befreiungsrevolution aus der Beherrschung durch das imperialistische System zu lösen. Es war der Schlußpunkt der nationalen Befreiungsbewegungen der 60er und 70er Jahre, der auf allen Kontinenten die alte Kolonial-und Neokolonialherrschaft praktisch in Frage stellte. Da dieser Weg der nationalen Befreiung für die Sandinisten unmittelbar mit der sozialen Befreiung verbunden war, gerieten sie zunächst in einen kaum auflösbaren Widerspruch zu ihren bürgerlichen Bündnispartner und noch viel schärfer in einen antagonistischen Widerspruch zur USA. Zunächst führte dies zum Bruch der gemeinsamen Regierung. Nach und nach verließen die bürgerlichen Bündnispartner die Regierung.

Die Anfang der 80er Jahre bestehenden internationalen Konstellationen ließen es jedoch noch zu, daß sich das sandinistische Nicaragua Bündnispartner aus dem realsozialistischen Lager, insbesondere die UdSSR und Cuba versichern konnte. Das war keine freie Entscheidung, die in Übereinstimmung mit den Gesellschaftssystemen in den realsozialistischen Ländern getroffen wurde, was auch die folgenden Jahre bis hin zu jetzt stattgefunden Wahlen gezeigt haben, sondern es war eine erzwungene, da es außerhalb dieses Lagers keine staatlichen Kräfte gab, die eine national eigenständige Entwicklung Nicaraguas erlaubt hätten.

Für die USA war von diesem Zeitpunkt an klar, daß damit ein zweites Cuba geschaffen werden sollte, zumal die Ent wicklung in Nicaragua ein enormes Antriebsmoment für weitere Befreiungskräfte in Mittelamerika war: der Putsch der "Jungen Offiziere" in El Salvador und die nachfolgend wachsende Kraft der FMLN, der Aufschwung der Guerillabewegung in Guatemala und Honduras. Die US-Strategie schaltete von diesem Moment an auf die totale Isolierung Nicaraguas um. Zunächst mit der Verhängung eines totalen Handelsboykotts, dann, infolge der durch die innere Widerspruchentwicklung gebildete Contra, mit der direkten militärischen Bedrohung, bis hin zu den ständigen Interventionsdrohungen.

Nicaragua durchlebte in dieser Zeit, Mitte der 80er Jahre, die schlimmste Phase der nachrevolutionären Entwicklung. Der US-Boykott und die nachfolgend auch von anderen imperialistischen Mächte vollzogenen

Sanktionen stürzten das Land in eine tiefe wirtschaftliche Krise. Der begonnene Interventionskrieg forderte enorme Ausgaben für das Militär und zwang die Sandinisten, die gesamte Gesellschaft auf eine Kriegswirtschaft umzustellen. Gleichzeitig hatten sich jedoch die internationalen Konstellationen gegen Nicaragua gewendet. Anders als im Fall von Cuba, wo die Sowjetunion noch bereit war, eine "Garantiemacht" in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht zu bilden, beschränkte sie sich in Hinsicht auf Nicaragua auf Waffenlieferungen, um die FSLN im Krieg zu unterstützen, konnte und wollte aber keinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung mehr übernehmen. Nicaragua fiel in das Loch der Änderung der internationalen Konstellation, insbesondere der Änderung der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik, die nicht mehr die Konfrontation, sondern den Ausgleich mit den USA suchten.

Diese Ausgangsposition führte Nicaragua auf den Weg des Versuchs, einen eigenständigen Weg im Verbund mit den anderen mittelamerikanischen Staaten zu suchen.

Der "mittelamerikanische Friedensplan"

Wenn heute Volker Skierka als Kommentator für die "Süddeutsche Zeitung" schreibt: "In Wahrheit aber ist der Sieg der Opposition in Nicaragua vor allem auch ein Sieg der um eine Friedensregelung bemühten lateinamerikanischen und europäischen Länder. Sie haben mit dem Friedensplan des ehemaligen Präsidenten Costa Ricas, Oscar Arias, in einem langwierigen, politisch differenzierten Prozeß die Sandinisten und die USA zur Abkehr von der Politik der Konfrontation bewegt.", dann hat er vom Ergebnis her Recht. Dieser Prozeß hat der Opposition den Sieg gebracht. Von der Beschreibung her hat er Unrecht, da zwar die Sandinisten, niemals aber die USA auf die Konfrontation verzichtet haben.

Der mit Unterstützung durch die USA entfachte Bürgerkrieg in Nicaragua drohte Mitte der 80er Jahre direkte Folgen auf verschiedene Staaten Mittelamerikas zu nehmen. Die von den USA unterstützten Contra operierten von Honduras und teilweise von Costa Rica aus. In El Salvador und Guatemala verstärkte sich der Guerillakampf, der wiederum Unterstützung aus Nicaragua erfuhr. Ständig drohte eine direkte Intervention der USA. Diese Situation rief ein eigenes Interesse der mittelamerikanischen Staaten hervor, die Situation zu deeskalieren, da eine militärische Intervention der USA in jedem Fall im gesamten mittelamerikanischen Bereich negative Folgen gehabt hätte. Der damalige Präsident von Costa Rica, Oscar Arias, entwarf einen "Friedensplan", der auf einer Konferenz der fünf mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, Honduras, Nicaragua, Guatemala und El Salvador im Jahre 1987 im sogenannten Abkommen "Esquipulas II" endete. Danach sollte in allen beteiligten Ländern zwischen den Regierungen und der politischen und militärischen Opposition ein Dialog aufgenommen werden, mit dem Ziel, freie und pluralistische Wahlen durchzuführen. Weiterhin wurde formuliert, die Unterstützung der militärischen Opposition im jeweiligen anderen Land einzustellen sowie das Territorium des Landes für Guerillaeinheiten nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Ein schöner Plan, für den sein Erfinder immerhin den Friedensnobelpreis erhielt, obwohl er niemals Wirklichkeit wurde. Wirklichkeit werden konnte er deshalb schon nicht, weil ihn die USA von anbeginn torpedierten und die von ihnen abhängigen mittelamerikanischen Staaten auf den gleichen Kurs zwangen. Die Contra wurde von den USA weiterhin materiell, finanziell und militärisch unterstützt und operieren bis heute von honduranischen Boden aus. In El Salvador hat es halbherzige und nicht ernstgemeinte Verhandlungen der Duarte-Regierung mit der FMLN gegeben, die mit dem Antritt der ARENA-Regierung völlig ins absurde geführt wurden, in Honduras und Guatemala passierte in dieser Hinsicht nichts, Costa Rica hat sich nur insofern an das Abkommen gehalten, als keine Contra-Verbände mehr von diesem Land aus operieren. Die Folgetreffen in Alajuela (Costa Rica, Esquipulas III) und in Costa del Sol (El Salvador, Esquipulas IV) hatten fast zwangsläufig zur Folge, daß nur noch Nicaragua auf der Tagesordnung stand. Sie wären völlig ergebnislos verlaufen, wenn nicht Nicaragua einseitig Vorbedingungen geleistet hätte. Die Sandinisten erklärten sich bereit, den Notstand aufzuheben und den Dialog mit der Contra aufzunehmen. Dies führte schließlich zum Waffenstillstandsabkommen im März 1988. Schließlich der scheinbare Höhepunkt dieser Verhandlungen mit dem Abkommen von Tela im August 1989: Die Demobilisierung der Contra wurde für den Dezember 1989 beschlossen, dem allerdings die vollständige militärische Niederlage der Contra vorausgegangen war. Verschiedene Zeitungen titelten damals: "Aus für Contra noch vor Jahresende". Alle waren sich scheinbar einig, nur fehlte die Zustimmung der Contra und der USA. Und wie sich zeigte, war dies entscheidend, denn bis heute sind die Contra nicht aufgelöst, und sie operierte bis zu den Wahlen von honduranischem Boden aus. Und obwohl der Beschluß, die Contra bis zum 5. Dezember 1989 aufzulösen, nicht eingehalten wurde, trafen sich die Präsidenten der fünf mittelamerikanischen Staaten am 8. Dezember wiederum zu einer

Fortsetzung der "Friedenstreffen", auf dem diesmal El Salvador im Mittelpunkt stand. Nicht aber, um die Regierung zum Dialog mit der FMLN zu drängen, wie es der Anfang, Esquipulas II, erfordert hätte, und wie es die zugespitzte Situation nach der Offensive der FMLN erfordert hätte, sondern allein, um Nicaragua und die Sandinisten zu zwingen, ihre Unterstützung für die FMLN vertraglich zurückzuziehen.

Summa summarum hat sich außer Nicaragua kein anderes Land an die Verträge von Esquipulas und die Folgetreffen gehalten. Die Sandinisten haben nicht nur einen Waffenstillstand mit der Contra geschlossen, sondern auch Bedingungen für deren Repatriierung geschaffen.

Das Ergebnis dieses "Friedensplanes" ist, wie der Kommentator der SZ richtig beschreibt, der Sieg der Opposition in Nicaragua. Es ist aber nicht ein Ergebnis der Wegnahme der Konfrontation, sondern es ist das Ergebnis einer Zangenbewegung gegen Nicaragua: auf der einen Seite der Zwang eines vermeintlichen "Friedensprozesses" mit den Nachbarstaates, auf der anderen Seite weiterhin der Konfrontation durch die von den USA unterstützten Contras ausgesetzt zu sein.

Das Konzept der Sandinisten, einen mittelamerikanischen Friedensprozeß gegen die Interessen der USA durchzusetzen ist damit nicht aufgegangen. Das kann ihnen nicht als Vorwurf entgegengehalten werden, denn die geringe Chance, die sich aus diesem von Arias ins Gespräch gebrachten Vorschlag ergeben hat, mußte von ihnen aufgenommen werden, selbst dann wenn man von vorhinein Skepsis haben mußte.

Die zweite Variante der Zangenbewegung: Die UNO

Als in der letzten großen militärischen Offensive der Sandinisten gegen die Contra im Jahre 1988 deutlich wurde, das letztere keinerlei Chancen mehr besitzen würden, den Krieg zugunsten der USA zu entscheiden, stand für diese nur noch die Entscheidung, direkt zu intervenieren oder in einer Doppelstrategie das Land durch immer noch mögliche militärische Störmanöver der Contra zu zermürben, aber sich gleichzeitig auf die zivile Opposition zu konzentrieren. Dies war der Beginn einer intensiven Bearbeitung der verschiedenen Oppositionsgruppen.

In "bester" Counter-Insurgency-Tak- tik wurden die Aufgaben verteilt: Einerseits Konfrontation vermittels der Contra, der allerdings nur noch die notwendigsten Mittel zum Überleben zur Verfügung gestellt wurden. Anderseits Aufbau einer Oppositionsfront, die nicht von der extremen Rechten geführt wurde, sondern sich die inneren Widersprüche der nicaraguanischen Gesellschaft zu eigen machte. So wurde denn nicht der eigentliche Führer der Konservativen, der Präsident des Unternehmerverbandes, Enrique Bolanos, Präsidentschaftskandidat, sondern mit Violeta Chamorro eine Frau, die im Gegensatz aber nicht im antagonistischen Widerspruch zu den Sandinisten steht.

Das Bündnis und der Wahlkampf wurden in der US-Botschaft bestimmt, bezahlt wurde aus Washington. Insgesamt 20 Millionen Dollar flossen offiziell als Wahlkampfunterstützung an die UNO (im Vergleich dazu belief sich der Etat der Sandinisten auf 6 Millionen Dollar).

Der Wahlkampf wurde als Vernichtungsfeldzug gegen die Sandinisten geführt. Während die sandinistische Regierung in den Abkommen mit der Opposi tion über die Vorbereitung der Wahlen selbst nach Aussagen der Opposition 90% der Forderungen der UNO erfüllt hatte, wurden der Handelsboykott durch die USA und der Interventionskrieg fortgesetzt. Den USA und der UNO war nicht an einer Verbesserung der Lage der Menschen vor der Wahl gelegen, d.h. ihnen war an einer weiteren Destabilisierung gelegen.

Fazit

"Die Tragik der Sandinisten liegt auch darin, daß sie nie beweisen konnten, ob ihr Modell unter einigermaßen regulären Rahmenbedingungen funktioniert hätte" kommentiert Stephan Hebel in der "FR". Das ist richtig, aber mit einer Einschränkung, die diese Aussage fast wertlos macht: einigermaßen reguläre Bedingungen wird es für einen solchen Prozeß wie in Nicaragua auf absehbare Zeit nicht geben. Die vergangenen 10 Jahre Nicaragua haben legen den Schluß nahe, daß sich ein Land der 3. Welt aus eigener Kraft nicht aus dem kapitalistisch-imperialistischen System lösen kann. Es bedarf dafür Bündnispartner wie sie die Befreiungsbewegungen früher in der SU gefunden haben.

Im inneren Verhältnis waren sicherlich Armut und Kriegsmüdigkeit die entscheidenden Faktoren. Paradoxerweise haben die Sandinisten aber gerade durch ihre Politik des Dialoge mit der Opposition, ja selbst

mit der Contra den Weg zum Abbau der gesellschaftlichen Konfrontation geschaffen, der vielleicht auch einer Entpolitisierung entgegenkam: Wenn man mit der Contra und der UNO reden kann, weshalb kann man sie denn nicht auch wählen.

Die Folgen dieser Wahl

Die Entscheidung in Nicaragua strahlt aus auf den politischen Prozeß in ganz Lateinamerika. Unmittelbare Folgen wird es auf die Auseinandersetzung in El Salvador haben. Die FMLN hat den existierenden, den von der FSLN regierten Staat, in ihr Kalkül der Verhandlungslösung mit eingesetzt. Der sogenannte "Friedensplan" für Mittelamerika ist mit dieser Wahl endgültig zu Grabe getragen worden. Die FMLN wird sich in ihren Dialogbemühungen also nur noch auf die eigenen Kräfte zurückgeworfen sehen, denn keiner der mittelamerikanischen Staaten wird sich jetzt mehr verpflichtet fühlen, die ausgehandelten Versprechungen von Esquipulas II voranzutreiben.

Das nächste Ziel der USA wird Cuba sein, um den letzten Restposten einer unabhängigen Entwicklung in dieser Region zu beseitigen. Da wird man nicht auf den Tod von Fidel Castro warten. Nach der Invasion in Panama ist ein gleiches Manöver auf Cuba nicht mehr auszuschließen, vor allem weil die USA mit einer Reaktion der UdSSR heute kaum noch zu rechnen haben.

Das größte Problem bleibt jedoch, bei aller Bitterkeit der Niederlage, mit Nicaragua bestehen. Ohne Schönfärberei, ohne eine Niederlage in einen Sieg ummünzen zu wollen, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Sandinisten es geschafft haben, unter extrem schwierigen Bedingungen 40% der Menschen für sich zu gewinnen. Sie haben nach wie vor einen großen Rückhalt in der Bevölkerung, sie sind die stärkste politische Kraft innerhalb der Gesellschaft, sie haben Einfluß auf die bestehenden Massenorganisationen und bilden nach wie vor eine Macht im Staat. Es wird, auch wenn sie von der direkten Staatsmacht abgelöst werden, aufgrund der Strukturen eine Zeit der Doppelherrschaft entstehen. Und sie werden gerade aufgrund der Wahlniederlage besser in der Lage sein, frei von der Regierungsverantwortung, die Menschen für ihre Ziele zu mobilisieren. Dies weiß offensichtlich auch die zukünftige Regierung, anders ist nicht zu erklären, daß ihre neue Präsidentin sich noch am Tag des Wahlsiegs dahingehend erklärte, es gäbe keinen Sieger und keinen Besiegten (eine übrigens für lateinamerikanische Verhältnisse völlig ungewöhnliche Pose). Die neue Regierung verfügt weder über eine Militär- noch über einen Polizeimacht, beides ist bisher in sandinistischer Hand. Und eine Umstrukturierung erfordert viel Zeit.

Insofern ist die neue Regierung auch in Hinsicht einer Rache- oder gar Vernichtungskampagne gegen die FSLN eingeschränkt. Darüberhinaus haben die 10 Jahre sandinistische Revolution eine demokratische Gesellschaftsstruktur geschaffen, die es der FSLN jetzt erleichtern wird, aus der Opposition heraus zu arbeiten.

Revolution passé?

"Das Ende einer Revolution", "Zehn Jahre Hoffnung - umsonst", "Das Ende einer Utopie", das sind die Schlagzeilen, die die linke Reaktion auf den Wahlsieg der UNO ausmachen. Darin drücken sich vor allem Befindlichkeiten aus. Die Revolution in Nicaragua war so schön, weil sie weitgehend von den Schrecklichkeiten, die man sonst so kennt, verschont geblieben ist. Aber sie war letztlich auch erfolglos.

Schon seit einiger Zeit zeichnete sich ab, daß die radikale Linke Abstand genommen hat von der Solidaritätsbewegung für Nicaragua. Die "Verstaatlichung" der Revolution und die Windungen und Wendungen der sandinistischen Regierung, um die Revolution zu verteidigen, war manchem Autonomen zuwider. Da hält man es lieber mit dem bewaffneten Kampf in El Salvador. Andere wiederum konzentrierten sich auf Projekte für das Volk, da hatte man es nicht mit den Sandinisten, sondern mit den echten Compas zu tun.

Beide Vorstellungen gehen jetzt zu Bruch. Weder haben die Sandinisten in ihrer Regierungsverantwortung die Interessen ihrer Basis verraten, noch ist das Volk besser als die Sandinisten. Ganz brutal stellt sich für die hiesige Solidaritäsbewegung die Erkenntnis, daß auch diese Bevölkerung gespalten ist nach politischen Interessen, das sie mal in ihrer Mehrheit für die Sandinisten ist, wenn sie dort ihre Interessen vertreten sieht, oder ihre Zukunftsträume vertreten sieht, mal ist sie für die UNO, wenn diese scheinbar ein realistischeres Konzept vertritt. Die Nicas, wie es so schön im Solidaritäsjagon heißt, gibt es genauso wenig wie die Chilenen

oder die El Salvadorianer (hoffentlich hat jetzt jeder gemerkt, daß die FMLN auch nur einen Teil der Bevölkerung und nicht das Volk vertritt).

Umstürze der Gesellschaftsordnung, gemeinhin Revolutionen genannt, obwohl sie es nicht immer sind, passieren heute selten in der Welt, allzu selten. Und wenn denn ein solcher geschieht, stürzt sich die gesammelte Linke der Welt auf sie, um daran eine neue Utopie festzumachen. Die armen Opfer! Weder ist es so, daß die revolutionär handelnden Subjekte in solchen Situationen die Bevölkerung vertreten, noch ist es so, daß die Bevölkerung revolutionär ist.

Solidaritätsarbeit sollte sich deshalb darauf konzentrieren, die revolutionär handelnden Subjekte zu unterstützen, dann kommt man später auch nicht in die Bredouille, die falsche Bevölkerung nicht mehr unterstützen zu wollen, oder man unterstützt Menschen, weil man sie so "lieb" gewonnen hat, ohne auf die politische Meinung zu sehen.

Wenn Daniel Ortega sagt, die Wahl sei verloren, aber nicht die Revolution, so ist dies sicherlich eine Beschönigung, sogar eine Verharmlosung, da eine ganze Schlacht verloren worden ist, aber es ist kein Grund die Sandinisten nicht mehr zu unterstützen, nur weil sie jetzt, scheinbar im Gegensatz zu früher, nicht mehr das nicaraguanische Volk vertreten. Sie vertreten eine Idee der Befreiung, die mehr denn je unsere Unterstützung braucht.

he.

6. Verrechnet

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:29

Vor einem Jahr zog die NPD mit 6,6% in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung ein. Weitere Glanzlicher hat sie allerdings seither nicht setzen können. Öffentliche Auftritte blieben schon dreimal im Versuch stecken, da sich jeweils kam mehr als ein Dutzend NPDler einfinden mochte.

Angesichts der lang beschworenen und nun erwarteten Wiedervereinigung meinten die Kreisführer der Frankfurter Nationalen aus den Bonner und "mitteldeutschen" Stürmen Morgenluft für sich abzweigen zu können. Sie, die NPD, wollte es in Frankfurt sein, die Leute für Deutschlands Glorie und Einheit auf die Straße bringt.

Mindestens 80 "mitteldeutsche" Braune, so die Partei, sollten am 17.2.90 neben ihren Brüdern und Schwestern traben dürfen, die aus der Region nach Frankfurt kommen würden. Aber, um es vorwegzunehmen, auch dieser Tag verging, ohne sonderlich durch die "Nationaldemokraten" bestimmt zu werden. Hingegen dominierten antifaschistische Demonstranten und, wie könnte es anders sein, die Polizei die Szene.

Da sich nur ca. 50 Faschisten bei ihr einfanden (je etwa die Hälfte aus der BRD und der DDR), verzichtete die NPD auf ihren Umzug. Als die Polizei ihr eröffnete, sie könne angesicht von über 1500 Gegendemonstranten möglicherweise nicht für ihre Sichterheit garantieren, blieb der Großteil der NPDler im Partykeller der Parteizentrale. Der nüchterne Teil dieser Versammlung strich am späten Nachmittag kurz um das polizeibewachte Parteibüro - und damit hatte es sich auch.

Der NPD hatte auch ein zweimaliges Aufheben des vom Magistrat verfügten Demonstrationsverbots durch zwei Instanzen des Verwaltungsgerichtes nicht bei der Mobilisierung geholfen.

Der SPD-Grünen-Magistrat hatte sicher keine NPD-Demo haben wollen; jedoch blieben seine Verbotswünsche reine Pflichtübungen. "Verfassungsfeindlichkeit" und "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" sind für die Justiz erfahrungsgemäß keine ausreichenden Verbotsgründe.

Eine gegen die Nazis gerichtete Mobilisierung seitens der SPD, des DGB und der Realo-Grünen blieb aus. Ebenso fehlte bei der Gegendemonstration weitgehend das sogenannte traditionelle antifaschistische Spektrum. Den Großteil der Antifaschisten stellten dieses Mal SchülerInnen, von sich selbst und ihrem regen StadtschülerInnnenrat aufgerufen. Den anderen Teil stellten verschiedene linke Kräfte.

Antifaschisten als Haßobjekte

Bevor die Anti-NPD-Demonstranten ihr erstes Ziel, die Kreuzung vor den abgeriegelten Gassen zum NPD-Büro, erreichten, mußten viele von ihnen Kontrollen über sich ergehen lassen. Zweimal mußten Polizeiblockaden umgangen bzw. der Weitermarsch "ertrotzt" werden. Auf dem nur wenige hundert Meter langen Weg prügelten des öfteren männliche und weibliche Bullen auf Demonstranten wie auch auf einzelne Fotografen ein.

Die Nachricht von der Aufgabe der NPD sprach sich herum und eine weitere Eskalation durch die Polizeiführung (in Frankfurt durch den Sozialdemokraten Gemmer repräsentiert) schien nicht mehr angesagt. Doch die Einsatzleitung hielt noch eine "Überraschung" bereit. Nachdem es an den Rändern der Versammlung zu polizeilichen Knüppeleien gekommen und bei Gegenwehraktionen einiger Demonstranten auch eine Polizistin am Kopf verletzt worden war, beruhigte sich die Szene zunächst. Aber nach einer Weile schien es, daß die Polizei ankündigungslos den Platz räumen und die Demo auflösen wollte. Polizeiketten rückten von zwei Seiten vor, vier Wasserwerfer verschossen ihre Ladung auf die Antifaschisten. Ein Teil von ihnen flüchtete auf die Mainbrücke, ein anderer den Mainkai und eine Parallelstraße hinunter. Letztere stießen nach wenigen Metern plötzlich auf ca. 70 militante Neonazis. Mit Baseballschlägern, Tschokos, Leuchtmunition u.a. bewaffnet, war diese Bande, von der Polizei unbehelligt, durch die Innenstadt in Richtung NPD-Büro marschiert.

Die ersten Antifaschisten wichen vor der unerwarteten steinewerfenden Gruppe zurück, andere schlugen auf die Faschos ein. Als größere Demonstrationsgruppen sich gegen die Reichskriegsflagge bewehrten Nazis

wandten, flohen sie. Zu einer Reihe teils heftiger "Gefechte" kam es auf Gassen und Plätzen zwischen Dom und Römer (Rathaus). Die Nazis zogen dabei derart den Kürzeren, daß sie wenig später sich bereitwillig von Polizeifahrzeugen aus den Innenstadtbereich fahren ließen. Ein Wasserwerfer erreichte in dieser Situation mehr Passanten und Antifaschisten als NS-Schläger. Daß das Ziel und Kalkül der Polizeiführung war, zeigte sich durch andere (später zusammengetragenen) Beobachtungen. So war z.B. nur wenige Minuten zuvor ein Wasserwerfer vom Ort des Zusammenpralles mit den Neonazis zurückgezogen worden.

Die Antifaschisten fanden sich wieder zu einen Zug zusammen und demonstrierten zur Abschlußkundgebung an der Hauptwache. Anschließend zogen noch gut 1000 Leute ohne Polizeibehinderungen durch die Stadt, vorbei am Gericht/Klapperfeld und mit Auflösung vor dem Hauptbahnhof um 14 Uhr

In der Zwischenzeit wurde berichtet, daß gegen 10 Uhr ungefähr drei Dutzende Naziskins und rechte Fußballfans eines NRW-Vereins zwar von der Polizei kurz am Bahnhof aufgehalten worden waren, sie sich aber danach mit den NSlern der "Taunusfront" zu jenem Marsch vereinen konnten.

Die Polizei hat diese Bande, von deren Plänen sie gewußt haben wird, in ihre Strategie gegen die antifaschistischen Kräfte eingebaut. Sie hat eine bewaffnete Truppe eine nicht-spontane Demonstration durchziehen lassen; sie hat deren Willen zu gewaltsamen Provokationen nicht nur hingenommen, sonden benutzt. Daraus ergeben sich Fragen nach der Rechtslastigkeit der Frankfurter Polizeiführung.

Diese ließ über die Presse verlauten, sie habe ein dramatisch hohes "Gewaltpotential" unter den antifaschistischen Demonstranten festgestellt, jede(r) zweite hätte Steine geworfen bzw. Steinewerfer unterstützt.

Die Presse stieß ins selbe Horn. Erfunden wurden u.a. Durchbruchversuche zum NPD-Büro (FAZ); "1000 Chaoten und Skinheads prügeln in die City" (FNP). Nur die FR zeichnete weitgehend die wirklichen Geschehnisse nach.

Ein Frankfurter Antifa-Genosse

7. Die "Liberale-Connection" - Miniser Möllemann und sein trojanische Pferd "LSI"

Bundesminister Möllemann und sein trojanisches Pferd "LSI "

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:07

Auf seine achtzehn Monate bei den Fallschirmjägern der Bundeswehr weist Jürgen W. Möllemann bei jeder ihm günstig erscheinenden Gelegenheit gerne hin. Doch nun droht dem nordrhein-westfälischen FDP-Chef und Bundesbildungsminister eine unsanfte Bauchlandung. Denn was Studentinnen und Studenten der Universität Münster über ihn, der dort 1969 sein Lehrer-Examen ablegte, zu erzählen wissen, kann er wohl nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Zeitschrift "Semester-Spiegel" faucht von " faschistisch- liberalen Kontakten"; das Sprachrohr der Jungsozialisten-Hochschulgruppe "Linkswärts" sieht eine "Liberallala-Connection" in Aktion.

Als eine Art trojanisches Pferd wie hert die "Liberale Studenten-Initiative" (LSI). Seit Januar 1990 stellt sie mit einem Abgeordneten die kleinste Fraktion im Münsteraner Studenten-Parlament (StuPa). Massiv gefördert wird die LSI vom zuständigen FDP-Kreisverband.

Ehemalige FDP-Mitglieder machen keinen Hehl daraus, daß der Kreisvorstand der FDP-Jugendorganisation "Junge Liberale" (JuLis) zumindest bis Mitte 1989 ausnahmslos aus politisch weit rechtsstehenden Burschenschaftlern besteht. Den JuLis ist die langjährige Ausrichtung der LSI ein Dorn im Auge, vor allem die Forderung nach Beibehaltung des Schwulen- und Lesbenreferats und nach einer Aktionseinheit mit den Jungsozialisten ein Felsen des Anstoßes.

So übernehmen die Korpsstudenten in einer unauffälligen Palast-Revolution die LSI. Nun erhält sie ein rechtes Profil. Die Erfüllung des Wunsches, den damals mit linker Schlagseite besetzten Allgemeinen Studentenausschuß (ASTA) zu stürzen, rückt somit ein beträchtliches Stück näher. Seit dem StuPa-Urnengang Anfang dieses Jahres ist es endgültig erreicht.

Frank Mielcke malt mit den schillernden Farben auf der Palette der "Liberallala-Connection". Bis April 1989 sitzt der LSI-Kandidat bei den StuPa-Wahlen im Januar 1989 im JuLi-Kreisvorstand.

Ebenfalls im April, nämlich am elften, beantragt er beim Senat der Universität die Zulassung einer - für Münster - neuen Hochschulgruppierung, des "Gesamtdeutschen Studentenverbandes" (GDS). "Verbindungen zu der rechtsterroristischen FAP sowie zu der NPD und den Burschenschaften bestehen seit Jahren und werden weiterhin gepflegt", bringen der DGB Krefeld und das städtische Antifaschismus-Komitee 1988 über den GDS in Erfahrung. Überraschen kann es da nicht, daß der GDS, ein außerordentlicher Mitgliedsverband des Bundes der Vertriebenen, in Nordrhein-Westfalen der Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegt.

Einen Tag später, am 12. April 1989, richtet Mielcke ein zweites Begehren an die Leitung der Hochschule. Diesmal will er den Segen für den burschenschaftlichen "Convent deutscher Korporationsverbände" (CDK). Die unter dem CDK- Dach beheimatete "Verbindung Franconia" (Leiter: Frank Mielcke) dient der LSI noch bis Ende 1989 als Saalschutz.

Gegen die CDK-Registrierung stemmt sich der Rektor ohne Einschränkung. Der Pro-GDS-Antrag wird bis auf weiteres vertagt und seitdem noch nicht wieder hervorgeholt.

Jener Pseudo-Liberale, der wenige Monate nach seinem Engagement zugunsten der Lambsdorff-Partei als stellvertretender Kreisvorsitzender der "Republikaner" und Boss des "Republikanischen Hochschulverbandes" Münster in den Ring steigt, gesteht in einer persönlichen Erklärung Jürgen W. Möllemann arg Belastendes.

Ihm gut bekannten Personen gegenüber habe das in Münster wohnende Kabinettsmitglied bekundet, der AStA müsse von der politischen Bildfläche verschwinden. Frank Mielcke: "Für den Wahlkampf erhielt die LSI von BM Möllemann 6000 DM in bar. Der Betrag wurde von dem damaligen Kassenwart Martin Pritschmann quittiert. Die Belege gingen an Möllemann zurück. Weiterhin hat BM Möllemann alle Kosten übernommen, die bei der LSI-Veranstaltung mit ihm im Januar 1989 im Hochschulraum 1 entstanden. Auch die anschließende Jazz-

Fete der LSI (...) wurde von Möllemann finanziell getragen. Einige hundert Mark erhielt die LSI aus dem FDP-Bereich in Form einer Übernahme von Rechnungen."

Kronzeuge Dr. Wlecke

Die brisanten Sätze Mielckes zeichnet Dr. Ulrich Wlecke, Münsteraner JuLi-Kreisvorsitzender von Oktober 1987 bis April 1989, bereitwillig ab. "Die JuLis beschlossen auf einer Bezirksvorstandssitzung", gibt er Nachhilfeunterricht in der Unterwanderungs-Perfektion des FDP-Nachwuchses, "verstärkt bei der LSI Einfluß zu nehmen mit dem Ziel, den StuPa-Wahlkampf der LSI zu unterstützen, vernünftige Leute für die LSI in das StuPa zu kriegen und eine neue Mehrheit zu erreichen, um den (...) AStA abzulösen." Dies sei, so der damalige stellvertretende JuLi-Bezirkschef, über den JuLi-Kreisverband passiert - "unter maßgeblicher Mitarbeit vieler Verbindungsstudenten sowie mit wohlwollender Unterstützung von Herrn Möllemann".

Das nachhaltige Interesse Möllemanns an der Ablösung des ehemals sozialistisch geprägten AStAs führt "Semester-Spiegel"-Chefredakteur Martin Krems auf "persönliche Vorlieben des Ministers" zurück. Schließlich war Möllemann bis zum Studienabschluß AStA- Spitzenmann in Münster, und seine Ehefrau war in den sechziger Jahren in der LSI-Vorgängervereinigung die Nummer Eins.

An Dr. Wlecke ist außer seiner Offenherzigkeit auch faszinierend, daß er in der FDP führende Positionen einnehmen kann, obwohl seine politische Vergangenheit nie im Verborgenen liegt. Wlecke war nämlich Anfang der achtziger Jahre Kölner Vorsitzender und Bundesleitungsangehöriger des "Ringes Freiheitlicher Studenten" (RFS), der im Fahrwasser der "Republikaner" schippert. Die RFS-Bundesvorsitzende Gabriele Schlaepper kandidiert bei der EG-Wahl 1989 auf Listenplatz 15 für die Schönhuberianer. Und RFS-Generalsekretär Manfred Rouhs, bis 1986 nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der NPD-Kaderschmiede "Junge Nationaldemokraten", verantwortet das REP-Magazin "Europa vorn".

Jürgen Möllemann: ausdauerndes Schweigen

Daß vormalige LSI-Puppenspieler wie Frank Mielcke und Dr. Ulrich Wlecke aus dem Nestkästchen plaudern, erklärt sich "Liberallala-Connection"-Insider Krems mit den Distanzierungen der amtierenden LSI-Sprecherin Cornelia Freytag ("Die LSI ist die Hochschulgruppe in Münster, die ihre Zusammenarbeit gegen den Rechtsextremismus und für die Vertretung studentischer Anliegen an der Uni stets angeboten hat"). Nach Meinung von Mielcke belegt die Freytag-Auslegung der LSI-Geschichte "den eklatanten Mangel an Rückgrat bei der FDP", nach Auffassung von Dr. Wlecke eine "politische Unseriosität und absolute menschliche Schäbigkeit".

Verschiedene telefonische und schriftliche Anfragen an den Bundesbildungsminister mit der "Liberallala-Connection" zum Inhalt bleiben derweil unbeantwortet und unkommentiert. Ausdauer ist beim Fallschirmspringen einer der Punkte, die man nicht vernachlässigen darf. Das gilt jedoch nicht nur für Militär und Sport. Und wie wichtig Ausdauer ist, das weiß nicht nur Möllemann.

8. Der "Taylor-Report" oder: Über die Bewältigung einer Fußballkatastrophe mittels des Klassenkampfes

Rubrik: Großbritannien; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:02

Ende Januar veröffentlichte Lord Justice Taylor seinen 109 Seiten starken und mit Spannung erwarteten Report über das sogenannte "Hillsborough"-Desaster. Zur Erinnerung: Am 15. April 1989 sollte im Sheffielder Stadion "Hillsborough" ein Pokalspiel zwischen dem FC Liverpool und Nottingham Forest stattfinden. Die Paarung mußte jedoch bereits nach wenigen Minuten abgebrochen werden, als auf einer überfüllten Tribüne 95 Liverpool-Fans zu Tode getrampelt und gequetscht wurden. Die Fans wurden Opfer einer law and order-Politik, die das Problem von Fußballunruhen dadurch einzudämmen versuchte, daß sie rund um die Spielfelder hohe Gitterzäune errichtete. "Man hat uns behandelt wie Tiere", lautete das bittere Resumée vieler Liverpool-Fans.

Die rechte Boulevardpresse (darunter selbstverständlich auch die berüchtigte "SUN", die noch einige Jahre zuvor die Errichtung der "Schutz-Zäune" mit der Schlagzeile gefordert hatte: "Sperrt die Biester in Käfige") und die Polizei beschuldigten zunächst die Fans, für die Katastrophe verantwortlich zu sein. Liverpool-Fans hätten Liverpool-Fans mutwillig zu Tode getrampelt, um sie anschließend auszurauben. Zur Hilfe eilende Polizisten seien von alkoholisierten Fans anuriniert worden etc. Doch die Story überlebte keine 48 Stunden, da ihr neutrale Augenzeugen vehement widersprachen.

Die Story war nichts weiter als ein infamer Versuch der Fußballoberen, der Polizeiführung und der rechten law and order-Politiker, von der eigenen Verantwortung für das Geschehene abzulenken.

Schon bald stellte sich nämlich heraus, daß die Katastrophe vor allem durch schlechte Organisation (für die die Polizei verantwortlich war), eine diskriminierende Kartenvergabe zuungunsten der zahlenmäßig deutlich überlegenen Liverpool-Fans wie eben der besagten "Schutz"-Zäune verursacht worden war.

Die von der Thatcher-Regierung in Auftrag gegebene Studie hatte zur Folge, daß die Einführung von "ID-cards" für Fußballfans erst einmal auf Eis gelegt wurde. Thatcher hatte den britischen Profiklubs ein Ausweissystem aufnötigen wollen, das nur noch registrierten und von an den Eingängen installierten Polizeicomputern gecheckten Anhängern Zutritt zu den Stadien gewähren sollte. Doch Taylor kam in seinem Report zu dem Schluß, daß das "ID-cards"-System den bereits existierenden Gefahren für die physische Integrität der Zuschauer nur noch eine weitere hinzufügen würde. So könnte es im Falle nicht - oder zu langsam arbeitender Computer zu einem gefährlichen Gedränge vor den Eingangstoren kommen.

Mit dem Taylor-Verdikt ist das "ID-cards"-System indessen keineswegs vom Tisch. Es landete lediglich in der Ablage, wo es jederzeit - etwa nach der nächsten Fußballkatastrophe oder im Falle der Bereitstellung einer entwickelteren Computertechnik, die Taylors Einwände berücksichtigt - wieder herausgeholt werden kann. Denn Taylors Bedenken bezüglich der "ID-cards" sind rein technischer Natur; über ihren totalitären und repressiven Charakter verliert der Lord in seinem Report hingegen kein Wort. Mit den restlichen Empfehlungen Taylors kann die Regierung bestens leben. Diese laufen nämlich in ihrer Konsequenz exakt auf das hinaus, was den neu-rechten Ideologen des Thatcherismus, die das Fußballspiel und seine Kultur einer elitären Klassenkritik unterziehen, und den in ihrem Windschatten segelnden Geldmachern bereits seit Jahren ein Herzensanliegen ist: auf die Zerstörung eines - ohnehin schon im Atomisierungsprozeß befindlichen - proletarischen Milieus bzw. die Enteignung dessen kultureller Institution Fußball, zugunsten einer konsequent konsumorientierten Fußballindustrie bzw. deren Unterwerfung unter die harschen ökonomischen Spielregeln des Thatcherismus. Einem echten Neo-Konservativen ist der Anblick der proletarischen Massen, die sich Samstag für Samstag zu Hunderttausenden in den englischen und schottischen Ligastadien versammeln und sich nicht seinem Verhaltenskatalog entsprechend benehmen, ebenso zuwider, wie es für ihn unakzeptabel ist, daß es noch Plätze im Großbritannien der Thatcher-Revolution geben soll, die nicht von seine Kultur beherrscht werden.

Jagt die Lords hinfort

Lord Justice Taylors Report folgt einer schon als traditionell zu bezeichnenden Unsitte: Unterschiedliche Ereignisse und Probleme werden in einer unzulässigen Weise miteinander vermengt, damit das Ergebnis der

Untersuchung auch ja die strategischen Absichten der Regierung bestätigt. Ein generelles Problem derartiger Untersuchungen, denen von der britischen Öffentlichkeit gewöhnlich eine erhebliche Autorität zugestanden wird, ist, daß mit ihnen zumeist Vertreter der Justiz beauftragt werden, die in der Sache eher amateurhaft und unbewandert sind, aber zu den tonangebenden Kräften im britischen Staat, Aristokratie und Großbürgertum zählen. So ist sowohl garantiert, daß an den eigentlichen Problemen kräftig vorbeigeredet wird, als auch die Sichtweise einer bestimmten Klasse die Schlußfolgerungen dominiert.

Ein beredtes Beispiel hierfür ist der Bericht der "Popplewell-Kommission", die sich ursprünglich mit einem Brand im Stadion von Bradford befassen sollte. Im Mai 1985 war dort während eines Ligaspiels eine alte, aus dem Jahr 1908 datierte Holztribüne in Brand geraten, wobei 57 Menschen ums Leben kamen. Feuertechnische Untersuchungen ergaben später, daß das Feuer vermutlich durch ein achtlos weggeworfenes Streichholz ausgelöst wurde. Die Zuschauer verbrannten bei lebendigem Leibe, weil sie am hinteren Ende der Tribüne, unter der zu allem Überfluß auch noch Müll gestapelt wurde, auf verschlossene Türen stießen. Das Vorgehen der Kommission wurde bereits in dem Moment problematisch, als ihr Mandat eine Erweiterung um die Erörterung der Ereignisse von Brüssel (am 30.5.1985 kamen 38 Menschen, die vor prügelnden Liverpool-Fans flüchteten, unter eine eingestürzten Tribünenwand im Brüsseler Heysel-Stadion zu Tode) und von Fußballunruhen in Birmingham erfuhr, obgleich diese Problemkomplexe sich von der Bradford-Tragödie deutlichst unterschieden.

Allein schon das Zusammenwerfen dieser drei Ereignisse mußte suggerieren, Bradford habe in gleicher Weise etwas mit dem Problem des "hooliganism" zu tun wie Brüssel und Birmingham. Verstärkt wurde dieser Eindruck noch durch eine Reihe auf Bradford bezogenen Aussagen im späteren Bericht der Kommission selbst. So wurde wiederholt auf einen Zeitungsbericht verwiesen, der Mitglieder einer jugendlichen Gang bezichtigte, Rauchbomben geworfen zu haben, die dann das Feuer verursacht hätten. Eine Story, die sich bereits weit vor der Veröffentlichung des Kommissionsberichts als unhaltbar erwiesen hatte. Desweiteren mokierte sich die Kommission über das rituelle Verhalten einiger jugendlicher Fans, die auf der Tribüne, die später niederbrannte, getanzt und gesungen hätten. Zwar geriet dadurch nicht die Tribüne in Flammen, aber offensichtlich ging es der Kommission darum, ein gesamtes Milieu zu rügen. Wenn das Tanzen und Singen auf den Rängen (und von mir aus auch noch das Gröhlen) bereits als "ungebührlich" und unbedingt veränderungswürdig betrachtet wird, dann verdeutlicht dies lediglich das Ausmaß der Verhärtung sozialer Einstellungen, für die die neokonservative Herrschaft steht.

Eine erheblich aufschlußreichere, für die herrschende Politik indessen unbequemere Einschätzung und Einordnung der Bradford-Katastrophe liefert Ian Taylor, nicht identisch mit dem bereits vorgestellten Lord, sondern Soziologe und Gastprofessor am Institut für Kriminologie an der Universität Cambridge.

Taylor verweist auf die Tatsache, daß das Stadion von Bradford im wesentlichen aus einer baufälligen Tribünenkonstruktion besteht, "die in einer hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Gegend errichtet und als solche im Laufe der Jahre nur einigen unsystematischen Inspektionen unterzogen und mit bedeutungslosen Verordnungen belegt wurde." Die Zustände im Stadion von Bradford seien ein präzises Beispiel dafür, "was ich an anderer Stelle als ‚generelle Einstellung der herrschenden Klasse in Großbritannien` beschrieben habe, ‚die es zugelassen hat, daß der Staat die Arbeiter - selbst im Rausch des Wiederaufbaus nach dem Krieg - in verwahrlosten und unsicheren Häuserblocks einquartiert hat, deren Abstieg zum Ghetto bereits abzusehen war. Dieselbe Gleichgültigkeit hatte zur Folge, daß die Gesetzgebung für die Sicherheitsbestimmungen in den britischen Fabriken der Nachkriegszeit nach wie vor uneffektiv ist. Auch der Abstieg des National Health Service zu einem überbelasteten und unterfinanzierten, sich vor allem (und auf uneffektive Weise) mit den Armen beschäftigenden, bürokratischen Alptraum geht auf das Konto dieser Gleichgültigkeit.` Das Jahr 1987 brachte für diese Gleichgültigkeit gegenüber der Sicherheit und der Lebensqualität breiter Schichten der Bevölkerung eine Reihe weiterer Beispiele: die Praxis der Überladung von Kanalfähren, die durch die Enthüllungen nach dem Untergang der ‚He- rald of Free Enterprise` im Hafen von Zeebrügge ans Tageslicht kam, oder die Enthüllungen über die Anhäufung von Dreck und Abfall in der Londoner U-Bahn, denen durch den Brand in der Station King's Cross im November desselben Jahres (bei dem 35 Menschen ums Leben kamen) für kurze Zeit das Interesse der Medien zuteil wurde. Solche gefährlichen, auf Verharmlosung zurückzuführenden Bedingungen sind charakteristisch für viele Sportstadien, aber auch für die anliegenden Wohngebiete der Arbeiterklasse und einen immer größeren Anteil des öffentlichen Raumes in Großbritannien." (Ian Taylor, "A Slum Sport watched by Slum People". Fußball und Gewalt in der Ära Thatcher, in:

Horak/Reiter/Stocker (Hrsg.), "Ein Spiel dauert länger als 90 Minuten". Fußball und Gewalt in Europa, Hamburg 1988)

Auch das "Hillsborough"-Desaster hatte einen Klassencharakter. Der "Guardian" berichtete, die Fußballfirmen hätten an den Stätten ihrer Vergnügungsindustrie zwar die teuersten Überwachungsanlagen installiert, aber die simpelsten Rettungsgeräte wären in Sheffield nicht vorhanden gewesen. "Wie passend, daß man statt der fehlenden Tragbahren auf Reklametafeln zurückgreifen mußte", lautete das bittere Fazit der Zeitung (zit. nach Niels Kadritzke, Ist der Ball noch rund? Ansichten vom Fußball, SFB-Sendung v. 26.10.1986).

"Sitzenmachen" und konsumieren

Doch zurück zu Taylor dem Lord. Die zentrale Forderung seines Reports besteht in dem Umbau aller Stadien in Großbritannien, in denen professioneller Ligafußball gespielt wird zu reinen Sitzplatzarenen. Alle Vereine der englischen ersten und zweiten Liga und der schottischen ersten Liga haben diesen Umbau bis zum Start der Saison 1994/95 zu vollziehen. Bis dahin wird ihnen eine jährliche Reduzierung ihrer Stehplatzkapazitäten von 20% abverlangt. Dem Rest der Vereine - insgesamt handelt es sich um ca. 100 - wird bis 1999 Zeit gelassen. Folglich beträgt für sie die jährliche Stehplatzreduzierungsrate nur 10%.

Taylor kritisiert ausführlichst die unakzeptablen Standards in Englands und Schottlands Stadien, die "schlechtes" und "unwürdiges" Benehmen fördern würden. Der miserable Zustand vieler, zumeist völlig veralteter Stadien soll so wenig bestritten werden wie die prinzipielle Notwendigkeit, diesem abzuhelfen. Aber die Art und Weise, in der Taylor seine Kritik führt, suggeriert, die Katastrophe von Sheffield habe eben doch etwas mit Fan-"hooliganism" zu tun.

Ersten Schätzungen zufolge wird der Umbau der Ligastadien ca. 130 Millionen Pfund verschlingen. Der Umbau wird u.a. so teuer, weil Sitzplätze - im Gegensatz zu Stehplätzen - stets einer Überdachung bedürfen. Für eine Reihe von Klubs wird die Sitzplatzforderung das "Aus" bedeuten, da sie die für den Umbau notwendigen finanziellen Mittel nicht werden aufbringen können. Daß die Regierung das Modernisierungsprogramm im umfangreicheren Maße subventionieren wird, ist kaum anzunehmen. Denn dies widerspräche der Philosophie des Thatcherismus wie dem Sinn der "Operation Sitzplatzstadien". Bereits im Mai 1985 schrieb die "Sunday Times" zur Frage der Modernisierung der Stadien und den damit verbundenen Kosten: "Den Klubs sollte tatsächlich nur eine minimale Umstellungszeit zugestanden werden, um den geforderten Sicherheitsstandards zu entsprechen. Jene Vereine, die das nicht schaffen, sollten aufgelöst werden. Da die erforderlichen Verbesserungen wahrscheinlich eine Menge Geld kosten, werden lediglich die attraktiven Klubs, die große Zuschauermengen anziehen können, in der Lage sein, sich dies auch leisten zu können. Der Rest wird verschwinden. Das wäre allerdings keine schlechte Sache: Ein Großteil der 92 ‚erstklassigen` Klubs der englischen Liga ist bestenfalls drittklassig. Die Fußballigen müssen ausgesiebt werden. (...) Die Regierung sieht sich bereits den ausgestreckten Armen dieser Bettler gegenüber, und wie immer besteht die Gefahr, daß schließlich der Steuerzahler die Rechnung begleichen muß. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß finanzielle Unterstützung nicht ausreicht, wenn es um die Veränderung des Spiels geht; abgesehen davon erscheint es absurd, einen professionellen Sport mit Staatsgeldern zu unterstützen. Diese Gelder werden den Fußball lediglich auf miserable Weise am Leben erhalten, ähnlich einer ausgedienten, viktorianischen Fabrik, die Produkte herstellt, die kein Mensch mehr kaufen will." ("Sunday Times" v. 19.5.1985, zit. bei Taylor, s.o.)

Das Modernisierungsprogramm wird die Vereine - wollen sie überleben - zu weiteren Kommerzialisierungsmaßnahmen nötigen. Bereits seit Jahren nimmt der Anteil der Zuschauereinnahmen an den Gesamteinnahmen der Klubs stetig ab. Rangers Glasgow beispielsweise, im übrigen bislang der einzige britische Fußballklub, der über eine reine Sitzplatzarena verfügt, tätigt heute 70% seiner Einnahmen aus anderen Quellen als dem Kartenverkauf. Der einfache Fan verliert somit zusehends auch noch seine letzten Einflußmöglichkeiten. Hiermit korrespondiert die Tendenz, die Stadien zum kommerziellen und konsumentenfreundlichen Stätten auszubauen, um auf diese Weise so viel Geld wie nur irgend möglich aus den Grundstücken herauszuholen.

Wie diese dann aussehen können, läßt sich am Beispiel des holländischen Philips-Vereins PSV Eindhoven studieren: "Das Stadion ist zu einem Freizeitareal mit Boutiquen, Restaurants und Gesellschaftsräumen umgestaltet. Sein Clou ist der Logentrakt, der freilich den Sponsorenfirmen vorbehalten ist. Hier wird den

besseren Gästen nicht nur das Feinste aus Küche und Keller, sondern auch ein besonderer akustischer Cocktail serviert. ‚In einem speziellen Raum wird der an verschiedenen Orten der Arena aufgenommene Ton gemischt, so daß der Zuschauer in den Logen die Zurufe der Spieler, den Schlag gegen den Ball sowie die Stimmung auf den Rängen mit einer Authentizität vernimmt, die kaum noch zu übertreffen ist.` Die Schilderung der ‚Neuen Zürcher Zeitung` macht es ganz klar: Hier wird das Erlebnisbedürfnis des Stadionbesuchers mit allen Bequemlichkeiten des Fernsehzuschauers zu einer neuen Fußballwahrnehmung systhetisiert: das high tech gesteuerte live-event als exklusive Wahrnehmungsform der Reichen." (Kadritzke, s.o.)

Da es sich bei einer Reihe von englischen Stadien um sogenannte Stadtstadien handelt, besitzen diese für die Planer und potentiellen Profiteure kommerzieller und konsumentenfreundlicher Umgestaltung, die sich bereits bei der thatcheristischen Innercity-Sanierung eine goldene Nase verdient haben, eine besondere Attraktivität. (1)

Der Taylor-Report begrüßt diese Tendenz ausdrücklich, wenn er den Vereinen empfiehlt, die Fans bereits Stunden vor dem Anpfiff mit einem reichhaltigen Unterhaltungs- und Konsumangebot zu locken, auf daß sich diese frühzeitig in die Stadien begeben und so Menschenstaus à la "Hillsborough" zu vermeiden. Es gibt halt keine Katastrophe, die sich nicht noch zum Nutzen des Kapitals und seiner strategischen Absichten ausbeuten läßt.

Gesucht: ein anderer Zuschauer

Was wird die Sitzplatzorientierung für den "einfachen Zuschauer" bedeuten? Sitzplätze kosten mehr Geld, da sie mehr Raum beanspruchen und von ihrer Unterhaltung her teurer sind. Ein Teil des proletarischeren Publikums wird deshalb in Zukunft wegbleiben, da es sich das Fußballereignis "live" nicht mehr leisten kann.

Dazu kommt noch - was wahrscheinlich sogar von größerer Bedeutung ist - ein Verlust an Atmosphäre, die selbst Teil der proletarischen Fußballkultur war. Die Errichtung von Stehplatzterrassen war seinerzeit eine bewußte Entscheidung, die mit dem proletarischen Klassencharakter großer Teile des Publikums korrespondierte. Stehplätze sind nicht nur billiger, sie erlauben auch ein ungleich höheres Maß an Kommunikation als Sitzplätze. Die Entscheidung für reine Sitzplatzarenen ist deshalb auch eine Entscheidung für ein sozial anders strukturiertes Publikum. Sitzplätze sollen im stärkeren Maße solche Leute anziehen, die in der Vergangenheit nicht in die Stadien fanden, weil ihnen dort a) zu viele "Prolis" herumliefen und b) nicht genug Komfort geboten wurde.

Es geht somit um zwei Dinge: Was die Vereine anbelangt, so benötigen sie - den Spielregeln der free market economy ausgesetzt - mehr Geld, um im Fußballkapitalismus überleben und konkurrieren zu können. Da stimmt es kaum verwunderlich, wenn mehr und mehr Fußballklubs, zumeist traditionsreiche Familienunternehmen, von Thatcheristen übernommen werden (der von der "Sunday Times" angestellte Vergleich mit "viktorianischen, ausgedienten Fabriken" ist in der Tat gar nicht so absurd). Der Bourgeoisie geht es ihrerseits um totale kulturelle Hegemonie, um die Eroberung und Auflösung auch der letzten Reservate proletarischen Milieus. Dieses Milieu wird zwar niemals aus den Stadien völlig verschwinden, aber es soll zumindest an den Rand gedrängt werden, damit es nicht mehr länger das Image der Fußballkultur beeinflußt.

Für beide Ambitionen - die der Chefetage einiger Fußballklubs wie die der Bourgeoisie - die ökonomischen wie die kulturellen - wird ein neues Publikum gesucht. Auf daß der Fußball nicht länger ein "Slum-Sport für Slum-Leute" bleibe ("Sunday Times", s.o.).

Dietrich Schulze-Marmeling

Anmerkung:

1) Diesbezüglich berichtet Niels Kadritzke (s.o.) folgende - fast schon skurril anmutende - Episode aus der Welt von Fußball und Kapitalismus: "David Bulstrode steht der Immobilienfirma Merler Estates vor. Zusammen mit Robert Turner, dem Manager der Tochterfirma SB Property, bildet er auch nebenberuflich ein eingespieltes Team. Bulstrode ist Präsident, Turner technischer Direktor des Londoner Erst-Liga-Clubs Queens Park Rangers. Kaum gewählt, kam den beiden die hintergründige Idee, dem Nachbarklub FC Fulham eine Fusion anzubieten. Angeblich, um einen dritten Londoner Großverein auf die Beine zu stellen. Aber natürlich braucht ein Verein keine zwei Stadien. Der Fulham Football Ground wäre also überflüssig geworden. Und die Firma SB Property hätte ein Filetstück des Londoner Grundstückmarktes endlich seiner marktwirtschaftlichen

Zweckbestimmung zuführen können. Der Plan scheiterte allerdings an den Fulham-Anhängern, die ihre Vereinsführung zwangen, den Stadion-Spekulanten eine Absage zu erteilen. Aber die Queens-Park-Rangers-Bosse haben nicht aufgegeben. Mit Auslaufen des Pachtvertrages haben sie sich die Verfügung über das Fulham-Gelände gesichert. Ihrer SB Property ist es außerdem gelungen, den Grund und Boden unter Kontrolle zu bekommen, auf dem das Stadion des FC Chelsea steht. Um den Abriß zu verhindern, haben die Chelsea-Manager folgende Abwehrstrategie entwickelt: Sie wollen das Gelände selber kaufen und in eigener Regie teilweise kommerziell überbauen. Das erfordert freilich eine Aufstockung des Vereinskapitals. Um nicht von Immobilienhaien geschluckt zu werden, muß der FC Chelsea also selbst unter die Bauspekulanten gehen."

9. Doku: Autonomer Antifaschismus in der DDR

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:50

Dokumentation

Autonomer Antifaschismus in der DDR

Mit wachsender Besorgnis registrieren wir die zunehmenden Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen in der DDR. Mit der gleichen Besorgnis beobachten wir aber auch die rapide Vergrößerung des rechten Potentials in der Bevölkerung. Zeichen dafür ist auch das Entstehen immer neuer Organisationen, die eindeutig rechts stehen und sich ohne Einschränkungen in der Öffentlichkeit artikulieren können, die alte deutsche Ideale vertreten und damit eine erschreckend hohe Anzahl von BürgerInnen ansprechen.

Inzwischen weiß man auch, daß in allen größeren Städten der DDR Gruppierungen wie FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei) existieren, ca. 8-10 Mitglieder haben und durch Kontaktleute Verbindung zueinander halten.

Auch die "Republikaner" sind DDR- weit, derzeit in mindestens 15 Kreisverbänden, organisiert. Im Februar soll ein Landesverband Mecklenburg gegründet werden. Ob die Information über Mitgliederzahlen der Reps in Berlin/Hauptstadt den Tatsachen entsprechen (in Mahrzahn 800, Lichtenberg 200) müßte dringend überprüft werden. Uns ist in diesem Zusammenhang eine Information zugegangen, nach der sich am 6. Januar in Rudolstadt eine den Reps zumindest nahestehende Partei konstituiert hat (Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter ist erfolgt). Die Partei hat für den 8. Mai, also parallel zu den Westberliner Reps, einen Programmparteitag einberufen.

Weiterhin gibt es gesicherte Informationen, daß sich ebenfalls DDR-weit seit langem eine Organisation formiert, die der westdeutschen Nationalistischen Front nahesteht. Diese Organisation beruft sich auf nationalrevolutionäre Traditionen, das beweisen Aussagen wie: "Wir sind für eine Volksgemeinschaft ohne Unterstützung von Kapital und Sozialismus; das 3. Reich war pseudonationalsozialistisch, da es durch das Kapital gestützt wurde". Die Nationalrevolutionäre verherrlichen arische Ideale und sind gegen Ausländer, um nur einiges zu nennen. Diese Organisation ist ebenfalls in allen größeren Städten präsent, in kleinen Gruppen, streng konspirativ, mit einem Info-System über Kontaktleute.

Das Bestehen rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen, das Vorhandensein faschistischen Gedankenguts äußert sich nicht nur in zahlreichen Graffity ("Hitler ist geil", "Unsere Ehre heißt Treue", "Laßt die Juden tanzen", Hakenkreuze usw.), sondern ist auch den sich häufenden Drohungen abzulesen, die den Antifas mündlich und schriftlich zugehen. Auch aus der Bevölkerung kommen Angriffe gegen antifaschistisch Denkende, so in Erfurt, wo sich diese Angriffe konkret gegen die Antifa und die Vereinigte Linke richteten, wozu Parteien wie der Demokratische Aufbruch und die CDU durch Hetze gegen diese Gruppen ein wesentliches beitrugen.

Aktionen von hiesigen Rechtsradikalen laufen seit Öffnung der Grenzen zum Beispiel auch in Westberlin, wo gewalttätige Faschos in Kreuzburg Türken zu "klatschen" pflegen. Dabei wird der Grenzübergang Oberbaumbrücke genutzt.

In Sorge sind auch in der DDR viele ausländische ArbeiterInnen und StudentInnen, die sich immer mehr und offener angefeindet sehen. Der Rassismus unter der DDR-Bevölkerung nimmt immer mehr zu, AusländerInnen werden als "Prügelknaben der Nation" diskriminiert und nicht nur mit Worten, sondern oft genug auch tätlich angegriffen. Uns ist ein Fall bekannt, bei dem eine junge Äthiopierin in ihrer Wohnung überfallen und zusammengeschlagen wurde. Lateinamerikanische StudentInnen der Humboldt-Uni spielen bereits mit dem Gedanken der Rückkehr in ihre Heimat.

Bedrohlich erscheint uns auch weiterhin die Faschoszene in Weimar. Es kann nicht angehen, daß in der Stadt der deutschen Klassiker ganze Stadtteile von Neonazis terrorisiert werden, wobei Weimar nur ein Beispiel für das Vorhandensein einer massiven Bedrohung Andersdenkender durch Faschos darstellt und auch in anderen Städten ein Anwachsen der braunen Gefahr zu verzeichnen ist.

Wir sind erstaunt, wie wenig die Zollorgane unternehmen, um das Einsickern neofaschistischen Schriftgutes zu verhindern. Am Bahnhof Friedrichstraße war es am 10.1. möglich, offen vor den Augen von drei Zollbeamten Zeitungen und Flugblätter der Reps in die DDR einzuführen. Beängstigend ist die Vorstellung, daß es rechtsextremen Kräften ebenso leicht gemacht wird, sich zu bewaffnen.

Die Antifagruppen der DDR sind dabei, ihre Arbeit zu koordinieren. Das ist erst in letzter Zeit in stärkerem, umfassendem Maße überhaupt möglich, da ebenso wie andere oppositionelle Gruppen auch die Antifas vor der "Wende" bei ihrer Arbeit, die überwiegend Aufklärungsarbeit war, stark behindert, kriminalisiert und mundtot gemacht wurden und vor dem Oktober 1989 keine Möglichkeit hatten, sich zu artikulieren, eine breite Masse der Bevölkerung anzusprechen und auf die wachsende Gefahr des Neofaschismus aufmerksam zu machen. Sogar die Kriminalpolizei wurde an Ermittlungen gegen Neonazis durch Regierung und Stasi-Nasi gehindert, die somit neofaschistischen Gruppen bei deren besserer Organisation und Strukturierung behilflich waren. Für unsere Arbeit brauchen wir Unterstützung, d.h. Druckkapazitäten, sichere Räumlichkeiten, Platz in den Medien.

Wir brauchen jedoch keinen ritualisierenden Antifaschismus, wie er über Jahrzehnte verordnet wurde und die Entstehung eines neuen Faschismus beförderte.

Wir möchten uns an dieser Stelle entscheiden dagegen verwahren, in eine linksradikale Schublade einsortiert zu werden, wie es leider am Berliner Runden Tisch (10.1.90), und nicht nur dort, anklang. Wir stehen links, sind prinzipiell gegen Gewaltverherrlichung, was aber nicht heißt, daß wir abwarten, bis man uns die Türen eintritt oder gezielt auf der Straße überfällt. Gefährlich erscheint uns auch der zunehmende Demonstrationstourismus, der sich eindeutig gegen alle linken und AntifaschistInnen richtet. Wenn dann dabei noch eine Hymne des "vierten Reiches" erklingt, müßte jedem klar sein, welche Kräfte da am Wirken sind.

Wir erklären unsere Bereitschaft zum Zusammengehen mit allen AntifaschistInnen. Gerade an der Basis der Antifa spürt man die offene Bedrohung am deutlichsten. Wir wollen keine Panik verbreiten, die "Neue Rechte" ist äußerst differenziert zu betrachten, aber wir müssen der realen Gefahr auch ins Auge sehen. Wehren wir den Anfängen, damit uns die Welle von Nationalismus, Fremdenhaß und Gewalt nicht überrollt!

Zum Schluß einige Hinweise an alle antifaschistischen Gruppen in der DDR: Wir erachten es als blauäugig und naiv, als Kontaktadressen komplette private Anschriften und Telefonnummern zu veröffentlichen. Derartige Dinge waren des öfteren in der "Jungen Welt" zu lesen. Meint Ihr, die "Junge Welt" wird nur von Linken gelesen? Spätestens dann, wenn irgendein rechter Mob Eure Wohnungen zerlegt und Ihr im Krankenhaus wieder aufwacht, werdet Ihr merken, was wir meinen. Darum unser Tip: Verwendet als Kontaktadressen Postschließfächer, neutrale Adressen bzw. neutrale Telefonnummern. Denkt immer daran: DER FEIND SCHLÄFT NICHT.

Unsere Kontaktadresse:

Autonome Antifa

Berlin/Hauptstadt der DDR

Kirche von Unten

Elisabethkirchstraße 21

Berlin 1040

Antifaschistisches Info-Cafe: Jeden 2. und 4. Sonntag 15.00 Uhr im Monat in den Räumen der Kirche von Unten

Autonome Antifa

Berlin/Hauptstadt der DDR

10. Dokumentation: Offener Brief von Lew Kopelew gegen Chauvinismus und Antisemitismus in der UdSSR

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:10

In der Sowjetunion galt seit Jahrzehnten unbestreitbar der Mythos von einer "sozialistischen Völkerfreundschaft". Es gab wohl immer antagonistisch gespannte Beziehungen zwischen manchen Stämmen und Nationalitäten, doch sie wurden verheimlicht und heftig abgestritten. Jeder Versuch, darüber zu diskutieren, die Ursachen zu erforschen, wurde als "antisowjetische Verleumdung" oder "ideologische Diversion" strengstens geahndet.

Jetzt ist die Zensur abgeschwächt, mancherorts sogar aufgehoben. Alle Ideologien können offiziell verkündet werden; über solche Ereignisse, die man früher absolut geheimhielt, berichtet man jetzt in der Presse, im Fernsehen und öffentlich auf Versammlungen. Doch manchmal gibt es nur lückenhafte, "wohltemperierte" Informationen, so über die armenischen Pogrome in Sumgait (1988) und in Baku (1989/90), über den andauernden armenisch-aserbaidschanischen Krieg, über die Massenmorde an Meschiten (georgische Türken) in Usbekistan, an allen "zugereisten Fremden" in Ost-Kasachstan und jetzt in Duschanbe, der Hauptstadt von Tadschikistan.

Gewalttätige Auseinandersetzungen gab es zwischen georgischen und abchasischen, georgischen und süd-ossetischen Nationalitäten (in der Abchasischen Autonomen Republik und im Süd-Ossetischen Autonomen Gebiet, die zur Georgischen SSR gehören, entstanden separatistische Bewegungen).

Das nächtliche Massaker am 9. April 1989 in Tbilissi, als Sondertruppen mit Kampfgas und Klappspaten rücksichtslos gegen gewaltlose Demonstranten vorgingen - offiziell wurden 19 Tote und mehrere hundert Schwerverletzte gemeldet -, bewirkte ein Anschwellen von Russenhaß, besonders bei jüngeren Georgiern.

Nach dem Einsatz von Sondertruppen in Baku und in den Grenzgebieten von Aserbaidschan, wo mehrere hundert Menschen starben, wurde der Haß gegen die Russen fast ebenso stark wie gegen die Armenier. Rücksichtslose Gewalt, blindwütige Rachsucht sind zum Alltag geworden. Der schiitische Fanatismus, die Parolen des "heiligen Krieges" verstärken die bösen Leidenschaften ins Grenzenlose.

Aus den schlimmen Erfahrungen mit der sowjetischen Bürokratie, mit sowjetischen Militärs und Sicherheitsbeamten, die im Auftrag der Unionsregierung, im Namen Moskaus auftreten, die russisch sprechen, sich arrogant überheblich gebärden, entsteht ein Russenhaß.

Viele Angehörige der von Stalins Imperium unterdrückten Völker sind zu Nationalisten geworden, sie wollen nichts davon wissen, daß die russischen Bauern, Arbeiter und Intellektuellen noch schlimmere Unterdrückungen erleiden, noch schlechter mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern versorgt werden.

Auch in Rußland selbst greift die weltweite chauvinistische Seuche immer heftiger um sich und wird von blindem Judenhaß begleitet. Bereits Stalin hat den Antisemitismus als wirksames Mittel für ideologische Waffengänge verwendet (der berüchtigten Kosmopolitenhetze (1948-50) folgte die breitgefächerte "Entlarvung der zionistischen Giftmischer (Kremlärzte)" (1952/53), die landesweite Pogrome und Massendeportationen einleiten sollten; nur Stalins Tod hat das verhindert).

Heutzutage wird das alte Greuelmärchen von der globalen Verschwörung der Freimaurer und Juden, die eine Weltherrschaft anstreben, zur Klammer für eine sonderbare Einheitsfront. Sie umfaßt Stalinisten, die auf den makellosen Lenin, Monarchisten, die auf den "heiligen Märtyrerzaren" Nikolaj II. schwören, sich volkstümlich gebärdende Schwarzhundertler, "westlich orientierte" Rassisten, machtgierige Funktionäre, ordenbehangene Generäle und armselige Stadtrandrowdies.

Legale Massenorganisationen dieser "schwarzen Front" gibt es bereits in allen großen Städten; sie nennen sich "Pamjat" (Gedächtnis), "Ottschisna" (Vaterland), "Sojus patriotow" (Patriotenbund) u.a. Sie beanspruchen, die "einzig wahre Geschichte Rußlands" zu verkünden und die einzig wirksame ökologische, sozialpolitische und genetische Sanierung zu erkämpfen.

Sie alle werden aufgehetzt von mehreren eindeutig reaktionären Tageszeitungen und Monatszeitschriften (in Moskau sind es "Molodaja gwadija" (Junge Garde), "Nasch sowremennik" (Unser Zeitgenosse), "Moskau", "Literaturnaja Rossija" (Literarisches Rußland)). Unter ihrer Regie erscheinen Bücher und Flugblätter.

Sie behaupten, daß Freimaurer und Juden alle russischen Revolutionen angezettelt, das Bauerntum durch Zwangskollektivierung vernichtet, den Gulag aufgebaut, die Natur, die Kirche, die nationale Kultur zerstört hätten. Die phantastischen Lügen werden in Zeitungen und Zeitschriften breitgetreten, auf großen Kundgebungen öffentlich lauthals verkündet.

Im Januar 1990 versuchten schwarzuniformierte "Pamjat"-Schläger die Versammlung des demokratischen Literatenverbandes "April" im Moskauer Zentralen Schriftstellerclub zu sprengen, sie zettelten Schlägereien an und drohten mit baldigen Pogromen.

Der Frankfurter Historiker und Publizist Gerd Koenen, der die Ereignisse vor Ort unmittelbar beobachtete und erforschte, kam zu bitteren Schlußfolgerungen:

"... die ganze siebzigjährige Paranoia des Sowjetlebens, in dem es von Agenten, Spionen, Diversanten, Provokateuren und fremden Elementen nur so wimmelte - das alles erlebt im Gespenst der ‚zionistisch-freimaurerischen Verschwörung`noch einmal seine letzte, monströse Apotheose.

Das erscheint nicht nur wie Irrsinn - es ist Irrsinn, aber kollektiver Irrsinn; einer, der auf seine Weise ein genauer Indikator für das verheerende Scheitern dieser sowjetischen Geschichte Rußlands, für den Grad der Erbitterung und Demütigung, den dieses Scheitern hinterlassen hat, aber auch für die Wucht der frustrierten Ansprüche und Erwartungen, die wenigstens eine psychische Kompensation verlangen, wenn eine materielle schon nicht in Aussicht steht."

Diesen Brief muß ich schreiben, weil zu den geistigen Anstiftern und Wortführern der neuesten sowjetischen Arten eines militanten Chauvinismus auch einige begabte und einflußreiche Schriftsteller gehören. Ich will hier keine Namen nennen. Denjenigen, die ich einst zu meinen Freunden zählte, kann ich nicht unsaubere Motive und bewußte Zwecklügen unterstellen. Es ist mir schmerzlich.

Doch ich hoffe noch immer, daß sie sich von dem irrsinnigen Spuk endlich befreien und sich schämen werden, so leichtgläubig und so selbsterniedrigend den gewissenlosen Demagogen gefolgt zu sein. Diese aber will ich nicht nennen, um den Nichtswürdigen keine zusätzliche Popularität zu verschaffen.

Alle Freunde, alle Literaten und Journalisten, die mein Brief erreicht, will ich mit den Worten von Heinrich Böll auffordern: "Einmischung erwünscht!"

Heute können Sie direkte Verbindung mit den Kollegen in allen Städten der Sowjetunion aufnehmen und auf Dauer unterhalten. Suchen Sie Gesprächspartner - dabei können Slavisten und deutsche Korrespondenten in der UdSSR helfen -, fahren Sie zu ihnen oder laden Sie sie ein; diskutieren Sie freundlich, offen, ohne diplomatische Ornamente, unvoreingenommen, um gemeinsam die schwierigen Probleme zu klären.

Helfen Sie ihnen mit Ihren Erfahrungen und Kenntnissen aus der deutschen Geschichte, ihre eigenen Wege zur Wahrheit zu suchen, zum gesunden Menschenverstand zurückzufinden. Das ist lebensnotwendig drüben und hüben, jetzt ist eine vorbeugende antifaschistische Aufklärung vonnöten. Manche radikalen Chauvinisten in der Sowjetunion haben bereits vor ausländischen Journalisten geprahlt, daß sie mit Le Pen, Schönhuber und anderen gleichgesinnten Westeuropäern Verbindung aufgenommen haben bzw. dies beabsichtigen.

Auch hier muß ich Sie wie früher schon so oft nachdrücklich bitten: Helft den Kollegen im Osten, unverzüglich, helft nicht nur aus Mitleid, sondern auch aus gesundem Eigennutz, aus Sorge für die Sicherheit Eurer eigenen Heime.

(nach TAZ, 27.2.90)

11. PDS zwischen Gysi und Godesberg

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:34

Ein Genosse stand während des gesamten zweitägigen Parteitags der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in der früheren SED-Parteihochschule "Karl Marx" in Berlin (DDR) am 24. und 25. Februar wie ein gut versteckter Hausfreund schweigend hinter einem blaugrauen Vorhang: Wladimir Iljitsch Lenin in Gestalt einer überdimensionalen Büste aus Gips. PDS-Präsidiumsmitglied Wolfgang Pohl erklärte unter dem Beifall von Delegierten, die Partei wolle sich von "Standbildern auf hohem Sockel" trennen. Die Ahnengalerie der PDS, zu der sich die Partei in ihrem auf dem Parteitag beschlossenen Programm bekennt, reicht von Marx und Engels über Wilhelm Liebknecht und August Bebel, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Gramsci bis zu Lenin. Ob sich die PDS dabei mehr auf Kautskys Kritik an Lenin oder umgekehrt bezieht, bleibt ungeklärt. Vorbei ist die Zeit ideologischer Eindeutigkeiten, die bei der SED immer auch krasse Einengungen waren.

Die Mitgliedschaft in der PDS ist laut Programm "nicht an ein bestimmtes weltanschauliches Bekenntnis gebunden". Die Partei konstatiert - zu Zeiten des Chefideologen Kurt Hager undenkbar - "Berührungen zu pazifistischen und religiös begründeten humanistischen Standpunkten". Die Gründung einer AG ChristInnen in der PDS hat der Parteitag ausdrücklich begrüßt. "Demokratischer Sozialismus" wird im PDS-Programm als "nichts Abgeschlossenes, kein Gesellschaftssystem", sondern als "ein Weg, eine ständige Aufgabe" definiert. Diese vage Nichtbegriffsbestimmung fand sich vor 31 Jahren wortgleich im Godesberger Programm der SPD.

Entschieden links - oder sozialdemokratisch?

Dennoch griffe es zu kurz, die PDS wegen dieser Programmpunkte und der Forderung nach einer "effizienten Marktwirtschaft" als Partei sozialdemokratischer Plagiatoren und Handlanger des Kapitalismus zu denunzieren, wie es Wanderpredigern trotzkistischer Sekten zwischen Berlin (DDR) und Leipzig gegenwärtig gefällt. Die PDS tritt für eine souveräne DDR im Zuge des Einigungsprozesses beider deutscher Staaten ein. Dazu zählt die Partei in ihrem Programm die Dominanz des Gemeineigentums und eine Verbindung aus parlamentarischer Demokratie und basisdemokratischer "Arbeiter-und Wirtschaftsdemokratie". Ein wesentlicher Programmpunkt ist dabei die Entmilitarisierung beider deutscher Staaten. "Ein einiges Deutschland in der NATO wird es mit der PDS nicht geben", erklärte PDS-Vorsitzender Gregor Gysi auf dem Parteitag und forderte die Abschaffung von Wehr- und Ersatzdienst in der BRD und DDR. Falls die BRD hierzu nicht bereit wäre, solle die DDR diesen Schritt einseitig vollziehen.

Als "entschieden linke, sozialistische Partei", die sich wieder dem "wissenschaftlichen, dialektischen Denken von Marx" zuwende, habe die PDS kein Interesse, an dem Gerangel um die politische Mitte teilzunehmen, erklärte Gysi und benannte Gemeinsamkeiten und Unterschiede gegenüber der SPD in der DDR. Die PDS strebt ein "partnerschaftliches Verhältnis zur SPD" (Gysi) an, und PDS-Präsidiumsmitglied Klaus Höpcke, bekannt für unverwüstlichen Optimismus, träumte im "Neuen Deutschland

" schon mal von einem "durch das PDS-Ergebnis stabilisierten" linken Signal bei den Volkskammerwahlen in der DDR gegenüber dem Bundestagswahlkampf (ND, 24.2.1990). Gleichzeitig ist die PDS auch zur Zusammenarbeit mit der Vereinigten Linken und anderen Linken bereit, etwa bei Aktionen gegen Sozialabbau.

Auszusetzen hat die PDS an der SPD deren Ablehnung marxistischer Gesellschaftstheorie, die Ausblendung linker sozialdemokratischer Traditionen und die unkritische Sicht der SPD-Filiale in der DDR auf die kapitalistischen Länder, während Gregor Gysi nach wie vor für eine "progressive Alternative zum Kapitalismus" plädiert.

Das Barometer ist gefallen ...

Daß die Chancen dafür in der DDR mittlerweile schlecht stehen, hat Gysi auf dem Wahlparteitag ohne Umschweife konstatiert: "Das Stimmungsbarometer ist gefallen. Immer häufiger ist von Arbeitern, Künstlern, aber auch von Pädagogen und alleinstehenden Erziehungsberechtigten mit Kindern zu hören: "Das haben wir nicht gewollt".

Die politische Klimakatastrophe in der DDR spiegelt sich auch in der Haltung Hans Modrows wieder. Der hatte noch am 13. November 1989, dem Tag seines Amtsantritts, in einem Interview zuversichtlich erklärt: "Niemand

sollte die jetzige Volksbewegung als Sieg des Kapitalismus betrachten. Es geht um einen freiheitlichen Sozialismus. Es geht nicht um westliche, sondern um die wahrhaften Werte des Sozialismus" (DDR-Revue, Nr. 11 - 12/89).

Nur zweieinhalb Monate später sah sich Modrow durch das Zusammenspiel einer reaktionären Massenbewegung in der DDR mit einer wohldosierten Mischung aus Versprechungen, Drohungen und Erpressungen der BRD zu seiner Erklärung "Deutschland einig Vaterland" veranlaßt (1.2.90), in der er die "Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes" vorschlug ("Neues Deutschland", 2.2.90). Das Präsidium des Parteivorstandes der PDS setzte dieser Position eine Erklärung gegenüber, in der "als Voraussetzung für den Einigungsprozeß" die "Respektierung der Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Identität" gefordert wird.

Im Unterschied zu Modrow, der für das geeinte Deutschland lediglich einen Status militärischer Neutralität anregte, betonte die PDS in ihrer Präsidiumserklärung vom 1. Februar die "Notwendigkeit der Entmilitarisierung Deutschlands". Obwohl Gregor Gysi auf dem Parteitag deutlich machte, daß hierin aus Sicht der PDS der Kernpunkt der Auseinandersetzungen um die Einheit Deutschlands besteht, vermied er eine kritische Auseinandersetzung um die Modrow-Erklärung und die Regierungspolitik. Geschlossenheit für den Wahlkampf und Solidarität mit Modrow war angesagt angesichts von Versuchen westlicher Medien, den DDR-Ministerpräsidenten zu demontieren. Der enthusiastische Beifall auf dem Parteitag bei Modrows Wahl zum Ehrenvorsitzenden der Partei zeigt seine ungebrochene Popularität in der PDS.

Seit dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember, der die Umbenennung zunächst in SED-PDS beschloß, hat die Partei erneut mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Während die SED vor dem Oktober 1989 noch 2,3 Millionen Mitglieder hatte, gehören der PDS heute noch rund 650.000 Genossinnen und Genossen an.

Die Erblast der SED

Ausgetreten sind nicht nur unzählige Karrieristen, vorzugsweise Betriebsdirektoren, Bürgermeister und ihr Anhang, die nun ungeduldig den Ablauf der einjährigen Sperrfrist für die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder in die SPD abwarten, sondern auch viele, denen die Erneuerung nicht schnell genug voran ging oder die das Klima des Hasses und der Intoleranz gegenüber Kommunisten und Sozialisten nicht mehr ertrugen und sich ins Privatleben zurückzogen. Es ist heute nicht mehr karriereförderndnd und erfordert Mut, der PDS anzugehören.

Gregor Gysi bilanzierte auf dem Parteitag der PDS für die Zeit zwischen Dezember und Februar "Austritte, Verzweiflung, selbstzerfleischende Diskussionen in der Partei und sogar Selbstmorde" als Folge einer "Haßwelle gegen die neue Partei, wie sie die alte nie kennenlernte".

Zwar gelang es der Parteiführung, die Diskussion um eine Auflösung der Partei im Januar zu beenden und eine Spaltung der Partei trotz der Existenz verschiedener Plattformen zu verhindern, einen Teil des Dilemmas der PDS aber bekannte der Parteivorsitzende in der Feststellung: "Die Last der verfehlten Politik der ehemaligen SED ist nicht abgetragen". Das gilt nicht nur für eine differenzierte Aufarbeitung der Geschichte einschließlich der unter Druck erfolgten Liquidierung der SPD per Verschmelzung mit der KPD 1946, sondern auch für die Denk- und Handlungsweise eines erheblichen Teils der Mitgliedschaft. Die SED hat durch ihre innere Struktur ähnlich, aber noch weit krasser als SPD und Gewerkschaften in der BRD, massenhaft den Typus eines autoritätsgläubigen und intoleranten Funktionärs geprägt, der heute zwar nicht mehr die Partei dominiert, aber bisweilen noch die politische Atmosphäre belastet. Dennoch sind Diskussionen über "marxistischen Feminismus" und Diskussionsbeiträge schwuler Genossen auf dem PDS-Parteitag Ausdruck beginnender Normalität des ingesamt angenehm solidarischen Umgangs miteinander in der neuen Partei.

Die theoretische Diskussion der PDS und damit die reflektierende Aufarbeitung des Scheiterns der SED wird durch gegenwärtig kaum lösbare Probleme gehemmt: Die wissenschaftlichen Institute, die der PDS gehören, sind finanziell nicht aufrecht zu erhalten. Das theoretische Organ "Einheit" ist eingestellt. Theoretiker Michael Brie, dessen Texte bereits im Herbst dem Verdacht Nahrung gaben, es handele sich um Bewerbungsschreiben für einen Sitz in der SPD- Grundwertekommission, ist kurz nach seiner Wahl in den Parteivorstand der PDS ausgetreten. Andere Gesellschaftswissenschaftler beschäftigt gegenwärtig weniger die Analyse der Strukturen des realen Sozialismus als die Sorge um ihren Arbeitsplatz.

Neue Situation Die "völlig neue Situation der Ängste" vor sozialer Unsicherheit, vor Mietwucher und Dauerarbeitslosigkeit, wie sie ein 28 Jahre alter Genosse auf dem Parteitag benannte, prägt in den letzten Wochen zunehmend das Lebensgefühl von DDR-Bürgern und führt dazu, daß PDS-Mitglieder, etwa in Diskussionen mit Kollegen am Arbeitsplatz, mit ihren Argumenten eher Gehör finden als noch vor einem Monat. Die PDS ist keineswegs eine "Traditionsgemeinschaft ehemaliger SEDler", als die sie ein Kommentar in ak 315 ("SED kopflos") darzustellen versuchte, um ihr die politische Existenzberechtigung abzusprechen, sondern die stärkste Kraft links von der SPD.

U.K., Berlin (DDR)

12. Dokumentation: Aus dem Wahlprogramm der PDS

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:12

Für eine europäische Lösung der deutschen Frage

Mit der Perestroika wurden weltweit neue Möglichkeiten für das friedliche Miteinander der Völker eröffnet. Sie müssen genutzt werden

- für radikale Abrüstung und Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen,

-für die Schaffung einer gerechten und solidarischen Weltwirtschaft,

- für die Überwindung der globalen ökologischen Krise.

Die PDS setzt sich dafür ein, den historischen Prozeß der deutschen Einigung auf die Überwindung der Spaltung Europas und auf die Schaffung eines fortschrittlichen, sozialen und demokratischen Deutschlands zu richten.

Die tiefen sozialökonomischen und gesellschaftlichen Unterschiede stellen auf beiden Seiten unterschiedliche Anforderungen an die Politik des Zusammenwachsens, an die Einführung des Währungs-, Wirtschafts- und Sozialverbundes und an die Rechtsangleichung. Diese Unterschiedlichkeit verlangt, daß jeder Staat seine eigene Souveränität aktiv ausübt, um seine Werte in diese Gemeinschaft einzubringen.

Wofür tritt die Partei des Demokratischen Sozialismus ein?

Erstens. Die gesellschaftlichen Werte und Leistungen der DDR dürfen nicht aufgegeben werden. Zu ihnen zählen wir das Recht auf Arbeit, unser System von Kindereinrichtungen, die unentgeltliche Bildung bis zu den Universitäten, genossenschaftliches und Volkseigentum in der Industrie, der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen und die kulturelle Identität sowie den Antifaschismus und Internationalismus. Gleichzeitig sind wir uns der wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen und kulturellen Errungenschaften der BRD-Gesellschaft auf vielen Gebieten bewußt und betrachten sie als unverzichtbaren Bestandteil einer progressiven deutschen Perspektive.

Zweitens muß ein Wandel nicht nur in der DDR erfolgen. Wir wollen keine Massenarbeitslosigkeit und Existenzangst, keine Ellenbogengesellschaft, keine Berufsverbote, kein KPD-Verbot, kein Recht auf Aussperrung, keinen "Paragraphen 218", keine Spekulation mit Wohnungen, Grund und Boden, keine Beseitigung der Bodenreform, keine Zulassung neofaschistischer Gruppierungen, keinerlei Zweifel an der Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze und kein Leben auf Kosten anderer Völker.

Drittens ist es erforderlich, daß die DDR als souveräner Staat am Einigungsprozeß teilnimmt. Bei einem Anschluß an die BRD könnten derartige Ziele nicht verwirklicht werden. Die dann auch für die Bürger unseres Landes geltenden BRD-Gesetze würden dazu führen, daß zehntausendfach das private und gesellschaftliche Eigentum und die Nutzung von Boden, Grundstücken, Wohnungen und Wochenendhäusern, Betrieben und anderen Einrichtungen in Frage gestellt wären sowie zahlreiche andere negative Konsequenzen eintreten würden.

In diesem Sinne unterstützen wir Vorschläge zur schrittweisen Überwindung der Spaltung der deutschen Nation durch

- die systemübergreifende Vertragsgemeinschaft und einen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialverbund, der an die gemeinsamen Interessen der Werktätigen in beiden Staaten anknüpft,

- die Bildung konföderativer Strukturen unter Wahrung der Eigenstaatlichkeit,

- den schrittweisen Übergang zu einem blockfreien und entmilitarisierten deutschen Staatenbund im Rahmen einer europäischen Einigung.

Die PDS unterstützt die Forderung nach einer sorgfältig geplanten, sozial abgesicherten und europäisch garantierten einseitigen Entmilitarisierung des DDR- Territoriums bis zum Jahr 2000.

Für Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit

Alle Macht muß tatsächlich vom Volk ausgehen. Dafür brauchen wir eine pluralistische parlamentarische Demokratie, starke und unabhängige Volksvertretungen auf allen Ebenen, die eng mit Bürgerkomitees, Bürgerinitiativen sowie einer kritischen Öffentlichkeit zusammenwirken. Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für das Volk müssen durch Volksabstimmung entscheiden werden.

Die PDS setzt sich für wirksame Interessenvertretungen der Werktätigen durch starke Gewerkschaften, einflußreiche Betriebsräte, Genossenschaftsverbände u.a. ein.

Wir treten ein für

- die uneingeschränkte Garantie der Menschenrechte und ihre gerichtliche Einklagbarkeit;

- eine neue Verfassung, die den demokratischen Erfordernissen unserer Entwicklung Rechnung trägt;

- Gewaltenteilung und die Bildung eines Verfassungsgerichtes;

- die Bewahrung und verfassungsrechtliche Sicherung basisdemokratischer Selbstbestimmung und Bürgerbewegung;

- den Schutz aller im internationalen Vergleich fortschrittlichen Rechtsakte, wie zum Beispiel Bewahrung unseres humanistischen Sexualstrafrechts und seine Weiterentwicklung durch die Aufnahme eines Antidiskriminierungsparagraphen nach skandinavischem Vorbild;

- die sofortige Verabschiedung eines Gewerkschaftsgesetzes, in dem das Streikrecht verankert ist, eines Betriebsgesetzes und das verfassungsrechtliche Verbot der Aussperrung.

Als rechtsstaatliches Prinzip vertreten wir: Dem Bürger muß alles erlaubt sein, was nicht durch das Gesetz verboten ist. Dem Staat ist nur erlaubt, was das Gesetz gebietet.

Wir sind gegen Berufsverbote, so auch gegen Berufsverbote für Mitglieder unserer Partei.

Wir sind für die Einführung von Länderstrukturen in der DDR. Die PDS tritt für einer starke Selbstverwaltung in den Gemeinden, Städten und Stadtbezirken, für stabile eigene Einnahmen der Kommunen sowie kommunales Eigentum ein. Jede Stadt und jede Gemeinde soll auf dieser Grundlage ihr eigenes Antlitz entfalten können.

Der sorbischen Nationalität sind besonderer verfassungsrechtlicher Schutz und gesetzliche Förderung ihrer Muttersprache, Kultur und Identität zu gewähren.

Ungehindert sollen die jüdischen Bürger ihrer Religion nachgehen, ihre Tradition und ihre Kultur pflegen können.

Wir treten für den Ausbau demokratischer Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Interessenvertretung in den bewaffneten Organen ein.

Wir wenden uns entschieden gegen alle Erscheinungen von Rechtlosigkeit. Die Gesundheit, die Freiheiten und Rechte der Bürger sowie das Eigentum in allen Formen sind wirksamer zu schützen.

Für soziale Sicherheit auf Grundlage einer effizienten Wirtschaft

Die PDS tritt für die Interessen aller Werktätigen in einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft ein, die auf der Grundlage hoher Leistungen soziale Sicherheit für alle zum Ziel hat, die die ökonomischen Voraussetzungen für die Befriedigung der reichhaltigen materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen schafft. Dazu bedarf es selbständiger, nach kommerziellen Grundsätzen auf dem Markt tätiger Unternehmen. Die freie Marktregulierung muß im Interesse des Gemeinwohls und zukünftiger Generationen durch demokratische, öffentliche Kontrolle und strategische Planung des Staates ergänzt werden.

Deshalb tretend wir ein für

- ein verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Arbeit;

- den Schutz des gesellschaftlichen Eigentums, das durch Demokratisierung zum tatsächlichen Eigentum des Volkes gemacht werden muß. Dazu gehören Vertretungskörperschaften der Belegschaft, gesellschaftliche Aufsichtsräte sowie die Gewinnbeteiligung der Betriebsangehörigen;

- die Erhaltung und weitere Entwicklung genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Handel und in anderen Bereichen der Gesellschaft, für die volle Mitgliederdemokratie, insbesondere hinsichtlich der realen Verfügbarkeit über die eigenen Fonds;

- die Förderung des privaten Handwerks und Gewerbes, von Klein- und Mittelbetrieben mit privatem und gemischtem Eigentum durch die Herstellung der vollen Gewerbefreiheit bei Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen und eine grundlegende Steuerreform;

- die Möglichkeit der Beteiligung ausländischen Kapitals in allen Eigentumsformen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und bei Sicherung einer demokratischen Kontrolle durch Belegschaft und Gesellschaft;

- den verfassungsmäßigen Schutz und die Förderung des persönlichen Eigentums, wie des Eigentums an Einfamilienhäusern und Erholungsbauten, unabhängig von Bodeneigentum;

- die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen, ökologisch orientierten Landwirtschaft mit klarer Perspektive für die LPG, GPG, PWF und VEG.

Die demokratische Bodenreform darf nicht rückgängig gemacht werden. Wir brauchen eine verfassungsmäßige Garantie für die Erhaltung des Eigentums der Genossenschaftsbauern an ihrem Grund und Boden, an ihrem kollektiven und privaten Besitztum. Spekulationen mit Grund und Boden wollen wir verhindern. Die freie Nutzung der Wälder und Seen, ihr Schutz sind zu sichern. Die Jagd soll ausschließlich dem Volk gehören.

Wir setzen uns ein für

- Sofortprogramme der Arbeitsbeschaffung, verbunden mit gesetzlich garantierten Maßnahmen der Umschulung und sozialen Sicherstellung der Werktätigen;

- die Sicherung des Rechts auf einen den spezifischen Möglichkeiten entsprechenden Arbeitsplatz Älterer und Menschen mit Behinderungen;

- den Erhalt und die qualitative Entwicklung des Kinderkrippen- und Kindergartennetzes, der Schulhorte sowie der kostengünstigen Schulspeisung in unserem Land;

- eine Rentenreform, die entsprechend der Leistung im Arbeitsleben einen gesicherten Lebensabend ermöglicht, aber auch Frauen nicht benachteiligt, die im Interesse der Erziehung der Kinder nicht berufstätig waren;

- Vorruhestandsregelungen und schrittweise Arbeitszeitverkürzung, die der Stabilisierung der Wirtschaft dienen und der Arbeitslosigkeit entgegenwirken;

- Währungsstabilität und Sicherung der Sparguthaben;

- die Wahrung des verfassungsmäßigen Rechts der Bürger auf Wohnraum und den Kündigungsschutz für Wohnungen, Gärten und Erholungsgrundstücke;

- Schutz, Rechtssicherheit und Achtung aller Formen der Lebensgemeinschaft, auch zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern, rechtliche Gleichstellung von Hetero- und Homosexuellen;

- einen radikalen Wandel in der Stellung der Alten in unserer Gesellschaft, der auf den Ausbau der Chancen der Selbstverwirklichung im Alter orientiert, altersgerechte Wohnungen im Umfeld der Familie, menschenwürdige Feierabend- und Pflegeheime;

- einen personengebundenen Ausgleich beim Abbau von Subventionen insbesondere für kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Veteranen, Rentner und Senioren sowie für Menschen mit Behinderungen. Wir sind gegen den undifferenzierten Abbau der Subventionen für Mieten.

13. Dokumentation: Keine BRDigung der DDR!

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:45

Im folgenden dokumentieren wir den Aufruf von GewerkschafterInnen, die die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die BRD fordern. Für den Aufruf wird zur Zeit noch in Kreisen linker GewerkschafterInnen und verschiedenen Organisationen wie etwa den Grünen geworben.

"Jeder Pfennig, der in eine wirklich freie DDR investiert wird, verzinst sich tausendfach."

(Dr. Herbert Kremp, "Bild"-Zeitung am 11.11.89)

"Die Bundesregierung ist bereit, die Hilfe und Zusammenarbeit umfassend auszuweiten - wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird."

(aus dem 10-Punkte-Plan von Kanzler Kohl)

"Wer wirtschaftliche Hilfe erst dann gewähren will, wenn die DDR die freie Marktwirtschaft einführt oder bereit ist, über die Wiedervereinigung zu reden, der meint es nicht gut mit den Menschen in der DDR."

"Eine Wiedervereinigungsdebatte jetzt würde (...) die Reformentwicklung in der DDR eher behindern als fördern. Die Eigenstaatlichkeit, die Souveränität der DDR in gesicherten Grenzen ist die Voraussetzung dafür, daß die Menschen in der DDR ihren Weg selbst bestimmen können."

(Franz Steinkühler, IG Metall-Vorsitzender)

"Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind."

(aus dem DDR-Aufruf "Für unser Land")

Wir, BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen aus der BRD, stellen mit Sorge fest, wie eine große Koalition die DDR wirtschaftlich und politisch vereinnahmen will. Denn darauf läuft der 10- Punkte-Plan von Kanzler Kohl hinaus.

Herr Kohl, der sich hier erklärtermaßen nicht dem Druck der Straße beugt, wenn es um das Streikrecht geht, liebt die Demonstranten in der DDR.

Herr Lambsdorff, ausgestattet mit vielfältigen eigenen Erfahrungen in Sachen Flick-Spenden-Affäre, verwahrt sich gegen Korruption in der DDR.

Das Unternehmertum sieht die Marktwirtschaft bestätigt, nach deren Gesetzen Krupp Rheinhausen trotz voller Auftragsbücher dichtgemacht wird, nach deren Gesetzen die versprochenen Ersatzarbeitsplätze nicht geschaffen wurden, und nach deren Gesetzen jetzt riesige Kapitalmengen nur darauf warten, in der DDR mit billiger Lohnarbeit Riesenprofite zu bringen.

Das Interesse dieser Leute ist nicht Freiheit, Demokratie und sozialer Besitzstand für das Volk, sondern das Streben nach wirtschaftlicher, politischer und militärischer Vorherrschaft.

Wir wollen nicht, daß unsere Mächtigen noch mächtiger werden.

Wir danken den Menschen in der DDR, die sich ihnen und dem Ausverkauf ihres Landes entgegensetzen.

Wir fordern:

- Volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR jetzt!

- Anerkennung der polnischen Westgrenze!

Unter den bisherigen Unterzeichnern sind:

Bochum: Peter Jaszczyk, IGM-BR; Lothar Marquardt, IGM-BR; Hans Reppel, IGM-BR; Günther Wieczorek, BR; Jürgen Adam, IGM-BR; Gerd Cebula, IGM-BR; Peter Gabriel, IGM-BR; Winfried Kaiser, IGM-VM; Hans Breker, IGM-VM; Uli Borchers, IGM-BR; Franz Widmann, IGM-BR;

Dortmund: Bruno Bekier, IGM-BR; Norbert Bömer, IGM-BR; Willi Hoffmeister, IGM-BR; Thomas Kamp, IGM-BR; Rüdiger Raguse, IGM-BR; Rolf Siina, IGM-BR; Jochen Walbersdorf, IGM- BR (alle Hoesch Stahl AG); Anne Böcking, IGBSE; Georg Bückle, IGBE-BR;

Düsseldorf: Lutz Reimers, ÖTV-GBRVor.; Ingo Schade, BRV Kaufhof; Margit Willems, DPG; Karl-Heinz Kerber, NGG-BRV Erkrath;

Duisburg: Günther Spahn, IGM-BR; Paul Bender, IGM-BR; Martina Sproll, IGM-JAVVors.; Klaus Oschinsky, IGM-VM (alle Thyssen Stahl AG); Hermann Dirkes, IGM-BR; Dieter Schwuchow, IGM-BR (beide Eisenbahn und Häfen); Bernd Matz, IG CPK;

Frankfurt: Jakob Moneta, Chefredakteur "Metall" u. "Der Gewerkschafter" (1962 - 1978); Rudolf Segall, Rentner/ehem. Bezirkssekretär IG CPK;

Gelsenkirchen: Willy Cherer, Rentner, ehm. IGM- BRV; Wolfgang Petrikowski, BR VEBA-OEL;

Kiel: Dietrich Lohse, OKV IG Medien;

Köln: Thomas Stankowski, IGM-BRV Philips; Udo Bonn, IGM-VKL;

Langenfeld: Wolfgang Zimmermann, ÖTV-PRV;

Leverkusen: Rainer Morgenstern, ÖTV-PRV;

Mühlheim: Almut Kerßenboom, IGM-BR;

Oberhausen: Peter Berens, IGM-VM;

Hamburg: R.R. Bayer, IGM-BRV Sharp; Bernd Matthiessen, IGM-BRV/VKL Philips; K. Thielebein, stellv. IGB-BRV Maihak; Dirk Salomon, BR/VKL SEL; Jan Rübke, IGM-BR/VKL Still;

Aschaffenburg: J. Hartig, IGM BR/VKL Linde;

Ludwigshafen: Rainer Probst, GEW-PRV;

Bielefeld: Hermann Ostermann, OV-Vors. Gewerkschaft Leder; Friedrich Hering, IGM-BR Brackwede

14. Dokumentation: Aus dem vorläufigen Programm der Vereinigten Linken zur Volkskammerwahl

Rubrik: Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:11

Wer ist die "Vereinigte Linke" und was will sie?

Die "Vereinigte Linke" ist das Aktionsbündnis linker Organisationen, Gruppen und Einzelmitglieder in der DDR.

Hier haben sich Sozialisten zusammengeschlossen, die in den Jahren des Machtmißbrauchs und der Korruption als Teil der Bürgerbewegung, aber vor allem als Linke in entschiedener Opposition zur stalinistischen Führung unseres Landes standen. Dieses Bündnis wächst mit allen Menschen, die heute mit uns der Kapitulation vor neuer Ausbeutung und verschleiertem Sozialabbau begegnen und die Volkssouveränität verwirklichen wollen.

Wir stehen auch in Zukunft ein für die einzige Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus:

Für einen Sozialismus der Freiheit und Demokratie!

Wir treten ein

- für die Entwicklung von Volkssouveränität durch basisdemokratische Selbstorganisation, Räte und Formen direkter Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freie Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds

- für den Stop des wirtschaftlichen Ausverkaufs, die Bewahrung und Entwicklung öffentlichen Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln durch demokratische Mitbestimmung und schließlich Selbstverwaltung des werktätigen Volkes

- für die Durchführung einer radikalen Wirtschaftsreform zur Entwicklung einer ökologischen Überlebensalternative durch bedürfnisorientierte Ökonomie und technische Modernisierung unter Wahrung der sozialen Sicherheit, Gerechtigkeit und unter Ausschluß von Arbeitslosigkeit.

Unser Votum für einen eigenen Weg der DDR ist kein "linker Nationalismus". Wir haben nicht vergessen, wie wenig der die Weltwirtschaft beherrschende internationale Kapitalismus in der Lage war und ist, zur Lösung von nunmehr zu Überlebensfragen der Menschheit gewordenen Probleme des Massenelends, der globalen ökologischen Verwahrlosung und der Bedrohung durch eine nukleare Katastrophe beizutragen. Die umfassende politische und militärische Entspannung sowie eine internationale Zusammenarbeit zur Lösung dieser Probleme ist mehr denn je nötig. Während der Endphase des Zusammenbruchs stalinistischer Diktaturen haben sich die Räume für eine realistischere Politik in diesem Sinn durch eine Reihe außenpolitischer Initiativen osteuropäischer Länder, vor allem der Sowjetunion, erweitert. Doch diese Chancen werden wieder preisgegeben, wenn dem international organisierten Kapitalismus das Feld überlassen und ihm nicht im internationalen Maßstab mit Alternativen begegnet wird. Eine Kapitulation vor der Übermacht international organisierten Kapitals wird die weltweite Krise erneut eskalieren lassen. Deshalb treten wir ein

- für die aktive Teilnahme der DDR an der internationalen Zusammenarbeit zur Lösung der weltweiten politischen und ökologischen Probleme; für eine internationalistische Politik der Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker gegen koloniale und neokoloniale Unterdrückung; für die Aufhebung einer Spaltung der Welt in den reichen Norden und den armen Süden.

Die Perspektive eines Sozialismus der Freiheit und Demokratie darf kein Bekenntnis bleiben, sondern muß eine Volksbewegung zur Verwirklichung konkreter Ziele werden! Unser Land ist über lange Zeit dem Diktat selbstherrlicher Bürokraten ausgeliefert gewesen, die ihre Mißwirtschaft mit unerträglicher Sozialismusdemagogie verbrämten. Eine der verheerendsten Konsequenzen stalinistischer Politik ist es, daß viele Menschen in unserem Land den Stalinismus mit Sozialismus zu identifizieren begannen. Vielen Menschen, die den Mut aufbrachten, sich gegen die Herrschaft der Bürokraten zu wehren und die zu der Massenbewegung gehörten, die sie hinwegfegte, fehlt heute die Zuversicht, nun endlich die eigenen Angelegenheiten auch selbst in die Hand nehmen zu können. In der großen Koalition von Kohl bis Honecker hieß es, es gäbe keine Alternative zwischen Kapitalismus und eben jenem als "Sozialismus" auftretenden

Stalinismus. Wir sagen: Jene Alternative ist auch heute noch Sozialismus; ein Sozialismus der Freiheit und der Demokratie, ein auf Volkssouveränität beruhendes Gemeinwesen selbstverwalteter Betriebe und Kommunen, deren Räte unmittelbar die Interessen der Menschen vertreten. Er ist heute das einfache, was nach vierzig Jahren Stalinismus nur noch schwerer zu machen sein wird. Er ist nicht gescheitert, weil er noch nicht begonnen hat.

Wie sieht die "Vereinigte Linke" die heutige Situation in unserem Land?

Nach dem Sturz des alten Regimes durch das Volk haben Konjunkturritter des Ausverkaufs die Initiative ergriffen: Begünstigt von einer vor dem Druck des Auslandskapitals und den Wortführern des Anschlusses der DDR an die BRD immer weiter zurückweichenden Regierung behandeln Betriebsleiter das ihnen anvertraute Vermögen wie ihr Privateigentum. Als geübte alte Bürokraten schlüpfen sie problemlos in die neue Rolle der kleinen Selbstherrscher unter dem Banner der "Marktwirtschaft", schachern ohne jede Legitimation mit dem startbereiten Auslandskapital und liquidieren unter Ausnutzung der Gewerkschaftskrise soziale Errungenschaften. "Wirtschaftsreformer" zu sein heißt für sie in erster Linie, von Sachwaltern des alten Kommandosystems der Stalinisten zu Vorkämpfern des neuen Kommandos eines "freien Marktes" zu werden. Als geübte Bürokraten vollziehen sie diesen salto mortale um so brillanter, je weicher sie selbst dabei landen: Auf dem Geldsack der eigentlichen neuen Herren aus dem Westen oder auf dem Kreuz der wegzurationalisierenden Belegschaftsteile. So wachsen die sozialen Ängste in der Bevölkerung und schwindet das Bewußtsein in die eigene Kraft für einen eigenen Weg. Hinzu kommen die von der Modrow-Regierung geschürten Illusionen auf Lösung aller Probleme durch eine schnelle Wiedervereinigung mittels Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD. Hier droht der Bankrott von mehr als der Hälfte aller Betriebe, Massenarbeitslosigkeit und vollständiger Verlust geldpolitischer Souveränität der DDR zugunsten der Bundesbank. Das BRD-Kapital hat nichts zu verschenken. Es wird dann erbarmungslos seinen Schnitt machen, das Lohnniveau in Ost und West drücken und ihre Geschäftsbedingungen zum Maßstab für den Zeitpunkt der so faktisch schon besiegelten Übergabe der DDR machen.

Wie steht die "Vereinigte Linke" zur Frage der deutschen Einheit?

Wenn wir für die entschiedene Wahrung der Werktätigeninteressen eintreten, so tun wir dies auch und gerade mit der Verteidigung der Souveränität unseres Landes. Eine Vereinigte Linke muß das Bündnis mit allen suchen, die sich gegen die Preisgabe der DDR und seiner Bürger wenden.

Wir treten ein für die Verteidigung der Souveränität der DDR gegenüber allen Forderungen nach einer schnellen "Wiedervereinigung" als Angliederung an die BRD. Selbstbestimmung heißt für uns nicht Unterwerfung unter das politische und wirtschaftliche System des Kapitalismus, sondern eigenverantwortliche Gestaltung unserer Zukunft. Ebensowenig wollen wir den stufenweisen Ausverkauf zu den Bedingungen des Auslandskapitals: die Verwandlung der DDR in ein Billiglohnland und eine verlängerte Werkbank der BRD. Wir wollen die schnelle Aufnahme von Verhandlungen mit der BRD über die langfristige Ausgestaltung des Grundlagenvertrags im Sinne einer Vertragsgemeinschaft entsprechend dem Grundsatz "Zwei Staaten - eine Nation" bei gegenseitiger staatsrechtlicher Anerkennung. Wir wollen die Entwicklung enger wirtschaftlicher und politischer Beziehungen bei Ausbau aller Aspekte des gemeinsamen nationalen Zusammenhangs und die Ausarbeitung eines verbindlichen Rahmens zur Wahrnehmung gesamtdeutscher Verantwortung, insbesondere für den Frieden. Wir fordern eine gemeinsame Garantieerklärung beider deutscher Staaten für die polnische Westgrenze.

Wie steht die "Vereinigte Linke" zu den politischen Kräften unseres Landes?

Wir haben uns nicht von der Diktatur einer stalinistischen Bürokratie befreit, um uns jetzt der Willkür von neuen Managern, der Ausbeutung durch unkontrolliertes Auslandskapital oder der Selbstherrlichkeit neuer oder mehrfach "gewendeter" Parteivorstände auszusetzen! So begannen zunächst Funktionäre der gestern noch allmächtig herrschenden SED, uns die verlogene Aussicht auf eine "Marktwirtschaft" als Grundlage ihres "demokratischen Sozialismus" schmackhaft zu machen. Und dies, nachdem eine Clique von Politbürokraten jener Partei die alte Vision einer freien und demokratischen Gesellschaft so gründlich verraten hat! Kaum daß deren führende Vertreter vom Volk verjagt und an ihre Stelle tretende Wendehälse abgetreten sind, soll mit Billigung der neuen PDS-Führung der Name "Sozialismus" nun herhalten zur Rechtfertigung einer Kumpanei alter Staats- und Wirtschaftsfunktionäre mit neuen einheimischen und bekannten ausländischen Kapitalisten.

Wieder soll durch Mißbrauch dieses Namens eine Ausbeutungsordnung verschleiert werden! Die Funktionäre der SPD unseres Landes verzichten wenigstens ehrlicherweise mehr und mehr darauf, ihre Losung von der "sozialen Marktwirtschaft" noch mit der vom "demokratischen Sozialismus" zu verbinden und stehen nun rechts von der SPD-West. Doch die ehemaligen Blockparteien machen endgültig Schluß mit diesen Halbheiten: Sie haben nun ihr Herz für einen gediegenen Kapitalismus entdeckt - einen "sozialen" natürlich. Der "Demokratische Aufbruch" bedient in der konservativen Allianz mit CDU und DSU den modernen Zeitgeist durch ihre "sozial-ökologische" Forderung nach Reprivatisierung der Kombinate. Wer sollen wohl nach ihren Wünschen die neuen Herren sein? Sie spekulieren alle darauf, daß ein vom Stalinismus demoralisiertes Volk sich lieber besser bezahlt ausbeuten läßt als sich nochmals und diesmal in eigener Sache und Verantwortung auf den Weg zu machen. Wie ihre neuen politischen Verbündeten im Westen wollen die bürgerlichen Parteien uns einreden, es gäbe nur noch die Wahl zwischen Stalinismus und einem sozial entschärften Kapitalismus. Dies ist auch auf die Bürgerbewegungen nicht ohne Wirkung geblieben. Und doch setzen wir viele Hoffnungen auf sie und auf alle durch die Werktätigen in eigener Initiative geschaffenen Organisationen. Je entschiedener die Bürgerbewegungen und authentische Gewerkschaften der sozialen Demagogie einer "solidarischen Gesellschaft" unter kapitalistischen Bedingungen entgegentreten und Ökologie nicht nur zum Lippenbekenntnis verkommt, bleibt die Alternative einer freien Gesellschaft lebendig.

Was hat die "Vereinigte Linke" einer kapitalistischen Restauration entgegenzusetzen

Unsere Alternative ist nicht irgendein "dritter Weg". Wir wollen dafür arbeiten, daß der Entmutigung von zu "Vollbeschäftigteneinheiten" degradierten Menschen nicht ihre Entmündigung durch neue Manager folgt. Schon heute sehen wir, daß diese neuen Marktwirtschaftler nur zu oft die "gewendeten" alten Wirtschaftsbürokraten sind. Ebensowenig dürfen wir zulassen, daß die Ausbeutung der Werktätigen als Billiglohnarbeitskräfte durch Auslandsmonopole möglich wird. Doch wie kann dies in einem heruntergewirtschafteten Land nach 40 Jahren Stalinismus gelingen? Ist dies durch die am 18. März in der DDR stattfindenden Wahlen abzuwenden? Demokratie kann für uns nicht einfach nur das Recht bleiben, seine Stimme abzugeben. Das Volk wird seine Souveränität nur mit der Entfaltung basisdemokratischer Initiativen verteidigen. Straßendemonstrationen können Regierungen und herrschende Cliquen hinwegfegen. Wir wir aber unsere eigenen Angelegenheiten nicht wieder aus der Hand geben und Parteien überlassen wollen, so müssen wir gemeinsam alle Formen direkter Demokratie entwickeln. Dies hat nicht nur im politischen Leben, sondern auch und vor allem im Bereich der Wirtschaft zu geschehen. Bürgerkomitees, Volkskontrollausschüsse sowie starke Gewerkschaften und Räte in den Betrieben und Kommunen können die Keimformen dieser direkten Demokratie sein. Basisdemokratische Kontrolle der Regierungsarbeit wird so zu wirklicher politischer Selbstbestimmung des Volkes, und über die Mitbestimmungsarbeit der Betriebsräte entwickelt sich die Selbstverwaltung des Werktätigen. Solche Formen direkter Demokratie verwirklichen Volkssouveränität lebendiger, als dies jemals durch Parlamentsparteien ermöglicht werden kann. Wenn uns dies gelingt, so sind wir wirklich auf dem Wege zum Sozialismus - wir sind es, wenn wir selbst ihn machen und uns nicht mehr in seinem Namen betrügen lassen.

Was ist angesichts der ökologischen Misere zu tun?

In der DDR wird seit langem schon eine Vernichtungskrieg gegen die Natur geführt. Die Natur befindet sich auf dem Rückzug und wird bei uns bald gestorben sein.

Die Rettung der Umwelt wird, wenn sie noch möglich werden soll, in letzter Minute erfolgen! Dies erfordert ein neues Denken, das Länder- und Systemgrenzen überschreitet und die Menschen als Notgemeinschaft handlungsfähig machen muß. Nur dann wird dies gelingen. Und die Möglichkeiten liegen auf der Hand, wenn etwa an eine koordinierte Umlenkung der Mittel zur Rüstungsproduktion gedacht wird, falls solche Reserven sich im Vollzug weltweiter Abrüstung erschließen. Diese Mittel können zur Welthungerbekämpfung und zur technologischen Modernisierung im Namen der "ökologischen Vorbeugung" (ressourcensparendes Wirtschaften, Ablösung umweltzerstörender Technologien etc.) eingesetzt werden, wenn dies gemeinsam mit einem Druck von unten, durch ökologische Basisbewegungen auf die Regierungen, einhergeht. Somit ist der Kampf um unsere Umwelt nicht nur ein administratives, technologisches oder ideologisches Problem, sondern vor allem ein politischer Kampf, in dem wirtschaftliche Sonderinteressen nur zu oft und immer noch den Schaden vergrößern.

15. "Wir müssen unsere Utopien trotzdem verteidigen..." Interview mit Michael Mäde (Vereinigte Linke)

Rubrik: PDS; Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:49

Rund 20 Tage vor den Volkskammerwahlen hatten wir die Gelegenheit, mit Michael Mäde vom Sprecherrat der "Vereinigten Linken" (VL) über die aktuelle Situation, die gescheiterten Bündnisgespräche mit den Bürgerbewegungen, die PDS und die Perspektiven der sozialistischen Linken in der DDR zu sprechen.

ma./Bremen und D./Westberlin

ak: Die ursprüngliche oppositionelle Bürgerbewegung der DDR aus Neuem Forum, Demokratie jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, dem Unabhängigen Frauenverband, der Grünen Partei und der VL tritt getrennt zu den Volkskammerwahlen am 18. März an. Wie kam es zu dieser Spaltung?

Michael Mäde: Ein solches Bündnis hat eigentlich nie existiert; es hat immer Punkte gemeinsamer praktischer Politik gegeben, Gemeinsamkeiten bezüglich des basisdemokratischen Ansatzes, bestimmte Ähnlichkeiten in gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Aber es hat auch immer wesentliche Unterschiede gegeben. Diese haben sich aufgrund der gesamtpolitischen Entwicklung seit dem Oktober verschärft - sei es die galoppierende Verbürgerlichung der Gesellschaft, also weg vom basisdemokratischen Ansatz; sei es der Wiedervereinigungsdruck sowohl aus dem Westen, den ich mit Kapitaldruck übersetzen würde, als auch das Bedürfnis der Leute, für ihre sich anhäufenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine möglichst rasche Lösung zu finden. Die Kampagne der Hoffnungslosigkeit, die eben dies zu befördern hatte, nämlich den Leuten zu suggerieren: Ihr seid kaputt, ihr habt 40 Jahre nur Scheiße gemacht und nun wollen wir diese "widernatürliche" Teilung endlich beenden, hinein in ein Deutschland, das marktwirtschaftlich, sozial, ökologisch ist. - Verwaschener geht es nimmer.

Zu diesem Prozeß konnte man sich nun verhalten. Um auch das politische Versagen der Vereinigten Linken an bestimmten Punkten zu begreifen, ist in Rechnung zu stellen, daß es uns als politischen Organismus eigentlich erst seit dem Arbeitstreffen gibt (das war Ende November). Wir waren die Letzten, die sich als Bürgerbewegung konstituiert haben, und wir hatten von vornherein das Problem, daß wir wirklich den Sozialismus gemeint und dies auch noch so gesagt haben.

Das hat bei dem Prozeß, der in diesem Land eingesetzt hat und der bereits automatisch zur Gefährdung der Errungenschaften der "Herbstrevolution" führen mußte, eine wesentliche Rolle dergestalt gespielt, daß es verschiedene Aktivitäten gab, uns an den politischen Rand zu drücken. Daran hat sich die Bürgerbewegung anfangs nicht beteiligt. Der Druck kam deutlich von den sich neu etablierenden Parteien und von den doppelt gewendeten Parteien.

Der Zusammenbruch der PDS nach der Treptow-Demonstration markierte eine Wende, weil die einen begriffen haben, "mein Gott, die gibt es ja noch", und die anderen nicht begriffen, daß sie sich selbst und ihre Reorganisation überschätzt hatten und damit noch ganz am Anfang der Wandlung standen. Das war so ein Kulminationspunkt, mit dem das Schlachten der PDS (damals noch SED), das Schlachten der Linken und der linken Worte eng verbunden war, auch wenn wir uns von dem Prozeß eher Hoffnungen abgeleitet hatten.

Trifft es zu, daß Ihr bei den Bündnisverhandlungen im Februar ausgegrenzt worden seid?

Die zweite Phase war dann die der Bündnisverhandlungen, die von unserer Seite äußerst konstruktiv, unter Betonung der Gemeinsamkeiten, geführt wurden. Wohl wissend, daß der Druck aus dem bürgerlichen Lager zunimmt und es wohl nicht mehr lange dauern wird, bis Formen der direkten Demokratie als Widerspruch zu der sich etablierenden repräsentativen Demokratie verstanden werden würden. Unsere Prophezeiung ist schon am runden Tisch eingelöst worden.

Es hat dann einen Prozeß gegeben, wo Vertreter von "Demokratie jetzt", vom "Neuen Forum" und - sehr zurückhaltend, wie ich zugebe - von der "Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM) ein Spiel der Ausgrenzungspolitik in den Bündnisverhandlungen betrieben haben. Die Speerspitze richtete sich vor allem

gegen uns und die Frauen (1). Die Frauen wurden auch noch hinterfragt, ob sie zu den Wahlen antreten können, denn es müßten ja auch Männer kandidieren, damit sie als "politische Vereinigung" gelten. Also auf diesem Niveau bewegten sich zwischenzeitlich die Argumentationen. Dabei sind diese Bürgerbewegungen in sich selbst sehr heterogen und es gibt in jeder von ihnen ausgesprochene Linke. Worin sich diese Bewegungen auch gleichen: überall sind die Linken in der Minderheit.

Was die Sache sehr kompliziert macht: wir haben das alles tapfer durchgestanden und sind dann auch geblieben, trotz aller persönlichen Beleidigungen und ultimativer Forderungen der Art, daß man als Voraussetzungen für ein solches Bündnis erst mal die roten Fahnen einholen muß. Trotz aller Kompromißversuche und -lösungen haben Demokratie jetzt und das Neue Forum einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen uns gefällt.

Damit war das mit dem Bürgerbündnis erledigt, wobei man sagen muß, daß die drei, von denen ich eben sprach, sich von vornherein miteinander einig waren. Und mit den hysterischen Reaktionen, als einige Zeitungen versuchten, dieses Dreierbündnis als linkes Bündnis zu verkaufen, signalisierten die Bürgerbewegungen selbst, worum es sich handelt.

Das zweite waren - und das ist eigentlich für die Linke ein größeres Problem, wo ich nicht sicher bin, ob wir uns davon in einiger Zeit erholen - die Bündnisverhandlungen mit den Frauen und den Grünen. Diese verliefen inhaltlich ganz gut, auch dort gibt es freilich Unterschiede. Die Frauen betonen die Notwendigkeit einer Sozialcharta sehr stark, bei einer durchaus positiven Haltung zur Wiedervereinigung. Wir betonen die Souveränität. Es gibt in der Frage der Wirtschaftsdemokratie Schwierigkeiten. Aber all dies, so war unser Eindruck, schien überwindbar - bis zum Parteitag der Grünen in Halle. Die Frauen hatten sich zuvor mit einer knappen Mehrheit für ein Bündnis auch mit uns ausgesprochen und sind nach dem Beschluß der Grünen umgefallen. Die Schwierigkeiten, die wir bei den Verhandlungen hatten, lagen im atmosphärischen Bereich, weil wir Leute mit einer Sprache haben, die auf eine marxistische Schulung schließen läßt. Und damit kommen einige nicht ganz zu Rande. Wir müssen uns allerdings auch Mühe geben, jegliche Form von Dogmatismus zu vermeiden. Da haben wir noch Probleme, das muß ich so klar sagen.

Das hat aber mit den dort gefaßten Beschlüssen nichts zu tun. Ich kann mich dem Eindruck nicht ganz verschließen - ich will das mal höflich formulieren - daß es dort einen gewissen Druck und eine gewisse Ermutigung seitens der Bundesgrünen gegeben hat, um dieses Wahlbündnis zum Kippen zu bringen. Das müssen die Grünen in der BRD mit sich selber abmachen, wie sie Einfluß genommen haben. Es wäre für mich damit klar, ohne dies jetzt im einzelnen beweisen zu können oder zu wollen, daß sie sich dort in die Reihe der anderen Parteien in der BRD eingereiht haben.

Kurz und gut: wir stehen relativ allein da. So schaut es aus. Aber es gibt, das merkt man insbesondere am runden Tisch, immer wieder Bündnisse in Sachfragen. Und ich bin sicher, daß das auch später in diesem Parlament wie in der außerparlamentarischen Bewegung nicht anders aussehen wird und kann, es sei denn, bestimmte Leute verabschieden sich von bestimmten Grundpositionen. Aber es hat sich gezeigt, daß wir mit Leuten von der Fraktion "Aufbruch `89" des "Neuen Forum", mit anderen Linken immer wieder in Sachbündnisse kommen, und ich glaube, daß dies über den 18. März hinaus eine Perspektive hat. Wir haben auch keine andere Wahl. Allein sind wir auch deshalb nicht, weil sich links von der PDS nun ein Spektrum sammelt, wo die VL als bindendes Glied schon funktionieren könnte, auch wenn das Zeit braucht. Bisher gehören die "Nelken" und die Unabhängigen dazu. Die Unabhängigen kommen zum Teil aus der Initiative "Christliche Linke", zum Teil sind es Parteilose. Natürlich wird man darüber nachdenken müssen, daß die Linke auf Dauer in den sozialen Kämpfen, die uns in den nächsten zwei bis drei Jahren bevorstehen und in den gesellschaftlichen Umwälzungen, die hier stattfinden werden, ohne ein wirklich breites linkes Bündnis nichts wird bestellen können. Auch die VL wird alleine nicht in der Lage sein, die soziale Selbstverteidigung der Werktätigen zu unterstützen, alleine wird sie das nicht schaffen. Und da es keinen linken Alleinvertretungsanspruch mehr geben darf - das hatten wir hier - müssen wir auch aus unserer eigenen Geschichte lernen.

Und was ist mit der PDS?

Die PDS verkauft sich nicht als Oppositionspartei. Das ist auch schwierig, wenn man in der Regierung ist, das will ich gern einräumen. Aber das Problem besteht eben gerade darin, daß es in der PDS inzwischen zwei

maßgebliche Strömungen nach dem Austritt des Berghofer-Flügels und der teilweisen Selbstauflösung des "Dritten Weges", die sich jetzt in der USP formiert, gibt. Die eine Strömung ist ein uns relativ nahestehender reformierter kommunistisch links-sozialistischer Flügel. Die andere Strömung bekennt sich deutlich zur linken Sozialdemokratie und macht nun einfach mit. Besonders sozial, besonders demokratisch, besonders reflektierend die Souveränität dieses Landes bis zu einem gewissen Punkt. Auch mit Tendenzen, die wir nicht mittragen können, wenn wir nicht linke Politik in sozialdemokratische Politik verwandeln wollen. Von den Stalinisten will ich nicht reden, denn sie bilden in der PDS nach meinem Eindruck keine Mehrheit mehr.

Die Partei ist jetzt in einem ernsthaften Wandel, das ist nicht mehr zu bestreiten, aber wohin der Wandel letztlich geht, ist fast völlig offen. Man kann nur hoffen, daß sie sich wirklich als eine Oppositionspartei etabliert und zu den Interessen der Leute zurückfindet, für die sie 1946 als SED einmal angetreten war. Sie muß begreifen, daß sie Interessenvertreterin bestimmter gesellschaftlicher Schichten in diesem Lande ist, und wenn sie das nicht wieder begreift, dann hat sie auch keine Chance, wirklich Politik zu machen. Es sein denn, einen gepflegten Parlamentarismus und nichts weiter. Denn auch als Oppositionspartei kann man sich sehr gut einrichten - und es gibt viele Genossen, die sich darauf freuen.

Inwiefern könnt Ihr die Diskussionsprozesse in der PDS mit beeinflussen?

Das passiert einfach dadurch, daß wir da sind und linke Oppositionspolitik machen. Das bringt die PDS natürlich in eine schwierige Lage. Es sieht immer so aus, als würden sich die Linken immer sinnlos streiten. Das ist aber im Moment ein unumgänglicher Prozeß. Denn da gibt es einen Regierungschef Modrow - und ich muß das ganz klar sagen: persönlich achte ich diesen Mann sehr -, der aber für eine landesväterliche Politik steht, die eine geordnete Übergabe an das Kapital vorsieht. Dies muß man auch so nennen. Das fördert Differenzierungsprozesse in der PDS. In der PDS gibt es in Bezug auf die Politik Modrows deutliche Kritik. Nicht so sehr an Modrow selbst, sondern an der mehrheitlich aus PDS-Mitgliedern bestehenden Regierung, für deren Politik sie geradestehen muß.

Hat Eure Absage, euch an der Regierung Modrow zu beteiligen, irgendwelche Resonanzen hervorgerufen?

Wir hatten bereits zugesagt, haben aber unseren Minister zurückgezogen, als Modrow mit seinem Plan "Deutschland, einig Vaterland" herauskam. Der zentrale Angriffspunkt für uns war, daß jemand, der es besser wissen muß, in der Phase der Vertragsgemeinschaft eine Wirtschafts- und Währungsunion vorschlägt, und dabei die Illusionen bei Millionen von Leuten hier schürt, daß die D- Mark bei uns einen höheren Lebensstandard bescheren könnte. Er versucht also nicht, diese Illusionen einzudämmen oder ihr mit Sachargumenten entgegenzutreten, sondern hat sie noch befördert.

Das war der Punkt, wo wir nur sagen konnten: bis hierher und keinen Schritt weiter. An einer solchen abenteuerlichen Politik können wir uns nicht beteiligen. Die politischen Reaktionen auf diesen Austritt haben gezeigt, daß wir Recht hatten. Wir hatten seitdem einen ganz anderen qualitativen Zulauf, und es kommen auch viele ratlose ehemalige PDSler zu uns, die nicht unbedingt sofort Mitglied werden wollen, aber die sich anhören, was wir zu sagen haben, weil sie sich nur noch mittelbar oder gar nicht mehr durch die PDS vertreten fühlen.

Wie werdet Ihr eigentlich mit den vielen anstehenden Problemen fertig, etwa wenn Leute bei Euch eintreten? Oder viel grundsätzlicher: wenn Ihr ständig und täglich von den Realitäten überrollt werdet?

Unser Grundproblem ist, daß wir weder von unserer Organisationsstruktur, noch inhaltlich gegenwärtig damit fertig werden. Und dieser Aufgabe müssen wir uns gewachsen zeigen, wenn die VL nicht eine politische Eintagsfliege bleiben soll. Wir haben also im wesentlichen zwei Aufgaben: Wir müssen inhaltlich arbeiten, da ist es mit unserem vorläufigen Programm nicht getan.

Wir müssen Alternativen entwickeln, ohne dabei Träumer oder Stalinanhänger zu sein. Wir müssen unsere Utopien trotzdem verteidigen.

Wir müssen für die Prozesse, die jetzt laufen, Antworten haben, partielle Lösungsmöglichkeiten entwickeln, die Basisarbeit verstärken und uns strukturell reorganisieren. Dabei möchte ich persönlich nicht verhehlen, daß man nun anfangen muß, politische Prozesse wieder längerfristig zu denken, ohne in Resignation zu verfallen und ohne sich von dem, was hier tagtäglich passiert, auffressen zu lassen.

Der Zulauf ist schwer zu halten. Das bezieht sich auf die Probleme, die ich gerade angesprochen habe. Man muß berücksichtigen, daß wir als stark intelligenzlastige Gruppierung angefangen haben, daß sich das aber ernsthaft verändert und verbreitert hat. Wir haben inzwischen einen relativ starken Betriebsgruppenflügel, der auch eine fundierte Basisarbeit macht. Dies gilt auf jeden Fall für Berlin. Dadurch, daß wir mehrheitlich Leute bei uns haben, die unter 35 Jahre alt sind, erreichen wir bestimmte Schichten der Jugend. Aber wenn wir das Problemknäuel nicht lösen, dann wird es nicht funktionieren, uns zu verbreitern.

Einer der wichtigsten politischen Differenzierungspunkte ist die deutsche Frage. Die Konservativen BRD-Ableger wollen sie sofort, die SPD auch, aber mit Sozialbaldrian versehen. Die Bürgerbewegungen wollen die Einheit auch, aber nicht mit der eisernen Abrißbirne, sondern bitte mit Sahne. Kannst Du noch mal Eure Position erläutern?

Dazu hole ich mal weiter aus: der größte historische Fehler, den die SED in ihrer Geschichtsbetrachtung jemals gemacht hat, ist die These von der "sozialistischen deutschen Nation". Denn diese zahlt sich jetzt negativ aus. Den Leuten eine DDR-Nationalität suggerieren zu wollen, es also nicht von der Identität her zu fassen. Daß es so etwas wie DDR-Identität gibt, wird sowohl das Kapital noch zu spüren bekommen als auch die Parteien, die jetzt einfach darüber hinweggehen.

Das macht uns die Argumentation unglaublich schwer. Es ist eine über 100-jährige Kultur, und dies ist eine europäische und nicht eine deutsche oder germanische oder was auch immer, die in einen deutschen Nationalstaat wuchs, den es nach 1871 gab, der dann auch genug Schaden angerichtet hat in diesem Europa und darüber hinaus. Aber eben diesen Nationalstaat hat es gegeben. Und das hat man gefälligst zur Kenntnis zu nehmen.

Zweitens. Wir gehen von der These "zwei Staaten - eine Nation" aus: die Grenzen sind offen, das heißt Begegnungen finden statt, auch Handel, Austausch. Wir sehen die Perspektive in einem Prozeß über die Vertragsgemeinschaft hin zu einem Staatenbund. Und das vertreten wir auch so, wohl wissend, daß dieses Konzept wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig ist. Wir sehen, daß es dazu keine vernünftige Alternative gibt. Hier unterscheiden wir uns in der Tat von sehr vielen Parteien und auch den Bürgerbewegungen, wobei wir zur Kenntnis nehmen, daß es Anschlußbestrebungen, angekündigte und angesetzte Übernahmekonzepte gab und den Versuch der Schaffung einer wirklichen Zusammenbruchspanik, um die DDR einfach einzutüten.

Das hat unsere politische Handlungsweise bestimmt. Die Meinung, daß es keinen Anschluß geben darf, vertreten viele, auch die Bürgerbewegungen in unserem Land. Mit diesem kleinsten gemeinsamen Nenner muß man dann auch Politik machen. Daß wir darüber hinaus weitergehende Vorstellungen haben, ist keine Frage, und dies sagen wir auch immer deutlich. Aber die Hauptsache ist gegenwärtig, einen politisch wie auch sozial nicht mehr kontrollierbaren Anschluß zu verhindern. Denn das hätte fürchterliche Konsequenzen für beide soziale Netze und unabsehbare politische Folgen auch für Europa.

Das zweite ist, daß es keine Form von gemeinsamen Streitkräften geben darf und keinen Nato-Beitritt der DDR in irgendeiner Form: weder als entmilitarisiertes Gebiet, noch durch eine andere Hintertür.

Und das Entmilitarisierungskonzept ist in der Bürgerbewegung, wenn man einmal vom Teil des rechten Flügels des "Neuen Forum" absieht, durchaus konsensfähig.

Micha, wir danken Dir für dieses Gespräch.

16. Ina Merkel: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Manifest für eine autonome Frauenbewegung Ina Merkel, Dezember 1989

Rubrik: Frauen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:09

Manifest für eine autonome Frauenbewegung

Ina Merkel, Dezember 1989

Dieses Manifest für eine autonome Frauenbewegung ist die Grundlage für das am 17.2.1990 verabschiedete Programm des unabhängigen Frauenverbandes, der im Wahlbündnis zusammen mit der Grünen Partei zu den Wahlen am 18. März 1990 antritt.

Die Frauenfrage sei gelöst, behaupten die einen, sie sei jetzt nicht das vorrangige Problem, sagen die anderen, sie muß jetzt endlich auf die Tagesordnung, sagen die dritten. Aber was ist das überhaupt - die Frauenfrage?

Wir Frauen müssen heute konstatieren: Der Umbruch der DDR-Gesellschaft wurde von den Massen auf der Straße eingeleitet. Frauen waren als Vorkämpferinnen und als Mitstreiterinnen, als Betroffene des Massenexodus und als Opfer der Übergriffe überall dabei. Aber bei der Ausarbeitung zukünftiger Gesellschaftsstrategien zur Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft bleiben Frauen schon wieder außen vor.

"Neue Männer braucht das Land", lautete eine der in den letzten Wochen immer wiederkehrenden Losungen. Braucht es nicht auch neue Frauen? Der erste Mann des Landes, Modrow, hat sich eine Frau an seine Seite geholt - ein neuer Anfang?

Diese Gesellschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Nach wie vor verlassen die BürgerInnen ihr Land zu Tausenden. Die führende Partei ist moralisch bankrott. Die Auflösung des Sozialismus als Gesellschaftssystem scheint unmittelbar bevorzustehen. Auf der anderen Seite leckt man sich schon die Lippen. Können wir uns in einer solchen komplizierten Situation überhaupt eine Frauenfrage leisten?

Wir müssen dieser scheinbar zwanghaft ablaufenden Entwicklung ein alternatives Gesellschaftsmodell entgegensetzen. Aber wer wird noch darauf hören, wenn wir für einen erneuerten Sozialismus plädieren? Und dennoch: Dieses Land muß zu einer Gesellschaft entwickelt werden, in der die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen das eigentliche Ziel sind, oder es wird dieses Land nicht mehr geben. Eine Gesellschaft, in der Arbeit und Konsum, Politik und Lebensumwelt gestaltbar werden, gestaltbar durch sich selbst bestimmende und selbstverwaltende Subjekte. Das schließt eine optimale Entwicklung der Wirtschaft ein, aber so, daß sie nicht länger die lebensweltlichen Bedürfnisse und Interessen der Individuen dominiert, sondern für die individuelle Entwicklung freie gesellschaftliche Räume, frei verfügbare Zeiten und eine funktionale Gegenständlichkeit schafft. Das schließt politische Macht nicht aus, wohl aber die Unterordnung der Individuen unter diese Macht. Das heißt: Wirtschaft und Politik müssen sich grundsätzlich neue Mechanismen und Strukturen schaffen, die die Durchsetzung sozialprogressiver Ziele garantieren. Das heißt: der Entwicklungsprozeß der Gesellschaft muß für die Subjekte gestaltbar gehalten werden, er muß in Permanenz erneuerbar und lernfähig sein.

Sicher ist: wir brauchen eine Wirtschaftsreform und die Reform des politischen Systems. Aber die zu erwartenden Umbrüche in der Lebensweise, in den Bedürfnissen und in der sozialen Lage dürfen nicht wieder als Folgeprobleme nach hinten geschoben werden. Wir müssen dringend auf ein alternatives Konzept von Lebensweise bestehen, und wir sollten die Parteien und politischen Bewegungen danach fragen, welche neuen Lebensperspektiven diese oder jene Strategien eröffnen, damit auch unsere Erwartungen, unsere Frauen-Fragen in einem alternativen Gesellschaftskonzept politikfähig werden können.

Wir müssen darauf bestehen, daß Frauenfragen keine gesellschaftlichen Randprobleme sind sondern existenzielle Grundfragen. Sie betreffen die Existenzweise der Gesellschaft, ihren reproduktiven Zusammenhang, ihre Entwicklungsmöglichkeiten und Ziele. Daher denke ich, wenn wir Frauen dafür sorgen wollen, daß unsere besonderen Interessen, die wir aufgrund unserer besonderen Lebenslage und unserer spezifischen Erfahrungen haben, in einem modernen Gesellschaftskonzept nicht nur irgendwie berücksichtigt

werden, benötigen wir selbst eine gesamtgesellschaftliche Herangehensweise. Welche Problemfragen könnten für ein solches Konzept konstitutiv sein, was sind hier allgemeine und was besondere Frauenfragen?

1. Diese Gesellschaft bewegte sich in den letzten Jahren zielgerichtet auf einen Abgrund zu. Es kam zu einer rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen, ihrer sozialen Lage. Sehr deutlich äußert sich diese Bewegung u.a. in der Verschärfung der Beziehungen zwischen Mann und Frau. Sie drückt sich aus in einer ständig steigenden Scheidungsrate und einem andauernden Geburtenrückgang. Sie erscheint im geringen Lebensstandard alleinerziehender Mütter, sie erweist sich in der schmählichen Vernachlässigung unserer älteren Frauen, derjenigen also, auf deren Rücken sich dieses Land nach 1945 aufrichtete. Sie zeigt sich aber auch da, wo sie bis heute keiner wahrhaben will: in dem starken Gefälle von männlichem und weiblichem Arbeitslohn, von männlichem und weiblichem Zugriff auf materielle und kulturelle Lebensbedingungen, auf Entscheidungsbefugnisse und politische Macht. Frauen haben zugleich die Mängel der Versorgung, der Infrastruktur und des Dienstleistungssystems durch ihre Mehrarbeit kompensieren müssen. Frauen sind zunehmend männlicher Aggressivität hilflos ausgeliefert. Die Sexualisierung des weiblichen Körpers ist schon wieder gesellschaftsfähig.

Letztendlich aber werden unsere Kinder die wirklichen Opfer dieser verfehlten Entwicklung sein. Ihnen werden die Altlasten versäumten Umweltschutzes, ausgepowerter Natur und jahrzehntelanger Mißwirtschaft aufgebürdet. Sie leiden unter der Nervosität und Gefühllosigkeit bis zum letzten angestrengter Mütter und Väter. Sie sind die Leidtragenden einen anachronistischen Bildungssystems.

Das sind einige der der gravierenden sozio-kulturellen Folgen des staatlich-administrativen, bürokratischen Sozialismus. Die Selbstherrlichkeit einer männlich dominierten Führung hat dieses Land an den Rand des Abgrunds geführt. Männer sind für die Politik der letzten Jahrzehnte hauptverantwortlich, und vor allem Männer haben diese Politik als politische Leiter, Direktoren und Betriebsleiter mitgetragen, obwohl sie es hätten besser wissen müssen. Auch Frauen sind politisch mitverantwortlich für die entstandene Lage, aber sie befanden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen in einer untergeordneten Position.

2. Heute sehen wir uns mit der Tatsache konfrontiert, daß für viele unserer MitbürgerInnen die soziale und kulturelle Identität mit einer sozialistischen Lebenswelt zu zerbrechen droht. Schon werden die Auswege im "Land der Väter" gesucht. Wir aber sollten uns an dieser Stelle fragen, ob wir zu solchen Wieder-/Vereinigungskonzepten eine reale und lebenswerte, eine sozialistische Alternative entwickeln können. Welche Zukunft können wir in einer solchen sozial katastrophalen Lage den Menschen bieten, welche Lebensperspektiven wollen wir ihnen eröffnen, damit es sich für sie lohnt hierzubleiben.

Wollen wir uns etwa mit den Herren in Bonn wiedervereinigen, die Diktatur des Politbüros durch die Diktatur des Bundeskanzleramts ersetzen? Wiedervereinigung hieße in der Frauenfrage drei Schritte zurück - es hieße überspitzt gesagt: Frauen zurück an den Herd. Es hieße: wieder zu kämpfen um das Recht auf Arbeit, kämpfen um einen Platz für den Kindergarten, um die Schulspeisung. Es hieße, vieles mühsam Errungene aufzugeben, statt es auf eine neue qualitative Stufe zu heben.

Die Frauen haben kein Vaterland zu verlieren, sondern eine Welt zu gewinnen. Wir sollten gerade jetzt die Chance ergreifen, in einem erneuerten Sozialismus die Vielfalt unserer Lebensformen, unsere individuelle Verschiedenartigkeit, unsere Bedürfnisse und Ansprüche zur Geltung zu bringen. Bringen wir unsere Frauenbewegung auf die Höhe der Zeit. Schließen wir uns den linken Kräften in Europa an. Setzen wir uns für eine multikulturelle Gesellschaft ein, in der jedeR die seinen nationalen, kulturellen und sozialen Bedürfnissen entsprechenden Lebensstile ausprägen kann. Sorgen wir dafür, daß in unserem Land niemand wegen seiner Herkunft, seiner Nationalität, wegen seiner Behinderung oder einfach seiner Andersartigkeit ausgegrenzt wird. Schaffen wir vielmehr die Bedingungen für die Entwicklung solidarischer Beziehungen - zwischen Männern und Frauen, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Alten und Jungen, zwischen Gesunden und Kranken.

3. Ist ein Konzept der Entwicklung zu einer Konsum- und Leistungsgesellschaft nach westlichem Vorbild - aber ohne eine erfahrene und starke Gewerkschafts-und Frauenbewegung - dafür hilfreich? Was versprechen sich Frauen von einer Wirtschaftsreform? Welche Alternativen sind für Frauen interessant, welche Gesellschaftsmodelle sollten sie favorisieren?

Die Völker der Erde stehen heute vor existenziellen globalen Problemen. Umweltzerstörung, Kriegsgefahr und lebensbedrohliche Lage in der Dritten Welt sind die Folgen der hemmungslos expandierenden männlich

dominierten Industriegesellschaften. Die folgenreiche Logik einer auf der Beherrschung der Natur und der Unterdrückung großer Bevölkerungsgruppen (darunter besonders der Frauen) beruhenden Entwicklung muß durchbrochen werden, wenn die Menschheit sich nicht am Ende selbst vernichten soll. Frauen sind vielleicht unmittelbarer betroffen von dieser Logik, und sie haben als Mütter eine besondere Verantwortung für die Sicherung einer menschlichen Zukunft.

Die Folgen fortgesetzter Zerstörung der Umwelt sind heute schon spürbar. Wir Frauen bringen unsere Kinder in eine gefährdete Welt, und wir haben Angst vor ihrer Zukunft. Wir durchleiden mit ihnen die verpestete Luft, den ständigen Husten, die Allergien. Wir fragen uns, ob wir sie weiterhin mit unserer bleivergifteten Muttermilch nähren dürfen. Schon heute bekommen wir in vielen Gebieten der DDR das Trinkwasser für die Babynahrung in Flaschen geliefert. Wir Mütter sollten aufs höchste beunruhigt sein über den Verfall der Natur und der Städte, über den Verlust von Kulturgeschichte und Landschaft. Denn wenn es so wie bisher weitergeht, werden unsere Kinder bald nicht mehr wissen, was ein Schmetterling ist, wir werden mit ihnen im Sommer an Wassern sitzen, in denen sie nicht baden können. Wir werden nicht wagen, mit ihnen Pilze zu sammeln oder Beeren zu pflücken.

Wir Frauen sollten uns deshalb für ein Wirtschaftskonzept einsetzen, das in der ökologischen Reorganisation der Gesellschaft, d.h. der Wirtschafts- und der Lebensweise, den entscheidenden Ansatz für die Bewältigung der Krise sieht.

Ein solches Konzept darf aber nicht dazu führen, daß unsere Lebensweise und Kultur weiterhin vom Mangel diktiert wird, es darf nicht zu einer weiteren Reduktion konsumptiver Standards kommen, sondern wir setzen uns ein für die Entwicklung und Befriedigung vielfältiger Bedürfnisse.

Wie soll das aber zusammengehen - eine ökologisch vernünftige Produktion und Entwicklung der Bedürfnisvielfalt? Das kann nur gut gehen, wenn es uns gelingt, überzeugende kulturelle Alternativen zu bisherigen Formen der Konsumption, Ernährung und Bedürfnisbefriedigung zu entwickeln. Das könnte bedeuten, sich für eine vernünftige Ernährungsweise einzusetzen - mit weniger Fleisch und mehr Obst und Gemüse. Umgestaltung der Lebensweise bedeutet auch mehr frei verfügbare Zeit für jeden und Schaffung sinnvoller gesellschaftlicher Alternativen zur privateigentümlichen Anhäufung von Reichtümern.

Braucht jede Frau ein Auto? Nein, denn nur wenige können sich eines leisten, es ständig pflegen und reparieren, und deshalb wären viele Frauen zufrieden, wenn sie für Urlaubsreisen und freie Tage unkompliziert eines mieten könnten oder wenn der Nahverkehr genügend attraktive Sonderangebote für Wochenend- und Ferienreisen bereitstellen würde. Frauen würden auch auf die eigene Datsche verzichten, wenn es komfortable Feriendörfer gäbe, mit Vollverpflegung und Freizeitangeboten vom Sport bis zur Gartenarbeit, in die man auch gemeinsam mit Bekannten und Freunden fahren kann, in denen man jederzeit einen Platz bekommt und die man vielleicht auch gemeinschaftlich verwaltet.

Frauen haben ein elementares Interesse an langlebigen und dennoch veränderbaren Wohnungseinrichtungen und an funktionierenden Dienstleistungen.

Wir sollten dazu beitragen, daß attraktive und gemeinnützige Alternativen zur privateigentümlichen Konsumption entwickelt werden. Setzen wir auf Stadt- und Verkehrsentwicklung statt auf die Erweiterung des Individualverkehrs, auf gemeinnützige Infrastrukturen, auf praktikable Dienstleistungen, auf Öffentlichkeit und Kommunikation anstelle des weiteren Rückzugs in die Privatsphäre.

4. Unsere wackeren VorkämpferInnen bildeten sich lange ein, die Emanzipation der Frau sei vollzogen, wenn die Ausbeutung beseitigt und die ökonomische Unabhängigkeit durch eigene Arbeit gesichert seien. Sie meinten, die Frauen wollten nur nicht an die Macht im Staate und in der Wirtschaft, weil sie sich nicht für fähig hielten und durch ihre Kinder und die Doppelbelastung davon abgehalten würden. Ihr Leben lang bekämpften sie die Vorstellung, daß es auch im Sozialismus eine spezifische Form der Frauenunterdrückung gäbe, aus der die Männer ihren Vorteil ziehen könnten, obwohl ihnen jede Statistik deren schädliche Folgen vor Augen führte. Sie erfanden immer neue Geschenke an die arbeitsamen Frauen und versetzten ihnen damit hinterrücks den Dolchstoß. Heute ist es nicht nur so weit, daß jedeR LeiterIn es tunlichst vermeidet, eine halbwegs anspruchsvolle Stelle mit dem Störfall Frau zu besetzen. Frauen müssen sich darüber hinaus den Vorwurf gefallen lassen, sie leisteten zu wenig und bekämen zu viel Unterstützung.

Was aber bedeutet für Frauen die Durchsetzung des sogenannten Leistungsprinzips? Solange der Leistungsbegriff von männlicher Arbeit abgeleitet wird und nicht das Verhältnis von aufgewendeter Zeit und erzieltem Ergebnis mißt, also allgemeine Maßstäbe zur Anwendung bringt, wird mit dem Leistungsprinzip die ungerechtfertigte Abwertung weiblicher Arbeit fortgeschrieben. Das heißt: weibliche Arbeit in Industrie und Landwirtschaft, im Gesundheits-, Bildungs-und Sozialwesen wird so lange unterbezahlt und negativ bewertet, wie diese Gesellschaft nicht neue Kriterien für Leistung entwickelt. Warum erhält eine Krankenschwester weniger Lohn als der Fahrer eines LKW? Weil sie weniger leistet? Wohl kaum, sondern weil sie etwas anderes leistet, etwas, von dem die Gesellschaft nichts zu haben meint. Wo sie scheinbar nur investiert, ohne etwas zu erwirtschaften.

Aber, wird hier jemand einwerfen, was ist mit den Frauen, die ständig wegen ihrer kranken Kinder fehlen, sollen sie weiterhin Ausgleichszahlungen für nicht erbrachte Leistungen erhalten? Wird durch sie nicht der gesamte Arbeitsablauf gestört, bringen sie nicht permanent die Frauenarbeit in Verruf? Gegenfrage: Warum betreuen in der Mehrzahl die Mütter ihre kranken Kinder? Weil die Väter das größere Geld verdienen, weil sie angeblich die wichtigere, unentbehrlichere Arbeit tun, weil ihre Chefs sagen, daß das nicht in Frage käme. Zweite Gegenfrage: Was ist daran so Verwerfliches, daß sich Eltern um ihre Kinder kümmern? Sollten wir nicht vielmehr unsere Kinder als kostbarstes Gut behüten und umsorgen und es denen danken, die sie großziehen und umsorgen? Und sind drittens wirklich die kranken Kinder der entscheidende Störfall in unserer sehr störanfälligen Wirtschaft? Letzte Gegenfrage: Was tun wir dafür, daß unsere Kinder gesund bleiben? Lassen wir sie am Morgen ausschlafen, oder reißen wir sie von frühester Kindheit an vor dem Morgengrauen aus ihren Betten? Wieviel Zuwendung haben wir in einer Arbeitswoche für sie übrig, um ihren seelischen und psychischen Zustand zu erkennen und zu stärken? Können wir sie jederzeit mit genügend Vitaminen gesund ernähren? Wie schützen wir sie vor gereizten und überlasteten Erzieherinnen, vor nörgelnden und unausgeschlafenen Spielkameraden? Und schützen wir sie auch vor uns selbst, vor der ewigen Unzufriedenheit überanstrengter Mütter, vor der Hetze durch die abendlich überfüllte Kaufhalle, vor dem hastigen Ins-Bett- Bringen?

Frauen sollten sich deshalb nicht nur für eine Überprüfung der Leistungskriterien engagieren, sie sollten nicht nur die abstrakte Angleichung der Löhne anstreben, sondern sich auch für eine materielle Aufwertung der Erziehungsarbeit einsetzen: Herabsetzung des Rentenalters, Heraufsetzung des Urlaubs für Eltern, Umwandlung des Kindergeldes in ein Erziehungsgeld.

Wir wollen nicht länger die bescheidenen und arbeitsamen, unterbezahlten und für dumm verkauften Helferinnen und Mitarbeiterinnen sein, denen man jährlich zum 8. März ein mageres Dankeschön sagt. Wir plädieren für eine gerechte Verteilung der Arbeit und der Leistungen. Dazu brauchen wir grundlegende strukturellen Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung; diese sind jedoch nur durch die gezielte Quotierung erreichbar: Quotierung für Frauen in Hochleistungsbereichen, in Leitungen und bei attraktiven Stellungen. Quotierung aber auch für Männer, um ihnen den Zugang zu den über ein erträgliches Maß feminisierten Berufsgruppen in der Volksbildung, in den Dienstleistungen und im Gesundheitswesen zu erleichtern. Quotierung bedeutet nicht nur, eine quantitative Erhöhung des Frauenanteils in bestimmten Berufsgruppen oder Positionen anzustreben, sondern verlangt die gezielte Werbung von Frauen für bestimmte Positionen in Verbindung mit konkreten Fördermaßnahmen. Leitungspositionen dürfen nicht extreme Zusatzbelastung bringen, sondern sollten für Frauen durch ein Mehr an freier Zeit zugänglich gemacht werden. Frauenberufe sollten nicht nur materiell entschieden aufgewertet werden, sondern auch zu flexibleren Zeitstrukturen führen.

Aber wer will schon eine Quothilde sein, lauten die ersten bescheiden-zurückhaltenden Anfragen von Frauen, die um ihr Prestige fürchten an einer Stelle, wo sie noch keines zu verlieren haben. Wir sollten keine Angst haben um die Fähigkeiten von Frauen. Allzu oft sind uns die mittelmäßigen Männer in die Quere gekommen, haben unsinnige Entscheidungen über uns hinweg getroffen, waren unbelehrbar und haben unseren praktikablen Rat gemieden. Wenn sich allerdings die aufsteigenden Frauen dieselben Ellenbogenmanieren aneignen, wenn sie in gleicher Weise machtbesessen und selbstherrlich über andere hinwegregieren, wenn sie nicht zugleich demokratische Formen der Selbstverwaltung und Entscheidungsfindung praktizieren, dann allerdings werden sie größere Schäden und Fehler kaum vermeiden können.

In der Quotierung liegt die große Chance, zu wirklichen Strukturveränderungen und zu einer neuen Qualität von Politik zu gelangen, zu frauenfreundlichen Politikformen, geprägt von Rationalität, Zeitsinn und praktischer

Vernunft. Und haben wir nicht positive Erfahrungen mit Quotierungsregelungen in dieser Gesellschaft gemacht - wenn sie nicht in den letzten Jahrzehnten unsinnigerweise überstrapaziert worden wären - nämlich mit der Quotierung von Arbeiter- und Bauernkindern zum Studium und für den beruflichen und politischen Aufstieg? Die heutigen mittfünfziger Professoren, Direktoren, Kombinatsleiter und Politiker haben ihre Karriere eben diesen Regeln zu verdanken. Da sollten wir Frauen uns bei allen Bedenken nicht selbst wieder hintanstellen.

5. Radikale Quotierung, d.h. sofortige Halbierung der Besetzung aller gesellschaftlich relevanten Positionen, ist die Voraussetzung für eine wirkliche Demokratisierung. Quotierung und Demokratisierung gehören bei der Erneuerung der politischen Kultur untrennbar zusammen. Diese Frauenfrage ist heute zwar für alle Parteien und politischen Bewegungen ein offenes Problem, aber sie ist noch immer nicht öffentlich. Deshalb brauchen wir eine eigene politische Organisation, eine Sammlungsbewegung, die dafür sorgt, daß Frauenfragen Öffentlichkeit gewinnen und so politikfähig werden.

Erst wenn die Frauen ihrem Anteil an der Menschheit entsprechend repräsentiert sind, können sie sich über ihre Interessen als soziale Randgruppe erheben und sich in gleicher Weise wie Männer den gesellschaftlich übergreifenden Fragen zuwenden. Eben weil Frauen keine soziale Minderheit sind, sondern die Hälfte der Menschheit, müssen sie bei allen Menschheitsfragen ihr Votum einbringen können. Eine Frauenbewegung aber, die ohne ein gesamtgesellschaftliches Konzept sich nur auf die Durchsetzung weiblicher Partialinteressen orientiert, wird sich am Ende selbst marginalisieren.

6. Wir Frauen sollten deshalb für eine vierfache Gewaltenteilung eintreten: d.h. die klassische Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Regierung und Rechtssprechung muß durch eine vierte Gewalt: eine demokratische Öffentlichkeit erweitert werden. Wir plädieren daher sowohl für die Schaffung einer breiten Frauenöffentlichkeit in Form von eigenen Publikationen, einer eigenen Tageszeitung, eigenen Sendern und Fernsehstudios, aber auch Frauenkulturzentren, Frauencafés, unabhängige Frauenforschungsinstitute usw. wie auch für die Schaffung vielfältiger demokratischer Vertretungsorgane für die Probleme von Konsumptions- und Lebensweise, von Bildung und Erziehung, von Lohn- und Preispolitik. Wir brauchen Verbraucherorganisationen, die über die ökologische Verträglichkeit der Produkte entscheiden, wir brauchen autonome Elternvertretungen, die auf die Bildungsinhalte und pädagogischen Strategien Einfluß nehmen können. Und wir brauchen - und das ist wahrscheinlich am dringlichsten - auf der anderen Seite eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen und Basisinitiativen, die unmittelbar im Territorium wirken. 7. Unser sofortiges Interesse aber, und darauf zielt das Sofortprogramm, gilt den werktätigen Frauen. Konfrontiert mit den Rationalisierungs- und Effektivierungsstrategien in Wirtschaft und Verwaltung sehen wir die akute Gefahr, daß die unmittelbaren Interessen der werktätigen Frauen in der Arbeit selbst unterminiert werden. Wir sehen die Gefahr, daß Frauen massenhaft aus ihrem gewohnten Arbeitsumfeld herausgelöst werden, ohne daß es hinreichende Konzepte zur Umschulung oder anderweitigen angemessenen Umsetzung in andere Arbeitsbereiche gibt. Um diese Interessen sofort zur Geltung zu bringen und zu verhindern, daß Frauen mit diesen Problemen isoliert und alleingelassen individuell zurande kommen müssen, schlagen wir euch vor, sofort Betriebsräte zu wählen, die das Vertrauen der gesamten Belegschaft genießen und die mit umfassenden Befugnissen zur Einsichtnahme in geplante Veränderungen, mit dem Vetorecht zur Verzögerung vorgesehener gravierender Eingriffe ausgestattet sind.

Das Sofortprogramm umfaßt darüber hinaus kurzfristige Maßnahmen zum Aufbau eines umfassenden sozialen Netzwerks, das dem Sinn solidarischer Gemeinschaftlichkeit verpflichtet ist und darauf orientiert, soziale Härten unmittelbar abzufedern.

8. Um diese Sofortmaßnahmen und auch ein strategisch orientiertes Programm politisch durchsetzbar zu machen, brauchen wir eine aktive und handlungsfähige demokratische Frauenbewegung.

Eine solche Sammlungsbewegung sollte sich zunächst in ihren Organisationsstrukturen offenhalten, Verschiedenes probieren, immer wieder Neues erfinden, damit sich nicht allzu schnell hinterrücks die gewohnten patriarchalischen Politikmuster wieder einschleichen. In ihrem Grundcharakter sollte sie zutiefst basisdemokratische Formen anstreben, jeder Basisgruppe ihre Eingeständigkeit belassen und die Vollversammlung oder den Kongreß als verbindliches Gremium anstreben. Die Kriterien zur Zulassung von Gruppen zur Sammlungsbewegung sollten immer wieder neu beraten werden, so auch die Frage, ob gemischte bzw. autonome Männergruppen in einer Frauenbewegung einen Platz haben können.

Die pluralistische Meinungsvielfalt gründet sicher in einem Minimalkonsens, der jeweils zu den Kongressen neu bestimmt werden muß. Aus diesem Minimalkonsens könnten konzertierte politische Aktionen abgeleitet werden wie z.B. Wahlprüfsteine für Parteien und politische Bewegungen, Wahlbündnisse mit anderen Organisationen, Aufrufe zu Massendemonstrationen und anderen Formen des Protestes, Hilfs- und Solidaritätsaktionen u.a.m.

Die Kongresse könnten einen Rat der Sprecherinnen wählen, in dem die Meinungsvielfalt möglichst gewahrt bleiben sollte. Dieser Rat könnte eine Art Arbeitsgremium sein, das zwischen den Kongressen Arbeitsgruppen oder Ausschüsse zu bestimmten Problemfragen betreibt, Hearings zu Gesetzesvorlagen organisiert, selbst Gesetzesvorlagen ausarbeitet und die parlamentarische Vertretung der Sammlungsbewegung sichert. Um die Professionalität der Sprecherinnen zu sichern, sollten sie für die jeweilige Wahlperiode aus den Mitgliedsbeiträgen feste Diäten erhalten. Hier ist zu überlegen, ob man anstelle der personengebundenen Kandidatinnenwahl besser Listenplätze sichert und Rotationsprinzipien für die parlamentarische Vertretung einführt.

Auf den Kongressen sollten konkrete Aktionsprogramme beraten und beschlossen werden, wobei es günstig wäre, sich auch über strategische und programmatische Zielvorstellungen zu verständigen. Sprecherinnen und Aktionsprogramm sollten im Einzelwahlverfahren (auch für jeden Programmpunkt) durch einfache Mehrheit bestätigt werden. Auf keinen Fall sollte die Beugung der Basisgruppen unter Mehrheitsbeschlüsse angestrebt werden.

Die heutige Gründungsversammlung sollte bereits versuchen, einen provisorischen Rat der Sprecherinnen zu wählen, um die Repräsentanz bei Modrow am Runden Tisch unmittelbar zu sichern. Dafür wäre es gut, wenn sich diese Versammlung außer dem Sofortprogramm auf einen Minimalkonsens einigen könnte. Ich schlage vor einzutreten:

1. für einen modernen Sozialismus auf deutschem Boden in einem gemeinsamen europäischen Haus;

2. für eine ökologische Reorganisation der Wirtschaft;

3. für Demokratie, Selbstverwaltung und Öffentlichkeit;

4. für eine multikulturelle Gesellschaft;

5. für ein solidarisches Miteinander aller sozialen Gruppen.

17. Das Ende der Nachkriegsordnung

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:56

In der zweiten Jahreshälfte 1989 brachen in immer rascherer Abfolge die meisten "realsozialistischen" Regierungen und Gesellschaften Europas total zusammen: Ungarn, Polen, DDR, CSSR, Bulgarien, Rumänien. Die Ereignisse überschlugen sich schließlich in nur zwei Monaten, November und Dezember. Die Macht in diesen Ländern ist bereits de facto oder auch institutionell (Polen) an "bürgerliche" Kräfte übergegangen, die kapitalistische "Marktwirtschaften" im Rahmen einer gesamteuropäischen Integration anstreben.

Die alten "realsozialistischen" Staatsparteien sind durchweg extrem desorientiert und demoralisiert, befinden sich in Zerfall und fragwürdigen "Neugründungen" oder Umbenennungen mit zunehmender sozialdemokratischer Tendenz. Das Wahlpotential dieser Parteien liegt erst einmal bei maximal 10-15% und wird angesichts ihrer Diskreditierung durch die Vergangenheit wohl auch nicht so schnell expandieren. Der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse in diesen Ländern steht somit in absehbarer Zeit politisch nicht viel entgegen, auch wenn es früher oder später überall soziale Kämpfe und Widerstand gegen die erfahrbaren Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik geben dürfte.

Warschauer Pakt und RgW nähern sich dem Zustand leerer Hüllen. Vom WP bleibt vorerst noch eine sowjetische Truppenpräsenz in Mitteleuropa - derzeit etwas über eine halbe Million, davon der größte Teil in der DDR. Der sowjetische Rückzug aus Ungarn und der CSSR hat schon begonnen und soll 1991 abgeschlossen werden. In Ungarn wird inzwischen nicht nur über künftige Neutralität, sondern sogar schon über einen Beitritt zur NATO offen diskutiert. Nicht eilig mit dem Abzug hat es vorerst Polen angesichts der drohenden deutschen "Wiedervereinigung" und insbesondere der provozierenden "Offenhaltung" der polnischen Westgrenze. Das sowjetische Kontingent in Polen ist allerdings nicht sehr groß. Es bleibt die massive Präsenz in der DDR, die aber eher ein politisches Faustpfand als ein militärischer Faktor ist, zumal die NVA sicher nicht mehr als verbündete Armee gelten kann.

Der RgW hat, wie jetzt von allen Seiten zugegeben wird, vor der Aufgabe einer wirtschaftlichen Integration der Mitgliedsstaaten völlig versagt. Stattdessen hat er relativ isolierte Volkswirtschaften hinterlassen, die vom Weltmarkt weitgehend abgekoppelt sind, ohne andererseits einen "sozialistischen Markt" zu bilden. Der RgW wird angesichts der ökonomischen und politischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa rasch auseinanderbrechen. Bleiben wird vorerst eine starke Angewiesenheit der einzelnen Volkswirtschaften auf den "realsozialistischen" Markt, insbesondere die UdSSR. Dies dürfte aufgrund bestehender Strukturen, mangelnder Konkurrenzfähigkeit auf dem (imperialistischen) Weltmarkt u.a. noch eine Weile so bleiben.

Der Liste der zusammenbrechenden "realsozialistischen" Länder sind vermutlich demnächst noch Albanien und Jugoslawien hinzuzufügen, die beide weder dem WP noch dem RgW angehören. In Jugoslawien ist die Wirtschaftslage bereits hochkritisch, der Trend zum Mehrparteien-System und freien Wahlen kaum noch aufzuhalten; die Verschärfung der Konflikte zwischen den Hauptnationalitäten Jugoslawiens bedroht inzwischen sogar die staatliche Integrität des Landes. In Slowenien und Kroatien hat bereits ein Prozeß begonnen, der dem in Polen, Ungarn usw. vergleichbar ist: Umbenennung und beschleunigte Sozialdemokratisierung der KP, Anerkennung eines Mehrparteiensystems, möglicherweise Macht- und Systemwechsel durch Wahlen noch in diesem Jahr. Beide Teilrepubliken sind stark auf die europäische Integration orientiert.

In Albanien sind bisher nur erste schwache Anzeichen für einen "Reformprozeß" zu erkennen, dennoch wird die Entwicklung um dieses Land kaum einen weiten Bogen machen.

Mitteleuropa wird wieder Krisenherd

Zur Disposition stehen somit die Verhältnisse in acht Ländern mit einer Bevölkerung von 140 Millionen Menschen und einer Fläche von 1,28 Mio. qkm. Das entspricht gut einem Viertel der Gesamtbevölkerung und Gesamtfläche Europas (ohne UdSSR). Der künftige Zuwachs ist also beträchtlich, und die Tatsache wird noch schärfer ins Bewußtsein rücken, daß Europa mit rund 500 Mio. Einwohnern - und einer entsprechenden Wirtschaftskraft - als hypothetische "dritte Supermacht" weit vor UdSSR (284 Mio.) und USA (245 Mio.) liegt.

In diesem Europa könnte sich ein "wiedervereinigter" deutscher Imperialismus mit der größten Bevölkerungszahl (rund 78 Millionen; Großbritannien, Frankreich und Italien haben jeweils 56-58 Mio. Einwohner) und mit der sogar ohne DDR schon stärksten Wirtschaftskraft sowie seiner strategisch hervorragenden "Mittellage" begründete Hoffnungen auf eine hegemoniale Rolle machen.

Mit den acht ehemals "realsozialistischen" Ländern Mittel- und Osteuropas steht die traditionell kritische Region Europas noch einmal zur imperialistischen "Neuordnung" an. Es ist daran zu erinnern, daß beide Weltkriege ihren Ursprung im Ringen um die Vorherrschaft in diesem Raum hatten. Die Region kann geostrategisch mit einem Erdbebengebiet verglichen werden, das - mit Unterbrechung durch 40 Jahre "realsozialistische" Zwangsordnung - seit dem Zerfall des Osmanischen Imperiums Ende des 19. Jahrhunderts in heftiger Bewegung ist und jetzt wieder aktiv zu werden bzw. richtiger: aktiviert zu werden droht.

Von den heutigen acht Staaten existierten vor 100 Jahren nur Rumänien und Bulgarien. Bis zum Beginn des 1. Weltkriegs war noch Albanien hinzugekommen, das als einziges von den dreien schon seine heutigen Grenzen hatte. Polen, die CSSR, Jugoslawien und Ungarn wurden erst nach dem 1. Weltkrieg gebildet bzw. wiederhergestellt. Die ersten drei davon waren multinationale Staaten, in denen jeweils eine Nation (Polen, Tschechen, Serben) stark dominierte und die zwischennationalen Widersprüche scharf blieben. Ungarn, Zweitmacht der 1918 untergegangenen K.u.K. Monarchie und somit auch Kriegsverlierer, sah sich mit der Tatsache konfrontiert, daß mehrere Millionen Magyaren außerhalb der im Friedensvertrag festgelegten Landesgrenzen blieben. In Ungarn entwickelte sich in der Folge ein starker Revanchismus, der das Land schließlich an der Seite des Deutschen Reichs in den 2. Weltkrieg führte. Ähnliches gilt aus anderen historischen Gründen auch für Bulgarien.

Auf der anderen Seite war Frankreich nach dem 1. Weltkrieg bestrebt gewesen, den deutschen Revanchismus und Expansionismus durch ein bilaterales Allianzsystem niederzuhalten, das die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und Rumänien einbezog. Letzteres wechselte 1940 die Seite.

Die Länder Mittel- und Osteuropas insgesamt waren, bis zur Errichtung der sowjetischen Hegemonie im größeren Teil dieses Raums nach dem 2. Weltkrieg, durch scharfe imperialistische und nationale Widersprüche gespalten. Die Regierungsformen waren monarchisch, diktatorisch, teilweise faschistoid. Nur in der Tschechoslowakei entwickelte sich zwischen den beiden Weltkriegen eine moderne kapitalistische Gesellschaft mit parlamentarischer Demokratie.

Alles in allem war "Mitteleuropa" - ein plötzlich wieder hochmoderner Begriff, der Osteuropa miteinschließt - also nie der einheitliche politische und ökonomische Zivilisationsraum, als der es heute zielstrebig verklärt wird. Außer der von Stalin durchgesetzten Nachkriegs-Zwangsordnung hat dieser Raum nie eine Epoche erlebt, die nicht von heftigen Widersprüchen, Nationalismen und Rassismen (der Antisemitismus beispielsweise muß als genuines Produkt des "Kulturraums Mitteleuropa" gesehen werden), von Territorialstreitigkeiten und Grenzrevisionen, von militärischen Konfrontationen sowie vom Konkurrenzkampf der imperialistischen Hauptmächte Europas geprägt war.

Niedergang einer Weltmacht

So, wie zu Ende des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts vom "kranken Mann am Bosporus" gesprochen wurde, d.h. dem Osmanischen Imperium, dessen über Jahrzehnte dauernder Verfall permanente Krisen- und Kriegsherde produzierte, werden voraussichtlich die kommenden Jahre vom weiteren Niedergang der UdSSR als imperiale Macht wesentlich bestimmt sein.

Der erste Teil dieses Prozesses, der Zusammenbruch des 1944/45 militärisch gewonnenen und anschließend politisch abgesicherten mittel- und osteuropäischen "Sicherheitsgürtels", ist de facto schon fast abgeschlossen. Der zweite Teil dieses Prozesses zeigt sich in der Tendenz einiger Sowjetrepubliken, sich der europäischen Integration zuzuordnen und sich politisch schrittweise von der UdSSR zu lösen. Das sind heute an erster Stelle die drei baltischen Republiken (zusammen 7,7 Mio. Einwohner). In Litauen fordern KP und Opposition übereinstimmend von Moskau, Verhandlungen über die volle staatliche Unabhängigkeit der Republik aufzunehmen. Ähnliches zeichnet sich in Estland jetzt schon ab, Lettland dürfte bald folgen. Für sie alle würde bei Erreichung der Eigenstaatlichkeit das gleiche gelten wie für die RGW-Länder: sie wären zunächst sogar noch stärker als diese auf das Fortbestehen enger wirtschaftlicher Verbindungen zur UdSSR angewiesen.

Der "Europäisierungs"-Prozeß könnte auch Moldawien (4,1 Mio. Einwohner), dessen Bevölkerung mehrheitlich rumänisch ist, sowie Georgien (5,2 Mio.) und Armenien (3,3 Mio.) erfassen. Alle diese Sowjetrepubliken haben bereits, ebenso wie auch Aserbeidschan (6,6 Mio.), offizielle Souveränitäts-Erklärungen beschlossen.

Entscheidend für das weitere Schicksal der UdSSR könnte die Entwicklung in der Ukraine (50,8 Mio.) und in Bjelorußland (9,9 Mio.) werden, wo die Nationalbewegungen erst relativ schwach entwickelt sind. In beiden Republiken könnte der historisch-ideologische Anspruch, "Teil der europäischen Zivilisation" zu sein - aufgrund jahrhundertelanger polnisch-litauischer Dominanz in diesem Raum - Boden gewinnen.

Im "islamischen" Teil der UdSSR, dem rund 50 Millionen Menschen zugerechnet werden, hat ausgehend von Aserbeidschan eine Kette nationaler, religiöser und sozialer Explosionen begonnen, deren weitere Entwicklung und Perspektive noch diffus und widersprüchlich ist. Anders als in den westlichen Republiken spielt hier die Nationalstaatsidee bisher keine erkennbare Rolle. Ideologische Ansätze, die Bewegungen im "islamischen" Teil der UdSSR unter einem übergeordneten Prinzip zusammenzufassen (z.B. des Panislamismus oder des Panturkismus, d.h. der Zugehörigkeit von rund 85% dieser Nationen zur "Familie" der "türkischen" Völker), scheinen bisher noch keine große Rolle zu spielen, was aber über die Zukunft nichts aussagt.

Im russischen Teil der UdSSR schließlich könnten mit dem Anwachsen der nationalen und sozialen Probleme der UdSSR sowie dem Niedergang der sowjetischen Weltmacht ebenfalls nationalistische Strömungen Zulauf bekommen, von denen einige extrem reaktionär, chauvinistisch und speziell antisemitisch sind. Diese Strömungen könnten sich unter Umständen stützen auf eine "schweigende Mehrheit" von wirtschaftlich, politisch und kulturell Verunsicherten. Hier läge vermutlich auch das Hauptpotential für eine vielleicht immer noch mögliche diktatorische Wende in der UdSSR, die den Zerfalls-, und damit auch den Demokratisierungsprozeß, gewaltsam beenden bzw. wohl richtiger: unterbrechen, verzögern könnte.

Aggressive Politik der BRD

In Mittel- und Osteuropa hat im Herbst 1989 eine Periode schneller und umfassender Wandlungen und Instabilitäten begonnen, die gegenüber der bisherigen imperialistischen Politik der vergleichsweise geringfügigen und oberflächlichen wirtschaftlichen Einflußnahme eine völlig neue Qualität darstellt. Solange das "realsozialistische" System und die sowjetische Vorherrschaft bestanden, waren der Expansion von imperialistischem Kapital und Macht in diesen Raum sehr enge Grenzen gezogen. Das gilt besonders für den deutschen Imperialismus, der traditionell nach der Herrschaft über diesen Raum strebt. Mit dem Zusammenbruch der letzten Endes nur noch von der militärischen Macht der UdSSR zusammengehaltenen Nachkriegs-Zwangsordnung ist die wesentliche Barriere gegen die imperialistische Expansion gefallen. Jetzt steht die wirtschaftliche, politische und kulturelle Kolonisierung dieses Raumes und die Verteilung von "Einflußsphären" auf der Tagesordnung. Die BRD hat dabei aus einer Reihe von Gründen bessere Voraussetzungen als alle anderen Großmächte. Zudem wird das BRD-Kapital künftig die spezifischen Connections der DDR- Wirtschaft mit den anderen RgW-Ländern, insbesondere der UdSSR, benutzen können.

Der Prozeß der imperialistischen Aneignung Mittel- und Osteuropas verläuft vorerst der äußeren Form nach friedlich, seinem Wesen nach, soweit es die BRD angeht, schon jetzt sehr gewalttätig. Die Kampagne zur Annexion der DDR durch die BRD setzt ein Beispiel, dessen Prinzip auch gegenüber anderen Ländern anwendbar sein könnte. Statt "Zusammenwachsen" (Weizsäcker im Dezember 1989) totale wirtschaftliche Destabilisierung durch Panikmache und unmittelbare Schädigung (z.B. Fluchtbewegung), um die DDR schließlich mit Hilfe wirtschaftlicher Erpressung im Schnellverfahren "anzuschließen", bevor sie Gelegenheit hat, sich nach dem Zusammenbruch des alten Systems als eigenständiger Partner zu stabilisieren. Zugleich geht es der CDU/CSU darum, die vereinbarte "4 plus 2"-Konferenz (vier Siegermächte, BRD und DDR) durch hastig vollendete Tatsachen gegenstandslos zu machen, somit das Mitspracherecht der Siegermächte kalt zu unterlaufen.

Während alle Konföderationsmodelle einer "Ehe auf Probe" gleichen würden, also einen Rückzug der DDR aus der Integration offenlassen würden, falls sich die Hoffnungen der DDR-Bevölkerung als Illusion erweisen, wäre der Beitritt zur BRD, den die Bundesregierung schnellstmöglich erzwingen will, nicht wieder zur korrigieren. Denn anders als beispielsweise die Sowjetunion ist die BRD eine Föderation mit absolutem Zwangscharakter, d.h. ein Austritt von Bundesländern ist verboten. Dann noch für die Zweistaatlichkeit

einzutreten, wäre nach geltender juristischer Definition "Hochverrat", also eines der schwersten Verbrechen, die das bundesdeutsche Strafrecht kennt.

Da jedoch voraussichtlich aus den Volkskammerwahlen am 18. März keine Regierung hervorgehen wird, die sich auf den von der CDU/CSU favorisierten Modus und ein entsprechendes Tempo einlassen wird, wird sogar ein noch aggressiveres Vorgehen erwogen: Nach Neubildung der Länder in der DDR und Abhaltung von Landtagswahlen könnte beispielsweise eines von ihnen, in denen es vielleicht zu einer rechten Mehrheit langt, den Beitritt zur BRD erklären - und so die DDR noch weiter destabilisieren. Daß dies vermutlich zu einer schweren außenpolitische Krise führen würde, scheint die CDU/CSU in Kauf nehmen zu wollen.

Eine spezifische Aggressivität zeigt auch die atemberaubend abenteuerliche und unverschämte Politik der CDU/CSU gegenüber Polen, vor allem in der Frage der Westgrenze. Allerdings besteht weder im praktischen Vorgehen zur "Wiedervereinigung" noch in der Behandlung Polens Konsens zwischen den Regierungsparteien. Eine neue Koalition zeichnet sich ab, die insgesamt einen etwas "sanfteren", langsameren Weg der imperialistischen Expansion einschlagen könnte.

Kt.

18. Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser - Über die Auseinandersetzung Hamburger Vertrauensleute mit ihrer Gewerkschaft

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:44

Vertrauensleute, ein heikles Thema innerhalb der Gewerkschaften. Das mußten auch 13 GewerkschafterInnen der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) erfahren. Im Frühjahr 1987 waren sie bei ordentlichen internen Wahlen zu Vertrauensleuten gewählt worden. Bei den ebenfalls im Frühjahr 1987 stattgefundenen Betriebsratswahlen kandidierten diese 13 Leute auf einer eigenen Liste und nannten sich "Alternative Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter", kurz die "Alternative". Auf dieser Listen waren durchweg Leute, die der ÖTV angehören oder die Wiederaufnahme beantragt hatten. Für die ÖTV war dennoch die Sachlage klar: es handelte sich um eine Listenverbindung mit gegnerischen Organisationen und erfüllte somit den Tatbestand des organisationsschädigenden Verhaltens. Die ÖTV verweigerte daraufhin allen 13 die Bestätigung als Vertrauensleute. Es begann ein Rechtstreit, der mit dem Urteil des Landgerichtes Stuttgart vom 2. 12. 89 den 13 Recht gab und somit beendet schien. Doch mensch sollte seine Rechnungen nie ohne den Hafenbeton der HHLA-Vertrauensleuteleitung machen.

ÖTV Hamburg: Nichts läuft gegen den Hafen

Mit rund 70.000 Mitgliedern wird annähernd jeder zehnte abhängig Beschäftigte in der Hansestadt von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes vertreten. Dies gilt besonders für den Hafen und damit für den Bereich Seehäfen der ÖTV Hamburg. Da die HHLA einer der größten Arbeitgeber in diesem Bereich ist, umfaßt die Delegation der HHLA auf Bezirkskonferenzen 16 KollegInnen, was einem Stimmenblock von fast 20 Prozent entspricht. Somit ist gewährleistet, daß in der ÖTV Hamburg nichts gegen die HHLA- Leute läuft.

In der Vergangenheit sind die Beschäftigten im Bereich Hafen durchaus akzeptabel mit der Verbindung ÖTV - SPD gefahren. Aufgrund der Kürze der Verbindungen konnte eine für die Beschäftigten unbequeme Senatspolitik frühzeitig mit den Gewerkschaftern abgesprochen und entsprechende Deeskalationsmaßnahmen ergriffen werden. In diesem Zusammenhang sei nur an die Sanierung der HHLA Anfang bis Mitte der achtziger Jahre erinnert: Unter Zustimmung der ÖTV-Funktionäre wurden langjährige Sozialleistungen wie etwa Betriebsrenten rigoros zusammengestrichen; die HHLA wurde mit den Geldern der Beschäftigten saniert, ohne daß diese ernsthaft aufmuckten. Doch mit den Jahren und den zunehmenden Modernisierungsopfern im Hafen wuchs auch der Frust der KollegInnen. Und der kam nach und nach ans Tageslicht.

Einige ÖTV-Mitglieder bei der HHLA taten sich zur Gruppe "Alternative Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter" - kurz: "die Alternative" - zusammen. Zu ihnen gesellten sich noch ehemalige Mitglieder der ÖTV, die aber zwischenzeitlich einen Antrag auf Wiederaufnahmen gestellt hatten. Bei den Wahlen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im März 1987 wurden 13 aus dieser Gruppe zu Vertrauensleuten gewählt. Für die Betriebsratswahlen im April desselben Jahres schlug "die Alternative" vor, eine Persönlichkeitswahl durchzuführen, damit die KollegInnen eine echte Wahlmöglichkeiten hätten und nicht nur zwischen Zustimmung oder Ablehnung einer Einheitsliste entscheiden könnten. Da dies von der Mehrheit der Vertrauensleuteversammlung abgelehnt wurde, stellten sie eine eigene Liste auf für die sie sechs der 23 Betriebsratsmandate erhielten. Und damit begann die Auseinandersetzung erst richtig.

Vertrauensleute - wer vertraut da wem?

Am 29. April 1989 weigerte sich die hauptamtliche Bezirksleitung, den 13 Vertrauensleuten der "Alternative" die Bestätigung auszusprechen. Der Widerspruch der 13 bei der innergewerkschaftlichen Schiedskommission wurde abgeschmettert, sie legten gerichtlichen Widerspruch ein. Gegenstand der Klage war ein Absatz der bundesweit gültigen Leitsätze der ÖTV für die Wahl der Vertrauensleute. Diese müssen nach ihrer Wahl durch die Mitgliedschaft noch von den jeweiligen Kreis- oder Bezirksvorständen bestätigt werden. Dieser Umstand führt in Hamburg dazu, daß der Bezirksvorstand über die Bestätigung bzw. Nichtbestätigung von Vertrauensleitung das Gremium beeinflussen kann, das den Bezirksvorstand wählt. Denn der Hamburger Bezirksvorstand wird von einer Bezirkskonferenz gewählt, deren Delegierte von einem Gremium bestimmt werden, in das die Vertrauensleute ihre Vertreter entsenden. Somit nimmt der Bezirksvorstand über die

Bestätigungsklausel Einfluß auf das Gremium, durch das er gewählt wird. Die Stuttgarter Richter urteilten dazu folgendes: "Die in Abschnitt II Ziff. 1 Abs. 1 Satz 3 der "Leitsätze für Vertrauensleute der Gewerkschaft ÖTV" getroffene Bestätigungsregelung ist nichtig, weil sie gegen das in Art. 9 Abs. 3 GG und der Satzung der Beklagten enthaltene Gebot der innergewerkschaftlichen Demokratie verstößt." (Geschäftsnummer: 220 138/89)

Damit erklären die Richter einen wesentlichen Bestandteil der ÖTV-Strukturen für grundgesetzwidrig und undemokratisch. Insbesondere die Verhältnisse in der Hamburger ÖTV werden einer harten Kritik unterzogen: "Die Beklagte hat mit der Bestätigungsregelung unter den konkreten Hamburger Verhältnissen elementare demokratische Spielregeln verletzt. (...) Die Bezeichnung 'Vertrauensleute' drückt üblicherweise aus, daß diese Funktionsträger das Vertrauen derjenigen besitzen, die sie gewählt haben und in deren Interesse sie eine Vermittlerrolle gegenüber höheren Ebenen einer hierarchischen Organisation spielen sollen. Die Beklagte hat ihren Vertrauensleuten eine Doppelfunktion zugedacht: Sie sollen einerseits 'den Willen der Mitglieder zu gewerkschaftlichen Aufgaben feststellen und an die Kreisverwaltungen herantragen' und andererseits 'darauf achten, daß die Beschlüsse der Organe von den Mitgliedern eingehalten werden' (Abschnitt II Ziffer 3 Abs. 2 der Leitsätze). Deshalb sollen nach dem Willen der Beklagten die Vertrauensleute in gleichem Maße auch über das Vertrauen des Kreis- bzw. Bezirksvorstandes verfügen. Die Zwitterstellung der Vertrauensleute ist unter dem demokratischen Aspekt der Willensbildung von unten nach oben problematisch. Sie gibt dem Kreis- bzw. Bezirksvorstand eine Handhabe, die Mitglieder zu bevormunden und unbequeme Mitglieder aus seinem engeren Umfeld fernzuhalten. Obwohl die Hauptaufgabe der Vertrauensleute gerade darin besteht, als Bindeglieder zwischen den Mitgliedern und der Gewerkschaftsführung für eine bessere Kommunikation in beide Richtungen zu sorgen, um eine Rückanbindung der Gewerkschaftsorgane an ihre Basis zu gewährleisten, ermöglicht es das Instrument der Nichtbestätigung den Gewerkschaftsorganen, einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den von den Vertrauensleuten repräsentierten Auffassungen ihrer Basis aus dem Weg zu gehen. Im Extremfall kann der Kreis- bzw. Bezirksvorstand die Wahl der Vertrauensleute durch die Mitglieder dadurch ad absurdum führen, daß er die Vertrauensleute bzw. deren Ersatzleute so lange nicht bestätigt, bis nur noch ihm genehme Kandidaten übrig bleiben, die mit den Stimmen einer Minderheit der Mitgliedschaft gewählt werden. So weit wie die Bestätigungsregelung gefaßt ist, nämlich ohne irgendwelche Voraussetzungen für die Nichtbestätigung zu normieren, öffnet sie der Willkür, dem Machtmißbrauch und gesetzwidrigen Zwecken wie der Beeinflussung der Betriebsratswahlen im vorliegenden Fall Tür und Tor. Da die Vertrauensleute in der Gewerkschaftsarbeit vor Ort eine Schlüsselposition einnehmen, (vgl. Abschnitt I Abs. 3 und 4 der Leitsätze), kann die Ausübung ihres Mandats nicht im Belieben der Gewerkschaftsorgane stehen, sondern muß berechenbar und sachlich begründet sein. Andernfalls verschiebt sich der Schwerpunkt der innergewerkschaftlichen Willensbildung noch stärker zu den Gewerkschaftsorganen hin, als dies durch hauptamtliche Tätigkeit, Informationsvorsprung etc. ohnehin schon der Fall ist.

Im Betrieb der Kläger und der Klägerin in Hamburg wird dieses demokratische Defizit noch verstärkt dadurch, daß dort die Vertrauensleute bei der Wahl des Bezirksvorstandes zwischengeschaltet sind, der wiederum für ihre Bestätigung zuständig ist. (...) Die besondere Hamburger Konstellation führt im Ergebnis dazu, daß der Bezirksvorstand durch das Instrument der Bestätigung der Vertrauensleute Einfluß auf die Zusammensetzung seiner eigenen Wählerschaft nehmen kann." (Geschäftsnummer s.o.)

Diese gerichtliche Kritik an den Bestätigungsmodi der Vertrauensleute allgemein und den besonderen Hamburger Verhältnissen geht ans Eingemachte. Denn eine derartige Bestätigungspraxis ist eigentlich in allen Gewerkschaften des DGB gang und gebe. Somit ist die Annahme nicht unbegründet, daß diese Regelungen bald geändert werden. Doch ob daraus eine größere Durchsetzungschance für interne Kritiker erwächst, bleibt abzuwarten.

Der Hafen bleibt stur

Horst Matthiesen, der ÖTV-Bezirkschef von Hamburg, erkannte den Handlungsdruck, der auf der Bezirksleitung lastete: "Wir müssen dringend was machen. Wir müssen unsere Richtlinien ändern und die Kläger als Vertrauensleute bestätigen." (taz, 22.2.90) Diese Haltung entspricht auch in groben Zügen der des Vorstandes der ÖTV-Leitung in Stuttgart. Auf einer Sitzung des Hauptvorstandes dieser Gewerkschaft am 15. Februar in Stuttgart hatte Matthiesen mehr oder weniger klar den Auftrag erhalten, die Hamburger Verhältnisse in Ordnung zu bringen. Folglich wurde für den 19. Februar zu einem Gespräch geladen. Teilnehmer dieser Runde waren die Hamburger ÖTV-Bezirksleitung, die HHLA-Vertrauensleuteleitung und die 13 KlägerInnen.

Der Frieden in der Organisation sollte wiederhergestellt werden. Doch Horst Matthiesen und mit ihm die 13 hatten nicht mit dem erbitterten Widerstand der HHLA-Vertrauensleuteleitung gerechnet. So endete das Gespräch mit Fronten, die unversöhnlich wie eh und je waren. In einem mehrstündigen Vorgespräch hatte Matthiesen mit der VL-Leitung verhandelt, doch er erhielt nur eine kalte Abfuhr. Insbesondere W. Röpert und F. Martens von der VL-Leitung sahen jedes Eingehen auf die Forderungen der 13 und des Gerichtes als Kotau an; dazu würden sie sich nie hergeben. Entsprechend feindselig war der anschließende kurze Abtausch mit den siegreichen KlägerInnen. Diesen wurde das Angebot gemacht, mit beratender Stimme an der nächsten Vertrauensleutesitzung teilzunehmen. "Eine Frechheit", so einer der 13, "Wir haben den Prozeß gewonnen und die wollen auch nicht den kleinsten Fehler zugeben und auf uns zugehen." (taz, 22.2.90) Röpert und Martens konterten daß sie sich von Stänkerern im Betrieb nicht vorschreiben ließen, was demokratisch sei und was nicht. Obendrein ließen sie sich von solchen Leuten nicht die ÖTV kaputtmachen, die sie schließlich mit aufgebaut hätten. Danach gab ein Wort das andere und die Sitzung war beendet.

Das Problem war also noch immer nicht vom Tisch. In Vorbereitung einer Sondersitzung des Bezirksvorstandes einigten sich die "Alternative" und die Bezirksleitung auf eine gemeinsame Erklärung, nach der die 13 umgehend als Vertrauensleute bestätigt und die vom Gericht gerügte Richtlinie aufgehoben werden sollen. Darüberhinaus sollen die Organisationswahlen bei der HHLA wiederholt werden. Forderungen wie sie im Vorfeld der Sondersitzung gegenüber der "Alternative" gestellt worden waren, wie etwa die Aufgabe ihrer Betriebszeitung oder den Verzicht auf eine eigene Liste bei der Betriebsratswahl, wurden nicht mehr erhoben. Aber es war zu diesem Zeitpunkt keineswegs sicher, daß auf der Sitzung des Bezirksvorstandes die Erklärung angenommen würde. Denn der gesamte Vorstand des ÖTV-Bezirkes Hamburg ist nach wie vor stark durch die HHLA-Leute dominiert.

Land in Sicht?

Am 28. Februar 1990 fand diese entscheidende Sitzung statt und sie hatte ein bemerkenswertes Ergebnis: Die 13 von der "Alternative" können als Vertrauensleute der HHLA-ÖTV erstmals wieder seit drei Jahren an einer Sitzung der Vertrauensleute teilnehmen. Unter dem Druck des Stuttgarter ÖTV-Vorstandes war eine Koalition aus der Bezirksleitung und den Leuten der "Alternative" zustandegekommen, die auch die schärfsten Angriffe von Seiten der alten HHLA-ÖTV- Garde um den VL-Leiter und Mitglied des Bezirksvorstandes W. Röpert abwehren konnte. Nach diesem Ergebnis trat Röpert sofort vom Amt des VL-Leiters der HHLA-ÖTV zurück. Gerd Müller von der "Alternative" empfand den Beschluß als einen großen Schritt in Richtung auf mehr innerbetriebliche und innerorganisatorische Demokratie. Inwieweit sich dieser Erfolg auf die weitere Arbeit im Betrieb positiv auswirkt, bleibt abzuwarten, da der Einfluß der alten ÖTV-Garde nach wie vor da ist. Es steht zu befürchten, daß die Betriebsratswahlen in diesem Monat in einem angespannten Klima zwischen den Fraktionen stattfinden werden. Der Stoff für neuen Streit liegt parat; der Vorwurf gegen die "Alternative", daß sie das Aufbauwerk der Alten zerstören würden, liegt nach wie vor in der Luft.

Über die Hamburger Verhältnisse hinaus werden wohl alle Gewerkschaften, die eine ähnliche Bestätigungspraxis haben, eine Änderung ihrer Gepflogenheiten vernehmen müssen. Nach dem Stuttgarter Urteil scheint zumindest in Hamburg ein kleiner Durchbruch gegen den sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Hafenfilz gelungen.

as

19. Der vorprogrammierte Bruch: Bundesweite Antifa-Konferenz in Frankfurt

Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:43

Die "2. Bundesweite Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus" am 1o./11.2 in Frankfurt, veranstaltet von einem bundesweiten Koordinationsausschuß vorwiegend aus dem rosa-grünen Spektrum, endete im Tumult. Es gab keine Wahl eines neuen Koordinationsausschusses, ebensowenig wurde die schon im Vorfeld umstrittene Aktionsresolution verabschiedet. Vertreter von Jusos, Aktion Sühnezeichen und der IG Metall erklärten ihre Mitarbeit für beendet. Dieses Ende mit diesem Bruch war vorprogrammiert. An den Legenden mit den entsprechenden Schuldzuweisungen wird schon fleißig gestrickt. "Konferenz gegen den Haß endete unblutig" schrieb die TAZ. Das ist so richtig wie inhaltsleer. Im folgenden werden wir den Verlauf der Konferenz und die Ursachen des Bruches darstellen.

Ca. 1.200 AktivistInnen der Antifa-Bewegung aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen erlebten in Frankfurt einen chaotisch organisierten Kongreß. Es gab z.T. trotz Anmeldung keine Schlafplätze, es gab bei 3o Arbeitsgruppen in mehreren Gebäuden keinen Lageplan etc. Mit diversen Prominenten als ReferentInnen war im Vorfeld geworben worden, doch ein nicht geringer Teil dieser Prominenz fand den Weg nach Frankfurt wohl nicht. So war z.B. Georg Fülberth zwar angekündigt, aber nach eigenen Angaben nie angesprochen worden. Am Sonntag waren viele TeilnehmerInnen schon frustiert abgereist.

Sind "Stalinisten" keine Antifaschisten?

Der Unmut der TeilnehmerInnen wuchs noch erheblich, als sich herumsprach, daß der Koordinationsausschuß auf seiner letzten Sitzung vor der Konferenz ohne Gegenstimmen die DKP und die SDAJ von der weiteren Mitarbeit ausgeschlossen hatte. Die "offizielle" Begründung ist reine Verarschung, denn die angeblich mangelnde Mitarbeit der DKP kam nur dadurch zustande, daß der von der DKP für den Ausschuß abgestellte Hauptamtliche Rainer Moitz mittlerweile aus der DKP ausgetreten ist. Die nachgeschobene "inoffizielle" Begründung hat es aber in sich: Die "stalinistische Politik" der DKP/SDAJ sei mit antifaschistischen Inhalten unvereinbar. Initiator dieses Beschlusses war M. Stadelmeier, der Jusovertreter im Ausschuß, der unter Ausnutzung der Weltlage für sich und seine Jusos die Totalitarismustheorie wieder aus der Mottenkiste geholt hatte.

Die "Wendehälse" der DKP griffen den ihnen zugespielten Ball dankbar auf. Der "Erneuerer" Moitz signalisierte schriftlich seine Zustimmung; Kurt Faller, bisher VVN- Vertreter im Ausschuß, auch er inzwischen ehemaliges DKP-Mitglied, enthielt sich vornehm der Stimme. Großzügig wurde Einzelpersonen aus der DKP weiterhin die Mitarbeit gestattet. Nachdem die radikale und autonome Linke schon auf der 1. Konferenz in Bremen im Januar 89 ausgegrenzt worden war und nun eine Reihe von unabhängigen Antifa-Inis, vorwiegend aus der NRW-Landeskoordination, im Vorfeld dieser Konferenz durch bürokratische und undemokratische Machenschaften faktisch ausgegrenzt wurden, sollten nun offensichtlich auch die noch verbliebenen potentiellen Restkritiker rausfliegen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen ist versucht worden, die "Stalinismus=Faschismus"-Mär einzuführen. Rainer Moitz selbst versuchte ausgerechnet in dem Forum "Analyse der Ursachen für Faschismus", die Rotfaschismusthese bzgl. der SED vorzubringen. Dies stieß dort aber auf heftigen Protest.

Stoff für weitere Unruhe war auch durch die diversen kursierenden Versionen der Abschlußresolution gegeben. In ihr sollte das sogenannte "moderne Antifaschismuskonzept" festgeklopft werden. "Modern" ist an diesem Konzept die Ausklammerung aller linken Inhalte und der Kurs auf ein Bündnis mit den Konservativen gegen die Neofaschisten. Der Kampf für eine multikulturelle Gesellschaft soll zum Zentrum antifaschistischen Handelns erklärt, Dany Cohn-Bendits Frankfurter Amt als großes Vorbild präsentiert werden. Der Kampf gegen Nationalismus und die deutschnationale Wiedervereinigungsbesoffenheit soll weitgehend ausgespart werden. Es könnte ja dem Wahlkampf in Ost und West schaden. Die letzte gültige Fassung der Resolution tauchte eine Stunde vor dem Abschlußplenum auf. Sie sollte jedoch keine Rolle mehr spielen.

Da die DKP relativ handlungsunfähig wirkte, übernahmen es verschiedene Antifa-Initiativler sowie einige Linksradikale, darunter die KB-Genossen, den Protest gegen die Machenschaften dieses rosa-realogrünen

Ausschusses zu organisieren. Eine Resolution gegen den Ausschluß der DKP/SDAJ und mit der Forderung, dieses zum Thema auf dem Abschlußplenum zu machen, wurde in das größte Arbeitsforum eingebracht und dort mit einer Handvoll Gegenstimmen verabschiedet. Damit war die Grundlage geschaffen, dem Ausschuß auf dem Abschlußplenum einzuheizen. Vor dem Abschlußplenum wurde bekannt, daß die Jusos und die IG Metall die Einstellung ihrer Mitarbeit für den Fall androhen, daß der Beschluß gegen die DKP/SDAJ zurückgenommen werden würde. Aber dies bestärkte alle Anwesenden nur mehr, diesen Spaltungs- und Ausgrenzungsstrategen in die Suppe zu spucken.

Der Bruch

Auf dem Abschlußplenum übernahm Frieder O. Wolf von der AL Westberlin die Schmutzarbeit, den Rechenschaftsbericht für den Ausschuß zu halten. Er versuchte mehr schlecht als recht die vielfach laut gewordenen Kritiken (Tatenlosigkeit, Abgehobenheit, undemokratische Machenschaften, unklare Abrechnung der Überschüsse der letzten Konferenz in Bremen, Gründung einer sogenannten Antifa e.V. etc.) zu entkräften, wobei er auf wichtige Problembereiche nicht einging. Die Kritiker wurden als diejenigen diffamiert, die eine Spaltung wollten. Eine Orwellsche Spitzenleistung schaffte er, als er in einem Satz den Ausschluß der DKP/SDAJ aus dem Ausschuß bekanntgab und gleichzeitig alle Anwesenden zur weiteren gemeinsamen Mitarbeit aufrief.

Aber es war nichts mehr zu retten. Eine Reihe von Kritikern zerriß diese "Rechenschaftslegung" in der Luft. Detailliert wurden die verschiedensten Vorwürfe nochmal aufgelistet. Dabei wurde insbesondere das Ausgrenzungsbestreben des Ausschusses zurückgewiesen. Ein KBler verwies darauf, daß es eine Provokation für alle AntifaschistInnen sei, wenn der ehemalige Atomminister und jetzige Oberbürgermeister Hauff als Eröffnungsredner einer antifaschistischen Konferenz auftreten könne, der zudem in der gleichen Partei sei wie Gemmer, der als amtierender Polizeipräsident für den Tod des Antifaschisten Günter Sare verantwortlich war.

Ein Mitglied der NRW-Antifa-Landeskoordination brachte die Resolution gegen den Ausschluß der DKP/SDAJ ein. Hektische Versuche des Ausschusses, das Plenum in die vorgesehenen Bahnen zu lenken, fruchteten nichts mehr: eine klare Mehrheit stimmte für diese Resolution. Befürwortet wurde die Resolution von Autonomen, verschiedenen Linksradikalen, diversen Antifa-Ini-Leuten, DKP- lern, VVNlern bis hin zu einzelnen Jusos und Falken.

Kaum stand das Ergebnis fest, schloß der als Veranstaltungsleiter fungierende M. Stadelmeier seine Arbeitsmappe und verließ mit den Worten: "Hiermit ist für die Jungsozialisten keine Arbeitsgrundlage mehr in dem Bündnis" das Podium. Danach ging der Punk im Saal ab. Hämisches Lachen und "Spalter"-Rufe von einem Teil des Saales, aber auch tiefe Betroffenheit bei nicht wenigen der Anwesenden. Am heftigsten aber war die Reaktion bei den SozialdemokratInnen. Reihenweise drängten sich die Jusos und Gewerkschafter aus den Bezirken vor den Saalmikrofonen und erklärten, Stadelmeier und Reinhard Hahn (IG Metall) hätten nicht für sie gesprochen, sie würden weiter mitarbeiten. Eine ehemalige FDP- Frau erklärte, sie würde heute nicht zur Antifa-Bewegung gehören, wenn sich die Kommunisten so dogmatisch verhalten hätten wie die Jusos am heutigen Tag.

Wie weiter?

Mühsam versuchte eine spontan gewählte Tagungsleitung (zwei Landeskoordinationsleute aus NRW) doch noch ein tragfähiges Ergebnis zu erreichen. Nach dem Abgang von Stadelmeier hatten auch die anderen Ausschußmitglieder ihren Hut genommen, wobei Frieder O. Wolf den Anwesenden immerhin viel Glück beim Zusammenfegen der Scherben wünschte.

Der von den Jusos durch den Ausstieg angestrebte Zusammenbruch des bundesweiten Bündnisses konnte letztlich verhindert werden. Das gilt es als ein positives Ergebnis der Konferenz festzuhalten. Eine neue bundesweite Koordination soll aus VertreterInnen der verschiedenen Landeskoordinationen gebildet werden. Die Landeskoordination NRW hat diese Aufgabe übernommen. Ein abgehobenes Handeln des Arbeitsausschusses wie bisher soll möglichst verhindert werden, der zu bildende bundesweite Ausschuß ist den Landeskoordinationen rechenschaftspflichtig. Ein Neubeginn, der durchaus zu Hoffnungen berechtigt. Ebenso positiv ist die Tatsache, daß die Spaltungs-und Ausgrenzungsversuche zurückgewiesen worden sind.

VVN und DKP werden nun vielleicht begriffen haben, daß sie in der Vergangenheit nur geduldet und zugleich benutzt worden sind. Die VVN-BdA, obwohl Hauptfinanzier der Konferenz, war aus den Entscheidungsprozessen weitgehend ausgegrenzt. Zugleich wurde das bundesweite Bündnis dazu benutzt, die inhaltliche Orientierung der traditionellen Organisation des Antifaschismus völlig umzustrukturieren. Der Verlauf des Frankfurter Kongresses könnte nun dazu führen, daß auch die Linke innerhalb der VVN- BdA entschlossener in die innerorganisatorische Auseinandersetzung eingreift. Die Protagonisten des "modernen Antifaschismus" haben seit Frankfurt schlechtere Karten.

Die radikale und autonome antifaschistische Linke, die lange Zeit hilflos auf die Instrumentalisierungsversuche durch die Sozialdemokratie gestarrt hatte, hat in Frankfurt zumindest in Ansätzen wieder zu einer eigenständigen Handlungsfähigkeit gefunden und hat klargestellt, daß die Antifa-Bewegung ohne sie nicht denkbar ist. Dafür verantwortlich ist neben der relativ klugen Ausnutzung der "hausgemachten" Schwierigkeiten des bisherigen Arbeitsausschusses vor allen Dingen das kompromißlose Beharren auf linken Inhalten, vor allen Dingen die Ablehnung jeder Form von Nationalismus und die Ausrichtung auf einen Antifaschismus mit antikapitalistischem Grundkonsens. Das dies nicht "automatisch" ins politische Abseits führen muß, hat Frankfurt gezeigt. Der Kampf um linke Inhalte lohnt sich allemal.

Vom Schämen und dem "RAF-Umfeld"

So richtig verkraftet haben die rosa-grünen Drahtzieher ihren Mißerfolg bei der Instrumentalisierung der Antifabewegung noch nicht. Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls auf, wenn mensch die Reaktionen auf Frankfurt betrachtet. Dany Cohn-Bendit schämt sich inzwischen für seine Unterstützung des Bündnisses wegen der Vorkommnisse in der Paulskirche. So sehr schämt er sich offensichtlich, daß er zusammen mit Micha Brumlik (ebenfalls Grüne Frankfurt) den Ausschluß aus den Grünen für die zu den Frankfurter Fundis zählende Manon Tuckfeld wegen ihres Auftretens in der Paulskirche in der Grünen Römer-Fraktion beantragt hat. Diese wiesen das Begehren mit formalen Gründen zurück.

Nachdem die CDU wegen der Aktion in der Paulskirche heftige Angriffe in einer Stadtratssitzung auf die rosa-grüne Koalition startete, erklärte der Magistrat, in der Zukunft genauer zu prüfen und nicht mehr jeden und alles in die Paulskirche zu lassen.

Schwer im Magen liegt der Verlauf der Frankfurter Konferenz auch M. Stadelmeier. Schuld haben alle Anderen, keinesfalls er selber. In einem Brief an die Mitglieder seiner "Projektgruppe Rechtsextremismus" beim Juso-Bundesvorstand schildert er den Hergang der Spaltung aus seiner exklusiven Sicht. Schuld, so Stadelmeier, sei eine "Vereinigte Linke/Radikale Linke", die in der Woche vor der Konferenz die Spaltung und ein entsprechendes Vorgehen vereinbart habe. (Irgendwie kriegt er da was durcheinander.) In der Paulskirche hätten dann diese geheimen Mächte gemeinsam mit Menschen aus "dem RAF-Umfeld" den Frankfurter OB Volker Hauff beim Reden gestört, da sie allesamt Vertreter der Sozialfaschismustheorie seien. Auch für den Verlauf des Abschlußplenums hat Stadelmeier für seine in Frankfurt nicht anwesenden GenossInnen eine plausible, wenngleich falsche, Erklärung: Die TeilnehmerInnen hätten angeblich überwiegend diversen Sektierergrüppchen und der ominösen "Vereinigten Linken/Radikalen Linken" entstammt, an den Arbeitsgruppen am ersten Tag hätten ganz andere Leute teilgenommen.

Es ist zu hoffen, daß genügend seiner ParteigenossInnen ihren eigenen Erfahrungen mehr glauben als Stadelmeiers Hirngespinsten und sich nicht darin beirren lassen, die Zusammenarbeit mit allen AntifaschistInnen weiterzubetreiben.

bs, Antifa AG/KB-HH und Volkmar Wölk

20. Ja, sie dachten sich das schön... Zur Besetzungsaktion in der Paulskirche

Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:48

Der bundesweite Arbeitsausschuß hatte sich vorgenommen, die Eröffnungsveranstaltung der Antifa-Konferenz so richtig im festlichen Rahmen abzuhalten. Dafür war die Paulskirche als traditionsreicher Ort gewählt worden, Presse und Fernsehen waren geladen, eine nicht unansehnliche Prominenz aus dem "rosa"-grünen Spektrum war zugegen und als Krönung sollte Hauff zur Eröffnung reden. Aber irgendwie ging das schief. Es wurde ganz und gar nicht festlich, sondern eher handfest. Was war geschehen?

Am Freitagabend vor dem Kongreß hatten sich ca. 50 Leute aus verschiedenen Spektren (von Autonomen, über KBler und unabhängige Antifa-Ini-Leute bis hin zu linken Sozialdemokraten) zusammengesetzt. Die Diskussion drehte sich um das Eingreifen auf der Eröffnungsveranstaltung. Die Paulskirche wurde wegen ihrer nationalistischen Vergangenheit als Provokation empfunden und klar war auch, daß Hauff als Redner für linke AntifaschistInnen untragbar ist. Nach einer langen und z.T. sehr kontroversen Debatte war das Ergebnis, daß, wenn Hauff mit dem Reden beginnen will, das Podium besetzt werden und dann als erstes Manon Tuckfeld (Fundigrüne Frankfurt) eine Rede über den Nationalismus der SPD und ihre Haltung gegenüber dem Antifaschismus halten solle; danach solle Peter Kratz (AK Neofaschismus Bonn) zu den Machenschaften im Vorwege dieser Konferenz Stellung nehmen.

Die Besetzungsaktion

Die Paulskirche war voll, Funk und Fernsehen waren tatsächlich erschienen. In der ersten Reihe saßen Volker Hauff und Dany Cohn-Bendit einträchtig beisammen. Nach der Eröffnungsrede von Ulla Gorges (Aktion Sühnezeichen), die so schlecht nicht war, da sie immerhin auf die aktuelle nationalistische, z.T. antisemitische und geschichtsrelativierende Linie des "Spiegel" einging und eindringlich vor verstärktem Rassismus warnte, sollte Hauff reden. Doch kaum hatte er sich in Richtung Mikrofon bewegt, besetzten mehr als 60 Leute das Podium. Hauff kam nicht an das Mikro, was ihn sichtlich irritierte. Doch urplötzlich war Dany Cohn-Bendit bei ihm. Hatte der bis dahin einen eher gelangweilten, ja schläfrigen Eindruck hinterlassen, war er jetzt auf einmal hellwach. Mit beruhigenden Worten geleitete er Hauff zu seinem Platz. Ja, diese rosa-grüne Koalition funktioniert halt auch bei Schwierigkeiten.

Vor Transparenten und einem Plakat, das an den Tod des Frankfurter Antifaschisten Günter Sare 1985 erinnerte, hielt Manon Tuckfeld ihre Rede. Die Stimmung im Saal war dabei sehr gemischt, aber keineswegs war die Aktion isoliert, wie von einigen Skeptikern vorher befürchtet worden war. Manon ging auf den Grund der Aktion ein: "Wir meinen, daß in die Ursachenbestimmung eines antifaschistischen Kampfes mehr und mehr eine parteipolitische Ausrichtung Einzug hält, und daß diese den Antifaschismus stumpf macht. Der Antikapitalismus wird schon lange nicht mehr thematisiert ... Der Nationalismus wird natürlich angesprochen. Aber nicht in der Konkretheit, wie es heute notwendig wäre. Ist es nicht gerade die Sozialdemokratie, die an erster Stelle mit Willy Brandt davon sprach, daß zusammenwachsen muß, was zusammengehört, die Nationalismus auch noch biologistisch begründete und die sich in die erste Reihe stellte, als es darum ging, ganz national die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten - ich würde sagen: der BRD und der DDR - zu betreiben." Dann führte sie unter starkem Beifall aus : "Der Nationalismus in Deutschland hat zweimal dazu geführt, daß Zigtausende und Millionen von Menschen auf die Schlachtbänke geführt wurden und deswegen muß er diskreditiert bleiben. Und deswegen muß ein Antifaschismus nicht nur kurz gucken, was er noch gerade bis zur nächsten Bundestagswahl zu tun hat. Deswegen muß der Antifaschismus klar sein in der Analyse und klar darin, zu sagen, wenn Sozialdemokraten, wenn Grüne, wenn CDUler, wenn CSUler, Schönhuber, Kühnen oder all die anderen diesen Nationalismus teilen, egal wo, egal mit wem, egal wie, egal wo immer, dann stehen wir bereit, um dagegen zu reden." Diese Veranstaltung erfüllte diese Voraussetzungen jedoch nicht, deswegen "können AntifaschistInnen das nicht über sich ergehen lassen, sondern müssen das Wort ergreifen und protestieren."

Als Manon Tuckfeld darauf zu sprechen kam, daß nicht der 9. November 1989, sondern der 9. November 1938 AntifaschistInnen bewegen sollte und der Nationalismus auch der Geschichtsvergessenheit diene, "er soll vergessen machen deutsche Schuld, vergessen machen Auschwitz, vergessen machen Verfolgung",

kommentierte dies ein größerer Teil des Publikums mit "Aufhören"-Rufen. Aber auch "Weiter, weiter"-Rufe erschollen. Manon Tuckfeld führte dann noch aus, daß der Nationalismus selbstverständlich mit dem Rassismus korrespondiert, mit dem alltäglichen Rassismus wie Abschiebungen, mit den Verfolgungen von Minderheiten wie den Schwulen und allen, "die es wagen, anders zu leben als dieser deutschnationale Männlichkeitsmythos." Langanhaltenden Beifall gab es für diese Rede. Die zu diesem Zeitpunkt durchaus günstige Stimmung im Saal wurde dann leider z.T. wieder kaputtgemacht, weil Peter Kratz in seinem Beitrag weder im Inhalt noch im Ton die Leute für sich gewinnen konnte.

Anschließend konnte Hauff unter lauten Protestrufen seine Rede doch noch halten. Als einige autonome Antifas ihr Transparent hinter dem redenden Hauff plazieren wollten, inszenierten einige Ordner eine Rangelei, die von einem Teil der bürgerlichen Presse zur Denunzierung der Aktion genutzt wurde.

Nach Hauff ging es mit dem vorgesehenen Programm weiter, wobei auch Wolfgang Wolf (1984 aus der SED ausgeschlossen, heute VL), der für den verhinderten Walter Janka eingesprungen war, mit seiner Rede für die Veranstalter keine große Freude war. Er bezog scharf gegen die stattfindende Wiedervereinigung Position und ging auf faschistische Tendenzen und Umtriebe in der DDR ein.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die Aktion aus unserer Sicht erfolgreich war. Auch manch VVNler und Gewerkschaftler, hörten wir, habe die Aktion und auch die Rede von Manon Tuckfeld gutgefunden. Für die radikallinken und autonomen AntifaschistInnen war es ziemlich wichtig festzustellen, daß mensch was gemeinsames auf die Beine stellen kann. Die Aktion hat allen Schwung gegeben, aus der Lethargie gegenüber den Machenschaften des rosa- grünen Ausschusses rauszukommen.

bs

21. Von Gorleben nach Wackersdorf und zurück... von Wolfgang Ehmke

Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:24

Die Bürgerinitiative Umweltschutz in Lüchow-Dannenberg macht mobil gegen den Baubeginn eines neuen Atomprojekts in Gorleben: die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA). Demonstrationen, Blockaden vor Ort reißen nicht ab. Entscheidend zur Mobilisierung hat die fünftägige Platzbesetzung des PKA-Geländes beigetragen. Zwischen dem 1. und 5. Februar entstanden nahezu 100 Hütten und Unterstände. Über 2.000 Polizisten setzten der Besetzung am 6.2. ein Ende. Nach dem Aus für die bayrische Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf - Ziel massiver Bürgerproteste in den vergangenen vier Jahren - könnte Gorleben als atomares westdeutsches "Entsorgungszentrum" wieder Kristallisationspunkt für die Anti-Atom-Bewegung werden.

Man erinnere sich: am 22.2.77 hatte (der noch amtierende niedersächsische Ministerpräsident Albrecht) Gorleben als Standort für ein "nationales Entsorgungszentrum" auserkoren. Dieses NEZ sollte neben einem Zwischenlager und diversen Pufferlagern für alle Arten radioaktiven Mülls die Wiederaufarbeitung und Endlagerung von abgebrannten Brennelementen umfassen. Zwei Anläufe machte die Atommafia in Lüchow-Dannenberg, um eine WAA zu realisieren, zweimal ging's daneben. Resigniert mußte Albrecht eingestehen, daß man gegen den heftigen Widerstand der Wendländer und ihrer auswärtigen Unterstützer die WAA nicht durchdrücken könnte. So verzichtete man zunächst auf den Standort Gorleben mit der Formel "technisch machbar, politisch nicht durchsetzbar". Das war 1979.

Zwei Jahre später sollte - nach einem regelrechten Irrlauf durch die Republik, mehr als 14 Standorte wurden ins Spiel gebracht, und die Betreibergesellschaft DWK hat damit einiges zur Mobilisierung gegen das Atomprogramm beigetragen - die WAA in Dragahn (Luftlinie Gorleben-Dragahn 25 km) oder Wackersdorf gebaut werden. Der Standortpoker zwischen Niedersachsen und Bayern begann, das WAA-Projekt war übrigens kräftig abgespeckt worden: statt einer 1.500 t/ Jahresdurchsatz-Anlage sollte eine 400t/Jahresdurchsatz-WAA entstehen. Denn mit dem ungestümen Ausbau des Atomprogramms ging es auch nicht mehr voran. Der Ausgang des WAA-Projekts ist hinlänglich bekannt. Die westdeutsche Elektrizitätswirtschaft wird aus Kostengründen auf eine Wiederaufarbeitung in der BRD verzichten, aber mit Frankreich und Großbritannien bestehen für einen Teil der abgebrannten Brennelemente Wiederaufarbeitungsverträge.

Weniger bekannt ist, daß im Schatten der Auseinandersetzung um die WAA in der bayrischen Oberpfalz in Gorleben sowohl der Bau des Endlagers, das Abteufen der Schächte zur Erschließung des Salzstocks unter Gorleben vorankam. Wenn auch mit heftigen Rückschlägen, als z.B. 1987 der Schacht 1 in einer Tiefe von 240 m beinahe zusammengekracht wäre, weil er dem unterirdischen Gebirgsdruck nicht standhielt.

Auch die Zwischenlagerstätten machten Schlagzeilen: das atomare Faßlager, das von heftigen Protesten und Blockadeaktionen begleitet schließlich 1984 den Betrieb aufnahm, wird heute beklagt, weil dort ein Teil des Erbes aus dem Transnuklearskandal gelandet war. 700 Fässer ungeklärten Inhalts als Teil der europaweiten Atommüllschiebereien lagern in Gorleben.

Das CASTOR-Lager (CASTOR ist der Name für die Transport- und Lagerbehälter, in die abgebrannte Brennelemente gepackt werden) wartet zwar immer noch auf den "heißen" Betrieb und der Widerstand dagegen auf die entsprechend "heiße" Auseinandersetzung (über 700 Lüchow-DannenbergerInnen haben öffentlich in einem Zeitungsinserat erklärt, daß sie bei einem CASTOR-Transport auf die Straße gehen und sich "querstellen"). Aber: die Infrastruktur als Atommüllzentrum ist in Gorleben gegeben bzw. in Entstehung.

Letzter Coup: die PKA. 400 Millionen DM hat der Aufsichtsrat der DWK für die Einrichtung der PKA-Baustelle in Gorleben Anfang August 89 bereitgestellt. Die DWK erwartete demnach noch für den Herbst letzten Jahres grünes Licht für den Baubeginn dieser Atommüllfabrik, zumindest ging sie von einer Baugenehmigung für die Pilotkonditionierung aus. Nun, die Pläne waren (wie üblich) ein wenig ins Stocken geraten, aber am 31.1.90 war es soweit. Das niedersächsische Umweltministerium erteilte die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) und stattete sie mit Sofortvollzug aus. Abenteuerliche Begründung des Ministeriums: "Ohne Sofortvollzug könnte mit einer rechtskräftigen Entscheidung erst in 6-10 Jahren gerechnet werden. Das aber könnte den Bau so teuer machen, daß er wirtschaftlich nicht mehr vertretbar wäre".

Die PKA soll nach dem Stand der bisherigen Planungen problematische Brennelemente, die einer Wiederaufbereitung nicht mehr zugeführt werden können, zerkleinern und endlagerfähig verpacken. Damit soll in Gorleben neben den atomaren Zwischenlagern und dem "Erkundungsbergwerk" für ein nukleares Endlager der erste Entsorgungskomplex mit heißer Zelle und Abluftkamin für die radioaktiven Emissionen gebaut werden. Hauptwindrichtung Westwind, d.h. Hauptbetroffene sind die Einwohner in der DDR! Die "Mehrzweckanlage" - so der Betreiberjargon - erweist sich bei näherem Hinsehen als wahre Mehrzweckwaffe. Die PKA ist Forschungsanlage, ergänzt die Wiederaufarbeitung, gleichzeitig aber erprobt sie deren Alternative, die direkte Endlagerung, und stellt angeblich deren Machbarkeit unter Beweis. Sie verdampft kontaminierte Wässer, in ihr werden defekte Transport- und Lagerbehälter repariert ... und last not least fungiert die PKA als Entsorgungsnachweis (!) für verglaste hochaktive Abfälle, die in den 90er Jahren aus La Hague zurückgenommen werden müssen. Der Jahresdurchsatz dieser Atomanlage soll 35 t Schwermetall jährlich betragen.

Naiv wäre es anzunehmen, daß es bei dem Pilot-Charakter bleibt. Der niedersächsische Grünen-Abgeordnete Hannes Kempmann ist nicht der einzige, der mutmaßt, daß nach erfolgtem Probebetrieb eine Konditionierungsanlage in großtechnischem Maßstab für Gorleben anvisiert wird, und zwar mit einem Jahresdurchsatz von rund 400 t Schwermetall: "Es ist das notwendige Gegenstück zur Wiederaufbereitung im Ausland, ohne Konditionierung keine Endlagerung, also wird auch etwas in dieser Größenordnung auf uns zukommen."

Auch das ist mittlerweile im Text des niedersächsischen Ministeriums nachzulesen, in dem die erste TEG verfügt und begründet wird. Die westdeutsche Atomindustrie will trotz des nationalen Schiffbruchs in Sachen Wiederaufbereitung und nach Fusion (die DWK verschmilzt mit der Essener Gesellschaft für Nuklearservice) "neugeordnet" auf dem internationalen Parkett in punkto nukleare Entsorgung eine entscheidenden Rolle spielen.

Zum Beispiel DWK-Ex-Vorständler Dr. Straßburg, er plädiert mit Blick auf die Internationalisierung der Entsorgung dafür, sich "den Herausforderungen zu stellen und alles zu tun, um den Entsorgungsinfarkt zu vermeiden". Was ihm vorschwebt, enthüllt er - "mit Blick auf die europäische Dimension" - in einem Beitrag der Juniausgabe 1989 des Magazins "Energiepolitische Tagesfragen". Die BRD verfüge "über hochqualifizierte Entsorgungstechniken, die bis zur Anwendungsreife bereits geführt wurden bzw. kurzfristig geführt werden können." Eine Industrienation wie die BRD müsse auf dem Entsorgungssektor alles tun, "um einen Entsorgungsinfarkt zu vermeiden." Zwar schränkt der DWK-Manager ein, er wolle dabei "angesichts der Akzeptanzprobleme in unserem Land (...) hiermit nicht der Internationalisierung unserer Endlager das Wort reden", tut es aber doch. Denn andere "Entsorgungstechniken" als die der Endlagerung gibt es nach der Verlagerung der Wiederaufbereitung nach La Hague bzw. Sellafield in Westdeutschland schließlich nicht. Die Konditionierungsanlage schließt dabei die letzte Lücke. Der Traum der westdeutschen Atomindustriellen: wenigstens an der Behandlung radioaktiver Abfälle europaweit zu verdienen.

Unterstützt wird der Protest im Wendland nach der Öffnung der Staatsgrenze auch aus der DDR (70% der Menschen im 50 km Radius um Gorleben herum leben in der DDR). Die ersten Kontakte wurden schon im November mit den Gruppen des Neuen Forum in Salzwedel, Wittenberge und Lenzen geknüpft. Fünf BürgerInnen aus der DDR sind inzwischen der Klage gegen die Gorleben-Anlagen vor den westdeutschen Verwaltungsgerichten beigetreten. Kontakte gab es aber auch zu AKW-GegnerInnen in Stendal. Die Doppel-Demo am 3. Februar in Gorleben und 11. März in Stendal gegen das Atomprogramm in Ost und West sind ein hoffnungsvoller Einstieg in diese Zusammenarbeit.

Kontakt: BI-Büro 05841 / 4684,

Drawehnerstr.3 3130 Lüchow

Immer noch aktueller Literaturhinweis zum Standort Gorleben:

"Zwischenschritte.

Die Anti-Atom-Bewegung

zwischen Gorleben und Wackersdorf."

Kölner Volksblatt-Verlag.

22. Bettelmarsch in NRW: Roma weiter für Bleiberecht

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:39

Parallel zu den Kämpfen in Hamburg, z.T. schon früher, bildete sich in Nordrhein-Westfalen die Forderung nach einem Bleiberecht für Roma und Cinti heraus. Seit Jahresbeginn gehen die Ereignisse in Nordrhein-Westfalen, der sogenannte "Bettelmarsch" der Roma und Cinti durch die Medien.

Im Jahr 1987 wurde erstmals in Köln ein "Modell" entwickelt, nach dem ca. 100 Roma über eine "Bewährungsfrist" unter sehr selektiven und diskriminierenden Bedingungen ein gesicherter Aufenthaltsstatus in Aussicht gestellt wurde. Der Bewährungshelfercharakter dieses Modells ist in der Folgezeit auf vielfache Weise kritisiert worden, zum Eklat kam es anläßlich einer Gedenkfeier zur "Reichspogromnacht" im November 1988. Wider Erwarten kamen neben der von den Veranstaltern geladenen Prominenz ca. 100 Roma, um an der u.a. ihnen gewidmeten Gedenkfeier mit ihren eigenen Forderungen teilzunehmen. Sie prangerten ihre Behandlung an und wiesen auf die Kontinuität der Ausgrenzung, Erfassung und Diskriminierung hin. Der zweite Skandal war die Aufdeckung einer großangelegten Bespitzelung und ausländerbehördlichen Erfassung der Kölner Roma durch die Instanzen des sich als Roma-freundlich gebärdenden "Kölner Modells". Im Zuge einer Besetzung der sogenannten "Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten" kamen Dokumente ans Licht der Öffentlichkeit, "die nachweisen, daß der Kern des sogenannten Kölner Modells der Roma-Betreuung im Aufbau einer Landfahrerzentrale besteht. (...) Die Sondererfassung der Roma und Cinti ist so skandalös wie es eine Sondererfassung jeder anderen ethnischen Minderheit, z.B. der Juden wäre." (Presseerklärung der Roma-Initiative Köln vom 17.8.1989)

Die aus verschiedenen Ecken des Landes und seit geraumer Zeit wiederholt eingehenden Forderungen an die Landesregierung, endlich grundlegende Veränderungen zu einer Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Lage und der sozialen Situation der in NRW ansässigen Roma und Cinti herbeizuführen, gipfelten parallel zu diesem Kölner Skandal in einem Gespräch zwischen diversen Initiativen aus NRW und der Landesregierung am 3.8.1989. Ergebnis war ein am 4.8.1989 vom Innenministerium verkündeter Abschiebestopp für Roma aus Jugoslawien und Rumänien. Am 12.12.89 wurde dieser Abschiebestopp wieder aufgehoben, weil es bis dahin nicht gelungen sei, "asylverfahrensrechtliche Belege" für die Verfolgung der Roma in ihren Herkunftsländern beizubringen. Beim gegenwärtigen Zustand des Asylrechts und der in diesem Zusammenhang zu erwähnenden Anerkennungsquote von gerade 5% aller gestellten Anträge im Jahr 1989 ein eher typisches Ergebnis dieser "Prüfung".

Am 5.1.90 besetzten einige hundert Roma den Kölner Dom und fordern das Bleiberecht. Anschließend begaben sie sich auf den eingangs schon erwähnten "Bettelmarsch" durch NRW. Den ganzen Januar hindurch zogen sie unter wachsender Beteiligung durch NRW; teilweise beteiligen sich 1.500 Roma an dieser Aktion. Die Kirche unterstützte die Aktion durch eine Spende von 20.000,- DM, an vielen Orten bildeten sich spontan Unterstützergruppen, die versuchten, neben Schlafgelegenheiten, ärztlicher und sanitärer Versorgung auch eine öffentliche Mobilisierung für das Anliegen der Roma zu organisieren. Es ist auf diesem Wege gelungen, dem Innenministerium eine "Einzelfallprüfung" abzuringen. Diese Regelung wurde per Erlaß des Innenministers vom 1.2.90 sämtlichen Regierungspräsidenten des Landes mitgeteilt. Bemerkenswert an dem gesamten Vorgang ist die Einführung des Begriffes "De-facto-staatenlos", was immer sich mensch darunter vorstellen mag. Juristisch ist dieser Begriff unhaltbar, weil er bis zu diesem Tag nicht existierte, er hat also aufenthaltsrechtlich gesehen keinerlei Relevanz. Die Ankündigung des Innenministers: "Ich werde auf ihrer Grundlage (der gestellten Anträge, Anm. d. Verf.) Entscheidungsvoraussetzungen dafür erarbeiten, ob den in Nr. 1 genannten Personen aufgrund ihres langjährigen Aufenthaltes in westeuropäischen Ländern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann. Anschließend werde ich Ihnen die Einzelfälle zur Entscheidung zurücksenden." (Erlaß des Innenministeriums NRW v. 1.2.90) In der Anlage versandte das IMI einen "Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis", der im wesentlichen eine relativ lückenlose Erfassung der familiären, sozialen sowie der ausländerrechtlichen Lebensumstände der Betroffenen ermöglicht. Zudem sollen die Betroffenen einen Lebenslauf abliefern - hier insbesondere der Zeiten ihres Aufenthaltes in verschiedenen europäischen Ländern. Für die angekündigte "Prüfung" der Anträge gibt es keine öffentlich zugänglichen oder nachvollziehbaren Kriterien, nach denen die "de-facto-Staatenlosigkeit" der AntragstellerInnen festgestellt

werden soll, im Gegenteil, das IMI will ja gerade "auf Grundlage der Antragstellungen Entscheidungsvoraussetzungen erarbeiten".

Verschiedenen Stellungnahmen, von RCU über Unterstützer bis zur taz, ist zu entnehmen, daß über die gefundene Regelung einige Zufriedenheit herrscht. Diese für unsere Begriffe recht optimistische Sicht mag nicht zuletzt darin begründet liegen, daß der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor sich in Flüchtlings- und ImmigrantInnenkreisen durch eine sehr großzügige aufenthaltsrechtliche Praxis gegenüber den kurdischen Yezidi (einer religiösen Minderheit in der Türkei) einen guten Namen gemacht hat. Dennoch scheint es uns erforderlich, auf einige Punkte hinzuweisen, die am gegenwärtigen Stand gemessen die Dinge in etwas kritischeres Licht rücken.

Die Zusage ist mit einer flächendeckenden und vollständigen Erfassung der Roma und Cinti einschließlich der Erfassung ihrer "Wandergewohnheiten" durch die Elendsviertel Europas gleich für die vergangenen Jahre verbunden. Niemand, der sich dieser Erfassung nicht unterwirft, hat eine Chance, den Status des sogenannten "de-facto-Staatenlosen" zu erreichen. Angesichts des Ausländer"rechts" und des bevorstehenden Gesetzes über das Ausländerzentralregister, hätten diese Akten jedenfalls für die "Zimmermänner" und "Schäubles" oder für die Trevi-, Schengen- und andere europäische Arbeitsgruppen einen unschätzbaren Wert. Desweiteren muß angemerkt werden, daß die nunmehr beschlossene "Regelung" nur einen befristeten Abschiebestop (Duldungen bis nach Ende der Prüfungen, zunächst für zwei Monate) und sonst keine Verbesserung bringt.

Auch in Hamburg hat der Senat bisher einen dauerhaften Aufenthalt für 150 von 1.500 Menschen Roma und Cinti in Aussicht gestellt. Zwar sprach Innensenator Hackmann am 9.11.89 in der Bürgerschaft sogar von einer "Familienzusammenführung", aber nach wie vor soll die Mehrheit von schätzungsweise 1.500 Menschen abgeschoben werden. Daß das Innenministerium von NRW auch gar nichts anderes beabsichtigt, als mit der in Hamburg beschlossenen Regelung gleichzuziehen, geht aus einer Aussage von Innenstaatssekretär Riotte im Petitionsausschuß des Landtags hervor: "Wenn wir hinter der Hamburger Lösung zurückbleiben, also günstigere Bedingungen gewähren, hätte das die automatische Folge, daß alle Roma aus Hamburg zu uns kämen und daß sich der Zustrom weiterer Roma aus anderen Teilen Europas in erster Linie auf Nordrhein-Westfalen konzentrierte." (Protokoll der 79. Sitzung des Petitionsausschusses des Landtags NRW vom 14.11.1989, bemerkenswert hier auch die Sprache der Zyniker, die eine fortschrittlichere Regelung als "Zurückbleiben" bezeichnet.)

Um dieser Gefahr vorzubeugen, ist der NRW-Erlaß von vornherein als Stichtagsregelung konzipiert - wer erst nach dem 12.1.90 erstmals einen Antrag gestellt hat, soll ohnehin leer ausgehen.

Ob die von der NRW-Landesregierung in Aussicht gestellte Lösung tatsächlich unausgesprochen das Ziel hat, "möglichst viele - wahrscheinlich sogar alle - Antragsteller zu ‚de-facto-Staatenlosen` zu machen (taz, 1.2.90), muß stark bezweifelt werden. Ebenso bezweifelt werden muß, ob es einen "Sieg der Vernunft" in diesem Zusammenhang zu beklatschen gibt (Walter Inhofs, ebd.). Rudko Kawcynski, Vorsitzender der RCU hat die Düsseldorfer Vorgänge "als richtigen Schritt in die richtige Richtung" bewertet (taz, 1.2.90). Den Erfolg, den wir sehen, ist der, daß es nach Hamburg nun auch in NRW gelungen ist, einer SPD-Landesregierung ein Zugeständnis abzuringen, das einerseits den Charakter einer Atempause trägt, andererseits für einen Teil der betroffenen Menschen einen Ausweg bietet, dem anderen, wahrscheinlich überwiegenden Teil nach wie vor keine andere Aussicht bietet als die Abschiebung und damit die Fortsetzung von Vertreibung und Perspektivlosigkeit. Gestützt wird diese Auffassung durch die vorläufige Einschätzung eines Sprechers der Hamburger Innenbehörde: "... so groß wird der Unterschied zu hier nicht sein." (taz- HH, 3.2.90) Aber mehr als eine Atempause ist es nicht, der nächste Konflikt ist vorprogrammiert.

AG Rassismus

23. Wo bleibt der US-Atommüll für die Endlagerversuche in der Asse?

Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:03

Die Spekulationen über den Zeitpunkt des Transports hochradioaktiver Abfälle aus der US-Atomwaffenproduktion halten die Anti-AKW-Bewegung in Trab. Ende letzten Jahres war bekannt geworden, daß das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) für runde 40 Millionen DM bereits 1984 in den USA Atommüll eingekauft hat, um mit diesem in der Asse bei Salzgitter Endlagerversuche durchzuführen (vgl. AK 313). Sinn und Zweck soll es sein, in einem fünf Jahre dauernden Versuch, die Reaktionen von Salz auf radioaktive Bestrahlung zu testen, um dann Aussagen für die Eignung von Salz als Endlagermedium machen zu können. Ein wahrhaft kühnes Unternehmen.

Im Vergleich zu westeuropäischem Atommüll strahlen die in Glas verpackten Abfälle aus den USA doppelt so hoch. Sie wurden bei den Battelle Pacific North- West Laboratories (PNL) in Hanford im US-Staat Washington eingekauft. Mit dem Kaufvertrag wurde auch eine Zusammenarbeit über die Endlagerforschung vereinbart. Und das Zeug hat es in sich: Die insgesamt 30 Versuchsquellen mit einer Masse von jeweils 150 kg enthalten 62 kg Cäsium 137, 28 kg Strontium 90, 79 kg Thorium 232 und immerhin noch 40 Gramm Plutonium 239 sowie weitere Radionuklide. Während der Einlagerung in der Asse sollen diese Versuchsquellen das Salz auf 250° Celsius erhitzen. Nach Angaben des BMFT soll die Intensität des hochaktiven Abfalls nach lediglich 200 Jahren auf ein Prozent abgeklungen sein. Dies bezieht sich jedoch nur auf den Cäsium-Anteil. Das Plutonium 239 beispielsweise hat eine Halbwertzeit von 2,4111·104 Jahre, das macht also runde 24.000 Jahre bis es bis zur Hälfte seiner Intensität abgeklungen ist.

Nachdem den Verantwortlichen in Bonn lange Zeit unklar war, auf welcher rechtlichen Grundlage diese Stoffe überhaupt in die BRD transportiert und in der Asse eingelagert werden können, kommt nun langsam etwas Licht in den juristischen Wald. Der Transport aus den USA bedarf der Genehmigung nach §4 des Atomgesetzes (ATG, diese Entscheidung bedeutet nach Angaben des BMFT auch, daß die Stoffe nicht als Abfall, sondern als Wirtschaftsgut betrachtet werden müssen). Was jedoch die Einlagerungsgenehmigung für die Asse angeht, weiß man auch heute nicht viel mehr als noch 1984, dem Zeitpunkt als die Verträge abgeschlossen wurden. In Bonn kann man sich nicht entscheiden, ob die Einlagerung nun nach §3 der Strahlenschutzverordnung oder doch besser nach §9 des ATG erfolgen soll. "Gegenwärtig", so heißt es in der Antwort des BMFT auf eine kleine Anfrage der SPD (Drucksache 11/6365), "ist nicht absehbar, wann mit der Genehmigung gerechnet werden kann."

Und was die Entsorgung angeht: Das BMFT will nach Ende des Versuchs das Zeug ins Transportbehälterlager in Gorleben verfrachten, bis zu irgendeinem fernen Tag, an dem es ein taugliches Endlager geben soll. (Mit anderen Worten: der Versuch in der Asse darf gar nicht zu dem Ergebnis führen, daß Salz zur Endlagerung nichts taugt. Ins TBL Gorleben sollen übrigens auch die verglasten Abfälle aus der Wiederaufarbeitung aus Frankreich und England, die ab 1993 bzw. 1994 von der BRD zurückgenommen werden müssen.) Nur hat auch dieser Plan einen kleinen Haken. Denn zum ersten ist das Lager in Gorleben zwar seit Jahren fertiggestellt, aber bis heute aufgrund erfolgreicher Klagen der BI Lüchow-Dannenberg nicht in Betrieb. Zum zweiten muß der bestehende Genehmigungsantrag des Betreibers (DWK) für die Zwischenlagerung von high-active-waste (HAW)-Gebinden aus der Wiederaufarbeitung bundesdeutscher "Kern"brennstoffe für die Aufnahme der Versuchsquellen erst noch erweitert werden. "Die Vorbereitungen dazu werden derzeit getroffen", heißt es dazu aus Bonn lakonisch. Na prima!

Pikant obendrauf ist auch die kleine Nebensächlichkeit, daß selbst die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) die Asse II als Endlager für hochaktive Abfälle als untauglich bezeichnet hat. Wieso man dann gerade in einem untauglichen Salzbergwerk Untersuchungen für ein taugliches Endlager machen kann, soll dahin gestellt bleiben. Daß es um die Asse II auch sonst nicht zum Besten bestellt ist, pfeifen die Spatzen bereits seit Jahren aus den Bergwerksstollen. Um die Gefahr des Einstürzens einzelner Stollen im Salzbergwerk zu verhindern, hat die Bundesregierung 1986 unterhalb von 511 Metern Tiefe diese auffüllen lassen, damit die rund 1.500 Fässer mit mittelaktivem Atommüll, die in dieser Tiefe lagern, nicht nach unten durchfallen können. Und daß böse Zungen immer wieder die Möglichkeit eines Wassereinbruchs herbeizureden versuchen, läßt die Bundesregierung kalt. Daß vor einigen Jahren die benachbarte Asse I

schlichtweg abgesoffen ist, ist zwar schlimm oder vielleicht auch nur ärgerlich, aber das beweist im Grunde ja gar nichts. Also - keine Aufregung. Wozu auch?! Denn von den bereits in der Asse II "versuchsweise nicht rückholbar" eingelagerten Atomabfällen ist der überwiegende Teil, so knappe 124.497 Fässer, sowieso nur leichtaktiv strahlend. Dann muß das Zeug eben schwimmen lernen.

Da sollte man sich auch nicht verunsichern lassen, wenn die Bundesregierung die Salzformation in der Asse mit der in Gorleben für vergleichbar hält. In Gorleben - für die, die es nicht mehr wissen oder noch nie davon gehört haben - gräbt die Bundesregierung u.a. ganz tiefe Löcher in die Erde, um den Salzstock auf seine Eignung für ein Endlager für hochradioaktive Atomabfälle zu prüfen. Das heißt, geprüft wird eigentlich nicht. Da wird gebaut - komme was da wolle. Oder soll man sich bei der Suche nach einer ewigen Lösung für die strahlenden Abfälle etwa von plumpen Tagesereignissen beeinflussen lassen? Daß vor einigen Jahren einige tonnenschwere Stahlringe aufgrund des hohen Drucks am Bohrloch abstürzten, dabei einen Arbeiter töteten und einige schwer verletzten, hat die Betreiber zwar menschlich erschüttert. Doch die Verantwortung - oder sollte man sagen, die Erwartung, die auf ihnen lastet, haben sie für keine Sekunde vergessen.

Und weil es immer wieder erhebend ist, wenn die Bundesregierung in wohlformulierten Sätzen spricht und der Autor schon immer ein besonderes Interesse am deutschen Untergrund hatte, wollen wir sie selbst zu Worte kommen lassen: "Die Salzformationen der ASSE sind ein typisches Beispiel norddeutscher Salzaufwölbungen. Daher repräsentiert die ASSE in ihrer Entstehungsgeschichte, Salzzusammensetzung und Gesteinschichtenfolge auch den Salzstock Gorleben." Ja, so ist das. Der Salzstock Asse repräsentiert! Einfach toll.

Fassen wir also erstmal zusammen: 1. Der Salzstock in der Asse ist für ein Endlager für hochaktive Abfälle nicht geeignet, sagt der Betreiber; 2. werden Endlagerversuche in der Asse durchgeführt, sagt das BMFT; 3. sollen die Versuche Rückschlüsse für ein Endlager in Gorleben erlauben, sagen die Verantwortlichen; 4. repräsentiert die Asse den Gorlebener Salzstock, meint die Regierung; 5. das verstehe wer will, sage ich.

Doch nach diesem kleinen Ausflug nun zurück zu den eingangs erwähnten Transporten. Nach Angaben des BMFT werden die Transportbehälter "Modifikationen bereits vorhandener und zugelassener Behälterkonstruktionen" sein. Etwas genauer? Also, der Transport der Versuchsquellen erfolgt in Behältern vom Typ GNS-12 und CASTOR-GSF-5 des Herstellers "Gesellschaft für Nuklear Service" in Essen (GNS). Diese wurden am 1.11.1989 vom Bundesamt für Strahlenschutz zugelassen. Die Modifikationen wurden jedoch nicht aufgrund erhöhter Anforderungen an die Strahlenabschirmung und/oder Wärmeabfuhr notwendig, sondern allein aus transport- und handhabungstechnischen Gründen. Damit ist nun eine weitere Katze aus dem Sack. Für die Abwicklung der voraussichtlich drei Transporte aus den USA ist eben diese GNS beauftragt. Für die Abwicklung der Transporte in den USA hat die GNS ihren dortigen Agenten beauftragt, die Edlow International. Dreimal sollen die Transportbehälter auf ihrer Reise in die BRD umgeschlagen werden: einmal an der US-amerikanischen Westküste, dann in einem westeuropäischen Seehafen und schließlich in Karlsruhe, bevor sie endlich in der Asse eintreffen. Ob die Landtransporte auf Schiene oder Straße stattfinden ist den Angaben des BMFT nicht zu entnehmen. Die konkrete Route soll allerdings erst im Zusammenhang mit dem Antrag auf eine Transportgenehmigung festgelegt werden. Das BMFT gibt dazu an, daß die Antragstellung spätestens zwei Monate vor dem Transporttermin erfolgen wird. Laut BMFT (SPD- Anfrage) vom 2. Februar 1990 steht ein Zeitpunkt für den Transport der Versuchsquellen noch nicht fest. Bezüglich des "westeuropäischen Umschlaghafens" ist bisher nichts Neues zu erfahren gewesen. Ende letzten Jahres war von Hamburg gesprochen worden. Der Ort war von Beamten des BMFT genannt worden. Klar ist allerdings, daß es sich nicht einfach um eine westeuropäischen, sondern eher um einen bundesdeutschen Hafen handeln wird. Denn in der Anfrage der Grünen vom 6.12.89 hatte das BMFT auf die Frage, ob es bereits Überlegungen gebe, über welchen Hafen der Bundesrepublik der BRD der Import erfolgen soll, geantwortet, daß es solche Überlegungen gibt, daß dazu im Prinzip jeder Hafen geeignet sei und daß eine Festlegung noch nicht erfolgt sei.

Und wann kommen sie denn nun? Definitives läßt sich zwar nicht ohne weiteres sagen, aber dennoch scheint es kaum noch wahrscheinlich, daß die Transporte, wie Ende letzten Jahres angekündigt, noch im April 1990 auf die Reise gehen werden. Aus dem US-Department of Energy ist nach den neuesten Meldungen zu hören, daß man für dieses Jahr die Durchführung der Atomtransporte für nicht mehr wahrscheinlich hält. Betrachtet man die Schwierigkeiten mit dem Genehmigungsverfahren allein in der BRD und berücksichtigt man ferner, daß es auch in den USA Probleme gibt, so scheint diese Aussage durchaus wahrscheinlich. Dennoch sollte

die Anti-AKW- Bewegung die weitere Entwicklung im Auge behalten. Allerdings scheint zur Zeit nicht so sehr die praktische Transportverhinderung anzustehen, sondern vielmehr die Verhinderung der Versuche.

Dirk Seifert

24. Zwischenbilanz der Kampagne "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz"

Rubrik: Atomwaffenverzichtskampagne · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:14

Der Auslöser der Kampagne war im Herbst 1987 die Kohl'sche Drittstaaten-These im Kontext der INF-Auseinandersetzungen. Bereits damals war der Antrag "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" (AVIG) in der grünen Bundestagsfraktion nicht unumstritten. Die heftigsten Widersprüche kamen von den Fraktionsmitarbeitern Bruckmann, Schnappertz und Knapp. Dennoch verständigten sich alle politischen Flügel der grünen Bundestagsfraktion einvernehmlich auf die Einbringung eines diesbezüglichen Antrags in den Deutschen Bundestag. (Drucksache 11/757) Innerhalb der grünen Partei etablierte sich in der Folgezeit ein Arbeitskreis "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz", der insbesondere mit Unterstützung des Büros von Thomas Ebermann eine Broschüre erstellte sowie gemeinsam mit einem breiten Bündnisspektrum der Friedensbewegung ein Seminar durchführte. Im Laufe des Frühjahrs 1988 machte sich auch die bundesweite Friedensbewegung sowie eine Reihe berufsspezifischer Friedensorganisationen (IPPNW, Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden etc.pp.) die Forderung nach dem grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht zueigen. Im gleichen Zeitraum wurde in Absprache mit relevanten Juristenvereinigungen und juristisch versierten Einzelpersonen (u.a. die Vereinigung Demokratischer Juristen, der Republikanische Anwälte- und Anwältinnenverein, die Richter und Staatsanwälte für den Frieden, die Professoren Ridder und Küchenhoff) der Wortlaut einer diesbezüglich geeigneten Grundgesetzergänzung erarbeitet und später auf der Kölner Aktionskonferenz verabschiedet. Von dem nunmehr etablierten bundesweiten Trägerkreis der Kampagne wurde bundesweit als Unterschriftenkampagne der Aufruf "Gegen die Selbstberuhigung - A-Waffenverzicht ins GG" verbreitet und Anfang November 1988 schließlich auch in der Frankfurter Rundschau als Großanzeige publiziert. Die sich daran anschließende Kölner Aktionskonferenz im Herbst 1988 (mit ihrem Reader und dem 5-Punkte-Aufruf) markierte dann so etwas wie einen Schlußpunkt der Kampagne auf Massen-und Bündnisebene.

Bereits zuvor war die Politik des DKP-Spektrums im Rahmen der Kampagne in der Regel durch eine ab- bzw. auf die SPD wartende Politik gekennzeichnet und der eigentliche AktivistInnenkreis innerhalb wie außerhalb der Grünen eher klein. Während die bündnispolitische Unterstützung des Anliegens bis hin zur Sozialdemokratischen Juristenvereinigung durchaus respektabel war, stieß die Kampagne in autonomeren Teilen der Friedensbewegung auf Kritik: Sie sei zu grün-, zu bundestags- und und zu grundgesetzfixiert.

Von Anfang an gab es in dem Bündnisspektrum unterschiedliche Vorstellungen in der Frage, ob die Kampagne den Schwerpunkt auf einen eher versöhnlichen Grundgesetz-Appell oder auf eine zuspitzende Aufklärungsaktion gegen real vorhande Atommacht-Ambitionen legen solle bzw. (damit zusammenhängend), ob und wieweit eine Kritik an der SPD noch erlaubt sein darf. Entsprechend ausgeprägt waren die Differenzen gerade mit der DKP auch in der Frage der Aktionsplanung. Der in Köln schließlich vereinbarte Aktionskompromiß (Kampagne in Richtung auf örtliche MdBs, um das Ziel einer fraktionsübergreifenden Einbringung des GG-Antrags in den Bundestag für die Auseinandersetzung zu nutzen; gleichzeitig Beginn der Arbeit mit einer Unterschriftensammlung in Form einer Massenpetition) stand von Anfang an vorwiegend auf dem Papier. Dafür gab es mehrere Gründe:

1. Die SPD-Spitze hatte sich im Herbst 1988 darum bemüht, bei den Zusatzprotokollen zum Elyssee-Vertrag den Schulterschluß mit der Bundesregierung möglichst ohne viel Proteste über die Bühne zu bekommen. Gekoppelt war dies mit einer deutlichen Abgrenzung von der Kampagne und einer entsprechenden internen Ausrichtung auf der Schiene des Antikommunismus (siehe ppp).

2. Mit dem SPD-Rückzug verlor auch die DKP, die sich samt Bündnisgruppen ohnehin in einem Zustand Gorbi-bedingter Auflösung befand, ihr Interesse an dem Thema. Der Rückzug von SPD und DKP machte es vollends unmöglich, nun noch die großen, berufsbezogenen Friedensgruppen für das Thema zu aktivieren.

3. Insgesamt war die Kampagne begleitet von einem rapiden Zerfall der Friedensbewegung und ihrem Verlust an Mobilisierungsfähigkeit. In den Monaten nach Köln war die Kampagne nur noch in Ausnahmefällen ein Bündnisansatz für einschlägige Aktivitäten: Zu erinnern ist an die Tagung und die Demonstration gegen das Kernforschungszentrum Karlsruhe und oder etwa an das Rechercheprojekt des auch heute noch aktiven

Hamburger AVIG-Arbeitskreises über die Bedeutung der Geesthachter Atomforschung. Ansonsten blieb die Situation seit Köln desolat. Erst etwa Anfang 1989 erschien das erste und bisher einzige Kampagnen-Info, das die Kölner Beschlüsse dokumentiert. Trotz enormer vereinzelter Sammelanstrengungen mußte unter diesen Bedingungen auch der Petitionsansatz als Massenprojekt scheitern.

Im Frühling/Sommer 1989 beschloß der geschrumpfte Koordinierungskreis der Kampagne eine Kursänderung: Ein mit dem Petitionstext identischer Antrag auf Grundgesetzänderung sollte nunmehr zumindest von der grünen Bundestagsfraktion in den Bundestag eingebracht werden. Dahinter stand ein wenig auch die Hoffnung, daß der parlamentarische "Diskurs" eine gewisse Resonanz in der Öffentlichkeit zur Folge haben würde. Diese Hoffnungen waren nicht vollkommen aus der Luft gegriffen: Immerhin machte in der ersten Jahreshälfte die BRD-Nuklearexportpolitik weltweit Negativschlagzeilen. Dies hatte zur Folge, daß sich neben vereinzelten SPD- und CDU-Stimmen etwa auch die FDP-Abgeordnete Hamm-Brücher wiederholt öffentlich für die GG-Ergänzung einsetzte. Einem Vorschlag Robert Jungks folgend wurde der 1.9.1989 als Datum der Einbringung eines GG-Änderungsantrags in den Bundestag ausgewählt.

Mittlerweile muß aber auch dieser Ansatz als weitgehend gescheitert gelten: Obwohl auch Robert Jungk und Klaus Traube nicht den Weg nach Bonn gescheut hatten, um die Pressekonferenz anläßlich der Einbringung des GG-Antrags in den Bundestag aufzuwerten, verweigerte der grüne Fraktionsvorstand in der Person Helmut Lippelts erst die Teilnahme an jener Pressekonferenz, um im 2. Schritt dieses Thema in seiner Bundestagsrede vom 1.9.89 de facto auszuklammern - unter ferner liefen wurde die Einbringung der Grundgesetzänderung mit gerade zwei Sätzen am Schluß seiner Rede bestenfalls gestreift.

Dies war auch insofern bedauerlich, als die Grünen jenen GG-Antrag weder allein erarbeitet noch die Kampagne alleine gestaltet hatten. Sondern hier ging es tatsächlich darum, ob die Grüne Bundestagsfraktion einem der SPD vielleicht nicht gerade bequemen Anliegen, das weit jenseits ihrer eigenen Partei Unterstützung gefunden hatte (bis hin zu SPD-und FDP-Bundestagsabgeordneten sowie der christdemokratischen Abrüstungsvereinigung CDSA), tatsächlich den angemessenen Rückenwind zu verschaffen bereit war oder nicht. Bedauerlicherweise hatte der parlamentarische Flügel der GRÜNEN in diesem Punkt vollständig versagt. Postwendend folgte die nun in einen eigenen Antrag gekleidete endgültige Absage der SPD-Bundestagsfraktion an den GG-Verzicht, die wiederum lediglich in der taz, (und im AK! - Anm. Red.) sowie einer Presseerklärung des grünen Bundestagsabgeordneten Tay Eich kritisch gewürdigt wurde. Die Befürchtung ist nicht abwegig, daß das Thema "AVIG" als möglicher Negativposten in Sachen rot-grün von maßgeblichen Grünen nunmehr endgültig beerdigt wird.

Parallel gab es Bemühungen, die Grundgesetzergänzung als Antrag an den Bundesrat auch in die Landtage einzubringen, was unseres Wissens bisher lediglich in Hamburg und Hannover geschehen ist.

Im Gegensatz zur SPD-Bundestagsfraktion nahm die sozialdemokratische Riege im niedersächsischen Landtag das Anliegen sogar ernst. Im Juni 1989 formulierte sie zum Antrag der Grünen (DS 11/3936) einen Änderungsantrag folgenden Wortlauts:

"Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bundespolitisch für folgende Forderungen einzusetzen:

1. Ausdrücklicher, förmlicher und feierlicher Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf alle atomaren, bakteriologischen, chemischen, genetischen und sonstigen Massenvernichtungswaffen, die unterschiedslos Soldaten und Zivilisten bedrohen. Dieser Verzicht schließt ein die Entwicklung und Herstellung, den Besitz und Mitbesitz, die Verwendung und Mitverfügung, aber auch die Mitwirkung an der Entwicklung und Herstellung durch einen anderen Staat.

2. Die Bundesregierung hat unverzüglich das Verfahren zur Ratifizierung der beiden Zusatzprotokolle von 1977 zum Genfer Rot-Kreuz-Abkommen einzuleiten."

Die ausführliche Begründung des grünen Antrags wurde von der SPD vollständig übernommen. Zwar wird in diesem Antrag unsinnigerweise auf die Grundgesetzänderung verzichtet. Ansonsten orientiert er jedoch auf eine faktische Ausweitung des bisherigen BRD-Atomwaffenverzichts (gerade im Verhältnis zu Frankreich) und ist insofern zu begrüßen. Auch seitens der hannoverschen FDP-Fraktion wurde inzwischen Zustimmung zu diesem SPD-Antrag signalisiert. Nach Lage der Dinge ist also nicht auszuschließen, daß der hannoversche

Antrag mit FDP-Unterstützung verabschiedet und an den Bundesrat weitergeleitet wird. Spätestens dann - so ist zu befürchten - dürfte die Angelegenheit mangels öffentlichen Interesses jedoch erneut versacken.

Wir müssen also konstatieren, daß derzeit die Kampagne sowohl massenpolitisch wie auch parlamentarisch weitgehend gescheitert ist. Die Frage, ob sie deshalb bisher auch unnütz war, würden wir jedoch verneinen:

Stärker als jemals zuvor wurden in der Bundesrepublik und insbesondere innerhalb der Friedensbewegung Menschen in der Frage BRD-Atomwaffenpolitik sensibilisiert und über die militärische Seite des BRD-Atomprogramms informiert (wie insgesamt wohl die Infoarbeit die Hauptseite dargestellt hatte). Darüberhinaus wurde die Broschüre der Grünen ins Englische, Niederländische und Französische übersetzt. In Frankreich hatten auch Regierungsstellen von der Broschüre interessiert Notiz genommen, in den Niederlande gab es sogar einen eigenständigen Kampagnenansatz.

Vermutlich hatte die Kampagne darüberhinaus eine indirekte Wirkung. Das GG-Anliegen zielte bekanntlich auf einen archimedischen Punkt der bundesdeutschen Un-Sicherheitspolitik: Sie konfrontierte den Anspruch der BRD-Politik, keine nukleare Optionen zu verfolgen, mit der Realität, alle Optionen offenzuhalten und forderte die Probe aufs Exempel. Mit relativ geringen Kräfte konnte deshalb im etablierten Lager eine relativ große Hebelwirkung erzielt werden. Intern hatte die SPD-Spitze das Thema von Anfang an hoch gehängt. Es stand schon früh auf der Tagesordnung des Parteivorstands und der Fachgruppen der Bundestagsfraktion. Im Frühjahr 1988 hatte die SPD aufgrund der Kampagne eine Reihe von Anfragen zum BRD-Nuklearstatus an die Bundesregierung gerichtet und kürzlich ihren recht umfangreichen Gegenantrag zur Bestätigung der existierenden Nuklearverzichte in den Bundestag eingereicht. Wir würden nicht per se ausschließen wollen, daß die Tatsache der Existenz dieser Kampagne auch der Bundesregierung bewußt war und diesbezüglich zu einer eher zurückhaltenden Politik (Stichwort KOLAS) beigetragen hat. Ein US-Journalist mit Zugang zum Auswärtigen Amt hatte jedenfalls schon früh von internen Regierungseinschätzungen berichtet, wonach die Kampagne Zulauf gewinnen könne, falls die Bundesregierung in Sachen Brennstoffkreislauf oder Europäisierung sich zukünftig größere Schnitzer erlaube. (vgl. Nuclear Fuel, 2.11.87) Und obwohl das Anliegen der Kampagne identisch ist mit der angeblichen Staatsräson der BRD, wurde sie - nebenbei bemerkt - akribisch vom Bundesverteidigungsministerium verfolgt und in dem internen Hardthöhe-Bericht "Bestrebungen gegen den Verteidigungsauftrag der Streitkräfte"(Nr. 2/88) umfassend gewürdigt.

Wie weiter?

Vermutlich wird in der Öffentlichkeit auch in den kommenden Monaten die Frage der bundesdeutscher A-Waffenoptionen kaum eine Rolle spielen. Dafür gibt es eine Reihe objektiver Gründe:

- Mit der Aufgabe von Wackersdorf und KOLAS sind auch für friedenspolitisch sensibilisierte MitstreiterInnen die Hauptsymbole einer zielstrebigen nuklearen Statusanreicherung verschwunden.

- Stark verankert ist der naive Glaube, mit F.J. Strauß seien auch sämtliche diesbezügliche Ambitionen beerdigt.

- In der NPT-Frage wird sich vorerst wenig ändern: Gemeinsam mit der SPD wird sich Bonn für eine Verlängerung des Vertrages bei der bevorstehenden NPT-Überprüfungskonferenz im August 1990 in Genf einsetzen.

- Die Westeuropäische nukleare Option (Westeuropäischer Nuklearrat, Zusammenlegung der britischen und französischen nuklearen Potentiale, finanzielle und technologische Hilfestellung durch die BRD) scheint momentan erfreulicherweise in einer Krise zu stecken: Die deutsch-französischen Divergenzen haben sich in den letzten zwei Jahren eher verschärft, die britische Sonderrolle ist noch stärker akzentuiert als zuvor. Hinzu kommt eine Überprüfung der sicherheitspolitischen Ziele einer "Europäischen Union" vor dem Hintergrund der östlichen Erosionen. Denn es gibt ja in der Tat einen tendenziellen Widerspruch zwischen dem Ziel der ökonomischen Anbindung der osteuropäischen Länder an die EG und dem statuspolitischen Ziel der Weiterentwicklung der EG zu einer Art Westeuropäischer Atomstreitmacht.

Auch wenn dies heute öffentlich weniger wahrnehmbar ist, sind jedoch ansonsten die Prämissen der BRD-Nuklearpolitik unverändert geblieben. Nur einige Beispiele:

- Nach einigen Schwankungen hatte sich kürzlich auch Außenminister Genscher erneut zum Primat der Europäischen Union (inkl. Sicherheitspolitik) bekannt;

- eine neue Studie der offiziösen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik betont die Notwendigkeit, an der Europäischen Option festzuhalten und interpretiert den NPT in diesem Zusammenhang als eine eher temporäre Angelegenheit;

- in La Hague wird die deutsch-französische Plutoniumgewinnung dem Einblick der IAEO bisher vollständig entzogen;

- an der WAA Karlsruhe wird vorerst festgehalten und die Karlsruher Anlage darüberhinaus sehr wahrscheinlich zu einem westeuropäischen Zentrum der Wasserstoff(-bomben)-Forschung ausgebaut;

- der Entwurf für ein neues Exportkontrollgesetz (eine Reaktion auf die jüngeren Atom- und Chemiewaffenexportskandale) legalisiert ausdrücklich die deutsche Mitarbeit bei der A-Waffenproduktion im NATO-Rahmen;

- die deutsch-brasilianische A-Waffenkooperation, die ja auch auf dem Gebiet der nuklearen U-Bootproduktion für Bonn interessant ist, soll ungeschmälert fortgesetzt werden.

Eventuell könnte im Kontext der jüngsten Großdeutschland-Politik die nukleare Frage sogar schneller wieder aktuell werden als uns lieb sein kann: Schönhuber fordert den Abzug der Großmächte und ein Großdeutschland mit eigenen Atomwaffen, und auch die sogenannte "Europäische Friedensordnung" (das von Moskau und Washington "emanzipierte" Großeuropa) will ja nicht "wehrlos" dastehen, sondern selbstverständlich über eigene Atomwaffen verfügen.

Zwar wird in den Ostermärschen der Friedensbewegung und dem wahlpolitischen Forderungskatalog der GRÜNEN die AVIG-Forderung auch weiterhin eine Rolle spielen. Nach Einbringung der inzwischen eingegangenen 8.000 Petitionen wird sich auch der kommende Bundestag mit der verfassungsmäßigen Verankerung eines vollständigen Atomwaffenverzichts zu beschäftigen haben. Nichtsdestotrotz wird auch in den kommenden Monaten eine "Kampagne" an diesem Punkt nicht wiederzubeleben sein. Gerade vor dem Hintergrund der bedrohlichen Triumphe "Großdeutschlands" möchten wird Euch dennoch zur Wachsamkeit aufrufen und Euch auffordern, die 1988 etablierte bündnispolitische Vernetzung nicht unbedacht zu liquidieren: Die aktuelle Umbruchperiode könnte uns schneller, als mensch denkt, zu einer Wiederbelebung der Kampagne nötigen.

Bonn/Hamburg, den 12.1.1990

Tay Eich, Hans-Peter Hubert, Matthias Küntzel, Herbert Peters

25. Auf dem Rücken der Angeklagten - Vom Wollen und Können der Bundesanwaltschaft im PKK- Prozeß

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:62

Im Düsseldorfer Prozeß gegen KurdInnen hat sich in den letzten Wochen eine überraschende Wendung abgezeichnet. Entlassung einiger Gefangener aus der Haft, Abbau des Glaskäfigs, Einstellung des Verfahrens gegen einen der Angeklagten - das ist einerseits ein Erfolg der Verteidigung, beweist anderseits umso besser, wie politisch aufgebauscht und juristisch haltlos die Anklage mit all ihren Konsequenzen für die Angeklagten ist.

Seit Prozeßbeginn am 24.10.90 hatte die Verteidigung gemeinsam mit ihren MandantInnen die Einstellung des Verfahrens beantragt. Sie trugen mit ausführlicher und detaillierter Begründung vor, warum das Verfahren von vornherein an so gravierenden Verfahrensmängeln leidet, so daß ein rechtsstaatlicher Verlauf der Hauptverhandlung und vor allem eine Urteilsfindung unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten ausgeschlossen ist.

Der überaus umfangreiche Einstellungsantrag der VerteidigerInnen und Angeklagten wurde lapidar abgelehnt. "Der Einstellungsantrag sei ‚derzeit` unbegründet, nach überschlägiger Prüfung seien schwerwiegende Verfahrensmängel nicht erkennbar; wenn das Verfahren zu Ende gehe, werde der Senat noch einmal gründlich über den Antrag der Verteidigung beraten." (aus "Kurden-Prozeß aktuell" Nr. 8, Bericht von RA Heiming)

Am 31. Januar verlas die Bundesanwaltschaft die Anklageschrift(en). Auch hier stellte sich heraus, daß nicht einmal in den vielen Wochen, in denen die Anklagen schriftlich vorlagen, für eine korrekte Übersetzung derselben gesorgt worden war. Die türkische Übersetzung, die ebenfalls seit Monaten angefertigt worden war, strotzte vor Fehlern, denen mit zahlreichen Übersetzungsrügen begegnet wurde.

Endlich Haftentlassungen

Selbst für die Verteidigung überraschend konnten Haftverschonungen für sieben der angeklagten KurdInnen erreicht werden - allerdings gegen horrende Kautionen (pro Person zwischen 20.000 und 30.000 DM). Am 8.2. wurden dann die Angeklagten Celebi und Gedik, Erbil am Freitag und später noch Sapan, Celik, Kedik und Güngöze, nach zwei weiteren Wochen auch Kadah aus der Haft entlassen. Die Begründung stellt die von der Bundesanwaltschaft aufgebauschte angebliche Gefährlichkeit der Angeklagten auf den Kopf. Entlassen wurden diejenigen Angeklagten, denen abgesehen von Unterstützung/Mittäterschaft an einer terroristischen Vereinigung und anderen Delikten kein Vorwurf der Beteiligung an einem Mord gemacht werden.

Die VerteidigerInnen bezeichneten die Entlassung der Angeklagten - so erfreulich für diese dies auch sei - als völlig willkürlich. "Die Beweislage sei beim jetzigen Stand des Prozesses dieselbe wie zur Prozeßeröffnung" (FR 14.2.90). Sie forderten die Einstellung aller §129 a-Verfahren und die Haftentlassung "all derjenigen, die ausschließlich (neben Paragraph 129 a) wegen Vergehenstatbeständen angeklagt sind". Dies trifft auf vier weitere Angeklagte zu. Allen BeobachterInnen sei klar, "daß der als politische Demonstration geplante Massenprozeß gegen die ausländischen Angehörigen einer Befreiungsbewegung in Kurdistan juristisch nicht haltbar ist". Nach Einstellung der §129a-Verfahren müßten die dann noch verbliebenen Anklagen "von den Sonderstaatsschutzgerichten an die ordentliche Gerichtsbarkeit" verwiesen werden. (zitiert nach taz 13.2.90)

Die Haftentlassungen wurden aber auch als "Offenbarungseid des Senats" bezeichnet, der sich damit "die Regie von der Bundesanwaltschaft vorschreiben ließe" (FR 14.2.90). Dieser Bewertung liegt zugrunde, daß Generalbundesanwalt Rebmann erst am 5.2.90 über die Presse verlautbaren ließ, die bundesdeutsche Justiz sei mit Prozessen gegen ausländische "Terroristen" überfordert. Unmittelbar nach dieser Presseerklärung seien "für die Verteidiger völlig überraschend die ersten Haftverschonungen sowie eine Verfahrenseinstellung ausgesprochen worden" (FR 14.2.90).

Rebmann hatte im Kontext mit dieser Einschätzung gefordert, die Strafprozeßordnung zu ändern: Da die Gerichte nicht Herr in diesen Verfahren werden könnten, müsse die Möglichkeit geschaffen werden, der Beteiligung an einer terroristischen Organisation Beschuldigte sofort nach Anklageerhebung abzuschieben, also nicht erst wie bei der derzeitigen Gesetzeslage gezwungen zu sein, ein Verfahren bis zur Rechtskraft

eines Urteils durchführen zu müssen. Worauf das hinausläuft, liegt auf der Hand: nicht nur daß damit bei ausländischen Angeklagten allein die Behauptung unter Verstoß gegen die Unschuldsvermutung eine derart drastische Maßnahme ermöglicht werden soll. Viel schwerer wiegen die Konsequenzen, wie sie z.B. im Fall der Angeklagten des Düsseldorfer Prozesses drohen: Festnahme, Haft, Folter und möglicherweise Todesstrafe in der Türkei.

Geringfügigkeiten im größten "Terroristenverfahren"

Die meisten der Angeklagten saßen fast 2 Jahre in Untersuchungshaft zu Bedingungen, die bereits ausführlich geschildert wurden. Das Oberlandesgericht, das über die Haftentlassung entschied, hat den Angeklagten ausdrücklich eine Haftentschädigung verweigert. Unter Verweis auf die entsprechenden Paragraphen des Entschädigungsgesetzes wurde die Verweigerung der Entschädigung damit begründet, daß die Angeklagten selbst zur Untersuchungshaft beigetragen hätten.

Noch deutlicher zynisch wird das Vorgehen der Justizbehörden im Falle Hasan Engizek. Er war bereits am 29. Verhandlungstag aus der Haft entlassen worden. Nunmehr wurde das Verfahren gegen ihn wegen Geringfügigkeit eingestellt. "Die Schuld des Angeklagten, so sie denn überhaupt nachgewiesen worden wäre, erschöpfte sich in jedem Fall auf die kurzfristige Zurverfügungstellung einer Wohnung. (...) Angesichts dieser Sachlage bestehe zwei Jahre nach Eröffnung dieses Verfahrens ‚ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht mehr`." (taz 7.2.90)

Die Verteidigung hat in einer Erklärung eindrucksvoll beschrieben, was Engizek wegen dieser "Geringfügigkeit" hat erdulden müssen:

"- die Vorverurteilung als ‚Terrorist` in den einschlägigen, unter anderem auch türkischen Medien; verbunden damit die Unmöglichkeit in die Türkei auch nur zu Besuchszwecken zu reisen; als ‚PKK-Terrorist` würde er dort sofort festgenommen und müßte mit der Anwendung der Todesstrafe rechnen;

- die Durchsuchung seiner Wohnung durch ein Sondereinsatzkommando der Polizei, welches die Wohnung teilweise demolierte. Hierfür wurde ihm ausdrücklich keine Entschädigung zugebilligt.

- Mehrere Monate Untersuchungshaft trotz Erkrankung, während der er intensiven ‚Behandlungsversuchen` des Bundeskriminalamtes ausgesetzt war und unter ständigem psychischen Druck zu ‚Geständnissen` veranlaßt werden sollte, auch insoweit wurde ihm eine Entschädigung jetzt ausdrücklich verweigert;

- der Verlust seines Arbeitsplatzes und die Unmöglichkeit, eine neue Arbeit zu finden." (aus "Kurdenprozeß-aktuell" Nr. 8)

Glaskäfig abgebaut

Sogar der Glaskäfig, in dem die Angeklagten bislang wie in einem Aquarium gehalten wurden, ist endlich gefallen. Dieser extreme Ausdruck einer zutiefst entwürdigende Behandlung der KurdInnen in diesem politischen Prozeß war Gegenstand zahlreicher Anträge der Verteidigung - bislang erfolglos. Nun aber, nachdem Haftentlassungen veranlaßt waren, stand der Abbau des Kasten zur Disposition. Am 13.2.90 erklärte der Vorsitzende Richter Belker, die Plexiglaswände könnten entfernt werden, "wenn andere Sicherheitsmaßnahmen vorhanden wären." Dieser Schritt sei nicht etwa möglich, "weil die bisherige Verhandlungsweise rechtswidrig war, sondern weil der Senat von Amts wegen mehrere Angeklagte von der Haft verschont hat und damit eine andere Situation" eingetreten sei, die "unter bestimmten Voraussetzungen Erleichterungen möglich" machten (Zitate von einer Prozeßbeobachterin). Der Forderungskatalog, den Belker für den Eintritt dieser Möglichkeit aufstellte, sollte zwar offensichtlich erneut Angeklagte und VerteidigerInnen provozieren. Belker forderte, daß die Angeklagten künftig die Verhandlung im Sitzen verfolgen müßten und sich die Verteidigung mit der von ihm angeordneten Sitzordnung einverstanden erklären müßten, d.h. sie sich zu ihren MandantInnen setzen müßten, gleichzeitig aber postierte Sitzungsbeamte den Kontakt zwischen VerteidigerInnen und MandantInnen kontrollieren sollten, was im Prinzip der Funktion der Scheibe - Überwachung und Behinderung einer ordnungsgemäßen Verteidigung - nahekommt.

Die VerteidigerInnen sicherten das Sitzen der Angeklagten zu, erklärten auch Bereitschaft, bei ihren jeweiligen MandantInnen Platz zu nehmen. Allerdings verweigerten sie ausdrücklich die vom Senat geforderte Erklärung

künftigen "Wohlverhaltens" und kündigten an, sich auch künftig gegen die Vielzahl von Sonderhaftbedingungen für die im Knast verbliebenen Angeklagten zur Wehr zu setzen.

Zeuge im Gerichtssaal

Mit weiteren Anträgen bemühte sich zuletzt die Verteidigung, Oberstaatsanwalt Senge aus dem Gerichtssaal zu schaffen. Er soll als Zeuge zu einem bedeutsamen Komplex der Beweisaufnahme vernommen werden. Die Anwesenheit eines Zeugen im Gerichtssaal während der Beweisaufnahme stellt einen weiteren Verstoß gegen rechtsstaatliche Gepflogenheiten dar.

Senge war bereits im Ermittlungsverfahren an der Vernehmung von Beschuldigten und Zeugen beteiligt. Vor allem hatte er an der Vernehmung des Kronzeugen A. Cetiner, der zur Zeit in Westberlin vor Gericht steht und auf den sich die Anklage in einigen Punkten wesentlich stützt, aktiv teilgenommen. Infolgedessen kommt er selbstverständlich als Zeuge in Betracht, denn die Vernehmung von Vernehmungsbeamten eines Zeugen ist ein wichtiges Beweismittel zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit des Zeugen selbst.

Zwei Anträge sollten zum Ausschluß des Staatsanwaltes als Sitzungsvertreter der Anklagebehörde führen. Ein Antrag wurde mit folgendem Vorfall begründet: Am 16.8.89 nahm Senge an der Vorführung eines kurdischen Beschuldigten vor den Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof teil. "Nach der Sitzung wurde er von dem Beschuldigten gefragt, wer er sei. Darauf antwortete der Oberstaatsanwalt: ‚Sie kennen mich nicht? Alle Kurden kennen mich; ich bin euer Jäger! Ich bin Senge.`" Mit dieser Äußerung erklärt Rechtsanwalt Heiming in seinem Antrag den Staatsanwalt für "völlig ungeeignet, in diesem Verfahren jetzt während der Beweisaufnahme die Anklagebehörde zu vertreten." (Zitate aus "Kurdistan-aktuell" Nr. 8, in dem dieser und nachfolgend erwähnter Antrag dokumentiert sind.)

Der zweite Antrag hat die beabsichtigte Ladung des Staatsanwaltes als Zeugen zum Gegenstand. Exakt wird nachgewiesen, warum der Oberstaatsanwalt zu einem bestimmten Komplex als Zeuge vernommen werden muß. Dieser Komplex betrifft die Aussage des Kronzeugen Cetiner. Aufgrund eines der Verteidigung durch das Gericht erst nachgelieferten Vermerks kam zutage, daß Cetiner eine Aussage für den Fall mache, daß die Kronzeugenregelung mit der Möglichkeit eines Strafrabatts zu seinen Gunsten zur Anwendung komme. Senge reiste daraufhin flugs nach Berlin, unterhielt sich mit Cetiner, machte offensichtlich die gewünschte Zusage und erhielt eine ausführliche Aussage.

Die Verteidigung begründete ihre Anträge nicht nur mit der eindeutigen Rechtsprechung des Reichsgerichts und Bundesgerichtshofes. Sie wies vor allem darauf hin, daß die Staatsanwaltschaft in Westberlin selbst Senge als Zeugen im Verfahren gegen Cetiner benannt hat. In Westberlin wird nach Presseberichten der Aussage Senges sogar entscheidende Bedeutung im Hinblick auf die Anwendung der Kronzeugenregelung zukommen, denn er solle "eine Einschätzung abgeben, wie gewichtig die Aussagen Cetiners für das Düsseldorfer Verfahren sind" (taz 16.2.90).

Wie reagierte der Senat auf diese Anträge? Wie zu erwarten mit Ablehnung und einer Begründung, bei der man annehmen könnte, er hat bei der Antragstellung nicht zugehört. " Zumindest so lange, wie nicht feststehe, ob überhaupt, und wenn, zu welchem Tatbestand, eine Zeugenvernehmung in Frage komme", könne Senge weiter die Anklagebehörde vertreten.

Kronzeugenregelung erstmals angewandt

Parallel zum Verfahren in Düsseldorf begann jetzt in Westberlin das Verfahren gegen den Kronzeugen A. Cetiner, eine Stütze der Anklage in Düsseldorf. Vorgeworfen wird ihm, im Juni 1984 an der "Liquidation" des PKK-Dissidenten Murat Bayrakli beteiligt zu sein, die Anklage lautet auf Mord.

Erstmalig wird die heftig umstrittene Kronzeugenregelung zur Anwendung kommen. Auf Nachfrage von Cetiner wurde ihm ein erheblicher Strafrabatt zugesichert, woraufhin er gegen angebliche Mittäter und mutmaßliche PKK-Mitglieder im In- und Ausland schwere Belastungen erhob.

Hinsichtlich der Frage der Anwendung der Kronzeugenregelung existieren bereits erste widersprüchliche Informationen, was deren Zusicherung anbelangt. Nach vorerwähntem Antrag der Düsseldorfer Verteidigung hat Oberstaatsanwalt Senge Cetiner die Anwendung zugesichert. Dem steht die Äußerung des Vorsitzenden Richters Prüfer im Westberliner Verfahren gegenüber, wonach "es sich bei den Strafmilderungsgründen der

Kronzeugenregelung für ‚terroristische Straftäter` um eine ‚Kann-Vorschrift` handele. ‚Das Gericht`, so Prüfer, ‚hat niemandem zugesagt, im Falle eines Schuldspruchs von der Strafmilderungsmöglichkeit Gebrauch zu machen`" (taz, 16.2.90).

Am ersten Verhandlungstag hat Cetiner Angaben zur Geschichte und seiner Funktion in der PKK gemacht. Am folgenden Prozeßtag hat er schließlich die Verantwortung für die Ermordung von Bayrakli auf Ali Aktas abgewälzt. Er selbst räumte ein, zusammen mit einem anderen PKK-Funktionär das Todesurteil gefällt zu haben. Er sei allerdings mit der Vernehmung von Bayrakli beauftragt gewesen. Dabei habe sich herausgestellt, daß der gegen Bayrakli erhobene "Vorwurf", "Kurierdienste für die PKK-Dissidentengruppe ‚Semir` und ‚die jungen Kemalisten` geleistet zu haben", nicht zutreffe. Er habe versucht, Zeit zu gewinnen, an der Verhinderung des Urteilsvollzugs habe er aus Angst nicht gearbeitet. (taz 20.2.90)

A., Hamburg

26. Dokumentation: Briefe an die RAF-Gefangenen

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:17

Alle Welt redet über das Ende der Berliner Mauer. Was ist aber mit den Mauern der Zweidrittelgesellschaft in der BRD, was ist mit dem "

Begrüßungsgeld für die Dritte Welt" (Demo-Parole aus Berlin Dez.89)? Zu den vergessenen Mauern gehören auch die Gefängnisse in unserem Land und die fortdauernde Isolierung der politischen Gefangenen.

Evangelische und katholische Christinnen und Christen aus verschiedenen Städten der BRD und beiden Teilen Berlins haben eine Initiative begonnen, um die nach wie vor unerfüllten Forderungen der Gefangenen aus dem Hungerstreik 89 nach Zusammenlegung und "Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen" voranzubringen. Sie wollen es nicht dabei beruhen lassen, daß der Hungerstreik als "Das war ein finsteres halbes Jahr" abgehakt wird, wie Helmut Pohl aus dem Gefängnis Anfang November 89 resümierte. An der Initiative haben sich politisch angagierte Christen und Christinnen beteiligt, unter anderem aus der Solidarischen Kirche von Nordelbien (Hamburg) und eine Gruppe Solidarisches Arbeiten aus Köln, Ordensleute aus Berlin, Frankfurt und Hamburg. Sie haben gemeinsam einen Brief an die über 50 am Hungerstreik beteiligten Gefangenen geschrieben.

Sie nennen dazu drei Beweggründe:

a) Die Vermutung, daß es eine ähnliche Sichtweise vieler kritischer Punkte im hiesigen Gesellschaftssystem bei ihnen und den Gefangenen gibt (z.B. Neokolonialismus, Zerstörung menschlicher Identität hier und in der Dritten Welt, Zerstörung der Schöpfung durch Profitmaximierung).

b) Die Vermutung, daß in der Beurteilung der Ursachen von Unterdrückung, Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit ähnliche oder gemeinsame Interpretationen möglich, aber bisher noch nicht zur Sprache gekommen sind.

c) Die Hoffnung und Erwartung auf eine lebendige Beziehung zu den Gefangenen, weil sie Ausgrenzung von Menschen schon oft als Zerstörung des eigenen Lebens erfahren haben und die Gefangenen als politische und liebende Menschen ernst nehmen wollen.

Außerdem umreißen sie die Themenkreise, die sie anschneiden möchten:

- das Wechselverhältnis einer engagierten Minderheit, die sich für Wahrheit und Gerechtigkeit einsetzt, gegenüber der Mehrheit der Gesellschaft (

"prophetische Rolle")

- unser Verhältnis zum Staat: ist er reformierbar oder ist eine Loyalität zu diesem Staat aufzukündigen?

- die Gewaltfrage: kann es gelingen, Vertrauen zu schaffen für eine gemeinsame politische Praxis?

- die Krise sozialistischer Ideale besonders nach den Veränderungen in den osteuropäischen Ländern und die gleichzeitige Neuorganisierung des Kapitals.

Schließlich erklären sie, daß ihnen kein Grund einsichtig ist, das Menschenrecht auf menschlichen Umgang, auf Gemeinschaft, auf ein Kollektiv zu verweigern. Es ist das Recht der Gefangenen auf Kommunikation untereinander und nach außen, aber auch das Recht der Briefschreiber, mit den Gefangenen zu reden. Dafür wollen sie sich mit dem ihnen möglichen Nachdruck einsetzen.

Initiative für die politische Diskussion

zusammen mit den Gefangenen

Naunynstr. 60 1000 Berlin 36

Ende Januar 1990

Liebe/Lieber .....

An der ersten Stelle der Forderungen Eures Hungerstreikes 1989 stand die Zusammenlegung. Uns ist klar, nur so könnt Ihr als Kollektiv sprechen und in eine lebendige Diskussion mit anderen treten. Das ist auch uns ein Anliegen geworden. Dazu gehört natürlich auch, daß wir außerhalb der Gefängnisse über diesen Brief mit vielen diskutieren wollen.

Wir BriefschreiberInnen verstehen uns als ChristInnen. Viele von uns leben in christlichen Gemeinschaften und arbeiten in verschiedenen manuellen und intellektuellen Berufen. Warum wollen wir uns mit Dir und den anderen Gefangenen auseinandersetzen?

- Weil wir vermuten, daß wir viele kritische Punkte an unserer Gesellschaft ähnlich wir Ihr sehen: die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln in vielen Teilen der Welt, den Hungertod und die Armut vieler Menschen, die Zerstörung individueller und kollektiver menschlicher Identität, die oft ähnlichen Strukturen in Gefängnissen, Betrieben und Bürokratien, die Beherrschung der Politik durch die kapitalistische Wirtschaft, die Zerstörung der natürlichen Grundlagen der Menschen usw.

- Weil wir den Ursachen für diese Unmenschlichkeiten nachgehen, die Machtstrukturen benennen und, wenn wir mit diesem Wissen menschlich bleiben wollen, mit den zerstörerischen Mächten brechen und ihnen widerstehen müssen. Wir vermuten, daß Ihr diese Notwendigkeit ähnlich seht. Wir Christen haben ja bei der Taufe versprochen, dem Satan zu widersagen, worunter wir verstehen: der Herrschaft des Geldes, dem Personenkult, der Selbstherrlichkeit und der Gleichgültigkeit zu widerstehen.

- Weil wir auf lebendige Beziehungen zu Euch hoffen. Wir und unsere Gesellschaft brauchen Euch. Die Ausgrenzung von Menschen haben wir oft genug als Zerstörung unseres eigenen Lebens erfahren. Umgekehrt konnten wir in der Beziehung zu den - unter der Rücksicht der Kapitalvermehrung - abgeschriebenen Menschen eigene (nicht-fremdbestimmte) Identität neu in uns entdecken.

Wir wollen Euch als politische und liebende Menschen ernst nehmen und nicht bei Eurer Ausgrenzung durch große Teile der Bevölkerung - auch uns Christen - stehenbleiben, sondern gemeinsam mit Euch von unseren Träumen und Utopien sprechen und die ausstehende Diskussion beginnen.

Folgende Fragen haben wir unter uns gesammelt:

1. In jeder Gesellschaft ist es im Ringen um Wahrheit und Gerechtigkeit notwendig, daß Einzelne und Gruppen bereit sind, eine prophetische Rolle zu übernehmen. Es gibt Widerstände; Wahres ist oft nicht mehrheitsfähig. Was treibt uns in dieser Situation um: Gehen wir den Konflikten aus dem Weg, weil uns die Akzeptanz durch die Mehrheit wichtiger ist? Wollen wir uns durchsetzen, um Einfluß, ja, Macht für uns zu suchen oder aus Verantwortung für das Ganze? Von wo bekommen wir unser Mandat, von den Ausgebeuteten der drei Kontinente, den Ausgegrenzten in unserer Gesellschaft, dem "Volk" in seiner Mehrheit?

Wann war es jeweils trotz aller Gesprächs- und Hinhörbereitschaft nötig, "den Tisch umzuschmeißen" - wie Eva Haule einmal schreibt - und zu gehen, statt "wie ein Häschen" daran sitzen zu bleiben? Wir werden im Leben Jesu an die Versuchungsgeschichte (Mt 4,1-11) erinnert oder an die Situation, wo Petrus von Jesus Satan genannt wird (Mt 16,23), als er ihn von seinem Weg nach Jerusalem - der Konfrontation auf Leben und Tod - abbringen will, oder wie Jesus die Tische der Geldwechsler im Tempel umkippt (Mt 21,12). Wann ist die Zeit des guten Zuredens abgelaufen? Wann sind wir verantwortlicher Teil der Unterdrückung geworden? Wann ist Handeln dran, wann das Wiederaufrichten der Tische zu neuem Suchen, Überzeugen und Entscheiden?

2. Wie ist unser Verhältnis zum Staat? Bei dieser Frage werden wir an die vielen unmenschlichen Selbstläufer sich abschottender Bürokratien und Entscheidungsgremien von Parteien wie auch der Wirtschaft erinnert, die die staatlichen Institutionen und die Gesetzgebung massiv bestimmen. Die Folge ist eine dem Volk gegenüberstehende Bedrohung, die Stabilisierung der Herrschaft von immer wenigeren. Das trifft auch auf Staaten zu, die sich demokratisch nennen. Wie reagieren wir darauf? Reicht es, wenn wir die grundgesetzlichen Rechte der Menschen einfordern und uns immer neu gegen die Machtanmaßung stellen? Sollten wir grundlegendere Reformen einklagen? Oder ist der Staat als Institution grundsätzlich abzulehnen; uns fällt die Kritik des Propheten ein, einen König im alten Israel einzuführen (vgl. 1 Samuel 8). Dagegen steht der Rat, sich der Obrigkeit zu unterstellen und sie als von Gott eingesetzt anzusehen (Röm. 13).

Es zerreißt uns fast, wenn wir sehen, daß die christlichen Kirchen bei uns trotz der Fragen nach größerer Gerechtigkeit sich fast kritiklos staatstragend verhalten, wodurch sie den Glauben unserer Ansicht nach

geradezu aus dem Mittelpunkt ihres Verhaltens verdrängen und nicht vorbehaltlos nach dem Grundsatz leben, daß wir nicht zwei Herren dienen können, sondern daß wir Gott (der Quelle des Lebens) mehr als den Menschen gehorchen müssen.

3. Die Gewaltfrage: Die grundlegende Glaubenserfahrung der Juden wie der Christen ist der vierzigjährige Lange Marsch der Befreiung aus der Sklaverei Ägyptens in das Verheißene Land. Dies war gewiß kein gewaltfreier Weg. Dennoch gibt es viele Christen - besonders diejenigen, die über die Friedensbewegung politisiert worden sind -, die sich zum persönlichen Weg der Gewaltfreiheit bekennen. Wir denken an Franz von Assisi und Martin Luther King.

In der Bibel und in der christlichen Tradition gibt es verschiedene theoretische wie praktische Antworten auf die Gewaltfrage. Es gibt die Lehre vom Tyrannenmord und vom Gerechten Krieg, in der neueren Theologie auch die Frage nach der gerechten Revolution. Es gab die waffentragende Jeanne d'Arc und Thomas Müntzer. Es gibt sie in den Armeen und in den bewaffneten Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Südafrikas. Von den ChristInnen, die sich bewaffneten Kämpfen angeschlossen haben, wissen wir, daß eine politisch notwendige Entscheidung zum Töten des Feindes immer mit Schmerz und Erschrecken verbunden ist.

Kann es unter uns gelingen, weniger über den Austausch von Grundsatzpositionen als über ein wachsendes Verständnis unserer verschiedenen Lebenswege, Erfahrungen und Überzeugungen eine gemeinsame Basis zu finden, die Vertrauen schafft für gemeinsame politische Praxis? Wir alle erleben persönliche und strukturelle Gewalt - nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter. Wie gehen wir damit um?

4. Wir bemerken auch auf Grund der Veränderungen in den osteuropäischen Ländern einen Verschleiß der Schlüsselworte wie Klassenbewußtsein oder Sozialismus. Gleichzeitig organisiert sich das Kapital neu; es kommt mehr und mehr zu einer Durchkapitalisierung in Europa und weltweit. Das stellt Fragen an die Organisation des Widerstandes und an die Erneuerung des sozialen Bewußtseins gegen das Profitstreben, den Kriegszustand in den unterdrückten Ländern die die Zerstörung der Natur.

5. Täglich werden wir auf der Arbeit und beim Konsum in Trab gehalten. Die gesellschaftlichen Risse sind sozialpartnerschaftlich verdeckt oder werden einfach geleugnet: Jeder sei seines eigenen Glückes Schmied. In unserer Kultur der Fremdbestimmung und in der besonderen Geschichte hier in der BRD fällt es schwer, aus dieser Identifizierung mit gegnerischen Interessen wieder zurückzufinden, die damit verbundenen Sicherheiten aufzugeben und die Freude internationaler Solidarität zu entdecken. Wie können wir die Klassenkonflikte in unserer Gesellschaft neu bestimmen?

Wir haben bei mehreren Gefangenen bemerkt, wie wichtig Euch die Einheit von persönlicher Beziehung und politischer Diskussion/Aktion ist. Die persönliche und die öffentliche Ebene gehören zusammen. Ähnlich wichtig ist es uns, daß die Ebene des Glaubens und die Ebene der Betroffenheit von Ungerechtigkeit und der Einsatz für Gerechtigkeit nicht auseinanderfallen. Wir erfahren immer wieder, wie gefährlich die Trennung von beidem ist. In der Diskussion mit Dir und Euch allen hoffen wir, daß wir Eure Ganzheit genauso ernstnehmen können wir Ihr die unsere.

Damit kommen wir auf den Punkt. Wir wissen genau, daß Du auf diesen Brief nicht angemessen antworten kannst, ohne mit den anderen Gefangenen zusammen zu leben und um Antworten zu ringen. Uns ist derzeit kein Grund einsichtig, Euch dieses Menschenrecht auf menschlichen Umgang, auf Gemeinschaft, auf ein Kollektiv zu verweigern. Deshalb fordern wir von den Regierenden die Zusammenlegung aller Gefangenen, die das wollen. Wir erbitten keine Gnade, wir fordern Rechte; unser Recht, mit Euch sprechen zu können, wenn Ihr und wir das wollen; Euer Recht, miteinander und mit uns sprechen zu können. Dafür werden wir uns mit dem uns möglichen Nachdruck einsetzen.

Kannst Du bitte den Eingang dieses Briefes bestätigen?

Es grüßt Dich aus Berlin/West: Isolde Böhm; Johanna Erdmann; Jesuitenkommunität Kreuzberg; Karl Köckenberger · aus Berlin/DDR: Dörthe Beyer; Christine Kölbel; Burkard und Sabine Timm · aus Hamburg: Christen für den Sozialismus: Ingo Berchter, Ksenija Radicevic, Andrea Stoll; Helmut Frenz; P. Dominik Germeshausen; aus der Solidarischen Kirche in Nordelbien: Christine Beyer, Uwe Held, Ulfried Kleinert; Regina Ludewig, Rudolf Sommer · aus Köln: Dorothee Mölders; Gruppe Solidarisches Arbeiten: Margret Bürkle, Tina Funken, Ruth Kleinert, Gerhard Mayr; Maria Sauerbir, Georg Wolter · aus Duisburg: Eva Schaaf ·

aus Dinslaken: Johanna Lochner · aus Havisbeck: Mathilde und Roger Reinhard · aus Frankfurt: Stefan Taeubner · aus Dortmund: Hans Thüer; aus Bonn: Bruno Kern.

Antwortschreiben auf den Brief an die Teilnehmer des Hungerstreiks.

Günter Müller, 6110 Dieburg

liebe christenmenschen, euren brief vom 24.1.90 hab ich bekommen und werde euch später ausführlicher antworten. anbei schick ich euch die kurzerklärung zu meinem soli-streik für/mit den kommunistischen gefangenen in spanien. bis denn - liebe grüße

(...)

Eva Haule, Frankfurt

Lieber Christian, ich habe euren Brief bekommen und mich sehr gefreut! Gisel und Ingrid genauso. Ich will euch noch mehr schreiben; bald. Im Moment sind wir mit Köpfen und Herzen bei den Gefangenen in Spanien. Grüße! Eva

Norbert Hofmeier, 4 Düsseldorf 30

Hallo, lieber Christian und ihr von der Initiative, ich will euch erst mal ne Karte schreiben, damit ihr wißt, daß sich euer Brief zu mir durchgeschlagen hat. Daß ich euch antworte, will ich jetzt nicht voreilig versprechen, nicht weil ich kein Interesse habe, sondern weil ich eben nur schaffe, mit einigen drin + draußen zu schreiben, wo auch so vieles sich entwickelt, verändert. Ihr habt es angeschnitten, die osteuropäischen Länder, "4. Reich", internat. Solidarität wichtiger denn je - und jetzt der Kampf der Gefangenen in Spanien; soviel noch, daß ich euer Eintreten für ZL, und die Initiative jetzt, gut finde - bis vielleicht bald, viele solidarische Grüße Norbert venceremos

(...)

Gabi Hanka, 6 Ffm

Hallo Christian und ihr alle die den Brief an uns geschrieben haben, ich möchte euch erstmal wenigstens kurz sagen, daß ich mich über diesen Brief gefreut habe und viel mit anfangen kann. Bei uns, also mir, Siggi, Sven + Stefan ist nur so, daß unser Prozeß am 16.2. anfängt vorm OLG in Ffm und ich (denke geht den anderen ähnlich) nicht schaffe momentan zurückzuschreiben. Wir sind während des Hungerstreiks im Zusammenhang der Aktion gegen die Börse verhaftet worden (Stefan 2 Monate später) und ich wollte euch fragen, ob ihr mal kommen wollt. Der Prozeß ist ab dem 16.2. jeden Mittwoch/Freitag. Ist auch in der TAZ angekündigt. Na, vielleicht bis dann, viele liebe Grüße, Gabi

Adelheid Schulz, Köln 30

Lieber Christian, am Freitag ist euer Brief vom 24.1. gekommen, also mit Verspätung, so ist das jetzt wieder sehr oft mit Briefen und manche kommen gar nicht an. Aber es gibt auch sonst einiges zu hier zu sagen. Heute nur die Karte erstmal und die Tage dann ein Brief zu eurem Brief über den wir uns wirklich gefreut haben. Heute erstmal herzliche Grüße von uns hier. Heidi

Gabi Rollnik, 24 Lübeck

Hallo ihr, ich hätte fast vergessen, es auch schriftlich zu bestätigen. Euer Brief vom 24.1.90 ist bei uns 4 angekommen. Heute haben wir übrigens einen befristeten Streik begonnen zur Unterstützung der Gefangenen des HS der Grapo und PCE für ihre Wiederzusammenlegung. Die TAZ-Seite vom 31.1. zu den SolidaritätsHS kennt ihr sicher? Liebe Grüße von uns, Gabi.

Bischof Dr. Martin Kruse, 3 Hannover 21

Lieber Bruder Christian Herwartz, herzlichen Dank für Ihre Initiative. Ich bin auf meine Weise bemüht, Möglichkeiten der Kommunikation zu befördern. Die Situation ist zäh', aber nicht ohne Hoffnungszeichen. ... Bleibt den Schwachen nahe und werdet nicht müde. Euer M.K.

(...)

günter sonnenberg 7520 bruchsal 1

liebe initiativgruppe für die politische diskussion,

über euren brief vom 24. januar 1990 haben wir drei uns gefreut. wir drei in bruchsal - carlos grosser, christian klar und ich - sind an einer diskussion mit euch interessiert, nur bestimmen und behindern die bedingungen die wir haben. wir drei sehen uns täglich lediglich für eine stunde beim hofgang, sonst nicht. unser antwortbrief wird deshalb etwas später kommen.

mit freundlichen grüßen günter sonnenberg

p.s. versteht dies als bestätigung des eingangs eures briefes; das heißt, bei carlos grosser und christian klar kam er an, bei mir nicht. da es keine anhalteverfügung dazu gibt - und das auch keinen sinn machen würde -, weiß ich nicht, wo oder warum er hängen blieb.

27. Gentechnologie in Nöten: Gericht bestreitet die rechtliche Grundlage für die Nutzung der Gentechnologie

Rubrik: Gentechnologie · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:25

Es ist Eile angesagt bei der Gentech-Lobby. Nach dem Verbot der geplanten gentechnischen Human-Insulin-Produktion bei Hoechst durch das Hessische Verwaltungsgericht Anfang November 1989 brodelt es bei Koalitionsparteien, Industrie und Wissenschaft. Im Gewaltmarsch wechseln sich nach der Lesung des 3. Entwurfs zum Gentech-Gesetz im Bundesrat Anhörungen, Änderungsvorschläge und Stellungnahmen im Bundestag und seinen Ausschüssen ab.

Dahinter steckt die Gentech-Industrie, die, im Einvernehmen mit der IG Chemie "den Standort BRD gefährdet sieht" (1) und massiven Druck auf die Regierungskoalition ausübt, noch vor den Landtagswahlen in Niedersachsen im Mai 1990 ein industriefreundliches Gesetz durchzupeitschen, um im Falle eines möglichen Verlustes der Mehrheit im Bundesrat ihre Profitinteressen und Machtstrukturen rechtzeitig gesichert und gefördert zu wissen. Aktiv unterstützt wird die Industrie von ihrer "unabhängigen" Wissenschaftslobby, die in Sorge um ihr internationales Prestige als Bürgerinitiative 2000 Unterschriften unter Kollegen zur Unterstützung und beschleunigten Verabschiedung des Gesetzes sammelte und diese vor der Anhörung zum Gentech-Gesetz in Bonn der Presse vorstellte. (2) Unter den Gegnern formiert sich ein breiter, aber größtenteils noch sanfter Widerstand.

Mit der Begründung, es bestehe keine rechtliche Grundlage für die Nutzung der Gentechnologie, stoppte das Hessische Verwaltungsgericht in Kassel die Inbetriebnahme der bundesweit ersten gentechnologischen Anlage bei Hoechst (3) und indirekt wohl auch weitere, zur Zulassung anstehende Gen-Projekte der Marburger Behringwerke und der Aachener Firma Grünenthal. Laut Urteil enthalten die bestehenden Gesetze wie das Bundes-Immissionsschutz-Gesetz, das Bundes-Seuchen-Gesetz und das Chemikalien-Gesetz keine ausdrückliche Regelung für die Genehmigung solcher Anlagen (3). Weiter heißt es in der Urteilsbegründung: "Bei der Anwendung gentechnologischer Methoden, insbesondere der beabsichtigten oder unbeabsichtigten Freisetzung, geht es um Risiken, die zu möglicherweise unermeßlichen Schäden führen und damit das Ausmaß denkbarer Schäden der Kernenergie erreichen oder sogar überschreiten können." (4) Zwei Tage nach diesem Urteil legte die Regierungskoalition dem Bundestag einen Gesetzesentwurf zur Gentechnik vor. Allein aus dem Bundesrat gingen 254 Änderungsanträge der Ländervertreter ein. (5) Und auch die Industrie zeigte sich nicht ganz so einverstanden mit dem Entwurf: sie forderte u.a. eine Verlagerung der Genehmigung von Bundes- auf Länderzuständigkeit - was übrigens auch eine Forderung der KritikerInnen ist - und erhofft sich mit den Arbeitsplätzen im Rücken, die Länder gegeneinander ausspielen zu können.

Die härtesten Befürworter des Entwurfs kommen allerdings aus den Wissenschaftlerkreisen, so die Vertreter der Max-Planck-Institute, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS) und der Gesellschaft für Mikrobiologie. (6) Prof. Winnacker, Leiter des Max-Planck-Institutes für Biochemie in Martinsried bei München legte eine gemeinsame Erklärung von 2000 Wissenschaftlern vor, die Bundesregierung und Bundesländer auffordert, in der Gesetzgebung die Zukunft dieser so "wichtigen und chancenreichen Technologie" zu garantieren. (7) Unterstützt wurde besonders der ausdrückliche Fördergedanke, der dem Beispiel des Atomgesetzes folgend im ersten Paragraphen des Gentech-Gesetzes festgeschrieben werden soll. (8)

Nicht nur damit ist das Gentech-Gesetz ein eindeutiger Interessenträger der Gentech-Industrie. Durch alle Paragraphen und Verordnungen zieht sich klar der Schutz und die Förderung der Interessen der Gentech-Lobby und nicht der Schutz von Bevölkerung und Umwelt. Deutlich wird das an Punkten, wie der völlig mangelhaften Öffentlichkeits-Beteiligung bei Genehmigungen, der zentralen Entscheidungskompetenz und einseitigen Besetzung der ZKBS mit fast ausschließlich Gen-Wissenschaftlern und Industrievertretern, die die Bundesregierung beraten und die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen überwachen soll - womit sie quasi zur Exekutive wird -, und der Haftungsregelung, die bei der Risikobehaftung dieser Technologie auch nichts anderes als unzulänglich sein kann.

Im Wesentlichen entspricht dieser dritte Entwurf noch dem vorangegangenen Entwurf vom Juli 1989. (Eine ausführliche Abhandlung des Gesetzentwurfs ist im AK 309 nachzulesen.)

Als öffentliche Alibiveranstaltung folgte auf die erste Lesung des Entwurfs eine dreitägige Anhörung vom 17. - 19.1.1990 im Bundestag. Besonders die KritikerInnen von den Umweltschutzverbänden fühlten sich verarscht. Sie durften, wenn überhaupt zugelassen, keine grundsätzlichen Argumente gegen die Gentechnologie vorzubringen. (6) Hauptsächlich von Seiten der Länder wurden so viele Änderungsvorschläge gemacht, daß ein ganz neuer Entwurf geschrieben werden müßte. Um aber einer dann notwendigen erneuten ersten Lesung im Bundestag und einer weiteren Verzögerung zu entgehen, wurde am 31.1.1990 ein quasi neuer Entwurf mit mehr als 50% Änderungen beraten. (9) Bis zum 7. März werden die fieberhaft 2-3 mal pro Woche tagenden Ausschüsse ihre Stellungnahmen abgeben, dann tagt der federführende Ausschuß mit anschließender zweiter und dritter Lesung des Gesetzes. Noch vor der Niedersachsen-Wahl am 13. Mai 1990 soll die zweite Lesung erfolgen. (2)

Bisher zeichnen sich folgende Änderungen am Entwurf ab:

- Den Wünschen der Industrie nach einer Länderzuständigkeit für die Genehmigungen von Forschung und Produktionsanlagen (10) soll entsprochen werden. Beraten werden auch die Länder von der ZBKS-Gentech-Lobby.

- Eine einmalige Genehmigung einer gentechnischen Anlage soll ausreichend sein, die dort später durchgeführten Projekte bedürfen keiner weiteren Genehmigung mehr.

- Der Bund soll für "Inverkehrbringen" und Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen und Produkte zuständig bleiben.

- Wegfallen soll der Haftungsausschuß bei "höherer Gewalt"; eine Haftungs-Obergrenze wurde festgelegt.

- Öffentlichkeitsbeteiligung soll es nur in Genehmigungsverfahren der oberen Gefährdungsklassen 2-4 geben, aber auch nur bei der ersten Einrichtung der gesamten Anlage. In der Forschung soll es keine Öffentlichkeitsbeteiligung geben.

- Bei Freisetzungsversuchen soll die Öffentlichkeit nur beteiligt sein, wenn "eine Gefährdung der Bevölkerung nicht ausgeschlossen werden kann". Ob eine Gefährdung vorliegt, entscheidet die ZKBS, der jetzt ein Vertreter von Umweltverbänden angehören soll.

- Beibehalten bleibt die ausdrückliche Förderung der Gentechnologie und sogar ein Rechtsanspruch auf Genehmigung in der Sicherheitsstufe 1, in der die meisten Produktionsanlagen angesiedelt sind. (11) Wissenschaft und Industrie können also zufrieden sein.

Auf der Basis einer "konstruktiven" Kritik an den "Unzulänglichkeiten" des Gesetzes fanden sich noch vor der Anhörung 18 Verbände in einem "Memorandum zum Gentechnikgesetz" zusammen. (Das Memorandum ist zu beziehen über: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V., Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3) Dieses breite, bürgerliche Spektrum reicht vom Deutschen Naturschutzring, BUND, den Tierschützern über den BBU und die Grünen bis hin zur Katholischen Landjugendbewegung. Neben der Ausarbeitung von durchaus berechtigten Kritiken und Einzelforderungen wird in dem Memorandum die Gentechnik selbst nicht in Frage gestellt, sondern eher an einen verantwortungsvollen Umgang mit der Gentechnik appelliert (an wen? - an die Gentech-Industrie?, an die Regierungskoalition?) und ein "Außer Kraft-Setzen" bestehender Gesetze wie des Bundes-Immissionsschutz-Geset zes und des Naturschutz-Gesetzes, die ja bisher mit ihrer gesetzlich geregelten Öffentlichkeitsbeteiligung Bevölkerung und Umwelt so schön geschützt haben, als "Demokratieabbau" angeklagt. Die Kompetenzen und Zusammensetzung der das Bundesgesundheitsamt (BGA) beratenden ZKBS werden beanstandet, eine generelle Kritik des auch ohne ZKBS traditionell industriefreundlichen BGA als genehmigende Behörde bleibt aus.

Im Punkt der Forschung an menschlichen Embryonen, der in diesem Gesetz noch nicht geregelt wird, kann sich das Memorandum noch nicht einmal zu einer ausdrücklichen Verbots-Forderung durch- ringen. Zur Frage der Genomanalyse wird ein "Gesetz zur Regelung eines verantwortungsvollen Umgangs" gefordert. Insgesamt enthält die Kritik weder eine grundsätzliche Infragestellung der Gentechnik noch werden die sie hervorbringenden kapitalistischen Grundlagen und ihre sozialen Auswirkungen berücksichtigt. So eine Kritik

kommt den Herrschenden entgegen, denn sie kann, wie es die sozialdemokratischen Kreise bereits praktizieren, in die Strategie einer öffentlichen Akzeptanz-Förderung einbezogen werden. Dabei kommen dann solche Stellungnahmen heraus, wie sie etwa der SPD-Gentech-Experte Catenhusen formuliert: er hält die Gentechnologie generell für notwendig und drängt auf eine Verabschiedung des Gesetzes noch in diesem Jahr. (12) Seine Zugeständnisse an die KritikerInnen und seine Kritikpunkte am Gesetz sind eine Bemängelung der Öffentlichkeitsbeteiligung und des ungenügenden Haftungsrechts sowie eine fehlende Anpassung an das EG-Recht (13), welches zum Teil selbst noch nicht festgelegt ist.

Mit diesen Positionen können sich die Industrievertreter durchaus einigen, denn ein bißchen Öffentlichkeitsbeteiligung, verbunden mit der sozialdemokratischen Strategie der Einzelfallbetrachtung und einer verharmlosenden "Technologiefolgenabschätzung", suggeriert der Bevölkerung eine Abschätzbarkeit der Risiken und vermittelt den Eindruck eines "verantwortungsvollen", differenzierten Umgangs mit den Gefahren der Gentechnologie. Der Industrie ist eine baldige Verabschiedung wichtiger als ein Kompetenzstreit. (14) So fordert sie, "egal wie hart", schnell "einen gesetzlichen Rahmen" (1), denn sie kann sich ganz auf ihren Einfluß auf die nach Verabschiedung des Gesetzes auszuformulierenden Sonderregelungen verlassen. In ihren PR-Kampagnen überschlägt sich die Industrie förmlich; so "begrüße" die Bayer AG "eine Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie in dem Gesetz bei tatsächlichen (!) Risiken vorgesehen sei, grundsätzlich" (15) oder halte sie sogar für "wünschenswert". (16) Auf dieser Ebene der Akzeptanzstrategie ist auch jegliches öffentliche Auftreten der Betreiber der Gentechnologie in Veranstaltungen z.B. mit Bürgerinitiativen gegen Produktionsanlagen zu sehen.

Hier kommt es dann zur Spaltung an der Gen-Front in KritikerInnen, die sich am "runden Tisch" auf ein Mindestmaß an Sicherheitsvorkehrungen auf Grundlage des Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes einigen wollen, und radikalen Gentech-KritikerInnen und Autonomen, die solche Diskussionen generell als Verarschung ansehen und, wie z.B. in Marburg letztes Jahr eine Podiumsdiskussion der BI Fra-Gen mit Vertretern der Behringwerke mit der Parole "Kein Dialog mit den Behringwerken" sprengten.

Auch die Gewerkschaftspositionen sind gespalten. Die IG Chemie gilt der Industrielobby als verläßlicher Partner im "Kampf um den Standort Bundesrepublik" und "die Hoffnungen von Forschungsminister Riesenhuber und dem Präsidenten des Verbandes der Chemischen Industrie richten sich auf eine Vermittlerrolle der IG Chemie". (1) Die anderen Gewerkschaften reihen sich in die KritikerInnen ein und thematisieren u.a. die sozialen Auswirkungen der Genomanalyse am Arbeitsplatz, die eine bessere Anpassung des Menschen an den technischen Ausbeutungsprozess bedeutet, und die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen für Arbeitnehmer in der gentechnischen Produktion.

Obwohl die Grünen den Einsatz der Gentechnologie grundsätzlich ablehnen (13), beteiligen sie sich an den "Verbesserungsvorschlägen" der Memorandum-Gruppe. Sie erheben verfassungsmäßige Bedenken gegen die "Leerstellen" im Gesetz, die zum größten Teil noch der nachträglichen Auffüllung durch 30 Rechtsverordnungen bedürfen. Klagen dieser Art können allerdings erst nach Verabschiedung des Gesetzes beim Bundesverfassungsgericht eingereicht werden. (13)

Aktionstage gegen das Gentechnik-Gesetz

Initiiert vom Göttinger Arbeitskreis gegen Gentechnologie bei der Mitgliederversammlung des Gen-Ethischen Netzwerks im Dezember 1989 wurden für den 15.-17.3.90 bundesweite, dezentrale Aktionstage gegen das Gentechnik-Gesetz beschlossen. Trägerkreis ist ein breites Bündnis aus Mitgliedern der Memorandum-Gruppe (s.o.), Umweltschutzverbänden, Ökoinstitut Freiburg, Frauengesundheitsläden, Arbeitsgruppen von BiologInnen verschiedener Asten der Unis u.a. Neben einem gemeinsamen Aufruf, der sogar BI's wie den Marburger Fra- Gen oder den Grünen zu lasch formuliert ist, und einem bundesweiten Plakat mit den jeweiligen örtlichen Unterstützergruppen bleibt die Gestaltung der Aktionstage den einzelnen örtlichen Gruppen überlassen. Je nach Aktionsbündnis könnten in den Städten auch radikalere Aktionen stattfinden bzw. auf Veranstaltungen radikalere Positionen vertreten werden. Den vorliegenden Aufruf allerdings, der auf ein breiteres Bündnis hinzielt, werden wohl autonome Gentech-GegnerInnen und radikale Feministinnen nicht unterstützen. In einigen Städten sollen aber noch eigene Aufrufe formuliert werden, so daß sich durchaus auch Gruppen, die das Gentech-Gesetz nicht für reformierbar halten und eine grundlegende Kritik an kapitalistischen Technologien haben, an den Aktionstagen beteiligen können.

Su

Anmerkungen:

1) Chemische Rundschau Nr. 42, 19.10.89

2) GID-Gen-Ethischer Informationsdienst 51

3) Frankfurter Rundschau, 9.11.89

4) Frankfurter Rundschau, 11.11.89

5) Der Spiegel, 3/1990

6) taz, 19.1.90

7) Handelsblatt, 16.1.90

8) Süddeutsche Zeitung, 20.1.90

9) taz, 24.1.90

10) FAZ, 18.1.90

11) taz, 1.2.90

12) FR, 18.1.90

13) taz, 17.1.90

14) Stuttgarter Zeitung, 1.2.90

15) Handelsblatt, 19.1.90

16) Süddeutsche Zeitung, 20.1.90

28. El Salvador: Flüchtlinge kehren zurück

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:04

Die Auseinandersetzungen der Flüchtlinge mit der Regierung von El Salvador sind in jeder Hinsicht beispielhaft für die dort herrschenden Verhältnisse: keine Zugeständnisse, kein Pardon mit politischen GegnerInnen. Jeder, auch der kleinste Fortschritt, muß mit absoluter Entschlossenheit erkämpft werden.

Zu Beginn des Jahres 1986 führte das salvadorianische Militär vier große Militäraktionen durch, mit der bestimmte Gebiete von Zivilbevölkerung und von KämpferInnen der FMLN gesäubert werden sollten: Operation Phoenix um den Guazapa-Vulkan, Operation Chavez Careno in Chalatenango, Operation Calixto in San Vicente und Usulután und die Operation Heroes de Joateca in Morazán und San Miguel. Es gelang zwar nicht, die FMLN aus diesen Gebieten zu vertreiben, umso größere Opfer kosteten diese Aktionen dagegen die Zivilbevölkerung, die teilweise aus diesem Gebiet herausgebombt und -gemordet wurde. Mehr als 245 Zivilisten wurden allein im Guazapa-Gebiet durch das salvadorianische Militär ermordet. Mehr als 462 Häuser wurden zerstört. 300 Manzanas (1 Manzana=0,7ha) Mais-und 50 Manzanas Bananenanbaugebiet wurden zerstört. Das Militär versuchte die Lebensgrundlage der Bevölkerung zu vernichten.

Trotzdem erreichte kurz nach diesen Angriffen der Widerstand der vertriebenen Zivilbevölkerung mit einem nationalem Forum der Flüchtlingsorganisationen vom 13.-15. Mai 1986 in der Nationalen Universität, auf dem die Nationale Koordination für Rücksiedlungen (CNR) gegründet wurde eine neue Qualität. CRIPDES, die Organisation der Vertriebenen, die u.a. die Rückkehr von Flüchtlingen aus Mesa Grande organisiert, bestand zur Zeit dieser Konferenz bereits seit zwei Jahren.

Die aus El Salvador nach Honduras geflohene Zivilbevölkerung lebt dort vor allem in den drei Lagern Mesa Grande, San Antonio und Colomoncagua. (1986 ca. 20.000 Menschen)

Hinzu kamen zu diesem Zeitpunkt ca. 500.000 Inlandflüchtlinge, sowie weitere Flüchtlinge, die nach Guatemala, in die USA etc. geflohen sind.

Die interne Rücksiedlungsbewegung begann im Juni 1986. Die beiden ersten großen Rücksiedelungen wurden nach San José Las Flores am 20.6.86 und El Barillo am 15.7.86 durchgeführt. Später kamen die Rücksiedlungen nach Panchimilama (31.1.87) und EL Higueral (Februar 1989) hinzu. Sowohl die Rücksiedlungsaktionen selbst, als auch die dann (neu) entstandenen Dörfer stehen unter ständiger Drohung und immer wiederkehrenden Angriffen durch das Militär, das in den rückgesiedelten Menschen eine Rekrutierungs- und Rückzugsbasis für die Aktionen der FMLN sieht.

Am 26.6.86 brachen 118 Menschen nach San José Las Flores auf. Mit einer Pressekonferenz und campos pagados (Anzeigen in Zeitungen und Radio) wurde die internationale Öffentlichkeit auf die Aktion aufmerksam gemacht. Zahlreiche internationale BeobachterInnen begleiteten die Aktion um ihr internationalen Schutz zu gewähren.

Seit Beginn der Rücksiedlung nach San José Las Flores hat sich die Anzahl der Dorfbewohner fast verzehnfacht. In dem Dorf gibt es heute eine Schule, einen Kindergarten, ein Programm zur Erwachsenenalphabetisierung und einen Basisgesundheitsdienst. Die landwirtschaftliche Produktion ist seit langem wieder in Gang gekommen. 75 Manzanas Land werden gemeinschaftlich bewirtschaftet, zusätzlich stehen jeder Familie ein halber bis ein Manzana zur individuellen Bebauung zur Verfügung.

Ähnlich gestalteten sich die Rücksiedlungen nach El Barillo im Department La Paz und El Higueral im Norden von Chalatenango. Hier war es insbesondere die schottische Kirche, die die Aktionen betreute; der Bischof aus Edinburgh begleitete die RücksiedlerInnen persönlich in ihr Dorf.

Von den insgesamt 20.000 honduranischen Flüchtlingen kehrten aus Mesa Grande im Oktober 1987 ca. 4300, im August 1988 ca. 1200 und im November ca. 1500 Personen nach El Salvador zurück. Diese Rücksiedlungen aus Honduras waren mit noch größeren Schwierigkeiten verbunden als die Rücksiedlungen innerhalb El Salvadors.

Die Flüchtlinge in Honduras sind dort ständigen Gängeleien und Unterdrückungen durch das honduranische Militär ausgeliefert. Sie dürfen die Lager nicht verlassen und sind auf Spenden Dritter angewiesen. Immer wieder kommt es zu Übergriffen und Schießereien, bei denen es des öfteren auch schon Tote gegeben hat.

Kein Wunder also, daß die Menschen aus diesen Lagern - trotz der Ungewißheiten und Gefahren, die sie in El Salvador erwarten - an einer Beendigung ihrer unwürdigen Situation in den Lagern interessiert sind.

Dieses Interesse deckte sich jedoch nicht mit dem Interesse der salvadorianischen Regierung, die einen Verlust der Kontrolle und eine Unterstützung für die FMLN durch die rückgesiedelten Personen fürchtet und alle externen Rücksiedlungen - noch mehr als die internen - zu erschweren versucht. Daran hat sich auch durch das Abkommen von Tela der fünf mittelamerikanischen Präsidenten im Jahr 1989, in dem das Recht auf Rücksiedlung zugestanden wurde, nur wenig geändert. Ein Recht, das im übrigen auch schon im Abkommen von Esqipulas im August 1987 festgeschrieben worden war.

Entsprechend genehmigte die Regierung Duarte auch erst am Tag vor Beginn der ersten Rückkehr aus Mesa Grande diese Aktion, als klar war, daß die Rücksiedlung auf jeden Fall stattfinden würde. Erst dann stellte das UNHCR (UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen) auch Transportmittel für die RückkehrerInnen zur Verfügung.

Nach der Gründung der CNR im Mai 1986 hat sich die Rückkehrbewegung weiter und besser organisiert. Allein für den Bereich des CNR gibt es heute fünf Regionalkomitees (in Uslután, San Vicente, La Libertad, das CCR - Koordination der Gemeinden und Rücksiedlungen in Chalatenango und CRCC Komitee der RücksiedlerInnen von Cuscatlán und Cabanas.

Die Rücksiedlungen kämpfen mit zwei zentralen Problemen: der schlechten Versorgungslage und den Operationen der Militärs.

Die eigene landwirtschaftliche Produktion reicht vielfach noch nicht aus um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Hilfsgüter werden immer wieder angehalten, zerstört, oder zumindest ihre Auslieferung verzögert.

Die Militäroperationen dienen zum einen der Einschüchterung der RücksiedlerInnen, zum anderen werden die Zivilisten aber auch Opfer im rücksichtslosen Kampf des Militär gegen die FMLN, bei der Bombardements und Granatwerfer-und Mörserbeschuß zum Alltag gehören. Allein im Sommer 1989 wurden hierbei u.a. ein Kind durch Maschinengewehrfeuer aus einem Hubschrauber in Guarjila schwer verletzt, ein Mann in Arcatao getötet, in Santa Cruz verhungerten drei Kinder als Folge einer Blockade durch das Militär.

Auch die Organisationen der RücksiedlerInnen unterliegen massiver Repression. Am 19. April 89 wurden 64 Personen im Büro von CRIPDES nach einem Anschlag auf den Generalstaatsanwalt Alvarez verhaftet. Einige der Festgenommenen kamen erst nach Monaten der Haft und Folter wieder frei.

Parallel dazu versucht die Regierungsorganisation CONADES (Nationale Kommission für Vertriebene), die Bevölkerung in Wehrdörfern zusammenzufassen und Strukturen der Zivilverteidigung aufzubauen. Bisher allerdings mit extrem geringem Erfolg, was die Repression gegen die RücksiedlerInnen wieder verschärft.

Gleichzeitig versucht das Militär in den rückgesiedelten Dörfern Zwangsrekrutierungsaktionen durchzuführen.

All diese Maßnahmen liegen voll in der Logik der Herrschenden in El Salvador, die sich insbesondere gegen solche zivilen Strukturen richten, die sich ihrer Herrschaft zu entziehen versuchen. Die traditionelle Vereinzelung der salvadorianischen Kleinbauern ist - als politisches Programm - in den Flüchtlingslagern und den rückgesiedelten Dörfern aufgehoben worden. Statt Vereinzelung kollektive Strukturen und damit die Möglichkeit einer anderen Lebensorganisation und der besseren Vertretung der eigenen Interessen gegenüber den Großgrundbesitzern und dem Staat sind Grundprinzipien ihrer Art zu wirtschaften. Damit wird zugleich die Verfügbarkeit dieser Menschen für den auf Exportproduktion beruhenden Agrarsektor (Kaffee), der von der Oligarchie beherrscht wird, aufgehoben.

Gleichzeitig versuchen die Menschen durch diese kollektive Organisation und Wirtschaftsweise schon jetzt im Ansatz ein Stück der nach der Revolution gewünschten Wirtschafts- und Lebensweise vorwegzunehmen.

J.M., T.F.

29. Saddam"s Irak: RgW-Entwicklung schafft Zugzwang

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:51

Bereits im Januar 1989 kündigte der irakische Präsident Saddam Hussein Reformen im politischen System des Irak an. Er versprach die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, eines Parteiengesetzes als Grundlage für ein Mehrparteiensystem und eines neuen Pressegesetzes. (1)

Nachdem von diesen Plänen lange Zeit nichts mehr zu hören war, beorderte Saddam kürzlich alle irakischen Botschafter in den sozialistischen Ländern zum großen Ratschlag nach Bagdad. Wenn wir, so Saddam, angesichts der Veränderungen in der sozialistischen Welt nicht in der Lage sind, bei uns Veränderungen vorzunehmen, werden wir eines Tages nicht mehr an der Macht sein. (2)

Vor allem die Veränderungen in der DDR und das Ende Ceaucescus in Rumänien lassen die arabischen Diktatoren, allen voran Saddam Hussein, zittern; denn ihre Systeme sind nach ähnlichem Muster aufgebaut. In diversen arabischen Ländern haben Veränderungen stattgefunden: in Jordanien wurde nach 22 Jahren zum ersten Mal ein Parlament gewählt, im Südjemen diskutiert die herrschende Partei den Verzicht auf den Führungsanspruch in der Gesellschaft, in Kuwait kam es zu Demonstrationen. Der syrische Präsident Hafiz-el Asad kündigte Reformen an, Beobachter rechnen sogar mit der Zulassung neuer Parteien in Syrien. (1)

Nach den Veränderungen in Osteuropa kann Saddam nicht mehr darauf bauen, daß die sozialistischen Länder seine Position mittragen und z.B. in der Menschenrechtsfrage eine Verurteilung durch internationale Gremien verhindern.

Das politische System im Irak Machtkonzentration - Terror - Vernichtung

"Nicolae Ceaucescu", schrieb die Financial Times im Januar dieses Jahres, "war ein aufgeklärter Herrscher im Vergleich zu Saddam Hussein, der Oberkommandierender der Streitkräfte ist, Vorsitzender des Revolutionären Kommandorates, Generalsekretär des Regionalkommandos der Baath-Partei, Vorsitzender des Landwirtschaftsrates, Vorsitzender des Hochrates für die konsequente Beseitigung des Analphabetentums, Ritter der arabischen Nation, Held der nationalen Befreiung, der neue Nebukadnezar, Präsident und Führer, Präsident und Kämpfer ..." (3) Die Machtfülle in der Hand des Präsidenten, der den beiden tatsächlich herrschenden Staatsorganen, dem revolutionären Kommandorat und der Regionalführung der Baath-Partei vorsitzt, ist ungeheuerlich.

Einem speziellem Präsidialamt unterstehen fünf Geheimdienste. Sie sind auf die Bevölkerung, die Armee und die Partei angesetzt, um jede oppositionelle Bewegung schon im Keim ersticken zu können. Einer dieser Geheimdienste, "die besondere Ermittlungskommission", hat ihren Sitz in Kurdistan und ist auf die Verfolgung der kurdischen Opposition spezialisiert.

Das Parlament und die Regierung spielen nur eine Nebenrolle. Die Baath-Partei selber ist nach zahlreichen Säuberungen innerhalb des Apparats nur noch ein verlängerter Arm der herrschenden Clique um den Präsidenten und erfüllt ihre Funktion als Sicherheitsdienst zur Bespitzelung der Bevölkerung. Dieser Apparat betreibt die gnadenlose Verfolgung der Opposition: Massenverhaftungen, Folter, Hinrichtungen, Massenerschießungen, Verschleppung von Familienangehörigen vermeintlicher Oppositioneller, Zerstörung von Häusern bei Familien, deren Kinder oppositioneller Aktivitäten verdächtigt werden. 1979 schob das Regime 200.000 Menschen in den Iran ab, um sich potentieller oder vermeintlicher Gegner zu entledigen und sich ihres Eigentums zu bemächtigen.

Die Baath-Partei hatte 1963 zum ersten Mal die Macht ergriffen. Ihre Milizen metzelten in Februar 1963 mehrere Tausend Kommunisten auf den Straßen Bagdads nieder. Zu einer Großoffensive gegen die kurdische Widerstandsbewegung unter Barzani holte sie sogar syrische Interventionstruppen ins Land. Bei der Vorbereitung dieses Putsches spielten damals mächtige Ölgesellschaften und westliche Geheimdienste eine Rolle, die sich der Baath-Partei bedienten, um eine Nationalisierung des Ölsektors zu verhindern und die damals stärkste Partei, die Kommunisten, an der Machtergreifung zu hindern. Doch nur wenige Monate später wurden die Baathisten von arabisch-nationalistischen Offizieren wieder abgesetzt. Als die Baath-Partei 1968 erneut die Macht ergriff, ging sie klüger vor: sie verhandelte mit der kurdischen Opposition über eine

Autonomie und schloß mit der KP ein Abkommen über die Bildung einer Nationalen Front. Als diese Front 1973 gegründet wurde, fanden sich die kurdische Nationalbewegung und die Kommunisten, die bisher gemeinsam in der Opposition gewesen waren, in getrennten Lagern wieder.

Bittere Erfahrungen

Gerade wenn jetzt über Demokratisierung gesprochen wird, ist es aufschlußreich, die damals gemachten Erfahrungen bei der versprochenen Beteiligung von Opposition zu rekapitulieren.

Der kurdischen Opposition war 1970 im Abkommen vom 11. März zugesichert worden, daß Kurdistan Autonomie gewährt und die Kurden an der Regierung beteiligt würden. Doch wurde dieses Versprechen nie eingelöst: Eine Beteiligung am Zentrum der Macht, dem Revolutionären Kommandorat, konnte nie durchgesetzt werden. Stattdessen gab es für die Kurden dekorative Ministerposten in der völlig einflußlosen irakischen Regierung.

Diese fehlende Bereitschaft der Baathisten, die Macht mit anderen zu teilen, führte - neben anderen wichtigen Faktoren - zum Wiederausbruch des Krieges in Kurdistan 1974.

Die Kommunistische Partei hatte mit ihrer Aufnahme in die "Nationale Front" der Führungsrolle der Baath-Partei in Staat und Gesellschaft zugestimmt. Das bedeutete ihre völlige Knebelung: Agitation in relevanten gesellschaftlichen Bereichen, vor allem aber in der Armee, war ihr damit verboten. Trotz ihrer Anpassung ging die Verfolgung der Kommunisten weiter. Erst 1979, nachdem Wehrpflichtige, die vorher an der Schule als Sympathisanten der KP bekannt geworden waren, hingerichtet wurden, entschloß sich die Kommunistische Partei, die Front zu verlassen und in den Untergrund zurückzukehren.

Nato-Interessen und große Geschäfte

Die Nato-Staaten, vor allem die USA, haben sich von der sozialistischen Rethorik des mit der Sowjetunion verbündeten Irak der Baathisten nie abschrecken lassen. Als der Irak im Sommer 1980 seine Offensive gegen den nachrevolutionären Iran begann, war Saddam den meisten zur Eindämmung der islamischen Revolution höchst willkommen. Mit Billigung und Unterstützung der imperialistischen Staaten intensivierte der Irak seine Kooperation mit den reaktionären arabischen Staaten Saudi-Arabien, Kuwait und den Emiraten, die den Krieg finanzierten und mit Ägypten, das Waffen lieferte und auch Truppen entsandte.

Neben der Sowjetunion, die allerdings den irakischen Einmarsch in den Iran nicht unterstützt hatte, lieferten vor allem Frankreich, aber auch die BRD Waffen, Ausrüstungsgegenstände und insbesondere Giftgastechnologie an den Irak.

Die USA unterstützte den Irak mit der in Saudi-Arabien stationierten AWACS- Aufklärung. 1983 war der Irak mit 600 Mio. US-Dollar der größte Empfänger von US-Krediten für Landwirtschaft und Lebensmittelkäufe. (5) 1985 nahmen USA und Irak ihre diplomatischen Beziehungen wieder auf. Saddam strebte danach, die durch den Sturz des Schah freigewordene Rolle des Polizisten in der Golfregion zu übernehmen und die imperialistischen Staaten unterstützten ihn als Gegengewicht zum Iran.

Neue Reiche und wirtschaftliche Öffnung

Parallel zur politisch-militärischen Koordination mit dem Westen begann eine Umorientierung in der Wirtschaftspolitik. In den 70er Jahren wurde aus den steigenden Öleinnahmen ein üppiger staatlicher Sektor finanziert, der zahlreiche Investitionen in Industrie und sozialem Sektor umfaßte. Durch eine spürbare Anhebung des Lebensstandards der städtischen Armen sollten die Widersprüche zwischen dem Regime und der Opposition abgeschwächt und dem Regime eine Massenbasis gesichert werden. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre setzte eine Umorientierung ein. Bei der Vergabe von Großprojekten des öffentlichen Sektors wurden private Geschäftsvermittler, die mit der Abwicklung beauftragt wurden, schnell reich. Diese "Contractors" sind das Zentrum der sich rasch entwickelnden irakischen Bourgeoisie, die vor allem aus Günstlingen des Regimes besteht und völlig vom Baath-Regime abhängig ist.

Diese "Infitah" (Öffnungspolitik) wurde nach dem Ende des iranisch-irakischen Krieges forciert. Zahlreiche Unternehmen des öffentlichen Sektors wurden privatisiert. (6)

Während der Kriegsjahre wurden die oppositionellen Organisationen als Kollaborateure des Feindes diffamiert und waren gnadenloser Verfolgung ausgesetzt. Gegen die kurdische Nationalbewegung wurde eine Strategie entwickelt, die auf die völlige Vernichtung der Existenz des kurdischen Volkes im Irak abzielt.

nm.

Anmerkungen:

(1) afp 13. Jan. 1989

(2) Der Spiegel, Anf. Feb. 1990

(3) Financial Times, 5. Jan. 1990

(4) Al-Qabas, 1.3.1990

(5) Springborn Robert, Iraq`s Agrarian Infitah, Middle East Report 145, 3/1987

(6) Khaffaji Issam, State Incubation of Iraqi Capitalism in: MERIP-Report 142, 9/1986

30. Kurdistan-Irak: Deportationen und Vernichtung

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:01

"Selbst ein Ungläubiger hätte Mitleid, wenn er unsere Lage sähe", schrieb ein deportierter Kurde aus Piremagrun im Juni vergangenen Jahres an eine in Bagdad erscheinende Zeitschrift. Die strategische Siedlung Piremagrun ist eine riesige Kolonie symmetrisch angeordneter Reihenhäuser direkt an der Durchgangsstraße zwischen den Städten Dokan und Suleymania, der heimlichen Hauptstadt Kurdistans. Die Einwohner von Dokan mußten 1988 ihr schönes Städtchen mit Ausblick auf den gleichnamigen Stausee verlassen und wurden nach Piremagrun deportiert. In Dokan selbst stehen nur noch einige spitzgiebelige Ferienhäuschen und der häßliche Betonklotz einer großen Hotelkette. Der alte Ort ist vollständig zerstört.

Die Täler südlich und östlich des Dokan-Sees sind heute öde und verlassen. Mehr als 120 Dörfer sind in diesem Gebiet zerstört worden. Ihre Einwohner wurden nach Piremagrun und in andere strategische Siedlungen zwangsumgesiedelt. Im Frühjahr 1988 hatte die irakische Armee in diesem Gebiet, das von den Partisanen der kurdischen Widerstandsorganisationen kontrolliert wurde, mit massiven Giftgaseinsätzen und allen Waffengattungen angegriffen. Hunderte kamen im giftigen Nebel ums Leben, Tausende von Dorfbewohnern flohen in den Iran.

Im August 1988, nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg, führte das irakische Regime seine letzte große Offensive gegen die befreiten Gebiete des kurdischen Widerstandes. Zehntausende flohen vor den massiven Giftgaseinsätzen in die Nachbarländer Iran und Türkei. Danach begann eine neue Welle von Deportationen und Umsiedlungen, die bis heute anhält.

Die Stadt Qala Dize mitsamt einiger Sammellager, in die man zu Beginn der 80er Jahre die Bewohner der Grenzdörfer dieser Region gesteckt hatte, wurde im Juni 1989 deportiert. Mehr als 120.000 Menschen wurden auf Militär-LKW verladen und in strategische Großsiedlungen in den Provinzen Erbil und Suleymania gebracht. Sie konnten zwar zwischen verschiedenen Neusiedlungen wählen, eine Übersiedlung in die kurdischen Städte war ihnen jedoch verboten. Die Stadt Qala Dize und die anderen Siedlungen wurden innerhalb einer Woche vom Militär vollkommen zerstört. Das Gebiet ist zur "Verbotenen Zone" erklärt worden, wer dort dem Militär begegnet, ist zum Abschuß freigegeben.

Jetzt droht den Städten Raniye und Koysinjaq das gleiche Schicksal. In Koysinjaq wurde von der Regierung ein Verbot für Besitzübertragung von Grundstücken und den Neubau von Häusern erlassen. Wie die kurdische Opposition berichtet, wurden in Raniye bereits Formulare zur Vorbereitung der Umsiedlung an die Bevölkerung verteilt. In allen kurdischen Städten werden ständig Häuser unter dem Vorwand, daß sie ohne Baugenehmigung gebaut wurden oder außerhalb der Gemeindegrenze liegen, abgerissen. Nach den Plänen des direkt der Führung der Baath-Partei unterstellten "Büro für den Aufbau des Nordirak" sollen alle kleinen und mittleren Städte Kurdistans von der Landkarte verschwinden.

Strategische Siedlungen

In den Ebenen des kurdischen Autonomiegebietes erstrecken sich entlang der Hauptverkehrsstraßen symmetrisch angelegte Mammutdörfer aus grauen Betonhäuschen. Sie sind von einem Netz panzerbreiter Straßen durchzogen, die in die Umgebung hineinreichen. An ihnen entlang können die Siedlungen weiter wachsen, denn es kommen ständig neue Bewohner hinzu. Die Häuser stehen in Doppelreihen, zwischen denen Seitenstraßen verlaufen. Jedes Haus ist mit dem Auto zu erreichen.

Die Siedlungen heißen im offiziellen Sprachgebrauch "Neue Städte", manche von ihnen sogar "Saddam-Städte". Doch selbst mit elementaren Dingen wie Wasser und Strom sieht es in den neuen Städten schlecht aus. Zwar ragen über allen Siedlungen weithin sichtbar Strommasten auf, doch berichten viele Bewohner, daß ihre Häuser nicht ans Stromnetz angeschlossen sind. Die Straßenbeleuchtung funktioniert allerdings, die Siedlungen sind auch nachts gut überschaubar. Wasser wird mit Tankwagen ausgeteilt und in Tonnen vor den Häusern aufbewahrt. Die Leute berichten über schlechte Wasserqualität und Tankwagenfahrer, die das kostbare Naß zu Wucherpreisen verkaufen. Auf den Dörfern gab es Quellen und frisches Wasser genug.

Es gibt Schulen und Gesundheitsstationen in allen Siedlungen, doch selbst in "neuen Städten" mit 40.000 Einwohnern gibt es bis jetzt kein Krankenhaus.

Das größte Problem für die deportierten Kurden ist die massenhafte Arbeitslosigkeit. Die meisten von ihnen waren Bauern oder Viehzüchter. Auf ihre alten Felder dürfen sie nur im Ausnahmefall zurückkehren, in der Regel sind sie für immer verloren. Viele haben ihr Vieh verkauft, weil es in der Umgebung der Lager kein Weideland gibt oder Herdenhaltung einfach verboten ist. Die Regierung hat zwar versprochen, Land in der Umgebung der Lager an die Bewohner zu verteilen, doch das ist bis jetzt nicht geschehen. Wenn Landwirtschaft erlaubt wird, dann nur in der noch kontrollierbaren Umgebung der strategischen Siedlungen, eine Rückkehr in die kurdischen Berge scheint ein für allemal ausgeschlossen.

In den Siedlungen können die Männer nur tageweise auf den zahlreichen Baustellen arbeiten oder sich beim Transport von Baumaterial etwas verdienen. In den Ebenen gibt es keine anderen Arbeitsplätze, auch in den kurdischen Provinzhauptstädten Erbil, Suleymania und Dehok ist Arbeit knapp. Zudem ist es den deportierten Kurden verboten, zum Arbeiten in eine dieser Städte umzuziehen. Die einzige Möglichkeit, Geld zu verdienen, sind die Söldnereinheiten, die als Hilfstruppen bei der Bekämpfung des kurdischen Widerstandes eingesetzt werden. In den Straßen von Suleymania betteln die Frauen aus den nahegelegenen Siedlungen. "Ein Leben in Würde ist hier nicht möglich", sagt ein alter Mann in Hajiawa, einer der strategischen Siedlungen, "sie haben uns alles genommen."

Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs können in Läden und staatlichen Verkaufsstellen erworben werden, doch herrscht bei vielen Gütern Knappheit. "Was wir täglich brauchen, kriegen wir hier nicht", heißt es in der Zuschrift eines Kurden an die im Irak erscheinende kurdische Zeitschrift Rengin, "selbst Streichhölzer müssen wir zu Schwarzmarktpreisen kaufen."

Die Planer des irakischen Umsiedlungsprogrammes denken nicht daran, Arbeitsplätze für die deportierten Kurden zu schaffen. Sie setzen darauf, daß das Elend und die Armut in den strategischen Siedlungen die Vertriebenen zwingt, zur Arbeitssuche in die arabischen Gebiete des Mittel- und Südiraks weiterzuwandern. Nach einem Beschluß des "Revolutionären Kommandorates", der alle legislative und exekutive Macht im Irak auf sich vereinigt, können Arbeitslose in den drei Provinzen des kurdischen Autonomiegebietes sogar zur Arbeit in den anderen Gebieten des Irak verpflichtet werden.

Mit zahlreichen Wachposten sind die strategischen Siedlungen und "Neuen Städte" abgeschirmt, um zu verhindern, daß die Partisanen aus den Bergen Kontakt mit der Bevölkerung aufnehmen können. Besucher in der Siedlung müssen vorher angemeldet werden. In den Siedlungen stationierte Polizei, die dem Staatssicherheitsdienst unterstellt ist, schafft durch ein Spitzelsystem ein Klima des gegenseitigen Mißtrauens und der Angst.

"Sicherheit der arabischen Nation"

1970 hatte sich die Baath-Regierung mit der kurdischen Opposition über ein Autonomiestatut für Kurdistan geeinigt. Mit einer Volkszählung sollten die Gebiete mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit ermittelt und im Rahmen der Autonomie kurdischer Selbstverwaltung überlassen werden. 1974 legte die Regierung das Gebiet der Autonomen Region eigenmächtig fest. Es sollte nur die Provinzen Dehok, Suleymania und Erbil einschließen. Damit war die Hälfte der kurdischen Bevölkerung und des kurdischen Territoriums von der Autonomie ausgeschlossen. Diese Entscheidung führte zum Ausbruch des bisher heftigsten Krieges in Kurdistan, der 1975 mit einer Niederlage der Nationalbewegung endete. Seitdem ist Autonomie nur noch eine Farce. Ihre Institutionen sind der herrschenden Baath-Partei gleichgeschaltet und besitzen keinerlei Entscheidungsgewalt.

Mit der Sicherheit der arabischen Nation und des Iraks als Teil dieser Nation versucht man, den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk zu rechtfertigen. Zwischen der kurdischen Nationalbewegung und den Gegnern der arabischen Einheit und Souveränität, allen voran Israel und Iran, wird ein direkter Zusammenhang konstruiert. Diese Gegner der arabischen Nation wollen nicht nur jede Einheit im arabischen Raum verhindern, sondern sogar die bestehenden arabischen Staaten entlang ethnischer und konfessioneller Trennungslinien in Kantone teilen. Der kurdische Kampf um Selbstbestimmung wird als Kollaboration und Verrat denunziert und damit wird die Rechtfertigung geliefert, einen offenen Krieg gegen alles Kurdische im Irak zu führen.

Die irakische Kurden-Politik hat drei Komponenten: Baathisierung, Vertreibung und Arabisierung.

Baathisierung

Die Baath-Partei spielt im gesamten Irak eine zentrale Rolle als Organ der Gleichschaltung und Kontrolle. So müssen z.B. alle Lehrer und Universitätsdozenten Baath-Mitglieder sein. Andere Institutionen der Gesellschaft wie Militär und Polizei sind ebenfalls völlig baathisiert.

Die Mitgliedschaft in der Baath-Partei schließt die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei aus. Wer als Baath-Mitglied einer anderen Partei angehört, dem droht die Hinrichtung.

In Kurdistan spielt die Baath-Partei eine zentrale Rolle bei der Kontrolle und Überwachung bis in die Nachbarschaftsbeziehungen hinein. Daneben ist der Parteiapparat Entscheidungsstruktur und Exekutivorgan der Bagdader Kurdenpolitik.

In den kurdischen Städten und in den strategischen Siedlungen sind die örtlichen Parteibüros Anlaufstelle für Spitzel und Informanten. Lehrer, Sanitäter, Ärzte und Verwaltungsbeamte, die in den strategischen Großdörfern und "Neuen Städten" arbeiten, sind Mitglieder der Baath-Partei. Mit Vergünstigungen werden Kurden für die Mitgliedschaft in der Baath-Partei geworben oder einfach rekrutiert.

Paradox ist, daß in dieser Beziehung das Regime nicht einmal den drei legalen kurdischen Parteien traut. Sie werden aus jeder wichtigen Position herausgehalten, stattdessen werden Kurden in der "Sozialistischen Partei der Arabischen Wiedergeburt", wie der volle Name der Baath-Partei lautet, organisiert. Die Organisierung verpflichtet zur Spitzeltätigkeit und laut Parteistatut sogar zum Anlegen von Dossiers über Nachbarn und Verwandte.

In den kurdischen Provinzen haben die Funktionäre der Baath-Partei wesentlich mehr zu sagen als Gouverneure oder etwa das Parlament der Autonomen Region. Das Umsiedlungsprogramm und die furchtbaren Offensiven des Jahres 1988 wurden vom der Baath-Führung unterstellten "Büro für den Aufbau des Nordirak" und der Armeeführung geleitet.

Vertreibung

Das kurdische Siedlungsgebiet ist systematisch zerstört worden:

Die Kurdengebiete in den Provinzen Ta'min, Ninive und Diyala, die außerhalb der autonomen Region liegen, wurden systematisch entvölkert und zum Teil mit Arabern besiedelt.

Mindestens 600.000 Kurden wurden in den Süden des Irak und in strategische Großsiedlungen im Autonomen Gebiet angesiedelt. Nach 1975 begann man, das Gebiet entlang der Grenzen zur Türkei und dem Iran zu entvölkern und alle Dörfer und Siedlungen darin zu zerstören. 1988 wurde diese "Verbotene Zone" auf eine Breite von 30 km erweitert und selbst Städte, die innerhalb dieser Zone liegen, zerstört. Damit soll es den kurdischen Widerstandsgruppen endgültig unmöglich gemacht werden, mit der kurdischen Bevölkerung in Kontakt zu treten und mit ihrem Rückhalt in den Dörfern die Zentralregierung zu bekämpfen.

Unter dem Vorwand, die kurdische Gesellschaft zu entwickeln und aus ihrer Rückständigkeit herauszuholen, um der "feudalen und reaktionären" kurdischen Nationalbewegung den Boden zu entziehen, werden Dörfer und Siedlungen in weit von der Grenze entfernten Gebieten zerstört und die Bevölkerung in strategische Siedlungen und "Neue Städte" verpflanzt. Allein im letzten Jahr wurden mehr als 200.000 Kurden innerhalb der autonomen Region deportiert. Insgesamt wurden in Kurdistan nach den Berechnungen der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) in den letzten 15 Jahren 3.839 Dörfer zerstört und 219.828 Familien deportiert.

In der Autonomen Region ist nur noch ein Bruchteil des Territoriums von Kurden besiedelt. Fast alle Siedlungen außer den großen Städten und den strategischen Neusiedlungsgebieten entlang der Hauptstraßen sind entvölkert.

Arabisierung

Überall in Kurdistan, vor allem außerhalb der Autonomen Region, werden Araber angesiedelt wo man Kurden vertrieben hat.

Zwischen Dehok und Zakho wurden Ende 1988 entlang der strategisch wichtigen Straße, die von Mossul in die Türkei führt, mehrere Großdörfer für Araber vom Juber-Stamm errichtet. Die dort ansässigen Kurden waren 1975 deportiert worden.

In der Ölstadt Kerkuk dürfen Kurden keinen Grundbesitz erwerben, während der Zuzug von Arabern durch Prämien und die Vergabe von Wohnungen gefördert wird. Noch vor 30 Jahren waren 50% der Einwohner Kerkuks Kurden, inzwischen ist ihr Anteil auf ein Viertel geschrumpft. Die kurdischen Dörfer der Provinz Kerkuk, die jetzt den programmatischen Namen Ta'min (= Nationalisierung) trägt, sind fast vollständig umgesiedelt worden. Die neuen arabischen Siedlungen wurden nach palästinensischen Städten benannt.

Ein Beschluß des Revolutionären Kommandorates erlaubt Arabern den Kauf von Land im Autonomen Gebiet Kurdistan, und bietet Bewohnern dieses Gebiets, also Kurden, Vergünstigungen und Kredite, wenn sie in die arabischen Gebiete des Irak umsiedeln.

Saddam Huseyin selbst besitzt eine Villa im Gebiet von Anishki in der Nähe von Dehok. Diesem Beispiel folgend, haben sich viele Bagdader Bürger Sommerhäuschen in neuen Ferienorten gekauft, wo früher einmal kurdische Dörfer standen.

Die Regierung hatte bei ihren Arabisierungsplänen langfristig auf die über zwei Millionen ägyptischer Gastarbeiter gesetzt, die seit Ende der 70er Jahre in den Irak gekommen waren. Denn unter den irakischen Arabern ist die Bereitschaft nicht groß, sich in Kurdistan niederzulassen. Nicht nur in Bagdad und Basra, auch in Arbil und Kerkuk arbeiten viele Ägypter in Hotels, Werkstätten und auf Tankstellen. Für die Zukunft war vorgesehen, Fellachen aus dem Nilland in den Gebieten anzusiedeln, aus denen zuvor die Kurden deportiert worden waren.

Doch nachdem die hochverschuldete irakische Regierung im vergangenen Sommer die Devisenüberweisungen nach Ägypten stoppte und mehr als tausend ägyptische Arbeiter auf ungeklärte Weise im Irak zu Tode gekommen waren, setzte ein Massenexodus ein. Vor den Büros der Egyptian Airlines und den Busstationen in Bagdad bildeten sich endlose Schlangen von Rückkehrern. Nach Angaben der ägyptischen Presse haben seit Juni letzten Jahres eine Million Gastarbeiter den Irak verlassen. Durch die Rückkehr von demobilisierten Soldaten, die in ihre alten Stellen zurückdrängten, war es zu erheblichen Spannungen zwischen Irakern und den ägyptischen Gästen gekommen. Damit sind die Planungen der Bagdader Regierung vorerst in Frage gestellt.

Kurdistan-Front

Außenpolitisch hat der Irak sich isoliert. Es ist ihm nicht gelungen, über die Unterstützung des aufständischen Generals Aoun die Dominanz des Erzrivalen Syrien über den Libanon in Frage zu stellen. Durch die Normalisierung der ägyptisch-syrischen Beziehungen und die Abkühlung des Verhältnisses zwischen Bagdad und Kairo sind die Ambitionen Saddam Husseins, nach Ende des iranisch-irakischen Krieges eine Führungsrolle in der arabischen Welt zu spielen, vorerst gescheitert.

Die Veränderungen im sozialistischen Lager entziehen dem Irak bisher gewährte Unterstützung und machen seinen Stand auf internationalem Parkett unsicherer. Von den Erwartungen, die der Sturz von Ceaucescu bei der Bevölkerung im Irak in Bezug auf ihre eigene Diktatur auslöst, ganz zu schweigen.

Die kurdische Opposition hat sich von der Niederlage des Jahres 1988 erholt. In größtmöglicher Unabhängigkeit vom Iran haben die in der Kurdistan-Front zusammengeschlossenen Organisationen Demokratische Partei Kurdistans (KDP), Patriotische Union Kurdistans (PUK), Sozialistische Partei Kurdistans, PASOK, Demokratische Volkspartei Kurdistans und die Kurdistan-Sektion der Irakischen KP ihre Strukturen reorganisiert. Trotz erschwerter Bedingungen operieren die Partisanen auch in der Tiefe des irakischen Territoriums. Es kommt zu Auseinandersetzungen und Gefechten mit den Einheiten der irakischen Armee. Doch viel wichtiger ist im Moment das Funktionieren der Untergrundstrukturen in den Städten und den neuen strategischen Siedlungen. Man ist skeptisch geworden gegenüber einer rein militärischen Strategie zur Lösung der kurdischen Frage im Irak.

Für die Kurdistan-Front ist es eine vordringliche Aufgabe, die Situation des kurdischen Volkes im Irak an die Weltöffentlichkeit zu bringen und Solidarität zu organisieren.

Hans Rimscha

31. Südostanatolienprojekt GAP: "Größtes Entwicklungsvorhaben der Welt"

Rubrik: PKK; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:21

10.000 Menschen läßt die türkische Regierung in drei Schichten rund um die Uhr schuften, um ihrem Prestigeprojekt zum Durchbruch zu verhelfen: Der Atatürk-Staudamm in der kurdischen Provinz Urfa soll schon in diesem Frühjahr aufgefüllt werden. 2,5 Millionen Dollar öffentliche Investitionen kostet der Dammbau täglich. Von einer technischen Großleistung wird gesprochen, und ein wirtschaftlicher Aufschwung der ganzen Re- gion prophezeit. Fernsehspots rühmen das Projekt und seine Architekten allabendlich, und westliche Journalisten werden mehrmals jährlich durch die Baustellen geschleust, auf daß die Kunde vom Fortschritt in Ostanatolien potentielle Geldgeber in der westlichen Welt erreicht.

Die Widersprüche dieses Projekts, seine Rolle bei der ökonomischen Einverleibung Kurdistans durch die Türkei und seine Folgen für die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Region, sind Thema des folgenden Artikels.

Der Atatürk-Damm ist nur das Vorzeigebeispiel für "eines der ehrgeizigsten regionalen Entwicklungsprojekte, die weltweit jemals in Angriff genommen wurden". (O- Ton Master Plan für das GAP-Projekt) 22 Dämme und siebzehn Wasserkraftwerke sollen an den Ufern von Euphrat und Tigris entstehen. Zwischen dem Taurusgebirge und den Grenzen zu Syrien und dem Irak erstrecken sie sich über 6 türkische Provinzen, um Urfa als Zentrum in einem Bogen von Gaziantep im Westen über Adiyaman, Malatya und Diyarbakir bis Mardin. Eine Fläche von der zweieinhalbfachen Größe Belgiens soll durch das Projekt bewässert werden.

Ebenso gigantisch sind die Mengen an elektrischer Energie, die das Projekt liefern soll: 8,9 Milliarden Kilowattstunden jährlich allein aus dem Atatürk-Kraftwerk; dessen Nennleistung wird mit 2400 Megawatt angegeben. (Zum Vergleich: ein bundesdeutsches Standard-AKW hat 1200 Megawatt, würde in der Erstellung aber ebensoviel kosten wie das ganze Dammprojekt).

Bis 1993 wird mit Steigerungsraten bei der installierten Megawatt-Leistung um jährlich durchschnittlich 9,3 Prozent gerechnet, bis 2010 weiter um 7,4 Prozent. "Da liegt doch die Frage nahe, ob die Türkei überhaupt imstande sein wird, die Strommenge, die mit solcher Kapazität erzeugt werden kann, selbst zu verbrauchen", meint selbst die FAZ (25.4.89). Die staatliche Energiezentrale denkt jedoch an großangelegte Stromexporte - in die arabischen Nachbarländer und selbst nach Italien. Planungen für ein Verbundnetz mit dem Irak, Syrien, Jordanien und Ägypten sind im Gange. Die nebenstehende offizielle Karte macht anschaulich, welche "strategischen" Größenphantasien die türkische Regierung mit dem Projekt verbindet. Keineswegs geht es um die Stromversorgung der unterentwickelt gehaltenen kurdischen Dörfer - die auf kurdischem Boden und mit kurdischen Ressourcen erzeugte Energie wird große Überlandleitungen speisen, die die türkischen Industriegebiete versorgen und (wenn's denn klappt) die marode Exportbilanz der Türkei aufmöbeln.

Erst einmal kostet das Ganze allerdings: 18 Milliarden Dollar werden für die Staudammprojekte gerechnet (FAZ, 21.8.89), im staatlichen Investitionsprogramm für 1989 ist die Rekordsumme von 1,8 Trillionen TL (etwa 1,4 Mrd. Mark) dafür vorgesehen. Der Finanzbedarf für das anvisierte langfristige Ausbauprogramm der Stromkapazitäten wird auf 130 bis 150 Milliarden Dollar geschätzt (FAZ, 25.4.89). Daß die mit über 40 Milliarden Dollar verschuldete Türkei diese Summen nie und nimmer selbst wird aufbringen können, versteht sich von selbst.

Lukrative Aufträge für das Auslandskapital

In den Selbstdarstellungen der Projektbetreiber wird immer wieder als große Errungenschaft das türkische Management herausgehoben, bei dem die Bauleitung des Atatürk-Damms liegt. Mit der im GAP erworbenen Management-Erfahrung hofft man, in anderen islamischen Ländern Großprojekte an Land ziehen zu können. Ohne die Unterstützung ausländischen Kapitals allerdings geht bei GAP gar nichts: Während der im letzten Jahr veröffentlichte Master Plan für das Projekt im wesentlichen von einer japanischen Consulting-Firma erstellt wurde, kommt die elektrotechnische Ausrüstung aus der Bundesrepublik und der Schweiz. Für die hydraulischen und elektrischen Anlagen des Atatürk-Staudamms sind die Schweizer Escher Wyss und Brown Boveri (Mannheim) Generalauftragnehmer; die Finanzierung steht unter Führung eines Schweizer Bankkonsortiums, wobei die BRD (über die Kreditanstalt für Wiederaufbau) zu einem knappen Drittel beteiligt

ist (NZZ, 18.3.84). Der verwendete Maschinenpark "gilt als der größte, der jemals für ein einzelnes Bauprojekt zusammengestellt wurde." (FAZ, 10.11.86) Einen erheblichen Anteil haben daran deutsche Unternehmen, die Spezialfahrzeuge und -maschinen lieferten.

Einen fetten Anteil sicherte sich Siemens, die in der Türkei ein eigenes Kabelwerk sowie eine Schaltanlagenfabrik betreibt. Mit Hilfe einer Bonner Kreditzusage über 190 Mio. Mark zog sie jüngst den Auftrag für 640 km Überlandleitung vom Atatürk-Kraftwerk nach Ankara an Land. Schon im Geschäftsjahr 1988/89 rechnete Siemens-Türkei mit einem Umsatz von 620 Mio. und damit um 47% mehr als 1987/88. (FAZ 25.4.89)

Die Finanzierungsprobleme haben inzwischen zu der Regelung geführt, daß Aufträge nur noch dann an türkische Firmen vergeben werden, wenn diese einen ausländischen Partner präsentieren können, der die Finanzierung abdeckt. Für das Berecik-Dammprojekt am Euphrat etwa (nur wenige Kilometer nördlich der syrischen Grenze) ist eine Vereinbarung nach dem "build-operate-transfer"-Mo- dell in Vorbereitung: Die westdeutsche Philipp Holzmann bringt zusammen mit einer Schweizer und einer belgischen Firma das Kapital von 1,27 Mrd. DM auf und kann dafür das Kraftwerk 20 Jahre lang zusammen mit einem lokalen Partner betreiben und die Gewinne abschöpfen. Ähnliche Vereinbarungen strebt die türkische Regierung auch für 24 weitere Wasserkraftwerke an (Financial Times, 9.6.89). In der kurdischen Provinz Dersim (Tunceli) hat ein Konsortium, dem unter anderem die deutsche Bilfinger und Berger AG angehört, einen entsprechenden Vorvertrag für einen Damm am Fluß Munzur abgeschlossen. (Blick durch die Wirtschaft/FAZ, 25.9.89)

Ohne Rücksicht auf Verluste

Wo solche Geschäfte gemacht werden, wird auch über die Geschichte hinweggetrampelt. Die Flußtäler am Euphrat und Tigris sind uraltes Kulturland, und eine Vielzahl von historischen Stätten werden auf immer in den Fluten versinken. Um die Bezirkshauptstadt Samsdat herum etwa liegen die Ruinenfelder der antiken Stadt Samosata. Die ehemalige Königsstadt der Kommagene ist derzeit noch Schauplatz hektischer Ausgrabungen durch zahlreiche Archäologenteams, die noch das eine oder andere zu retten suchen, bevor das Wasser kommt.

Im Rahmen der Staudammprojekte sollte auch das historisch bedeutsame Dorf Hassan Höyük überflutet werden. Dagegen regte sich zum ersten Mal Protest; nach einer Intervention bei der UNESCO haben die Verantwortlichen zunächst einmal die Überflutung ausgesetzt.

Die ökologischen Folgen der Staudämme sind noch gar nicht abschätzbar. Allein durch den Atatürk-Damm wird eine Wasserfläche entstehen, die eineinhalb mal so groß ist wie der Bodensee. Westliche Wissenschaftler "fürchten eine vom Stausee ausgelöste Klimaveränderung in der Region. Planungschef Berkman ... bekennt offen, daß es hier nachteilige Folgen geben wird, deren Ausmaße aber noch völlig unbekannt sind. Festzustehen scheint, daß die Luftfeuchtigkeit von bisher 50 auf 60 bis 70 Prozent steigen wird." (FAZ, 21.8.89) Aus dem Master Plan blieben ökologische (wie auch soziale) Folgen des Projektes völlig ausgeklammert. Immerhin aber liegen Erfahrungen mit dem bereits fertigen Keban-Staudamm vor: Dort hat sich im Umkreis von ca. 70 km die jährliche Durchschnittstemperatur deutlich erhöht, die Niederschläge haben zugenommen, bislang unbekannte Nebelbildungen treten auf (nach Geo Spezial 1/89). "Früher war das Klima hier im Sommer trocken und heiß. Jetzt ist es schwül und feucht." Die Aprikosenkulturen, für die Malatya früher berühmt war, gedeihen in der Treibhausatmosphäre nicht mehr. (FR, 2.1.90)

Während ein Bericht der Weltbank durch die Bewässerung ein "Paradies" im türkischen Teil des Zweistromlands entstehen sieht, warnen Ökologen vor den langfristigen Folgen intensiver Bewässerung. "Das Zusammenwirken von höheren Temperaturen, gesteigerter Verdunstung und Versalzung werde landwirtschaftliche Bedingungen schaffen, die jenen des sterbenden Sahel ähneln." (Weltwoche, 25.1.90) Die Bodenversalzung aufgrund der Überdüngung der Böden habe etwa im Nildelta dazu geführt, daß bereits 30 Prozent des fruchtbaren Landes zerstört sind.

"Garten Eden am Euphrat"?

Während die bereits fertiggestellten Staudämme Keban und Karakaya nur der Stromerzeugung dienen, verbinden sich mit dem Atatürk-Staudamm weitreichendere Pläne: Zwei 26 Kilometer lange und neun Meter breite Tunnels sollen von dem Stausee in südöstlicher Richtung zur fruchtbaren, aber bisher wegen

Niederschlagsmangels landwirtschaftlich schwer ausbeutbaren Harran-Ebene führen. Ein 600 km weit verzweigtes Netz kleiner Röhren wird das Wasser weiter verteilen. Damit soll ein Gebiet von 470.000 ha bewässert werden, größer als der landwirtschaftlich genutzte Raum des bundesdeutschen Südwestens. Alle Bewässerungsprojekte zusammengenommen, so steht es in den Plänen, sollen bis Ende der 90er Jahre 1,6 Mio. ha. Land mit Wasser versorgen, auf dem vier Millionen Menschen leben.

Durch die Bewässerung können nach Meinung türkischer Agrarexperten die Hektarerträge auf das 17,5fache gesteigert werden. Vor allem Gemüse und Obst sollen angebaut werden, aber auch Getreide. Produziert werden soll für Märkte in der EG und vor allem im Nahen Osten, wo große Mengen Lebensmittel aus aller Welt importiert werden. Auch die benachbarte Sowjetunion, mit der gerade ein Abkommen Erdgas gegen Naturalien abgeschlossen wurde, wird als lukrativer Zukunftsmarkt eingeschätzt. Dabei setzen die Verantwortlichen ohne Skrupel darauf, gegenüber den Nachbarländern Vorteile bei den natürlichen Ressourcen hemmungslos auszuschlachten. "Ganz Nordafrika, die arabische Halbinsel, Irak und Iran, wie auch die Sowjetunion - alle diese Länder haben ein Nahrungsmitteldefizit. Wir mit unseren wachsenden Überschüssen sitzen genau in der Mitte dieser Zone und sind so in einer guten Position zu verkaufen." (Ahmet Özgünes von der Türkischen Getreidebehörde, nach IHT, 24.3.89)

Durch weitere Modernisierung der Anbaumethoden und -techniken soll, so wird behauptet, sogar eine Steigerung der Erträge auf das 50-60fache möglich sein (Cumhuriyet, 9.3.89). Özal setzt auf solche (abenteuerlich überhöhten) Wachstumsraten und will die Agrarausfuhren der Türkei von 1,7 auf 4 Milliarden Dollar steigern. "Zur Jahrtausendwende", meldet die FAZ (24.4.87), "will die Türkei der größte Agrarexporteur im Vorderen Orient sein." Während in den Städten im Westen ebenso wie in den Dörfern Kurdistans Menschen hungern, ist die Regierung stolz darauf, verkünden zu können: "Es werden bereits Avocados für den Export gepflanzt." (BddW, 22.7.87)

Es liegt auf der Hand, daß die angestrebte Entwicklung immense Umbrüche in der landwirtschaftlichen und Sozialstruktur der Region mit sich bringen wird. Derzeit ist nur etwas über die Hälfte des in Frage kommenden Landes überhaupt bewirtschaftet. Die Landverteilung ist so extrem ungleich wie sonst nirgends in der Türkei: Knapp zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in der Region sind kleiner als fünf Hektar; mehr als 40% der Bevölkerung sind ohne Land und gezwungen, sich als Tagelöhner zu verdingen.

In den 70er Jahren scheiterte in Urfa der halbherzige Versuch einer Bodenreform. Noch immer gehört weniger als einem Prozent der Bevölkerung fast 30 Prozent des Bodens. Speziell in der Harran-Ebene sind die Gegensätze noch krasser. Die Regierung geht ohnehin davon aus, daß die kleinen Bauern mit der nun angesagten Weltmarktproduktion hoffnungslos überfordert sind. Unter Hinweisen auf die künftige EG-Mitgliedschaft betont Özal, "der türkische Bauer sei gezwungen, seine Produktion nicht nur zu verbessern, sondern auch zu erhöhen". (BddW, 23.7.87) Es heißt zwar, Fortbildungsprogramme in den neuen Bewässerungsmethoden würden ausgearbeitet, über Art und Umfang ist jedoch nichts zu erfahren. Die praktischen Bemühungen gehen ausschließlich in Richtung der Förderung von Großgrundbesitzern und agroindustriellen Unternehmungen. Ziel ist die Kapitalisierung der Landwirtschaft; nur Großbetriebe seien zum angestrebten großflächigen Einsatz modernster Landmaschinen und zu den umfangreichen Investitionen in den Ausbau der Bewässerung fähig.

Die Türkei erfüllt damit Vorgaben der Weltbank, die in einem 1981 vorgelegten Bericht eine Steigerung der Landwirtschaftserträge, insbesondere auch durch vermehrten Einsatz von chemischen Düngemitteln, gefordert hatte. Die Maßnahmen, mit denen die Regierung den angestrebten Strukturwandel in der Landwirtschaft durchsetzen will, "zielen in erster Linie darauf ab, die Rationalisierung voranzutreiben und die derzeit in der Landwirtschaft arbeitende Bevölkerung in der verarbeitenden Industrie zu beschäftigen". (Nachrichten für Außenhandel, 29.3.89) Tatsächlich steht jetzt schon fest, daß an den Platz der von kapitalistischen Rationalisierungsexperten beklagten "versteckten Arbeitslosigkeit" in der Landwirtschaft durch die Regierungsprogramme eine offene Arbeitslosigkeit treten wird - durch Entzug aller bisherigen Lebensgrundlagen für große Teile der Bevölkerung.

"Nach Bekanntwerden der Bewässerungspläne traten Bodenspekulanten auf, darunter Großgrundbesitzer aus der Cukurova, die für relativ geringes Geld den Landbesitz ganzer Dörfer in der Harran-Ebene erwarben." (Franz 1989) Inzwischen ist Landerwerb in der Region genehmigungspflichtig - was die Spekulation jedoch eher einschränkt, ist die politische Unsicherheit der Region. Etwa ein Viertel des Bewässerungslandes, eine

Fläche anderthalb mal so groß wie das Saarland, gehört dem Staat. Dieses Land war von der Regierung Özal ursprünglich zum Verkauf an ausländische Agrobusiness- Unternehmen vorgesehen. Eine Verfassungsklage verhinderte dies. Jetzt soll das Land auf 55 bzw. 99 Jahre an ausländische Unternehmen verpachtet werden. "Ein Paradies für alle, die mit Landwirtschaft zu tun haben", kommentierte der Abgeordnete des bayrischen Landwirtschaftsministeriums, E. Klaus. (FR, 1.12.89) Interesse besteht beim westeuropäischen, japanischen und US-amerikanischen Kapital, aber zunehmend auch bei den Golfstaaten. Ausländische Firmen sollen bisher bereits 350 Mio. Dollar im Projekt investiert haben. (Franz 1989)

"Über 100 agroindustrielle Gesellschaften seien ins Leben gerufen worden mit Kapitalbeteiligungen aus dem Ausland, hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten. Mehrere Anträge auf Kapitalinvestitionen lägen vor und werden von der Planorganisation ohne bürokratische Hemmnisse befaßt." (BddW, 23.7.87)

Politisches Ziel: Einverleibung und Befriedung Kurdistans

Die Pläne der Regierung erschöpfen sich jedoch keineswegs in der Steigerung der Energie- und Agrarproduktion. Mit dem GAP-Projekt unterstreicht die Türkei nach innen und außen ihren Anspruch auf die Beherrschung Kurdistans - was auch so registriert wird: "Die übergroßen Eigeninvestitionen der Türkei im GAP, die Beteiligung und das Interesse am Projekt im benachbarten und im westlichen Ausland und nicht zuletzt auch die Erdölfelder bei Batman, Gazan, Raman und Kahta, lassen eine Teilaufgabe der türkischen Staatshoheit oder gar einen Verzicht auf dieses Gebiet außerhalb jeden Denkmusters erscheinen." (Franz 1989) Mehr als allenfalls eine "

kulturelle Autonomie" soll gar nicht mehr vorstellbar sein.

Seit den Anfängen Ende der 70er Jahre hat sich das unter der damaligen Demirel-Regierung geborene Projekt zum ersten systematischen Versuch entwickelt, die bis dahin bestehende nackte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Kurdistans durch eine wirtschaftliche "Entwicklung" für die Region zu ergänzen. Der Master Plan präsentiert eine "Entwicklungsachse" Gaziantep - Urfa - Diyarbakir, die zum wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Hebel gegen den kurdischen Befreiungskampf werden soll.

Ohne zumindest partielle Verbesserung der miserablen sozialen und wirtschaftlichen Lage der Region sehen die politisch nicht völlig bornierten Teile der türkischen Bourgeoisie ebenso wie ihre ausländischen "Berater" keine Chance, den Krieg gegen die bewaffneten Einheiten der PKK zu gewinnen. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt hier nur ein Drittel, die Analphabetenrate liegt beim Doppelten des Landesdurchschnitts; für eine halbe Million Einwohner gibt es in der Provinz Siirt nur 88 Ärzte, im benachbarten Hakkari stehen ganze 75 Krankenhausbetten für 200.000 Bewohner zur Verfügung. (FR, 2.1.90) Die Kindersterblichkeitsrate liegt hier bei 10%, 80% der Frauen sind noch Analphabeten, zwei Drittel der Häuser aus grobem Stein und ohne fließendes Wasser. (FAZ, 21.8.89) Erst nach 1980 haben die meisten Dörfer Telefon und elektrischen Strom bekommen, und auch da zumeist nur an bestimmten Trassen gemäß logistischer Erfordernisse der türkischen Armee. Die zentrale GAP-Stadt Urfa war im letzten Sommer Schauplatz einer Cholera- und Typhusepidemie, die die Presse zum gehäuften Auftreten von Durchfall herunterzuspielen versuchte.

In der Region gibt es derzeit nur 250 Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten. 46.000 Arbeitern - 80% von ihnen sind um die Stadt Gaziantep herum konzentriert - stehen über eine Million Beschäftigte in der Landwirtschaft gegenüber.

Durch das GAP-Projekt, verspricht die türkische Regierung, sollen in den sechs Provinzen Arbeitsplätze für insgesamt 1,6 Millionen Menschen entstehen. Die Palette der anzusiedelnden Industriezweige reicht von der Lebensmittelverarbeitung über die Lederindustrie bis hin zu Tourismuszentren am Ufer des Atatürk-Sees. Allabendliche Fernsehsendungen verkünden den kommenden Wohlstand bis in die hintersten Dörfer. Zu spüren ist davon allerdings nichts. Im Gegenteil: In Urfa ist gewaltig die Zahl jener angeschwollen, die in den Straßen betteln oder herumstehen in der Hoffnung auf irgendeine Taglöhnerarbeit. Es sind zumeist Bauern, deren Dörfer vom Anstieg der Stauseen überschwemmt wurden. 135 Ortschaften wird allein der Atatürk-Stausee ganz oder teilweise überfluten; 55.000 Menschen werden ihre Häuser und Weiden verlassen müssen. Die Regierung hält diese Menschen bis zuletzt im ungewissen, was mit ihnen geschehen soll. Aber es ist bekannt, was im Überflutungsgebiet des Keban-Stausees geschah: 19.000 Menschen aus 92 Dörfern mußten das Gebiet verlassen. Beim Bau des Karakaya-Staudamms waren es 17.000. Die Umsiedlungen wurden stets so ausgeführt, daß es für die Betroffenen keine Möglichkeit gibt, als Dorfgemeinschaft

zusammenzubleiben. Neue Häuser wurden gar nicht oder viel zu spät und viel zu wenige bereitgestellt. Durch kostspielige bautechnische Auflagen sind neue Häuser für die Bauern trotz formeller staatlicher Kreditangebote nicht finanzierbar. Land darf von den Bewohnern der betroffenen Provinzen nur nach einer behördlichen Sicherheitsüberprüfung gekauft werden, die über zwei bis drei Jahre hingezogen wird. Wenn Angebote für Ersatzland gemacht werden, dann nicht in der Region, sondern in Zentralanatolien in der Gegend von Konya oder in der Nähe des 1.500 km entfernten Izmir.

Die Entschädigungen für die enteigneten Bauern sind lächerlich gering: Rund 45 Millionen DM hat der Staat als Gesamt-Entschädigungssumme vorgesehen. Davon wird der Löwenanteil an die Großgrundbesitzer gehen. Die vielen Pächter, die nicht Eigentümer des überfluteten Landes waren, erhalten keinerlei Ersatz für den Entzug ihrer Lebensgrundlage, sondern nur eine minimale Abfindung für ihre Häuser. (Franz 1989) Feste Zahlen werden nicht herausgegeben; die FR (2.1.90) berichtet von umgerechnet knapp 700 DM - dafür könne die Familie in Urfa gerade ein Jahr lang ihre Miete bezahlen. Faktisch wird die Bevölkerung mit einer geringen Abfindung vertrieben und hat nur die Chance, individuell in der Westtürkei irgendeine Beschäftigung zu suchen.

Wer bleiben will, hat kaum eine Chance, von dem versprochenen Aufschwung zu profitieren: auf der Atatürk-Baustelle etwa werden kurdische Arbeiter grundsätzlich nicht beschäftigt. Die 800.000 Menschen, die die Bevölkerung von Urfa bis Ende der 90er Jahre verfünffachen sollen, sollen keine Kurden, sondern Türken sein. "Die türkische Regierung hofft, daß vor allem aus den überfüllten Städten im Westen des Landes Fachkräfte und Siedler nach Anatolien kommen werden." (HA, 13.12.86) Eine "sozio- ökonomischen Explosion" und "wahre Völkerwanderung" wird von Experten des Planungsamtes beschworen. (FR, 4.9.89 und Handelsblatt, 10.3.87) "Geht es nach Aytekin Berkman, Direktor des Büros der staatlichen Planungsorganisation in Urfa, wird sich die Bevölkerung im Projektgebiet in den nächsten 20 Jahren verdoppelt haben." (FAZ, 21.8.89)

Mit einer ganzen Serie Maßnahmen soll die Kolonisierung wirtschaftlich attraktiv gemacht werden: Die Einkommensteuer im Gebiet Beschäftigter und Investoren wird auf maximal 10% begrenzt, die Abschreibungsmöglichkeiten auf 25- 50% erhöht, für Staatsbeamte gibt es Gehaltszuschläge von 20-50% und eine garantierte Beförderung alle zwei Jahre, für die Kinder von Ärzten und Lehrern Sonderkontingente an weiterbildenden Schulen und Universitäten. (Milliyet, 26.10.89) Unternehmen können mit weitreichenden Steuersenkungen, zollfreiem Import von Investitionsgütern sowie speziellen Fördermaßnahmen und Zuschüssen rechnen, eine Freihandelszone ist im Gespräch.

Ziel ist "die Türkisierung des Südostens. Dazu soll die Ansiedlung hunderttausender Türken aus Westanatolien im Osten und die Umsiedlung ebenso vieler Kurden in den Westen des Landes beitragen - auf daß die Kurden nirgendwo mehr eine Mehrheit, sondern eine hoffentlich in ein, zwei Generationen assimilierte Minderheit sind." (FR, 2.1.90)

Eine andere Seite derselben Medaille ist der Versuch, gezielt in die kurdischen Sozialstrukturen hineinzuarbeiten, mit dem Ziel, eine Schicht von dem Projekt profitierender und dem türkischen Staat wirtschaftlich und ideologisch verbundener Kurden herauszubrechen. Einer der wichtigsten wissenschaftlichen Berater für das GAP-Projekt ist der in den 70er Jahren in der faschistischen Bewegung aktive Soziologe Türkdogan. Er will einen "sozialen Anker auswerfen" und dem nationalen - und das heißt für ihn selbstverständlich türkischen - Kulturerbe in der Region eine Basis schaffen. Modernisierungs- und Integrationsmaßnahmen, von Sozialingenieuren gegen eine zurückgebliebene und dumpfe Bevölkerung durchgedrückt, sollen die Vorbehalte gegen das Projekt (von Türkdogan bei 70 Prozent der Bevölkerung festgestellt) überwinden und eine feste Bindung an den türkischen Staat schaffen.

"In der Region sind Autismus, Immobilität und Unwissenheit sehr weit verbreitet. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Schwierigkeiten, die in einer solchen Region bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten auftauchen, nur von eigens dazu ausgebildeten Agenten der Veränderung gelöst werden können. Es ist offensichtlich, daß der in der Region vorherrschende Ethnozentrismus, Tribalismus, die starke Traditionsverbundenheit usw. nicht zu unterschätzende Hemmfaktoren für ein solches Projekt sind. Ohne ausgebildete Spezialisten, die hier eingreifen können, ist die Durchführung eines jeden Projektes so gut wie unmöglich ...". (zit. nach Bergen 1989)

Als Basis für die gezielte Förderung kollaborierender und die vorbeugende Bekämpfung möglicherweise Widerstand leistender Bevölkerungsgruppen steht eine bei der Erstellung des Master Plans aufgebaute Datenbank zur Verfügung. Darin sind die Ergebnisse von Umfragen zur soziologischen, religiösen, ökonomischen und politischen Struktur jeder einzelnen Provinz erfaßt. Zu allen Dörfern wird festgehalten, welche Partei gewählt wird, auf welche politischen oder religiösen Führer gehört wird, ob die traditionellen Stammesstrukturen noch stabil oder schon in Auflösung begriffen sind etc. Auf Grundlage dieser Daten werden die Sicherheitsüberprüfungen für Landkäufer aus der Region vorgenommen. Auch die Vergabe von Krediten an kleinere Bauern, um einen staatsloyalen Mittelstand zu schaffen (Türkdogan: "Durch gezielte Kreditvergabe kann nicht nur bei den Kleinbauern, sondern sogar bei den Landlosen die Hoffnung geweckt werden, eines Tages auch in den Besitz von Land zu kommen."), kann hier aufsetzen. Nicht zuletzt erlaubt die Datensammlung eine Siedlungspolitik, die langfristig den größten Teil der über 5000 Dörfer und Ansiedlungen in der Region auflösen und zu größeren und leichter kontrollierbaren "Wehrdörfern" zusammenfassen will. (nach Bergen 1989)

Projektabschluß 2005?

Den perfekt erscheinen wollenden Tabellen und Vierfarbgrafiken des Master Plan zum Trotz ist die Durchführung des Projektes keineswegs gesichert. Abgesehen vom Atatürk-Damm, wo mit allen Mitteln versucht wird, statt des ursprünglichen Fertigstellungstermins 1992 immerhin noch 1994 zu erreichen, liegen andere Teile weit zurück oder wurden noch gar nicht in Angriff genommen. Gemeldet werden "schwere finanzielle Engpässe". (Weltwoche, 25.1.90) Die Fertigstellung der Bewässerungssysteme sei "stark in Verzug geraten". (NZZ, 18.1.90) Das gilt besonders für den Urfa-Tunnel, wo die Arbeiter Berichten aus der Region zufolge monatelang keine Löhne erhalten haben. Der Bau der weiterführenden Kanäle wurde gerade erst angefangen. Beim Stromleitungsnetz, das für den Abtransport des erzeugten Stromes in die Türkei von Grund auf neu gelegt werden muß, sei "nicht abzusehen, wann dieses kostspielige Unterfangen vollendet sein wird beziehungsweise wie es finanziert werden soll." (NZZ, 18.1.90)

Ob das Projekt jemals auch nur entfernt im geplanten Umfang zustande kommt, steht insbesondere deshalb in den Sternen, weil das Interesse in- und ausländischer Kapitalanleger keineswegs so überschwenglich ist, wie sich die Planer das erhofft hatten: Das wurde beispielsweise bei der Urfa-Landwirtschaftsmesse im Oktober 89 deutlich, wo das türkische Kapital sich überaus zurückhaltend zeigte. Offenbar gibt es bisher keine massiven Investitionen in die landwirtschaftliche Produktion. Auch für die türkische Industrie ist die Region ungeachtet all der angebotenen Steuervergünstigungen wenig attraktiv. Das Hauptinteresse des europäischen Kapitals liegt ganz eindeutig im Absatz von Investitionsgütern aller Art, Dünger, Schädlingsvertilgungsmitteln etc. Was eigene Investitionen angeht, fürchtet man ganz offensichtlich die politische Instabilität und hat überdies wenig Interesse an einer völlig verarmten Gegend, die als Absatzmarkt praktisch nicht in Frage kommt.

Die Verantwortlichen in der Türkei wie im Ausland sind sich zudem darüber im klaren, daß durch die Installation gigantischer Anlagen in Kurdistan auch lohnen- de Angriffsziele für Befreiungskämpfer entstehen. Für den Schutz der Atatürk- Baustelle wurde eine spezielle Militäreinheit abgestellt. Auch die Wohngebiete der Beschäftigten sind militärisch bewacht. An die in der Region tätigen Firmen wurde die Erlaubnis erteilt, eigene bewaffnete Werkschutzorganisationen einzurichten, die wiederum eng mit den Sicherheitskräften zusammenarbeiten. (Erhard Franz 1989) Die Überlandleitungen etwa, die den Strom bis Ankara transportieren, sind allerdings auch mit großem Aufwand nicht vor Anschlägen zu schützen.

Auch der Erfolg einer Kolonisierung auf Massenebene ist unsicher. Hier könnte sich die generationenlange rassistische Verhetzung gegen den unterentwickelten "Osten" und seine zivilisationslosen Bewohner als kontraproduktiv erweisen. Unter Staatsbediensteten gilt Kurdistan schon immer als Region, in die man allenfalls strafversetzt wird, aber nie und nimmer freiwillig geht.

Schließlich bleibt festzuhalten, daß die Umwälzungen der Sozialstruktur in den GAP-Provinzen auch zur verstärkten Herausbildung einer selbstbewußten kurdischen Arbeiterklasse führen könnten. Diese Tendenz ist heute schon sichtbar in den Erdölindustrien von Batman, wo im letzten Jahr heftige Streiks stattfanden. Auch für den kurdischen Befreiungskampf eröffnen sich mit dem GAP-Projekt neue Felder der gewerkschaftlichen, politischen und militärischen Intervention.

jo

Verwendete Quellen:

The Southeastern Anatolia Projekt Master Plan Study. Final Master Plan Report Vol. 1, April 1989; sowie diverses Werbematerial der türkischen Behörden.

Miriam Bergen: GAP, Frankfurt 1989. Beste Untersuchung zum Thema, zu beziehen als Medico Report 7.

Vorträge von Abdurrahman Dag und Milena Ergen, Hamburg 13.1.90

Erhard Franz: Das "Güney Anadolu Projesi/GAP" in Stichworten, Hamburg 16.4.89

32. Die Krise des Burenstaates und die Strategie des ANC

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:06

Ein großer Teil der politischen Gefangenen mit Mandela an der Spitze ist freigelassen, der Bann gegen die Widerstandsorganisationen und der Ausnahmezustand sind aufgehoben worden. Alle Bedingungen des Widerstandes für Verhandlungen sind noch nicht erfüllt worden, doch deuten sich schon Erfolge für De Klerk an, die Sanktionspolitik der Geldgeberländer bröckelt.

Das Apartheidregime zieht unterdessen weiter seine blutige Bahn. Allein seit der Freilassung Nelson Mandelas sind weit über fünfzig Menschen umgebracht worden. Der südafrikanische Widerstand ruft zu verschärften Sanktionen auf, damit Pretoria weiter unter Druck bleibt. In dem folgenden Artikel werden die Ursachen der Krise des Burenstaates und die Strategie des Widerstands dargestellt.

Das südafrikanische Regime sieht sich heute tiefgreifenden ökonomischen Schwierigkeiten gegenüber. Dies ist einer der wesentlichen Beweggründe für die neue Linie der Politik der weißen Herrschaft. Die Ursache für die 88/89 ans Tageslicht getretene Misere geht auf das Jahr 1984 zurück. Damals wurde versucht, die Einführung des Drei-Kammer-Parlaments (getrennt für "Weiße", "Inder" und "Farbige" unter Ausschluß der Schwarzen) und schwarze Verwaltungsbehörden (black local councils) gegen den Willen der schwarzen Mehrheit durchzusetzen. An den Wahlen beteiligen sich nur 25% der Wahlberechtigten. Im August und September 1984 kam es zu Aufständen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, in deren Folge einerseits der Einfluß des ANC durch die Gründung der UDF (Vereinigte Demokratische Front, ein Bündnis von demokrati schen und Anti-Apartheid-Organistionen) sprunghaft anstieg, die Regierung andererseits im Juli 1985 mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes und der Entsendung von Militäreinheiten in 32 Verwaltungsbezirke reagierte.

Wirtschaftliche Misere

Die Reaktion des internationalen Kapitals kam prompt. Die internationalen Bank- und Finanzinstitute versuchten unmittelbar ihr Kapital abzuziehen. Die US-amerikanischen und britischen Banken knüpften aufgrund des Anti-Apartheid- Druckes in ihren Ländern an die Vergabe neuer Kredite politische Bedingungen: Es sollten nicht alle Kredite umgeschuldet und neu kreditiert werden, solange die politischen Verhältnisse instabil seien.

Am 1. September 1985 erklärte Pretoria daraufhin einseitig ein Schuldenmoratorium. Es war nicht in der Lage, die kurzfristig rückzahlbaren Kredite, die 60% der gesamten Auslandsverschuldung in Höhe von 24 Mrd. US-Dollar ausmachen, zurückzuzahlen. Verhandlungen mit 34 größeren und 230 kleineren Banken führten zur Gewährung von Zahlungsaufschüben für die kurzfristigen Kredite, für die Südafrika begrenzte Zahlungen bis Mitte 1990 vereinbarte. Davon unberücksichtigt sind aber die langfristigen Kredite, die etwa zum gleichen Zeitpunkt rückzahlbar sind. Südafrika hat in den letzten Jahren etwa 3 1/2 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt. Durch den Wertverfall des Rand ist die Verschuldung allerdings effektiv auf dem gleichen Niveau geblieben, d.h. Pretoria ist kein Stück vom Schuldenberg heruntergekommen. Entscheidender Faktor für Südafrikas wirtschaftlichen Niedergang ist der Kapitalabfluß als Reaktion auf den Ausnahmezustand seit Juli 1985.

Die Krise seit 1984 hatte 1988/89 solche Ausmaße angenommen, daß das Regime in Pretoria einschneidende Maßnahmen ergreifen muß, wenn es überleben will und die knapp gewordenen Devisenreserven nicht gänzlich zur Neige gehen sollen. Die Zahlungsbilanzüberschüsse der vergangenen vier Jahre reichen nicht aus, um die Kredite zurückzuzahlen, darum wird seit Jahren auf Reserven zurückgegriffen, deren Endlichkeit vorauszusehen ist. 1988 schrumpften die Reserven um die Hälfte ihres Wertes und betrugen Mitte 1989 nicht einmal mehr 2 Mrd. US-Dollar.

Am Wert des Rand auf den ausländischen Devisenmärkten läßt sich der Zustand der südafrikanischen Wirtschaft sowie der katastrophale Zustand der Devisenreserven ablesen. Seit 1984 ist der Wert des Rand gegenüber dem US-Dollar halbiert worden. Zusätzlich ist der Goldpreis erheblich gesunken, so daß einerseits die Reserven an Wert verloren haben, andererseits Südafrikas Hauptausfuhrware erheblich an Wert verliert.

Südafrika hat außerdem seine Vorherrschaft als führender Goldproduzent des Westens verloren. War der Anteil vor zehn Jahren noch 75%, so liegt er heute bei 40%.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Land selbst sieht insgesamt eher düster aus, es kann davon ausgegangen werden, daß die südafrikanische Wirtschaft ohne kräftige ausländische Unterstützung nicht aus der Misere kommt. Die Inflationsrate wird offiziell mit 14% angegeben, realistisch scheint eher eine Rate um 30%. Seit Jahren liegt die wirtschaftliche Wachstumsrate bei Null, obwohl eine Wachstumsrate von 5% notwendig wäre, um wirtschaftlich mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten. Die Arbeitslosenrate liegt bei (vorsichtig) geschätzten 35%.

Die wirtschaftliche Situation wird zunehmend durch außergewöhnliche Kosten belastet, die für die Aufrechterhaltung des Systems notwendig sind. Im Haushalt von 1989 wurde ein Drittel des 65 Mrd. Rand-Haushaltes für das sog. Sicherheitssystem (Armee, Polizei, Gefängnisse, Rechtswesen) ausgegeben. Weitere Milliarden verschlingt der Unterhalt der komplizierten Apartheid-Institutionen und -Strukturen, wie die Homeland-Regierungen, das Drei-Kammer-Parlament, Ministerien, Behörden (z.B. 14 Schulbehörden statt einer einzigen).

Umschuldung perfekt

Schon im Oktober 1989 konnte der südafrikanische Zentralbankgouverneur C. Stals stolz verkünden, daß die Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigerbanken abgeschlossen sind. Damit wurde Südafrika von seinen internationalen Kapitalgebern ein weiterer lebenswichtiger Aufschub gewährt. Politische Bedingungen wurden von den Banken für die großzügigen Umschuldungen nicht gestellt. Diese dritte Umschuldung nach 1986 und 1987 hat eine Laufzeit vom 1.7.90 bis zum 31.12.93. Südafrika ist verpflichtet worden, von seinen eingefrorenen Auslandsschulden in Höhe von 8 Mrd. Dollar nur 1,5 Mrd. US-Dollar in acht Raten zurückzuzahlen. Die Ratenzahlungen wurden so angepaßt, daß es keine Schwierigkeiten mit der Rückzahlung der nicht eingefrorenen Rückzahlungen gibt, die aber ihrerseits auch wieder in langfristige Kredite umgewandelt werden können.

Die Terminierung des Abschlusses der Umschuldungsverhandlungen war eindeutig politisch gewählt worden. Südafrika wurde kurz vor den Wahlen in Namibia und vor dem Commonwealth-Gipfel in Kuala Lumpur grünes Licht gegeben. In beiden Fällen hätte es eine nicht unerhebliche Rolle gespielt, wenn die Finanzsituation Südafrikas offen geblieben wäre. Auf der anderen Seite hat Pretoria als Vorleistung für die Umschuldung mittlerweile erhebliche Zugeständnisse gemacht, während es bei den Verhandlungen 1986 und 1987 noch bei rein verbalen Reformankündigungen von Seiten Bothas geblieben war.

Politik des ANC

Der schwarze Widerstand in Südafrika und insbesondere der ANC sind durch die aktuelle Entwicklung stark in den Vordergrund getreten. Nicht zuletzt von den strategischen politischen Vorstellungen des ANC wird es abhängen, inwieweit die Apartheid abgeschafft werden wird. Dazu wird es notwendig sein, das ganze Spektrum des Widerstandes in diesen Prozeß zu integrieren und entscheidenden Einfluß zu nehmen. Der ANC selbst wird nach den langen Jahren des Banns und der Illegalität auf die neuen Bedingungen der (Halb-)Legalität umgestellt werden müssen.

Im Folgenden werden aus einem Positionspapier von Cosatu (Gewerkschaftsverband), UDF und ANC, das letztes Jahr im "informationsdienst südliches Afrika" (Nr. 5) veröffentlicht wurde, die wesentlichen strategischen Überlegungen zu den Verhandlungen dargestellt.

Cosatu, UDF und ANC stellen fest, daß die strategische Perspektive die Offensive gegen das Regime bleibt und daß sich das Potential für einen Aufstand aufbaut. Das eigene Aktionsprogramm müsse allerdings das Volk mobilisieren können und den Kampf auf eine höhere Stufe heben. Als eigene Schwächen wurden herausgestellt: "Unsere Unfähigkeit, Aktionsprogramme effektiv umzusetzen; die ungenügende Kommunikation mit der Basis; unsere Abhängigkeit von der auswärtigen Finanzierung; unser unzureichendes Ausnutzen von günstigen Bedingungen und unsere Unfähigkeit, der gegnerischen Propaganda wirkungsvoll zu begegnen." 1987 sei es zu keinen Verhandlungen gekommen, da das Regime die vom Widerstand gestellten Vorbedingungen - im wesentlichen: Freilassung der politischen Gefangenen, Beendigung des Ausnahmezustandes, Wiederzulassung der Widerstandsorganisationen - nicht erfüllen wollte. In der jetzigen

Phase würden aber positive Schritte möglich sein, da das Regime unfähig sei, ohne Zugeständnisse aus der Krise zu finden.

In dieser Situation sei es notwendig, eine angemessene Antwort zu finden, die "keine Verwirrung oder Spaltung in unseren eigenen Reihen zur Folge hat; nicht zu einer Demobilisierung der Massen führt; nicht zu einer Verringerung des internationalen Drucks führt; dafür sorgt, daß wir die Initiative gegenüber der Regierung behalten. Es muß unterstrichen werden, daß die Diskussion über Verhandlungen keinen alternativen Ansatz des Kampfes darstellt und daß Massenaktionen und Widerstand auf allen Gebieten weitergeführt werden müssen."

Als wahrscheinliches Szenario wurde angenommen: "Der Ausnahmezustand wird nach den Septemberwahlen aufgehoben werden, Genosse Mandela und andere hochrangige politische Gefangene werden freigelassen werden, es wird ein Gesetz geben, das schwarze Abgeordnete ermöglicht (...) Gleichzeitig wird De Klerk zu einer ‚open-end' Indaba-Konferenz einladen, um eine neue Regelung für Südafrika auszuhandeln."

"Wir müssen die Bedingungen des Wandels diktieren"

"Verhandlungen sind wieder zum Thema geworden (...) Die Imperialisten wollen das - gegenwärtige - Apartheidregime durch eine modifizierte reformierte kapitalistische Gesellschaft ersetzen. Das unterscheidet sich sehr von dem, wofür wir gekämpft haben. Wie können wir - alternativ dazu - auf den geplanten Prozeß antworten oder in ihn eintreten? Wir müssen die Bedingungen des Wandels diktieren. Nichts soll in Gang kommen, womit wir nicht einverstanden sind (...), wir müssen dazu Vorschläge ausarbeiten, bevor der Rest der Welt etwas anderes vorbringt. Die Welt muß sich mit unseren Vorschlägen befassen (...) Das würde uns einen Vorteil verschaffen und uns in die Lage versetzen, den Prozeß zu kontrollieren und zu lenken."

Verfolgt wird eine Strategie, die den Anspruch auf Machtübernahme nicht aufgibt, andererseits auch eine politische Lösung nicht zurückweist. Die drei Organisationen gehen davon aus, daß der Imperialismus das Regime zur Annahme der Vorbedingungen bringen wird, deshalb müsse ein weitergehender Vorschlag erarbeitet werden, der in der Bildung einer Verfassunggebenden Versammlung gesehen wird.

In das Konzept der drei Organisationen gehört die enge Abstimmung ihrer Vorschläge mit den Frontstaaten und der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU). Insbesondere das Verhältnis zu den Frontstaaten gestaltet sich aber zunehmend schwieriger, da diesen am Boden liegenden Ländern vom Imperialismus weitgehende ökonomische Unterstützung in Aussicht gestellt wurde, wenn sie eine politische Lösung jeglicher Art unterstützen, wodurch die Position des ANC geschwächt werden könnte. Sollte es tatsächlich zu Verhandlungen um eine Verfassunggebende Versammlung kommen, so müßten dort nach Ansicht von Nelson Mandela zwei politische Fragen im Mittelpunkt stehen. Zum einen die ANC-Forderung nach einem Mehrheitswahlrecht in einem vereinten Südafrika und zum anderen die Forderung der Weißen nach "strukturellen Garantien" dafür, daß das Mehrheitswahlrecht nicht die Vorherrschaft der Schwarzen über die weiße Minderheit zur Folge hat.

Vorverhandlungsphase

Die südafrikanische Regierung ist mit ihren Vorstößen genau in die Richtung gegangen, die der ANC entwickelt hatte. De Klerk hat mit der Freilassung eines Teils der politischen Häftlinge, der Beendigung von Hinrichtungen, der Aufhebung des Verbotes von ANC, PAC und anderer Widerstandsorganisationen fast alle Bedingungen für Verhandlungen erfüllt.

Im wesentlichen stehen noch zwei Forderungen aus. Erstens will De Klerk die politisch-militärischen KämpferInnen nicht freilassen und zweitens hat er keineswegs eine allgemeine Amnestie verkündet, so daß die Exilierten nur unter großer Unsicherheit zurückkehren können. Darüberhinaus bleiben die repressiven Gesetze bestehen, auf deren Grundlage die Widerstandsorganisationen verboten wurden, d.h. die Bedrohung durch ein jederzeit mögliches erneutes Verbot oder Bannung bleibt bestehen. Um diese Maßnahmen (erneut) abzuwenden, würde noch nicht einmal das weiße Parlament einbezogen werden müssen. Auf der anderen Seite scheint Pretoria im Moment als Vorbedingung nicht mehr auf der Lossagung des ANC vom bewaffneten Kampf zu bestehen und auch der Einfluß der SACP (South African Communist Party) im ANC scheint nach den Ereignissen in Osteuropa kein Hinderungsgrund für Verhandlungen mehr zu sein.

Imperialisten belohnen De Klerk

In den letzten Wochen ist immer klarer geworden, daß Pretorias Hoffnung, im Ausland für ein paar Zugeständnisse wieder kreditwürdig zu sein, durchaus aufgehen könnte. Auf einer kürzlich in Dublin stattgefundenen EG-Außenministerkonferenz konnte keine Einigung über ein Fortbestehen von Sanktionen erzielt werden. Die eiserne Lady will ihrerseits die freiwilligen Sanktionen schrittweise als Belohnung für De Klerk aufheben. Pikanterweise führte sie als Beispiel weiterer Stabilisierung in Südafrika den Automobilkonzern BMW an, der gerade eine weitere Rate seines Investitionsprogrammes in Höhe von 250 Millionen DM überwiesen habe und damit zu mehr Jobs, Sicherheit und verbessertem Lebensstandard beitrage. Sollte sich diese Linie durchsetzen, würde der Widerstand in Südafrika enorm geschwächt und die Position De Klerks gestärkt werden, womit eine tatsächliche Überwindung der Apartheid auf unbestimmte Zeit verzögert werden würde. Der südafrikanische Widerstand nutzt im Augenblick jede sich bietende Möglichkeit, auf diesen Umstand hinzuweisen. Dies sollte als direkter Aufruf verstanden werden, den Widerstand in den imperialistischen Metropolen zu verstärken.

Rechtsradikale machen mobil

Die rechtsradikale Konservative Partei Südafrikas hat Mandelas Rede nach seiner Freilassung zum Anlaß genommen, gegen ihn eine Strafanzeige wegen Hochverrats zu stellen. Die Strafanzeige fußt auf den nach wie vor bestehenden rassistischen Gesetzen.

Mandela hatte in der Rede die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes bis zur Abschaffung der Rassentrennung betont. Mit dem Strafantrag versucht die Conservative Party eine Machtprobe mit den sog. "Reformern" um De Klerk. Die Rechtsradikalen sind vor allem im burischen Kleinbürgertum und im Sicherheitsapparat des Rassistenregimes stark, sie brachten vor drei Wochen etwa 40.000 gegen den "Verrat" protestierende Weiße auf die Straße. Der Führer der Konservativen, Andries Treurnicht, setzt auf Neuwahlen, nach denen er alle bisher gemachten Zugeständnisse rückgängig machen will. Vor allem aus diesen Kreisen der weißen Gesellschaft kommen die Täter der nach Nelson Mandelas Freilassung schon weit über 50 Morde. Diese Kräfte versuchen mit allen Mitteln, ihren Besitzstand gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit zu sichern. Ob es überhaupt zu Verhandlungen zwischen Widerstand und Regime kommen wird, ist u.a. davon abhängig, ob die Nationale Partei um De Klerk die Konservativen im Zaum halten kann.

Ky, Hamburg

33. Versuch einer Verständigung

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:61

"Innenpolitisch beinhaltet die Deutschtümelei eine Rechtsverschiebung der gesamten politischen Konstellation ... Inzwischen muß man die Gegner der nationalen Verblödung schon mit der Lupe suchen." (aus der Erklärung des LG des KB, AK 313)

"Von einem Tag auf den nächsten ist die Bundesrepublik in einen deutsch-nationalen Taumel geraten, der in der Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist." (aus dem Aufruf der Radikalen Linken gegen Nationalismus und Wiedervereinigung, AK 315)

Das Wahrnehmungsvermögen mancher Linken scheint derzeit genauso schlecht zu sein wie ihr historisches Wissen. Es hat in der Geschichte der BRD Phasen mit einem sehr viel aggressiveren, aktiveren Massennationalismus gegeben als heute. Genannt seien die 50er Jahre, die erste Hälfte der 60er Jahre - noch 1967 wurden in Westberlin bei antikommunistischen Massenkundgebungen Menschen verprügelt, weil sie nach "Student" aussahen - sowie in den 70er Jahren der heftige Widerstand von CDU/CSU, Vertriebenenverbänden und Rechtsradikalen gegen die sozialliberale Neue Ostpolitik als "Ausverkauf Deutschlands".

Heute ist in der BRD-Bevölkerung von dem "nationalen Taumel", den die bürgerlichen Medien von BILD bis SPIEGEL seit einem halben Jahr herbeizutrommeln versuchen, wenig zu sehen. Bei einem durchschnittlichen Fußball-Länderspiel ist vermutlich mehr Schwarz-Rot-Gold versammelt als bei sämtlichen politischen Kundgebungen des letzten halben Jahres in der BRD zusammen. Anders als in der DDR ist "Wiedervereinigung" hierzulande bisher zum Glück kein Thema für Massenmobilisierungen.

Statistisch gesehen äußern sich derzeit rund 70% der BunderbürgerInnen zustimmend zu einer Vereinigung BRD-DDR. Wird aber nach einer Dringlichkeitsliste politischer Themen gefragt, so rangiert die "Wiedervereinigung" ganz weit hinten, d.h. das Thema ist den meisten Menschen keineswegs ein Herzensanliegen, ruft keinen massenhaften Druck hervor, der sich politisch umsetzen ließe. Selbst von den 70%, die sich scheinbar positiv zur Vereinigung verhalten, sagt die Mehrheit zugleich, daß ihr die Sache viel zu schnell geht, und äußert Befürchtungen, in erster Linie vor wirtschaftlichen Nachteilen. Es wird aber beispielsweise auch mehr Respekt vor der Eigenständigkeit der DDR, mehr Absprache mit den Nachbarstaaten, mehr Rücksichtnahme auf sowjetische Sicherheitsinteressen und die schwierige Situation Gorbatschows gefordert.

Die axiomatische Annahme, die Ereignisse der letzten Monate müßten eine "Rechtsverschiebung der gesamten politischen Konstellation" zur Folge haben, wird bisher durch die Tatsachen nicht bestätigt. Dagegen spricht insbesondere das Wahlergebnis an der Saar, wo die CDU kräftig verlor und mit Lafontaine gerade derjenige SPD-Politiker einen Triumph feiern konnte, der eigentlich dem "nationalen Taumel" weniger Konzessionen gemacht hatte als irgendein anderer sozialdemokratischer Spitzenpolitiker. Die letzten Meinungsumfragen verzeichnen einen Stimmungsumschwung zugunsten der SPD. Die rechtsradikalen Republikaner scheinen derzeit Zustimmung zu verlieren statt zu gewinnen. In der DDR wird der SPD eine absolute Mehrheit am 18. März vorausgesagt, während sich für die drei Filialen der CDU/CSU zusammen etwa 20% errechnen lassen. Man müßte also schon die alte Sozialfaschismus-These wiederbeleben, um in der gegenwärtigen Situation einen gefährlichen "nationalen Taumel" zu erkennen, der in irgendeiner sinnvollen Weise mit der herrschenden Massenstimmung der NS-Zeit zu vergleichen wäre.

Zweifelsfrei wird die CDU/CSU bei ihrem provokant-aggressiven Kurs nicht von einer radikalisierten Massenstimmung oder gar Massenbewegung getragen und vorangetrieben. Im Gegenteil ist anzunehmen, daß sie mit diesem Kurs, beispielsweise mit ihren schamlosen Eskapaden um die polnische Westgrenze oder mit ihren rüden Umgangsformen gegenüber der DDR, zunehmend in Widerspruch zur Mehrheitsmeinung gerät.

Nur mit der Lupe?

"Inzwischen muß man die Gegner der nationalen Verblödung schon mit der Lupe suchen." (LG-Erklärung) - Das ist erstens angesichts von rund 30% der BRD-Bevölkerung, die überhaupt keine Vereinigungsbefürworter

sind, sachlich falsch. Es ist zweitens politisch katastrophal, da es zur trotzigen Selbstgenügsamkeit der letzten Aufrechten ermuntert, statt zum Erkennen und Ausnutzen der Bruchlinien im "gegnerischen Lager".

Es liegt bei dieser desperaten Einstellung der Ruf nach einem Nothelfer von außen nahe: Hermann Gremlizas "Amy stay here!", mit dem er die US-Army auffordert, "in der BRD zu bleiben und die Reste des Besatzungsrechts nicht aufzugeben, sondern notfalls mit aller Macht wahrzunehmen". (konkret 7/89) - Jan Philipp Reemtsma's "Don't let them do it again, Uncle Sam!" (konkret 1/90).- Und gleich daneben Detlef zum Winkels These, nur noch eine "Vollbremsung der Alliierten" könne den deutschen Imperialismus aufhalten. (konkret 1/90)

Da die Siegermächte des 2. Weltkriegs aber gar nicht daran denken, ihre Rechte "mit aller Macht wahrzunehmen", d.h. letztlich: militärisch zu intervenieren, erweist sich diese Art von Hilferufen als klassische linksradikale Ohnmachtsphantasie.

Ähnliche Hilflosigkeit zeigt sich in dem trotzigen Exorzismus: "Wir sprechen Deutschland das Recht auf nationale Selbstbestimmung ab." (LG-Erklärung) - Das kann man für sich selbst natürlich tun. Sollte dabei aber nicht übersehen, daß man damit international ganz allein auf weiter Flur steht: das prinzipielle Recht der beiden deutschen Staaten, sich zusammenzuschließen, wurde und wird von keiner einzigen Regierung, wohl auch von keiner politischen Partei der Welt bestritten. Auch die schärfsten und historisch wohlbegründeten Einwände, wie sie etwa von Wiesel oder Schamir formuliert wurden, bestreiten nicht dieses Recht.

Das bedeutet: die Sache wird, ob uns das nun paßt oder nicht, in den beiden deutschen Staaten entschieden werden müssen, und zwar möglichst unter intensiver Einbeziehung der Bevölkerungen und als Ergebnis eines gründlichen Diskussions- und Erfahrungsprozesses. Dabei hat die radikale Linke in beiden Staaten trotz ihrer minoritären Position eine große Verantwortung. Da rettet uns, um mit den Worten der "Internationale" zu sprechen, kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun, und auch nicht die vier Besatzungsmächte.

Richtig: "Ein Recht auf Imperialismus läßt sich nicht begründen". (LG-Erklärung) - Aber: was heißt das nun eigentlich konkret und praktisch? Die meisten oder alle imperialistischen Staaten haben heute frei gewählte Regierungen. Die Präsidenten Johnson und Nixon, die den Vietnam-Krieg führten, waren frei gewählt. Was folgt daraus? Daß wir den BürgerInnen der USA das Wahlrecht (und das nationale Selbstbestimmungsrecht?) "absprechen" müßten?

Ja, man muß nicht einmal Sozialist sein, um - wie der von Hr. im letzten AK zitierte DDR-Dramatiker Heiner Müller - zu freien Wahlen ein "gebrochenes Verhältnis" zu haben. Dennoch bleibt, ebenfalls Heiner Müller, daß sie "notwendig" sind. So kompliziert kann das Leben sein. Und wenn Hr. schreibt, er lehne einen Volksentscheid in beiden deutschen Staaten über den Zusammenschluß ab, so kommt er, selbstverständlich aus total anderen Gründen, zur gleichen Schlußfolgerung wie die CDU/CSU, die die darin immerhin enthaltene demokratische Dimension (und Ungewißheit!) erkennt und scheut. Das totalitäre "Anschluß"-Konzept der CDU/CSU hat ja mit Selbstbestimmung der DDR-Bevölkerung - zu der man ein äußerst "gebrochenes Verhältnis" haben kann, beispielsweise wenn man am Montagabend die Nachrichten einschaltet, das geht mir sicher nicht anders als Hr. oder De. - kaum noch etwas zu tun.

Vielfältige Ansatzpunkte für Widerstand

Jede Aktion, die sich heute prinzipiell gegen den Zusammenschluß von BRD und DDR richtet und strikte Zweistaatlichkeit zur unverzichtbaren Basis eines "Bündnisses" macht, wird auf wenige tausend Menschen (bundesweit!) isoliert bleiben. Zumal dann, wenn man so verblendet ist, keine Kooperation mit DDR-Linken anzustreben, weil das bereits "gesamtdeutsch", also verwerflich wäre.

Wahr ist aber auch: Unterhalb des Limits prinzipieller Zweistaatlichkeit gibt es vielfältigen, breiten Widerstand gegen die konkreten Formen, in denen heute "

Wiedervereinigung" stattfindet und vorangetrieben wird. Genannt seien hier die sozialen Ängste vieler Menschen in der DDR; aber auch die Sorge der Mehrheit der BRD-Bevölkerung, was da finanziell auf sie zukommen wird, sollte nicht verächtlich als nicht politik-relevant beiseite geschoben werden. Die kolonialistische Arroganz gegenüber der DDR oder das widerwärtige Spiel der CDU/CSU mit der polnischen Westgrenze sind weitere Themen, an denen Menschen ansprechbar sind, die mit bloßem Beharren auf prinzipieller Zweistaatlichkeit derzeit nicht zu gewinnen sind. Wären wir beispielsweise bereit, eine Kampagne

zur sofortigen und bedingungslosen Anerkennung der polnischen Westgrenze zu unterstützen, auch wenn die prinzipielle Zweistaatlichkeit nicht Basis des Aktionsbündnisses wäre? Wie steht es mit Aktionen gegen die Ausdehnung der NATO bis zur Oder und Neisse? Ist beispielsweise der Kampf von DDR-Frauen um die Erhaltung der Kinderhorte wirklich nur läppischer Sozialklimbim, über den man sich als aufrechter "Antideutscher" lustig zu machen hat, weil er zum Kampf gegen die "Wiedervereinigung" nichts beiträgt?

Ich meine, hier liegen viele Aufgaben und Chancen linker Politik. Das setzt im Übrigen ja nicht voraus, daß wir unsere eigene weitergehende Position reduzieren oder nicht mehr öffentlich kundtun. Sondern es geht um eine zusätzliche Dimension von Politik, die mit der dummen These von der allgemeinen "nationalen Verblödung" nur weggeschoben wird.

Um die Sache an einem Beispiel zu erläutern, in dem wir uns sicher einig sind: Die kapitalistische Ausbeutung als solche wird in der BRD weithin akzeptiert, prinzipielle Gegner gibt es nur wenige. Man könnte auch sagen: AntikapitalistInnen muß man heute mit der Lupe suchen. Die konkreten Formen jedoch, in denen kapitalistische Ausbeutung stattfindet, stoßen auf Widerstand, rufen Kämpfe hervor. Indem sich Sozialisten an diesem Widerstand beteiligen, ihm eine bestimmte "politische Zuspitzung" zu geben versuchen, ohne die Forderung nach prinzipieller Ablehnung des Kapitalismus zur Vorbedingung zu machen, versuchen sie, aus punktuellem Widerstand prinzipielle Gegnerschaft zu machen. - Ob wir uns auf dieser Basis nicht vielleicht doch verständigen könnten?

Kt.

34. Nach Kräften um Nichtverstehen bemüht

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:30

"Eine Kritik, die nicht auf richtigen theoretischen Prinzipien basiert, ist keine Kritik: sondern ein Angriff. Eine Kritik, die keine Berichtigung ermöglicht, ist keine Kritik: sondern eine chirurgische Operation oder ein Polizeieinsatz (...). Für die Marxisten-Leninisten ist das wichtigste nicht die Kritik um der Kritik willen, sondern das Ergebnis: die Berichtigung aufgrund richtiger Prinzipien." (Louis Althusser)

Ein schönes Zitat, dem im Prinzip jedeR zustimmen kann. Hr. mit Sicherheit, fordert er uns doch auf, den derzeit im KB ausgetragenen Streit mit "offenem Visier" und frei von "demagogischen Ausfällen" zu führen. So steht es im letzten Satz seines Artikels, und Hr. hätte gut daran getan, nachdem er ihn geschrieben hatte, sein eigenes Werk noch einmal durchzulesen und an diesem selbstgesetzten Anspruch zu messen.

Da es sich, wie Hr. richtig bemerkt, auch um eine "machtpolitische Auseinandersetzung" handelt, dürfen wir nicht allzu kleinlich sein. Eine solche Debatte ist notwendigerweise "polemisch" - Polemik bedeutet laut Wahrigs "Deutschem Wörterbuch" nichts anderes als "wissenschaftlicher, meist publizistisch ausgetragener Streit". Welchen Erkenntniswert aber hat die Charakterisierung Kt.s als größenwahnsinniger Alleinherrscher: "Kt., der es gewohnt ist, daß seine Positionen mit denen des KB identisch sind, spricht hier einerseits das Verdikt (rote Karte) gegen einen noch dem LG angehörenden Genossen (‚bedenklich'), zum anderen eine Warnung an die Mehrheit im LG (gelbe Karte), keine Erklärung ohne ihn zu formulieren, da diese ‚uns keine Ehre macht'." In welche Anstalt soll der Kranke eingewiesen werden? Mit dem Ruf nach dem Psychiater sollten wir schon aus Eigeninteresse vorsichtig sein - am Ende entdeckt er die Verrückheiten bei uns selbst?

Der persönlichen läßt Hr. die kollektive Beleidigung folgen. Von der Intelligenz der AK-LeserInnen hat er eine so geringe Meinung, daß er ihnen gröbste Verdrehungen dessen, was Kt. in seiner Kritik an der LG-Erklärung geschrieben hat, zumutet. Während seiner Arbeit als AK-Redakteur hat Hr. dutzendfach bewiesen, daß er durchaus in der Lage ist, auch anspruchsvolle Texte zu verstehen und zu kommentieren. Die Kette von "Mißverständnissen", auf die er seine Argumentation gegen Kt. aufbaut, ist nur noch mit Nichtverstehenwollen erklärlich. Angeblich "verlangt Kt. von einer linken Organisation wie dem KB eine politische Massenperspektive". Eine gefährliche Fehlströmung, denn was heißt das anderes als die Forderung nach "Vertrauen in das deutsche Volk als neue KB-Verpflichtung"? So einfach kann Schreiben sein: anderen irgendwelchen Blödsinn unterstellen, "zuspitzen", draufhauen.

Harmonische Entwicklung unterstellt?

In einem von Kt. Mitte Oktober geschriebenen Satz geschriebenen Satz drückt sich für Hr. eine besonders gefährliche Unterschätzung des deutschen Nationalismus aus:"Die nationalistischen Prahlhanseln, die nicht einmal die Grenzen von 1937 in Ruhe lassen mögen, sind vermutlich nicht die gefährlichsten oder effektivsten Vertreter bundesdeutscher Kapitalinteressen." Dieser Satz ist m.E. auch heute noch zutreffend. Die Vertriebenen schäumen gegen Genscher, während der die Fäden zieht und sich als immer noch überaus leistungsfähiger "leitender Angestellter der herrschenden Klasse" erweist: schnell mal zwecks Beseitigung von "Unsicherheiten" und "Verstimmungen" (FR, 22.2.) ein Besuch beim italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, dem notorischen Verfechter deutscher Zweistaatlichkeit, und dessen Außenminister De Michelis. Ergebnis: "De Michelis sagte nach der Begegnung, Italien befürworte die deutsche Vereinigung (...). Genscher kündigte weitere Besuche bei europäischen Nachbarn an" (ebd.).

Keine europäische Regierung äußert derzeit noch prinzipielle Einwände gegen die deutsche Einheit. "Gute Miene zum bösen Spiel machen", nennt man das wohl, und es ist in der Tat die Frage, "ob es so ‚friedlich' bleibt, wie es derzeit scheint" (Hr.). Für die Kt. unterstellte Ansicht, "daß es so schlimm nicht kommen werde", muß Hr. den Beleg schuldig bleiben. Lieber variiert er seine Unterstellung:"Ist der Widerspruch nicht der, daß er (Kt.) die gesamtdeutschen Veränderungen nicht für sonderlich bedrohlich hält?" und grenzt sich ab von einem - wo und von wem? - "geforderten Optimismus, der unsere Existenz begründen soll".

Wer die Ansichten seines Diskussionsgegners so grob verfälscht wie Hr., erleichtert sich zwar die harte Arbeit des Argumentierens, liefert im Ergebnis aber nur die Karikatur einer Polemik ab. Hr. hat bei der Suche nach mißverstehbaren Sätzen, die gegen Kt. verwendet werden können, so viele Energien verbraucht, daß er die Fragwürdigkeit des von ihm extra in einen Kasten gerückten Heiner Müller-Zitats einfach übersieht. Um sein

"nicht ungebrochenes Verhältnis zu freien Wahlen" zu begründen, versteigt sich Müller zu der Behauptung: "Im Gegensatz zu Lenin konnte Hitler seinen Staatsstreich auf eine Wahlsieg gründen." Richtig ist: nicht einmal bei der "Wahl" am 5.3.1933 - nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30.1.), nach dem Reichstagsbrand (27.2.), der Verhängung des Ausnahmezustands (28.2.) und der Inhaftierung von mehr als 10.000 AntifaschistInnen - hatte die NSDAP eine Mehrheit. Die letzte freie Wahl vor der "Machtergreifung", die Wahl zum 7. Reichstag am 6.11.1932, hatte der NSDAP sogar Verluste von zwei Millionen Stimmen gebracht. Von 230 bei der Wahl am 31.7.32 errungenen Mandaten schrumpfte ihre Fraktion auf 196 (zum Vergleich: SPD 121, KPD 100). Daß Hitler nach dieser Niederlage dennoch - oder "jetzt erst recht" - Reichskanzler werden konnte, haben andere Kräfte als "der unmündige Wähler" zu verantworten: "Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend." (Aussage des an der Einsetzung der Hitler-Regierung beteiligten Bankiers Schröder vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg).

Diese Fakten und Zahlen lassen sich in jedem besseren Geschichtsbuch nachlesen. Wer selbst diese Mühe scheut, sollte sich mit als "richtungweisend" gedachten Artikeln zurückhalten.

Js./Hamburg

35. Welches Recht?

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:59

Von allen verbalen Attacken, die Rudolf Augstein in den letzten vier Monaten vorgebracht hat, war diejenige gegen den Auschwitz-Überlebenden Elie Wiesel besonders auffallend. Der heute in New York lebende Friedensnobelpreisträger hatte in einem "Spiegel"-Interview die Ansicht vertreten, eine Vereinigung von Bundesrepublik und DDR komme zu früh: "Wartet ab! Deutschland ist noch nicht bereit für einen solchen Wechsel. Und wir sind auch noch nicht bereit." ("Spiegel" 1/90) In der folgenden Ausgabe ließ Augstein alle Höflichkeit beiseite. "Mit welchem Recht", polterte er, widerspreche Wiesel einer Wiedervereinigung - als ob die freie Meinungsäußerung für den ehemaligen KZ-Häftling nicht selbstverständlich sei. Doch die erregte Rede vom Recht hat noch einen weiteren Aspekt. Derjenige, der einem anderen ein Recht bestreitet, verrät etwas von seiner eigenen Rechtsauffassung. Welches Recht postuliert also umgekehrt Augstein für sich, für welche Prinzipien tritt er ein? Welches Recht nehmen die Bürger der postfaschistischen Bundesrepublik als für sich geltend an? Und welchen Maßstab wollen wir westdeutschen Linken wählen?

Das ist im Kern auch die Kontroverse im linken Garten der großen Politlandschaft. Zwar hört man allüberall und Tag für Tag das Argument, das Ob einer Wiedervereinigung noch zu diskutieren sei Zeitverschwendung, weil die Sache entschieden sei und es nunmehr ausschließlich um das Wie gehe. Doch wird man den Eindruck nicht los, daß dieses Argument auch ein bißchen vorgeschoben wird, um grundsätzlichen Erwägungen - also radikalen Erwägungen - aus dem Weg zu gehen. Das sogenannte Unvermeidliche, das sogenannte Faktische, die Realpolitik erdrückt die Freiheit, die wir sehr wohl haben: darüber nachzudenken und zu sagen, was wir eigentlich wollen und warum wir es so und nicht anders wollen.

Es ist im Kern auch die Kontroverse im KB. Im Dezember veröffentlichten wir eine LG-Erklärung, in der den beiden deutschen Staaten das Recht abgesprochen wurde, in nationaler Selbstbestimmung ihre Vereinigung zu vollziehen (AK 313, S. 2). Eine Ausgabe später widersprach Kt. dieser Befürwortung einer beschränkten Souveränität: "Mit anderen Worten: was aus den beiden deutschen Staaten wird, soll sonstwer entscheiden, aber keinesfalls die Bevölkerung dieser beiden Staaten. Damit entfällt jede Motivation, in der Bevölkerung noch politische Überzeugungsarbeit zu unternehmen." (AK 314, S. 18) Die polemische Zuspitzung - sonstwer solle wohl über eine Wiedervereinigung entscheiden, nur nicht die Deutschen - ist ziemlich blöde, denn in der LG-Erklärung hieß es: "Wir sprechen 'Deutschland' dieses Recht ab. Erstens weil hierbei diejenigen ein maßgebliches Wort mitzureden haben, die Opfer des Nationalsozialismus geworden sind." Die NS-Opfer sind nicht sonstwer.

Im KB sind bisher alle gegen Wiedervereinigung. Die einen jedoch (zu denen ich mich zähle), würden auch einen deutschen Volksentscheid über eine Wiedervereinigung ablehnen, weil sie einem solchen Votum die Legitimität absprechen. Die anderen würden in einem Volksentscheid gegen Wiedervereinigung stimmen, aber sein Ergebnis anerkennen, auch wenn die Wiedervereinigung beschlossen würde. Kt., der zu den Letzteren zählt, behandelt die Frage vor allem taktisch, weil er sich eine Verteidigung der Souveränität der DDR nicht vorstellen kann, "wenn wir sie im gleichen Atemzug auch schon wieder relativieren und der DDR-Bevölkerung sagen: es kommt sowieso nicht darauf an, wie ihr euch entscheidet." Bevor wir jedoch über Taktik diskutieren, müssen wir über Strategie diskutieren, und bevor wir über Strategie diskutieren, müssen wir klären, ob wir noch von den gleichen Grundsätzen ausgehen. Auch Kt. spricht von politischen Prinzipien, ohne sie freilich zu nennen. Er stellt es als selbstverständlich dar, daß eine (uneingeschränkte) Souveränität der beiden deutschen Staaten wünschenswert sei. Woher kommt es, daß Linke automatisch mit dem Kopf nicken und applaudieren, wenn Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung und Souveränität erhoben werden? Im Kommunistischen Manifest ist davon nicht die Rede.

Das "nationale Interesse"

Es ist vielleicht peinlich, heute aber, wo das z.T. ernsthaft als "Phrase" bzw. "Folklorismus" gilt (Kt. bzw. Kai in AK 314), anscheinend keineswegs überflüssig, daran zu erinnern, daß Kommunisten für die Vereinigung der Proletarier aller Länder eintreten, nicht aber für die Vereinigung sogenannter Angehöriger einer Nation zu einem Staat. Dies betreibt vielmehr, laut Marx und Engels, die Bourgeoisie: "Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit

verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie."

Diese Sätze sind kein Heiligtum, bloß weil sie im Kommunistischen Manifest stehen. Verweilen wir aber beim Begriff des nationalen Klasseninteresses, um uns an einem typisch marxistischen Denkansatz warmzulaufen. Er besagt, daß im Kapitalismus das spezielle Interesse einer von mehreren Klassen, nämlich das Interesse der herrschenden Klasse, zum einheitlichen nationalen Gesamtinteresse erklärt wird. Er besagt, daß das sogenannte nationale Interesse in Wahrheit ein Klasseninteresse ist. Wenn also von der Souveränität der BRD die Rede ist, handelt es sich marxistisch gesehen um die Souveränität der westdeutschen Bourgeoisie. Ebenso wird die Souveränität der DDR von deren herrschender Klasse ausgeübt; daß diese zur Zeit ausgewechselt wird, ändert daran nichts.

Die aktuelle Politik der deutschen Einheit bestätigt Marx und Engels wenigstens in diesem Punkt. Solange die Demonstrationen in den DDR-Städten authentische, unabhängige demokratische Basisbewegungen waren, gab es keine nationalen Parolen und keine schwarz-rot-goldenen Fahnen. Die westdeutsche Bourgeoisie war es, die die Wiedervereinigung zum Programm erklärte. Ihre Medien gaben die Linie aus, bis das Echo aus der Bevölkerung widerhallte. Das ist eindeutig zu rekonstruieren. Am 9.11.89 wurde die Mauer geöffnet, und in Bonn sang der Bundestag das Deutschlandlied. Am 10.11. forderte Kohl vor dem Schöneberger Rathaus die Wiedervereinigung. Am 11.11. schrieb Herbert Kremp in "Bild": "'Wir sind das Volk' rufen sie heute. 'Wir sind ein Volk' rufen sie morgen." Zwei Wochen später wurde die Parole erstmals von der Leipziger Montagsdemonstration gemeldet, drei Wochen später wurde sie dort massiv vorgetragen. Seitdem gilt "Wir sind ein Volk" als originär Leipziger Erfindung. Man scheint einfach nicht wahrhaben zu wollen, daß der Springerkonzern das Urheberrecht darauf besitzt.

Wenn heute Bevölkerungsmehrheiten in Ost und West die Wiedervereinigung fordern, dann mögen sie zwar glauben, sie handelten damit selbstbestimmt. In Wahrheit identifizieren sie sich mit einem imperialistischen Programm, in dem sie politisch nur als demokratische Staffage vorgesehen sind. Also: als Stimmvieh. Das bedeutet nicht, daß ein solches Mehrheitsvotum irrelevant wäre. Es ist im Gegenteil leider äußerst relevant für die Ereignisse von heute, morgen und übermorgen, wenn der Nationalismus mehrheitsfähig wird und sich demokratisch rechtfertigen kann. Auch wenn wir wenig daran ändern können, daß sich Menschen mit dem Imperialismus identifizieren und das eigene Interesse gewahrt sehen, wenn diejenigen, die sie beherrschen (sollen), ihre Interessen verwirklichen, zwingt uns niemand, dem Untertanengeist zu huldigen oder unsere eigenen Auffassungen zu verbergen: Nationale Selbstbestimmung ist nicht nur kein kommunistisches Ziel, sie ist auch eine Lüge, bürgerliche Ideologie, falsches Bewußtsein. Wer das Recht auf nationale Selbstbestimmung fordert, setzt sich für das Recht seiner Bourgeoisie ein, ihre Herrschaft souverän ausüben zu können.

Relativität statt Selbstverständlichkeit

Vom Standpunkt des Proletariats her ist es also reaktionär, nationale Selbstbestimmung im Kapitalismus zu fordern. Doch was in einer kapitalistischen Gesellschaft gilt, stellt sich unter anderen Umständen nicht so einfach dar. Im Verhältnis zu den vorkapitalistischen Gesellschaften galt den Urvätern des Kommunismus die Bourgeoisie als revolutionär. Entsprechend ist es unter Linken üblich, die historische Herausbildung der Nationalstaaten i.a. als fortschrittlich zu begreifen. Heute scheint es uns eine schiere Selbstverständlichkeit zu sein, die nationalen Befreiungskämpfe in der Dritten Welt zu unterstützen. Darüber wird die Problematik und Relativität der nationalen Befreiung leicht vergessen. Ein Nicaragua, das von den Sandinisten regiert wurde, war strenggenommen ebenso wenig "national selbstbestimmt", wie es ein Südafrika wäre, das vom ANC regiert würde. Was es in den kolonisierten Ländern gab und gibt, sind zeitweilige und vorübergehende antiimperialistische Bündnisse verschiedener Klassen, die sich, wenn sie die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, mit einiger Glaubwürdigkeit und einigem Erfolg als Vertreter der Nation erklären können. Unabhängig von der Legitimität und Notwendigkeit einer solchen Politik, bleibt der Begriff der nationalen Selbstbestimmung trotzdem in letzter Instanz absurd. Er setzt ein klassenübergreifendes Nationalinteresse als absolut. Das kann es nicht geben, solange es antagonistische Klassen gibt, und das wird es auch nicht geben, wenn es wirklich einmal keine antagonistischen Klassen mehr geben sollte. Dann entfiele nämlich - wenn man der marxistischen Orthodoxie folgt - der Definitionsgrund der Nationen. "Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander." (Manifest)

Nationale Befreiung oder, wenn es denn sein muß, Selbstbestimmung und staatliche Souveränität können aus kommunistischer Sicht nur ein relativer Vorteil sein. Unter bestimmten Bedingungen sind sie ein Fortschritt; sind diese Bedingungen aber nicht gegeben, handelt es sich um ein reaktionäres Programm. Nur im Verhältnis zu einem unterdrückenden Imperialismus, nur für Länder, die sich aus kolonialistischer oder neokolonialistischer Unterdrückung befreien müssen, sind sie sinnvoll zu definieren. Wenn "Bild" fragte: "Ist Deutschland eine Bananenrepublik?", so legt die Demagogie die Wahrheit bloß: "die Bananenrepubliken haben inzwischen alle das Selbstbestimmungsrecht ... In Namibia wurde vor 14 Tagen gewählt, in Chile in einer Woche ... - sollen wir schlechter behandelt werden als jedes andere Volk?" ("Bild", 13.12.89) Genau so ist es: Weil die Bundesrepublik kein armes und unterdrücktes, sondern ein reiches und unterdrückendes Land ist, weil sie nicht schlechter als jedes andere Volk, sondern besser dasteht, kann sie nationale Schutz- und Notwehrrechte nicht für sich behaupten.

Bevor wir uns nun dem katastrophenträchtigen Thema zuwenden, was passiert, wenn sich imperialistische Täter in die Pose imperialistischer Opfer begeben, um für nationale Großmachtpolitik die Massen zu mobilisieren, muß noch ein Wort zur DDR gesagt werden, die ja (noch) nicht kapitalistisch ist, die wir aber auch nie als vorkapitalistisch oder kolonisiert angesehen haben. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die derzeit laufenden Entwicklungen zu beschönigen. Alle Versuche, die Situation so zu beschreiben, als habe dort eine bürgerlich demokratische Revolution gegen ein feudalsozialistisches Regime stattgefunden, alle Versuche, historischen Kitsch zu bemühen (vor zweihundert Jahren Paris - heute Berlin...), alle Versuche, dem Leipziger Nationalismus einen fortschrittlichen Anstrich zu geben, sind vordergründige westliche Agitation, die nicht dadurch besser wird, daß sich einige Linke anhängen.

Diejenigen in der DDR, die heute die Wiedervereinigung fordern, wollen keine Revolution und nicht die politische Macht für sich, sondern eine andere herrschende Klasse: die der BRD. Sie wünschen sich die Marktwirtschaft der BRD, die Unternehmen der BRD, die Kaufhäuser der BRD, die Automobile der BRD, die Parteien der BRD und die Währung der BRD (ARD und ZDF empfangen sie ja schon seit längerem). Natürlich: dabei wollen sie ihren Arbeitsplatz und ihre Wohnung behalten, und ihre Sparkonten sollen nicht entwertet, sondern aufgewertet werden. All das mögen verständliche Wünsche sein, nur eines sind sie nicht: Ausdruck von Selbstbestimmung. Diese Menschen sehen ihr Leben am besten in Verhältnissen aufgehoben, wie sie in der Bundesrepublik existieren. Bitte sehr: warum nicht? Doch die herbeigesehnten westdeutschen Verhältnisse werden nicht von den Bundesbürgern bestimmt und auch nicht von hinzukommenden DDR-Bürgern, sondern vom Kapital. Ich weiß nicht, wie stark und wie tief die Forderung nach Wiedervereinigung tatsächlich in der DDR verankert ist. Es geht auch nicht darum, an die DDR-Bevölkerung höhere politische Ansprüche zu stellen als an die inländische. Ich insistiere nur darauf, daß die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung - so wie sie erhoben wird, so wie sie sich real präsentiert; nicht so, wie sie sich sentimentale, resignierte Kommunisten diesseits und jenseits der Elbe vielleicht ausmalen - in der DDR genauso reaktionär ist wie in der BRD, weil sie ebenso nur die Souveränität der Bourgeoisie meint.

Bis hierhin kommt man, so ist jedenfalls mein Eindruck, mit dem klassischen marxistischen Mobiliar, wenn man nur bereit ist, ein Staubtuch zu benutzen. Wie jedoch kann man nach den spezifisch deutschen Erfahrungen einen so sorglosen Umgang mit nationaler Selbstbestimmung pflegen, wie es zur Zeit mit Ausnahme kleiner Minderheiten der Fall ist? Dies zu erklären, hat in der Linken noch niemand versucht. Der Verweis auf die Realpolitik - auf die gelaufene Entscheidung, auf die unaufhaltsame Entwicklung, auf den Zug, der nicht mehr zu stoppen ist, auf die unvermeidliche Wiedervereinigung - erspart den Apologeten nationaler Selbstbestimmung die Mühe. Und die Blöße, die sie sich dabei geben müßten. Denn für Linke gilt ebenso wie für Rechte: Wer sich konstruktiv auf die sogenannte deutsche Frage einläßt, möchte auch "mit Auschwitz endlich in Ruhe gelassen" werden. Man macht es sich also lieber bequem und bezichtigt diejenigen, die die schwarz-rot-goldenen Massenaufmärsche kritisieren, der "Publikumsbeschimpfung". Man trickst und fälscht ein bißchen, unterstellt denjenigen, die eine unübersehbare Verblödung beim Namen nennen, sie würden die gesamte deutsche Bevölkerung für unrettbar verloren halten; man suggeriert vorsichtig einen Stalinismusvorwurf (etwa wenn Kt. in AK 314 mich mit denjenigen vergleicht, die 1968 sowjetisches Militär gegen den Prager Frühling zu Hilfe riefen); man setzt möglichst ein paar Andeutungen in Umlauf, da hätten einige Genossinnen und Genossen sowieso keine Lust mehr - und was es sonst an kleinkarierten, aber bewährten Methoden gibt, um eine Auseinandersetzung auf die Ebene ärgerlichen Gezänks zu bringen. Womit für diesen Aspekt auch schon genügend Platz verschwendet ist.

Wo Hitler Marx und Engels widerlegt hat

Welche Konsequenzen ziehen wir aus dem Nationalsozialismus für unsere Position in nationalen Angelegenheiten? Gibt es für uns eine deutsche Frage? "Die Arbeiter haben kein Vaterland", heißt es im Manifest. Detlev Claussen schrieb in "links", leider hätten sie eben doch eines. Ich finde, dieser Satz ist zu schön, um falsch zu sein. Solche unschätzbaren Antiquitäten stellt man nicht auf den Sperrmüll (die DDR soll ja noch mehr davon haben). Falsch, weil einseitig ist m.M. der im Manifest folgende Absatz: "Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse." Diese optimistische Annahme wurde durch Hitler widerlegt. Nationale Gegensätze und Nationalismus verschwanden nicht mehr und mehr, sondern erreichten mit dem Nationalsozialismus ein beispielloses, unbegreifliches Ausmaß. Und nicht einmal nach diesem Verbrechen verschwinden sie allmählich, sondern sie erleben zum Ende dieses Jahrhunderts eine weltweite Renaissance - im Dienst oder doch wenigstens zum Nutzen der Bourgeoisie.

Die Nazis verstanden es, eine irrationale, vom aufklärerischen Standpunkt gesehen idiotische Ideologie mit kalter Arbeitsrationalität, Kommandowirtschaft, perfekter Organisation und militärischer Disziplin zu verbinden. Das machte sie zu erfolgreichen politischen Partnern der Bourgeoisie. Sie mobilisierten die Massen und machten sie gefügig: begeistert gehorsame und gehorsam begeisterte Germanen. Warum diese Mischung funktionieren konnte, ist die eine, immer noch aktuelle, immer noch ungeklärte Frage. Die andere ist, warum in drei Teufels Namen die Geschichte so gar keine Gerechtigkeit kennt: warum also ausgerechnet die Kriegsverbrecher Deutschland und Japan heute diese enorme ökonomische Potenz aufweisen. Es ist wohl so, daß diejenigen, die die erste Frage ähnlich beantworten, sich auch bei der Antwort auf die zweite Frage nahe sind.

Das eine Paar von Antworten lautet: Die Nazis führten die Bevölkerung hinters Licht, unterdrückten sie aber auch und schüchterten sie ein. Die Bundesrepublik ist heute so reich, weil Deutschland den Krieg so gründlich verloren hat. Weil es also 1945 einen tiefgehenden Bruch gab, weil Bourgeoisie und Gesellschaft in der Folge zu einem antifaschistischen Grundkonsens finden mußten und fanden, weil sie sich dadurch modernisierten und legitimierten und weil der heutige BRD-Imperialismus mit dem NS-Imperialismus nichts mehr zu tun hat, außer alle paar Monate Gedenktage zu begehen.

Das alternative Paar von Antworten lautet: Die Opfer des Nationalsozialismus wurden nicht von einer Ideologie getötet. Das Vernichtungsprogramm war zu gigantisch, um von einer kleinen Täterelite allein begangen zu werden, und zu verräterisch, um geheim zu bleiben. Teile der Bevölkerung waren Täter, Mittäter und Komplizen, große Teile waren Mitwisser, stimmten mit den Taten überein, versuchten davon zu profitieren, duldeten sie, verhielten sich gleichgültig, feige, egoistisch. Wir wissen, daß es vor allem Kleinbürger waren, die sich mobilisieren ließen und daß die Mobilisierung von ihren Inhalten her kleinbürgerlich war. Aber wir wissen auch alle, wie viele Arbeiter ein kleinbürgerliches Bewußtsein haben, und wie schwach sich der proletarische Klassenstandpunkt gegen die kleinbürgerliche Mobilisierung behaupten konnte. Daher führt es in die Irre, wenn sich Kommunisten darauf zurückziehen, daß der Nationalsozialismus eine Diktatur der Bourgeoisie war und daß leider viele, die eigentlich zu den Unterdrückten gehören, auf die Volksgemeinschaftsideologie hereinfielen. Der Terror dieser Diktatur richtete sich ja weniger gegen das Proletariat als Klasse als vielmehr gegen diejenigen, die als sogenannte Volksschädlinge, minderwertige Rasse, lebensunwerte Elemente, Feinde Deutschlands etc. ausgemacht wurden. Gegen die sog. Volksfeinde richtete er sich auch, wenn sie keine Arbeiter waren, und gegen Arbeiter richtete er sich, wenn sie Internationalisten waren.

Der Nationalsozialismus war Diktatur der Bourgeoisie, und das deutsche Bürgertum trägt die Hauptverantwortung für seine Verbrechen. Aber er war noch mehr als das: er war auch ein klassenübergreifendes Bündnis für die imperialistischen Ziele der Bourgeoisie. Im Massenmord überwand dieses Bündnis seine sozialen Gegensätze, so wie eine Mafia durch das Töten zusammengehalten wird. Es wäre fatal, den Eindruck zu erwecken, als wüßte man das alles und als könnte man eine fertige Analyse darüber abgeben. Im allgemeinen heißt es: Der Faschismus konnte sich deswegen so lange halten, weil die Leute von Auschwitz nichts wußten; oder weil sie nur vage Befürchtungen hatten und Genaueres nicht in Erfahrung bringen konnten; oder weil sie sowieso nichts machen konnten. Das mag für einen Teil der Deutschen zutreffen. Genauso plausibel ist die These: Der Faschismus konnte sich deswegen so lange halten,

weil die Leute schon das Richtige über Auschwitz wußten oder ahnten, und auch wenn sie es genau wußten, nichts dagegen machen wollten. Das mag für den anderen Teil der Deutschen zutreffen.

Die Antwort auf die zweite Frage lautet aus dieser Sicht: Die Bundesrepublik ist heute deswegen so reich und stark, weil es keine wirkliche Niederlage des Faschismus gegeben hat und weil der Faschismus kein widersinniges, sondern ein erfolgreiches Konzept bürgerlicher Herrschaft ist. Um es mit einem Satz Oskar Lafontaines aus einer Zeit zu sagen, wo er noch Bücher gelesen hat, anstatt selber welche zu schreiben: Die Sekundärtugenden, mit denen sich ein KZ errichten (und betreiben) läßt, sind die Eigenschaften, die der Kapitalismus braucht. Hierzulande konnte er darauf zurückgreifen, und er sollte es nach dem Kalkül der Westalliierten auch - sofern davon maßvoller und kontrollierbarer Gebrauch gemacht würde. Alles weitere ergibt sich logisch: das Ausbleiben einer wirklichen Entnazifizierung, die personellen und strukturellen Kontinuitäten in Staat, Wirtschaft, Militär, Justiz, Medizin etc., die Diskreditierung des Antifaschismus, die Verdrängung, dann Relativierung, demnächst allmähliche Wiederaneignung der Geschichte von 1933-45, kurz: die Ambivalenz dieser Gesellschaft, die ständige Präsenz der Vergangenheit.

Vereinigung zur kritischen Masse

Und nun stellt man entsetzt fest, daß es sich in der DDR ganz ähnlich verhält, ohne daß dort in den letzten 45 Jahren Kapitalismus geherrscht hätte; daß dort derselbe nationalistische, rassistische und antisemitische Bodensatz hochkommt wie hier. Was hat die 2 Millionen-Partei SED eigentlich aus ihren Möglichkeiten gemacht? Wie kann es angehen, daß auch von ihrem Antifaschismus, den man ihr kaum absprechen kann, so wenig übrigzubleiben scheint? Jedenfalls befinden wir uns in einer Situation, in der zu befürchten ist, daß die Vereinigung der beiden Staaten das beiderseits latent vorhandene faschistische Erbe aus den bisher angelegten Beschränkungen entläßt. Was in den letzten vier Monaten zu beobachten war, entkräftet diese Befürchtung nicht, sondern nährt sie. Ein Recht auszuprobieren, ob die Vereinigung zweier Teile eine kritische Masse ergibt, hoffend, daß eine Kettenreaktion ausbleibt, kann nicht begründet werden. Vielmehr haben die Nachbarn und anderen Bedrohten das Recht, sich vor einer Explosion wirksam zu schützen. So ist es eine durchaus zu begründende Idee und mehr als ein taktischer Schachzug, wenn der sowjetische Außenminister Schewardnadse die Forderung nach einem deutsch-deutschen Volksentscheid über Wiedervereinigung mit dem Vorschlag eines europäischen Volksentscheids beantwortet hat.

Nationale Selbstbestimmung und Souveränität Deutschlands: Es ist ganz klar, daß diese Parolen zu Hitlers Erfolgsrezept gehörten. Evidenterweise müssen im gleichen Atemzug, in dem diese Forderungen erhoben werden, Feinde definiert werden, die den Deutschen "ihre Rechte" bisher vorenthalten haben: damals der Versailler Vertrag, das jüdische Volk, der Kommunismus; heute Yalta und Potsdam, die Sowjetunion stellvertretend für die Alliierten, die Immigranten und Flüchtlinge, immer noch der Kommunismus und immer noch die Juden. Diese Feinde werden nun als nicht-deutsch identifiziert. "Gysi ist kein Deutscher" wird noch häufiger zu hören sein. Und jemand, der das zu hören bekommt, weiß auch, daß er seines Lebens nicht mehr so sicher sein kann wie vorher.

Nationale Selbstbestimmung und Souveränität, ausgerufen von einem führenden Imperialismus, um die Massen gegen eine vermeintliche äußere Unterdrückung aufmarschieren zu lassen, kann, soll und wird ein Katastrophenprogramm sein. Wieder werden die sozialen Probleme und Gegensätze auf nationale Feinde projiziert, wieder sind die Deutschen die Besten, Stärksten, Größten, aber Zukurzgekommenen, wieder triumphieren Dummheit und Barbarei, wieder wird das Projekt nur funktionieren, wenn es permanent radikalisiert wird, wenn also Blut fließt. Deswegen kann die Linke das Wort Wiedervereinigung nicht hören, und deswegen heißt das Projekt trotzdem richtig so. Die Linke hat die Wahl, sich zu verabschieden, indem sie dem nationalen Prozeß auf die Schultern klopft und einen guten Ausgang wünscht, ihn dabei totalisierend und den Widerstand schädigend. Oder sie begreift den Anwurf, keine Deutschen zu sein, als Kompliment und gutes Zeichen dafür, daß man auf dem richtigen Weg ist. Wer das erstere wählt, scheint mir bei der Sozialdemokratie bestens aufgehoben zu sein.

Ami stay here, Iwan stay there

Wer das Recht auf nationale Selbstbestimmung und uneingeschränkte staatliche Souveränität für einen Imperialismus fordert, wendet sich gewollt oder ungewollt, jedenfalls zwangsläufig gegen die Rechte anderer Menschen und Nationen. Deshalb muß dieses Recht grundsätzlich bestritten werden.

Aber es gibt doch noch die Alliierten, werde ich bohrend gefragt. Ja, es gibt sie, und zum Teil ist es ein Glück. Beispielsweise wird vermutlich immer noch in Moskau entschieden, wann in der DDR auf Massendemonstrationen geschossen wird. So haben es diejenigen, die in Leipzig heute (oder erst morgen?) Russen raus rufen, nicht zuletzt der Präsenz der Roten Armee zu verdanken, daß sie es mit den Staatsorganen der DDR nicht anders zu tun bekamen. Man versuche einmal hierzulande, ein Verfassungsschutzamt oder gar die BND-Niederlassung in Pullach zu stürmen... Im Westen kann ich keinen Unterschied zwischen der Besetzung durch US-amerikanische, englische oder französische Soldaten und der Besetzung durch die Bundeswehr erkennen. Wer die Bundeswehr nicht abschafft, soll sich nicht über die alliierten Truppen beschweren. Sie sind ein größeres Unglück, insofern sie Kriege in der Dritten Welt führen und ihre hiesige Logistik dafür nutzen, was sie tun. Sie sind nicht nur ein kleineres, sondern gar kein Unglück, insofern sie gegen Nazi-Deutschland gekämpft haben. Aus diesem Krieg können sie ihre Rechte begründen und zwar gut begründen.

Die NATO hält zusammen. Es sieht nicht so aus, als ob die westlichen Alliierten ihren Deutschland-Vorbehalt nutzen wollten, um eine Wiedervereinigung effektiv zu verhindern. Eine schnelle und massive politische Intervention ("Vollbremsung") ist ausgeblieben. Aber immerhin: Ihre Teilnahme an den Verhandlungen, ihre militärische Präsenz, die Rücksicht, die man in Washington, Paris und London auf die eigenen Wähler nehmen muß, stören, verzögern, behindern die Wiedervereinigung. Sie verkomplizieren den Prozeß, schaffen Eventualitäten und hier und da Unsicherheiten: das ärgert die Nationalisten, aber doch nicht die Internationalisten. Wer je ein Buch von Lenin gelesen hat, kann nur den Kopf darüber schütteln, daß Kt. versucht, ein Nachdenken darüber, wie man zwischenimperialistische Widersprüche nutzen könnte, zu dramatisieren und als volksfeindlich darzustellen. Darüberhinaus leistet sich Kt. einen schweren Lapsus, wenn er die alliierte Präsenz in BRD und DDR mit dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen 1968 in Prag vergleicht. Die einen kamen immerhin als Befreier, die anderen als Unterdrücker.

Es ist nicht mein Anliegen, mit Hilfe von Horrorgemälden - von mir aus: Angstmacherei - Zustimmung für Grundsatzpositionen zu gewinnen. Stellen wir uns daher abschließend zwei demokratische, antifaschistische deutsche Staaten vor, friedlich, ökologisch, feministisch und entmilitarisiert, mit Antje Vollmer als Bundeskanzlerin und Bärbel Bohley als Staatsratvorsitzender (obwohl ich gar nicht weiß, ob die beiden so harmlos sind). Diese beiden Staaten wollten sich vereinigen und würden das Recht auf nationale Selbstbestimmung dafür geltend machen. Dann würden wir erstens, siehe Manifest, analysieren, welche herrschenden Klassen welche Absichten damit verbinden. Nehmen wir an, ihr Projekt sei etwa so furchterregend wie die Aufrüstung Österreichs oder der Imperialismus Dänemarks, also übel, aber weniger dramatisch. Dann würde man, wenn man die oben skizzierte Position teilt, dennoch die Vereinigung - und schon das Recht, darüber allein und autonom zu befinden - ablehnen. Denn bei einer Volksabstimmung müßte man doch die Stimmen derer bedenken, die vom national selbstbestimmten und souveränen Deutschen Reich ermordet wurden. Da sie aber nicht abstimmen können, und kein Deutscher behaupten kann, in ihrem Sinn abzustimmen, auch wenn sie oder er millionenfach mit Nein stimmten, ist es weder legitim noch wünschenswert, daß die Deutschen allein über Deutschland befinden. Vielmehr ist es legitim und massenfreundlich, wenn auch heute nicht populär, zu wünschen, daß Deutschland zerstört wird.

de.

36. Hinter den Kulissen Von Kai Ehlers (F.) und Knut Mellenthin (Kt.)

Von Kai Ehlers (F.) und Knut Mellenthin (Kt.) 1

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:27

Für "Außenstehende" ist es vermutlich nicht leicht, den auf den Seiten des AK unübersehbar tobenden Streit um die deutsche Frage zu verstehen und seine Schärfe nachzuvollziehen. Wie so oft bei derartigen Gelegenheiten spielen sich einige wichtige Vorgänge nicht auf der Bühne, sondern hinter den Kulissen ab. Das dient der Ästhetik, nicht aber der Klarheit. In einer Zeit, wo selbst das Politbüro der KPdSU zu einem vergleichsweise transparenten Gremium geworden ist, ist diese einseitige Betonung der ästhetischen Seite vielleicht nicht mehr zeitgemäß.

Zur Sache: Am 11.12.89 kam der AK 313 mit einer Erklärung des LG heraus. Für diesen Text hatte es, wie einer Anmerkung zu entnehmen war, 18 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen gegeben. Die Publizierung einer solchen Erklärung war vom LG am 3.12.89 beschlossen worden. Diese Sitzung war von de., der zugleich der AK-Redaktion angehört, damit eingeleitet worden, daß er für alle völlig überraschend ein sechsseitiges Papier vorlegte, mit dem er seine Absicht bekanntgab und begründete, aus der AK-Redaktion auszuscheiden. Seinen Verbleib im LG machte de. vom "weiteren Verlauf der Kontroverse" abhängig.

de. begründete seinen Schritt vor allem mit Angriffen gegen F. und Kt., denen er vorwarf, in gefährlicher Weise Rechtsentwicklung der BRD und Kriegsgefahr zu unterschätzen. Diese Kritik war an sich nicht neu, sondern bildete beispielsweise schon auf dem letzten KB-Kongreß vor einem Jahr ein Streitthema, an dem eine turbulente, wenn auch nichts klärende Debatte stattfand. Vieles was de. uns vorwirft, hat unserem Verständnis nach mit den Meinungen, die wir jeweils - und durchaus unterschiedlich - vertreten, nur bedingt zu tun und ist mit Unterstellungen vermischt. Auch dieses Problem ist aber nicht neu. Neu ist nur de.s Schlußfolgerung, die er mit der radikal gewandelten politischen Lage begründet: "Diesen Kurs (von F. und Kt.), der von der Mehrheit der Redaktion geteilt oder wenigstens unterstützt wird, kann ich nicht mitverantworten. Er ist am Ende und muß von der Organisation korrigiert werden, wenn die Angesprochenen zur Umkehr nicht fähig sind."

de. stellt damit die Organisation vor die Wahl, sich zwischen ihm oder uns zu entscheiden: unser Rausschmiß als Voraussetzung für de.s weitere Mitarbeit. Diese Argumentation enthält eine nicht zu übersehende Unlogik: wenn die Ansichten, die de. uns unterstellt, von der Redaktionsmehrheit "geteilt" oder "unterstützt" würden - wobei der Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen unklar bleibt - ist der namentliche Angriff allein gegen uns beide nicht plausibel. Im Übrigen zeugt speziell die Behauptung, Kais Ansichten würden von der Redaktionsmehrheit "geteilt oder unterstützt", von völligem Realitätsverlust oder bodenloser Unverschämtheit. Gelegentlich schon früher, aber spätestens seit Vorlage seiner Kritik der Faschisierungsthese des KB 1983/84 arbeitet Kai in der Redaktion aus einer Minderheitsposition, die sich teilweise sogar, besonders seit dem Kongreß, bis zur Blockade gesteigert hat.

Am 8. Januar erschienen im AK 314 unsere kritischen Anmerkungen zur LG-Erklärung. Am 14. Januar traf sich das LG. Es wurde ein Antrag der LG-Mitglieder Jü. und Ms. vorgelegt, das LG möge sich von Kt.s AK-Beitrag distanzieren und ihn öffentlich verurteilen. Die Behandlung dieses Antrags wurde vertagt. Ansonsten gab es zu unseren AK-Texten an diesem Tag keine Debatte. Erstmals seit Monaten verlief eine LG-Sitzung in einem Klima, das allgemein als ruhig und sachlich empfunden wurde.

Eine trügerische "Ruhe vor dem Sturm", wie sich schnell zeigte: Am nächsten Wochenende, 20./21. Januar, fand ein bundesweites Antifa-Arbeitstreffen des KB statt. Diesem Treffen wurde schriftlich ein Antrag von Jü. vorgelegt, auf der bevorstehenden KB-Mitgliederversammlung im März F. und Kt. aus der Redaktion abzuwählen, sowie auf jeden Fall F. aus dem "Freigestelltenapparat" zu entlassen, bei Kt. dies noch zu überlegen.

Wir erfuhren von alldem erst mehrere Tage nach dem Arbeitstreffen aus dritter Hand : Jü. hatte seinen Antrag weder uns als direkt Betroffenen noch dem LG mitgeteilt, was ein interessantes Verständnis von innerorganisatorischer Demokratie und menschlicher Fairness offenbart. - Das Arbeitstreffen hatte übrigens

den Antrag von Jü. in der vorliegenden Form, d.h. ohne vorausgegangene gründliche Diskussion, als der inhaltlichen Debatte nicht förderlich zurückgewiesen.

Bemerkenswert ist auch die Begründung von Jü.s Antrag: "Wegen der Brisanz der Fragestellung" müsse die MV im März eine Entscheidung über die "Linie" des KB in der deutschen Frage beschließen. Als Beschlußvorlage sollte die LG-Erklärung vom Dezember 1989 (AK 313) dienen. "Die zu wählende Redaktion muß auf der Grundlage der beschlossenen Politik stehen. Kt. und F. müssen aus der Redaktion abgewählt werden."

Diese Begründung widerspricht eklatant den Statuten und Prinzipien des KB: daß Personen Minderheitsmeinungen vertreten, gilt im KB nicht als Abwahl-Grund, sondern es besteht im Gegenteil die Verpflichtung, Minderheitsmeinungen angemessen - d.h. entsprechend ihrem Anteil in der Organisation - in allen Gremien personell vertreten sein zu lassen. Das schließt selbstverständlich die AK-Redaktion ein.

Am 28. Januar fand wieder eine LG-Sitzung statt. Im Laufe der recht stürmischen Debatte rang sich Jü. zu der Erkenntnis durch, sein Abwahl-Antrag sei zwar eigentlich richtig, aber die Begründung sei falsch: er hätte die Abwahl von F. und Kt. stattdessen mit "Illoyalität" und "organisationsschädigendem Verhalten" begründen sollen. Statt daraus die logische Schlußfolgerung zu ziehen, seinen Antrag mit neuformulierter Begründung aufrecht zu erhalten, ließ Jü. ihn schließlich unvermittelt ganz fallen, ohne dafür bisher eine einleuchtende Erklärung vorzulegen. Die Mehrheit des LG mochte dann nicht so hartherzig und "inquisitorisch" sein, bei Jü. weiter "nachzubohren". Eine unter humanitärem Aspekt verständliche und respektable Entscheidung, die aber leicht als Freibrief für den leichtfertigen Umgang mit derartigen Anträgen mißdeutet werden könnte.

Wir gehen davon aus, daß das Vorhaben des nach eigenem Verständnis "antideutschen" Flügels im KB, seine "Linie" als verbindlich festzuschreiben und uns beide als Hauptopponenten dieses neuen Kurses möglichst schnell abzudrängen und kaltzustellen, aktuell bleibt und sowohl die VV im März wie auch die folgenden Monate bis zum nächsten KB-Kongress Anfang 1991 mitbestimmen wird.

Leute aus den Gremien und insbesondere dem "Freigestelltenapparat" abzuwählen, ist an sich selbstverständlich eine legitime Sache, zumal wenn diese schon seit 10, 15 Jahren und länger "im Amt" sind - und vielleicht ihrerseits den "Berufspolitiker" schon reichlich satt haben. Wir würden uns aber wünschen, daß dieser Ablösungs- und Erneuerungsprozeß mit einer würdigeren, ernsthafteren und fruchtbaren Streitkultur verbunden wäre.

Kai Ehlers

(Mitglied der AK-Redaktion seit 1972)

Knut Mellenthin

(Mitglied der AK-Redaktion seit 1971)

37. Die "anti-deutsche" Pose - umgestülpte Deutschtümelei - Für Realitätsgewinn in der "deutsch-deutschen" Frage

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:08

Im letzten "ak", Nr. 315, ist eine Anzahl Artikel zur "deutschen Frage" erschienen, die "Anti-Deutschsein" als linke, gar marxistische Aufgabe propagiert.

Da wird z.T. viel innerorganisatorischer Schlamm geschlagen, was zur Klärung der anstehenden Fragen ziemlich ohne Belang ist. Darauf werde ich nicht eingehen. Wer es also darauf abgesehen hat, mag gleich weiterblättern.

Interessant scheint mir dagegen, sich mit der antideutschen Pose ernsthaft zu befassen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, daß sie nichts anderes ist als umgestülpte Deutschtümelei und Flucht aus der politischen Realität.

Ich plädiere stattdessen für einen ernsthaften Kampf um eine demokratische und soziale Wendung der neuen Realität.

Kai

Der Parole "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein", möchte Jü./Stuttgart die gegenteilige : "Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein" entgegenstellen. Nicht Deutscher möchte er sein, sondern Proletarier, Internationalist, Kosmopolit, Linker oder "einfach Mensch".

Eine "kulturrevolutionäre Aufgabe" ist es seiner Ansicht nach, statt einer Utopie eines sozialistischen Deutschland, was wir, wie er es formuliert, "Marx sei Dank" nie propagiert hätten, die "Zerstörung des deutschen Staates und seiner Ersetzung durch einen Vielvölkerstaat, sowie der Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft" zu fordern und zu fördern. Begründung: die Deutschen seien auf Grund ihrer Geschichte, genauer "des Verlaufs der Klassenkämpfe", besonders anfällig für die Propagierung expansionistischer und faschistischer Ziele. Beweis: Keine Revolution in der Vergangenheit in Deutschland, Faschismus nicht von innen gestürzt und nach 1945 nicht demokratisch bewältigt, später "Bitburg", dann das Auftreten der Republikaner etc. Tenor: "Schönhuber legt vor, Brandt kartet nach."

Hebel zur Verwirklichung der "anti- deutschen" Politik sei eine "Russell"-Kampagne nach Art der erfolgreichen Kampagne aus dem Jahre '79 gegen die BRD-Repression. Sie soll die Abwehr der "Juden" und "Ausländer" auf der Basis der Aktivierung der Alliierten gegen die "Wiedervereinigung" als drohendes "Viertes Reich" zusammenführen.

Neben anderen wie Do., E., de., die Jü.s Argumentation unmittelbar stützen, sekundiert Hr. unter Rückgriff auf Argumente der "radikalen Linken" mit prinzipiellen Ausführungen zum Marxismusverständnis und der sozialistischen Perspektive. Angesichts mangelnder "realer Perspektiven für eine sozialistische Politik" seien nicht "positive Einbildungen", sondern "schroffe Negationen die Voraussetzungen für politische Utopien". "Anti"-Definitionen wie antimilitaristisch, antiautoritär, antikapitalistisch, antipatriarchalisch, antifaschischisch und - wie dem nach Hr. Meinung jetzt hinzuzufügen sei - antideutsch, seien schon immer konstituierendes Element linker Kampagnen in der BRD gewesen.

Anti-deutsch will diese Haltung und diese Utopie sein - und ist doch nichts anderes als der aus der Angst vor einem neuen Großdeutschland geborene unerfüllte Traum vom besseren Deutschen, der das Trauma des Faschismus glaubt lösen zu können, indem er sich selbst auflöst und die Realität schlichtweg leugnet. Die Realität aber ist: die deutsch-deutsche Annäherung findet statt.

Besser als die durchaus begründbaren und verständlichen Ängste vor einem neuen Großdeutschland nur zum Bekenntnis eines prinzipiellen "Anti-Deutschseins" zu kultivieren, wäre, sich rational mit Visionen eines "Vierten Reiches" auseinandersetzen und zu untersuchen, was die konkreten sozialen und politischen Folgen des real ablaufenden Prozesses für die Bevölkerung, vor allem die arbeitende, in BRD und DDR und ihr Verhältnis zum europäischen und übrigen Ausland bedeuten. Besser wäre auch, zu überlegen, wie man dem

mit dem Prozeß verbundenen zu befürchtenden Abbau an demokratischer und sozialer Substanz konkret begegnen kann und, wo es geht, selbstverständlich positive Alternativen über die bloße Negation hinaus zu entwickeln.

Ich will das an einigen Punkten aufzeigen. Blättern wir Jü.s Artikel beispielhaft auf.

Als "Arbeiter" sprechen ...?

Als "Arbeiter" möchte Jü. sprechen. In seinem Artikel spricht aber kein "Arbeiter": Von Arbeiterinteressen, überhaupt von konkreten ökonomischen und sozialen Interessen, ist nicht ansatzweise die Rede, weder von denen in der BRD, noch denen der DDR, auch in den Artikeln der übrigen Autorinnen und Autoren nicht. Lediglich Hr. stellt fest, daß die "Bezugnahme" auf die Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Debatte wie schon länger in der Politik des KB fehle, ohne sich allerdings selbst konkret darauf einzulassen. Im Gegenteil, möchte man ja über solche bloß ökonomischen Erwägungen hinauskommen. Das ist nur konsequent: welche Argumente ließen sich aus einer Untersuchung von Arbeiterinteressen auch schon für die Begründung einer prinzipiell "anti-deutschen" Haltung ziehen? Schlichtweg keine! Im Gegenteil müßte man sich, wenn nach den Interessen der Bevölkerung gefragt wird, ja darauf einlassen, "Vorteile" und "Nachteile" aus dem Blickwinkel von BRD- und DDR-Bevölkerung zu differenzieren, so wie es in der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze de facto geschieht.

Entgegen allen wüsten Behauptungen, man müsse die Gegner der nationalen Verblödung mit der Lupe suchen, ließen sich solche Differenzierungen sehr wohl vornehmen. So konnte man beispielsweise in der FAZ vom 20.2.90 zur Westseite des Problems lesen, nach einer Umfrage des ZDF begrüßten zwar 78% der BRD-Bevölkerung, daß es langfristig zur deutschen Einheit komme. 67% ginge es aber zu schnell. 55% glaubten, daß die Einheit zunächst mehr Nachteile bringe. Sie befürchteten Steuererhöhungen (37%), Belastungen der Wirtschaft (26%), Gefahren für den Arbeitsplatz (17%), Wohnungsmangel (16%) und eine Gefährdung der sozialen Sicherheit (13%). Zu diesen von der FAZ aufgezählten Gründen darf mensch getrost noch solche Motive wie Angst vor politischer Instabilität, Skrupel, die DDR zu überrollen u.ä. mithinzurechnen.

Auf der Ostseite stehen dem Run auf die harte DM die Ängste vor dem Anstieg der Leistungsanforderungen, vor Abbau sozialer Leistungen, vor Verfall der Sparbücher, der Altersversorgung usw. usf. gegenüber. Die enttäuschten DDR-Kolleginnen oder Kollegen, die dem Arbeits- und Lebensstreß hier nicht standhalten, sind eine weitere Realität, die sich andeutet.

Es würde sich lohnen, sich mit diesen Fragen konkret auseinanderzusetzen, statt die Befassung mit diesen Problemen schon als Kapitulation vor der nationalen Welle zu diffamieren oder allgemein über die Nicht-Behandlung von Arbeiterinteressen zu schwadronieren.

... als "Internationalist", als "Kosmopolit" ...?

In Jü.s Artikel spricht auch kein "Internationalist". Die internationalen Probleme werden allein durch die deutsche Brille gesehen, wenn z.B. formuliert wird, der Zerfall des realsozialistischen Machtbereichs nütze nur dem deutschen Imperialismus. Das mag in vielen Fällen so sein. Mehr Souveränität der baltischen Staaten kommt sicher unmittelbar der BRD-Wirtschaft zugute, ebenso Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, die den Einzugsraum der EG bereichern. Mit der Entwicklung der nationalen Selbstbestimmungswünsche im mittel- oder auch im zentralasiatischen Raum hat die BRD jedoch herzlich wenig zu tun und z.Zt. auch wenig erkennbaren Nutzen davon. Da dürften die Konkurrenten eher ins Spiel kommen: Japan, USA, selbst der Iran. Auch wenn überall imperialistische Interessen im Spiel sind, so sind die Konflikte doch erstens nicht primär von "dem Imperialismus" hervorgebracht. Sie sind vielmehr Resultat des Zusammenbruchs des Realsozialismus. Die imperialistischen Staaten sind Nutznießer. Zweitens könnte es in der Welt vielleicht noch andere Konfliktlinien als die entlang der "deutschen Frage" geben. Das wäre doch denkbar!

Es spricht auch kein "Kosmopolit", der über den nationalen Besonderheiten stünde. Im Gegenteil: In Jü.s Artikel wird die "deutsche Besonderheit" ausdrücklich zum Knackpunkt des Weltgeschehens erklärt.

Aber was ist heute die "deutsche Besonderheit"?

Seit Jahrzehnten geistert die Vorstellung der "besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus" durch die linken Blätter. Die These mochte unter den Bedingungen des wilhelminischen Imperialismus, später des Weimarer Revanchismus ihre Berechtigung gehabt haben. Sie auf die heutige Situation weiterhin so besinnungslos fortzuschreiben, wie das immer wieder und jetzt insbesondere geschieht, sollte sich für Leute, die für sich in Anspruch nehmen, nicht nur analytisch, sondern historisch dialektisch mit der Geschichte und Realität umzugehen, endlich einmal verbieten: Die "deutsche Besonderheit" ist genauso wenig eine unveränderliche Größe wie die angebliche besondere deutsche Anfälligkeit für Faschismus. Im einen wie im anderen Fall handelt es sich nicht um mystische Schöpfungsgrößen, sondern um Produkte geschichtlicher Prozesse, die nicht nur geschichtliche Ursachen haben, sondern auch geschichtlicher Veränderung ausgesetzt sind.

Ich will hier nur auf die Punkte eingehen, die in der jetzigen Diskussion transportiert werden: Erstens, der deutsche Imperialismus sei der zu spät gekommene Imperialismus, der daher besonders aggressiv einen "Platz an der Sonne" suche. Zweitens, Deutschland sei das Land, in dem keine Revolution erfolgreich durchgeführt worden sei, die Bevölkerung sei daher besonders undemokratisch. Drittens, für die Deutschen sei die nationale Einigung mit großer Verspätung erfolgt. Die Deutschen hätten daher einen besonderen Nachholbedarf an Nationalismus. Und last, not least: Der Schoß sei fruchtbar noch, aus dem das kroch!

Ohne mich auf Spekulationen einzulassen, wie fruchtbar dieser Schoß heute noch ist, sei gesagt: dem stimme ich generell zu, genauso wie ich der Angst beipflichte, die gegenwärtige globale Destabilisierung könnte in einem globalen, bzw. auch nationalen Desaster enden. Das ist prinzipiell wahr, solange die kapitalistischen und imperialistischen Staaten gegenüber einem deformierten Sozialismus und anderen Teilen der Welt das Geschehen ausbeuterisch dominieren und solange die BRD als eine der führenden imperialistischen Mächte nach Vorherrschaft strebt.

Anzumerken wäre aber vielleicht erstens, daß nicht Schönhuber gibt und Brandt nachkartet, sondern Leute wie Strauß und Brandt schon gegeben haben, als Schönhuber noch nicht einmal nehmen konnte. Das gleiche gilt bekanntlich für "Bitburg", das nicht der Beginn, sondern der Vollzug der Normalisierungspolitik des BRD-Kapitals gegenüber seiner Verantwortung für die faschistische Vergangenheit war. Es ist schon erstaunlich, zu welchen Zerstörungen des historischen Bewußtseins die bloße Emotionalisierung führen kann. Früher waren die Rangordnungen der Weißwäscherriege nach dem Motto: Kapital, F.J. Strauß, Neo-Nazis, SPD und Co. doch einigermaßen verläßliches Allgemeingut mindestens in der KB-Presse. Heute werden die Schönhubers zu Stichwortgebern der Politik in den Chefetagen hochstilisiert.

Zweitens enthebt uns die prinzipielle Möglichkeit faschistischer und kriegerischer Zuspitzungen im Kapitalismus und überhaupt in der Welt nicht der Notwendigkeit, die aktuell wirkenden Kräfte konkret zu betrachten.

... über die "deutsche Besonderheit..."

Für die "deutsche Besonderheit" heißt das:

Deutschland ist erstens ein Land, das die Greuel des Krieges und des Faschismus bis zum totalen Zusammenbruch erlebt hat. Das bedeutet im Kern: Die Vorausssetzungen für die Modernisierung der Produktionsmittel und der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur waren in keinem anderen Land nach 1945 vergleichbar günstig.

Deutschland ist zweitens ein Land, das in der Folge des Krieges geteilt wurde und dessen zwei Teile, DDR und BRD von da ab getrennte Entwicklungen machten, deren Ergebnis wir heute im Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft erleben, während die BRD zu den reichsten Ländern der Welt gehört.

Die BRD im besonderen ist drittens ein Land, das nach der Krise Mitte der 60er, die die Phase seiner unmittelbaren Nachkriegs-Restauration abschloß, eine Innovations- und Demokratisierungswelle, verbunden mit einer internationalen Öffnungspolitik erlebte, mit der es sich an die Spitze der Industrienationen katapultierte. Dazu gehört, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, auch die "Reform der Inneren Sicherheit", als deren Ergebnis die BRD heute in personeller, materieller und ausbildungsmäßiger Hinsicht über einen der modernsten und effektivsten Herrschaftsapparate verfügt, der aktuell als Befriedungsinstrumentarium funktioniert, aber auch für kommende Eventualitäten gerüstet ist wie in kaum einem anderen Land der Welt.

Die BRD ist heute viertens das Land, das den krisengeschüttelten realsozialistischen Ländern neben Schweden als Modell des sozialen und demokratischen Fortschritts innerhalb der westlichen Welt gilt.

Klar gesagt: Aus dem zuspätgekommenen und benachteiligten Deutschland der Jahrhundertwende ist, zunächst bezogen auf die BRD, ein besonders moderner, besonders reicher, sozial besonders befriedeter imperialistischer Staat mit besonders qualifizierten Arbeitskräften geworden, der sich aktuell auf Grundlage der Ausbeutung der industriell weniger entwickelten Teile der Welt eine Entspannungspolitik nach außen leisten und seine inneren Konfliktpotentiale im wesentlichen im Wohlstand ersticken und den unbelehrbaren Rest isolieren kann. Das ist das "Modell Deutschland". Das sind die Folgen von zwei Weltkriegen und Faschismus aus heutiger Sicht. Das ist die die heutige "deutsche Besonderheit".

Wesentlicher Bestandteil dieser Entwicklung ist über die historische Chance zum Neuaufbau hinaus, die das deutsche Kapital durch die zweimaligen Verwüstungen des Landes hatte, die Tatsache, daß wirtschaftliche und politische Macht heute ungleich mehr als zu den Tagen des klassischen Imperialismus des beginnenden 20. Jahrhunderts, wie Lenin ihn noch vorfand, nicht die territoriale, sondern die vertikale, in die Qualifikationsstruktur der Produktivkräfte und Märkte gehende Entfaltung voraussetzt. Die Zeit, in der imperialistische Macht noch hauptsächlich territorial begründet wurde, ging mit dem Zusammenbruch der faschistischen Weltherrschafts-Vorstellungen und dem gleichzeitigen Beginn des atomaren Zeitalters dann endgültig zuende. Heute sind für die BRD folgerichtig nicht ggf. begeistert in Bewegung zu setzende Massen das entscheidende Aggressionspotential, sondern DM und High Tech, einschließlich High Tech-Vernichtungswaffen, die von einer, relativ zu früheren Massenheeren, kleinen Militärelite bedienbar sind. Ideologische Motivationen wie der aktuelle Nationalismus haben dagegen heute im Gegensatz zur Zeit des Faschismus sekundäre Funktionen. Sie zu der Gefahr hochzustilisieren, heißt die eigentlichen Gefahren der, teils schon vollzogenen, teils stattfindenden stillschweigenden Unterwerfung anderer Völker und Staaten unter das Diktat von DM und High Tech zu verkennen.

Bleiben noch die beiden anderen Bestimmungsstücke "besonderer deutscher Aggressivität", zunächst die Tatsache, daß in Deutschland bisher keine Revolution erfolgreich durchgeführt wurde. Stimmt. Nur erstens ist das nicht nur in Deutschland so. Zweitens sollte man das Wörtchen "erfolgreich", bzw. "erfolglos" nicht übersehen. Drittens ist Deutschland ebenso das Heimatland von Marx, Engels, Lasalle und anderen bis zur RAF, wie es das von Nietzsche, Spengler oder, als Wahlheimat, Hitler ist, ohne damit etwa von Marx zur RAF oder von Nietzsche zu Hitler direkte Linien ziehen zu wollen. Sollen wir uns vielleicht auch für die verlorenen und niedergeschlagenen Revolutionen schämen? Ist es nicht sinnvoller, auf dem nun einmal gegebenen historischen Niveau die Kräfte der sozialistischen Tradition und Utopie zu stärken, statt sich in bloßen "Anti"-Posen zu begnügen?"

Eine besondere Dynamik hat zweifellos die Geschichte der späten nationalen Einigung der Deutschen. Aber vielleicht sollte man auch da die historischen Linien ein bißchen genauer betrachten? Immerhin wurde die erste Einigung durch Bismarck keineswegs im nationalen Taumel, sondern durch "Blut und Eisen" erzwungen. Den Zweck, den sie erfüllen sollte, erfüllte sie nicht: Sie brach sich am ersten und dann noch einmal am zweiten Weltkrieg. Der Deutsche Nationalismus kam zu spät, um noch zum Motor des Imperialismus zu werden wie er es bei den Engländern, wie er es bei den Franzosen war. Heute hat Nationalismus als ideologischer Ausdruck der territorialen Machtgestaltung imperialistischer Politik keine Funktion mehr. Inzwischen ist er in historischer Umkehrung in der Hauptlinie zum Vehikel nationaler Selbstfindung und Abgrenzung gegen imperialistische Ansprüche geworden. Die neuen Nationalismen der UdSSR sind ein später Ausdruck derselben historischen Bewegung, mit der die Fortsetzung des großrussischen Imperialismus unter realsozialistischen Formen heute gesprengt wird. Die aktuelle nationale Welle in den beiden deutschen Staaten wird als Hebel gefördert und benutzt, um die Kapitalisierung der DDR reibungsloser zu vollziehen. Das ist unangenehm genug, aber nicht zu verwechseln mit nationalistischer Kriegstreiberei der aus dem ersten und zweiten Weltkrieg bekannten imperialistischen Politik.

Es muß vielleicht auch, gegen neue Gewohnheiten sehr einfachen Denkens, daran erinnert werden, daß Marx und Engels ihrerzeit den deutschen Einigungsprozess, sogar den dafür geführten deutsch-französischen Krieg begrüßten. Nicht, daß ich das auf heute übertragen möchte. Mitnichten. Ich will nur daraufhinweisen, daß Nationalismus und seine Bewertung offenbar auch historischem Wandel unterliegen. Gegen die Kleinstaaterei in der Mitte des 18. Jahrhunderts erschien den Gründern des wissenschaftlichen Sozialismus der Nationalstaat als objektiver Fortschritt. Heut wäre er es nicht. Gegen den staatssozialistischen Zentralismus der UdSSR sind

die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen heute zweifellos eine objektiv fortschrittliche Kraft. Nationalistische und rassistische Pogrome sind es nicht. Das eine ist nicht identisch mit und folgt nicht zwangsläufig aus dem anderen. Genauso wie die Spielart des aus dem Ende der Systemkonfrontation schwappenden deutschen Nationalismus nicht identisch ist mit beliebigen anderen heutigen nationalen Prozessen.

Generell läßt sich festhalten, daß es zweifellos ziemlich unsinnig ist, aus der Perspektive des deutschen Traumas und berechtigter Zukunftsängste von der hysterischen Überzogenheit der gegenwärtigen nationalen Welle in beiden Teilen Deutschlands auf die Gefahr einer allgemeinen nationalistischen Entwicklung in der Welt zu schließen. Es muß vielleicht doch einmal ausgesprochen werden: Deutschland ist, entgegen allem Anschein, auch heute nicht die Welt, auch nicht nach dem Fall der Mauer! Der Zerfall der System-Blöcke und des realsozialistischen Zentralstaats hat Neugruppierungen von Bündnissystemen und Völkerbeziehungen unvermeidlich auf die historische Tagesordnung gesetzt. Das ist das Zentrum der heutigen historischen Dynamik. Das ist gefährlich, aber nicht das ursächliche Produkt "des deutschen Imperialismus", zudem auch nicht nur gefährlich, sondern zugleich ein unvermeidlicher Prozess der Neuordnung.

... und als "Linker" ...

Jü. möchte auch als "Linker" sprechen. In seinem Artikel aber spricht kein "Linker", wenn links marxistisch heißen soll, sondern jemand, der der "rein-antikapitalistischen Kritik" eine "anti-nationalistische/anti-deutsche Sichtweise" hinzufügen möchte - und zwar ausdrücklich als Alternative zu einem "sozialistischen Deutschland", statt die Kritik des Nationalismus, im weitesten Sinne die des Irrationalismus und religiöser Illusionen als Bestandteil einer Auseinandersetzung mit den konkreten materiellen Bedingungen zu führen, die solche Ideologien entstehen lassen. In diesem Fall ginge es um den Sog der DM in beide Richtungen: zur Investition von West nach Ost, zur Subvention von Ost nach West! Nur wenn man DM und deren soziale Folgen mit dem Nationalismus in Beziehung setzt, nähert man sich der Realität und damit vielleicht der Möglichkeit, mit der eigenen Propaganda bis zu den Interessen der Menschen vorzudringen. Die Einengung des Problems der zukünftigen deutsch-deutschen Entwicklung auf eine "anti-deutsche" Kampagne dagegen versucht dem Siegeszug der DM mit dem Glaubensbekenntnis an die Schlechtigkeit der Deutschen zu begegnen. Das läuft auf eine quasi religiöse Verengung von Politik hinaus.

Schämen Sie Sich, ein Deutscher zu sein, sollen wir in Zukunft propagieren. Nein! Und dreimal Nein! Das versuchte 1960 schon mein Geschichtslehrer, selber als Nazimitläufer belastet, mir einzubläuen: Kollektive Schuld! Kollektive Scham! Wir alle haben die Juden umgebracht! Nein, habe ich ihm gesagt: 1. Habe ich niemanden umgebracht. 2. Hat es Widerstand gegeben. 3. Nützt es niemandem, wenn ich mich kollektiv für den Faschismus schäme, sondern wenn ich mich dafür einsetze, daß so etwas wie Faschismus nicht wieder geschehen kann, indem ich den Ursachen nachgehe, wie er zustande kommen konnte und heute für Verhältnisse eintrete, die solche Entwicklungen verhindern.

Später war die Auseinandersetzung mit der Kollektivschuldthese ein konstitutives Element des APO-Antifaschismus im allgemeinen und des KB im besonderen. Gegen die allgemeine Verbreiung der Verantwortung haben wir die Aufklärung über historische Ursachen, die personellen Urheber und deren nimmermüde Erben im BRD-Gewand gesetzt. Es war die zweite Generation der "Söhne" und "Töchter" einer unbewältigten Vergangenheit, die so argumentierte. Das waren wir. Wenn wir etwas erreicht haben, dann, daß die faschistische Vergangenheit ihrer Bewältigung durch Schweigen entrissen, daß das Bewußtsein von der faschistischen Vorgeschichte der BRD in eine parlamentarisch-demokratische Realität überführt wurde. Die GRÜNEN sind ein Ausdruck davon, auch wenn einem nicht alles schmeckt, was sie anrühren. Die im Vergleich zu manch anderem imperialistischen Staat, ganz zu schweigen von anderen Ländern, sanfte parlamentarische Wirklichkeit der BRD von heute ist u.a. auch ein Produkt des antifaschistischen Impulses dieser 2. Nachkriegsgeneration. Da gibt es viel zu verteidigen und noch viel mehr zu erkämpfen, aber das setzt die Erkenntnis dieser Realität selbstverständlich als Minimum voraus.

Wir haben uns seinerzeit nicht in die Kollektivmoral nehmen lassen, sondern Faschismus und Antifaschismus klassenmäßig begriffen und nicht als das mentale Schicksal der Deutschen. Was hat sich durch den Fall der Mauer an dieser historischen Wirklichkeit geändert? Warum erst jetzt die Scham, nachdem die DDR-Deutschen mit in den Bereich der politischen Realität rücken? Warum nicht auch jetzt: pro und contra? Solche und solche? Rechte und linke Deutsche? Ist nicht auch die DDR eine widersprüchliche soziale und

politische Einheit? Muß nicht auch unter den Bedingungen der deutsch-deutschen Annäherung gefragt werden: "Cui bono", wem nutzt es? Wieviel Sozialismus, wieviel Freiraum für die arbeitende Bevölkerung wird abgebaut? Was gewinnen die Menschen andererseits? Durch was für eine Art von Demokratie wird die realsozialistische Demokratie ersetzt? Wieviel ist zu retten? Von wem? Für wen?

Der gegenwärtige Feldzug für eine antifaschistische Schampolitik unter der wiederbelebten Kollektivschuldthese, in der es nicht mehr allein um die zweite, sondern schon um die dritte und bald um die vierte Schuld gehen soll, transportiert jedenfalls weder Klarheit über das, was Faschismus konkret war und wie er funktioniert hat, noch fragt er konkret nach dem Preis für die deutsch-deutsche Entwicklung, sondern nutzt bloß und - was schlimmer ist - schürt diffuse Emotionen und Klischees gegen "die" Deutschen, die aus letztlich unerklärlichen Gründen besonders anfällig für Faschismus seien. Die zum Prinzip erhobene "anti-deutsche" Pose baut Nationalismus nicht ab, sondern trägt, indem sie alles Geschehen auf die nationale Frage reduziert, gerade unter der Flagge des Anti-Nationalismus ihrerseits kräftig zur nationalistischen Aufregung bei. Letztlich läuft sie in der Konsequenz, um es klar zu sagen, auf nichts anderes als umgestülpten Rassismus hinaus, der mit der in Anspruch genommenen sozialistischen, linksradikalen, selbst auch nur antifaschistischen Politik, erst recht gar Utopie, soviel zu tun hat wie Tag mit Nacht, nämlich nichts, außer daß eins ins andere, manchmal unmerklich, übergeht.

... und als "Mensch"?

Nein, es spricht auch kein "Mensch" aus Jü.s Artikel, sondern ein deutscher Mensch, einer der durch den Zusammenbruch seines jahrelang, gewissermaßen schon natürlich erschienenen Weltbildes vom Ost-West-Gegensatz darauf gestoßen wird, daß dies nur eine Zeiterscheinung war, ein Deutscher, der den Zusammenbruch der Nachkriegs- und Jahrhundertordnung nur aus dem Blickwinkel einer nicht bewältigten westdeutschen Geschichte sehen kann, der Angst hat, daß der Zusammenbruch der Blöcke, der Abbau des gewohnten Feindbildes etc. zu einem Dammbruch gegenüber den durch die Ergebnisse des 2. Weltkriegs vorübergehend gebändigten zerstörerischen Gewalten führen könnte, und dem dazu nichts besseres einfällt, als nach der Wiederherstellung des "status quo ante" durch die Alliierten zu rufen, d.h. das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen!

War denn die Zeit des "kalten Krieges" so viel arbeiterfreundlicher, so viel internationalistischer, soviel antifaschistischer, demokratischer und - vor allem - sicherer als heute? Haben wir nicht gerade in dieser Zeit die Faschisierungsthese entwickelt, Kriegsprognosen aufgestellt etc.?

Schlimm genug, daß die "anti-deutsche" Pose nur Reflex auf die gegenwärtige nationalistische Welle ist, die ihrerseits nur den Zusammenbruch des DDR-Sozialismus reflektiert. Schlimm genug, daß sie keine Analyse, keine Politik, keine die nationalen Emotionen abbauende Differenzierung, schon gar keine Utopie ist, die auch nur ansatzweise über die aktuellen Verunsicherungen hinausweisen würde! Mit dem Ruf nach den Allierten will man ausgerechnet die Kräfte des Imperialismus zu Hilfe holen, die wir jahrzehntelang als die reaktionärsten angegriffen haben, nämlich die, die sich nach wie vor gegen die Auflösung der Blöcke sind, sich gegen einen Austritt der BRD aus der NATO stemmen, letztlich gar die DDR in die NATO einbeziehen wollen. Dies sind ganz sicher nicht die Bündnispartner, mit denen den möglichen Gefahren eines "Vierten Reiches" und eines 3. Weltkrieges zugunsten einer demokratischen, geschweige denn erneuerten sozialistischen Perspektive entgegenzutreten wäre.

"Anti" - ein Programm?

Negation als ein Grundprinzip linker Politik? Zweifellos, ohne Negation keine Utopie. Die Kritik des Bestehenden ist der Ausgangspunkt sozialistischer Politik. Das ist gut marxistisch. Zweifellos war in der Vergangenheit der Protest gegen die herrschende Politik Ausgangspunkt vieler linker Kampagnen. Zweifellos stimmt auch: der erste historische Versuch einer Alternative zum Kapitalismus bricht vor unseren Augen zusammen. Eine neue sozialistische Perspektive ist bisher nicht allgemein erkennbar. Dazu habe ich mich im letzten "ak" ausführlich geäußert.

Wenn jetzt aber ein Element marxistischer Methodologie als das Ganze ausgegeben, spontane Proteste gegen die herrschenden Verhältnisse in den Rang linker Politik erhoben und theoretische Ärmlichkeit sowie Mangel an politischer Fantasie zum Programm erklärt werden, dann muß man wohl doch daran erinnern, daß Marx und Engels nicht nur ihre Analysen vorlegten, sondern auch das "kommunistische Manifest", daß Lenin

nicht nur protestierte, sondern den revolutionären Plan für eine neue Gesellschaft entwarf, daß die "Neue Linke" '68 und folgende nicht nur anti-faschistisch und anti-imperialistisch, sondern auch räte-demokratisch und internationalistisch war. Auf dem Höhepunkt der portugiesischen Nelken-Revolution wollte der KB sogar eine neue Internationale ausrufen. Wenn wir in einer neuen historischen Situation heute ohne allgemeine und konkrete Perspektive dastehen, ist das eine Niederlage für bisherige Versuche, eine Alternative zum Kapitalismus zu finden und aufzubauen, aber kein Grund, sich darin in breiter Selbstgenügsamkeit immer auf's Neue zu wälzen, sondern die Erarbeitung einer Perspektive unter den aktuellen Bedingungen endlich ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Und wenn schon Negation des Bestehenden, was ich befürworte: dann bitte auch Negation der bisherigen sozialistischen Versuche! Auch sie sind heute, noch in ihrer Zerfallsform, Bestandteil der herrschenden Verhältnisse. Das schließt unsere eigenen Versuche ein, die sich als reformistischer Parlamentarismus ebenfalls in ein Bestandteil der herrschenden Verhältnisse verwandelt haben. Dies hat Hr. in seiner Aufzählung leider vergessen.

Hinzukommt, das eine zum Prinzip erhobene "anti-deutsche" Haltung unter all den anderen zum Prinzip erhobenen "Antis" wohl die ist, die durch den ihr innewohnenden umgestülpten Rassismus am wenigsten dazu geeignet ist, Menschen für die, auch von Jü. in Anspruch genommene demokratische Perspektive eines multikulturellen Vielvölkerstaats zu gewinnen, ganz zu schweigen von neuen sozialistischen Perspektiven.

Was wir brauchen, ist eine analytisch fundierte und politisch engagierte Auseinandersetzung mit den von der wirklichen Bewegung des Kapitals - das ist in diesem Fall die Vereinnahmung der DDR durch die DM - hervorgerufenen sozialen und politischen Problemen, in der BRD, in der DDR, in Europa, in der Welt.

Ganz im Gegensatz zu Jü. habe ich, seit ich denken kann, von einem sozialistischen Deutschland geträumt, ohne dabei Vereinigungsphantasien zu unterliegen. Die haben mich als eigene positive Utopie nie interessiert und interessieren mich auch jetzt nicht. Aber nach Lage der Dinge interessiert mich eine sozialistische Entwicklung der stattfindenden Annäherung von BRD und DDR, d.h. eine, die nach den sozialen, demokratischen, ökologischen und kulturellen Auswirkungen für die Bevölkerung, vor allem die arbeitenden Menschen fragt. Sie interessiert mich genauso wie ein sozialistisches Frankreich, Italien, Europa oder USA. Wieso denn nicht? Die Frage ist nur, was heißt das konkret für den deutsch-deutschen Prozess und wie muß man es anstellen, dahin zu kommen? Diese Frage muß auf Grundlage der realen Entwicklung erörtert werden, die, wie in allen anderen Bereichen, so auch hier, ich betone das ausdrücklich, selbstverständlich Realpolitik einschließt.

Ich halte nichts von einer "Wiedervereinigung", sondern trete für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von BRD und DDR ein. Ich finde es aber sinnlos, die wenigen Kräfte in einer bloß "anti-deutschen" Kampagne zu verschleudern, statt die aufkommenden Ängste, Stimmungen und Argumente nach Interessen zu differenzieren und ggf. für eine demokratische, sozialistische und ökologische Perspektive des real stattfindenden Vereinigungsprozesses zu mobilisieren, der schließlich weniger mit der prinzipiellen Anfälligkeit der Deutschen für Faschismus als mit dem konkreten, historisch möglicherweise durch aktuelle Erfahrungen eingrenzbaren, Bedürfnis der Menschen der DDR nach Markt und westlicher Demokratie zu tun hat.

Hierüber müßte mensch diskutieren. Ich jedenfalls sehe mehr Sinn darin, unsere bisherige Kampagne "Raus aus der NATO" als Kampagne "Raus aus der NATO und raus aus dem Warschauer Pakt - Neutralität für DDR sowie BRD nach außen, Demokratisierung nach innen!" fortzusetzen und auf dieser Grundlage das politische Gespräch mit anderen zu suchen, als mich in "anti-deutschen" Volksbeschimpfungen zu ergehen.

38. Einige Bemerkungen zur "deutschen Psyche"

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:26

Im AK 315 sind zwei Beiträge erschienen, die sich mehr oder weniger ausführlich mit dem deutschen Nationalismus und den Besonderheiten der "deutschen Psyche" (Jürgen/Stuttgart) bzw. dem "Deutschtum" (Do./Frankfurt) befassen. Jürgen nimmt für sich in Anspruch, einen sozialpsychologischen Ansatz in die Diskussion einzuführen. Die Kernaussagen der Beiträge lassen sich mit folgenden Zitaten zusammenfassen:

"Deutsche sind für die Propagierung faschistischer und expansionistischer Ziele über das Medium Nationalismus anfälliger als Angehörige anderer Völker." (Jürgen/Stuttgart; ak 315, S. 32)

"Weil der Faschismus nicht das Produkt eines einzelnen ‚Verrückten` und einer kleinen kapitalistischen Machtelite war, weil der Faschismus von einer großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung ‚volksgemeinschaftlich` getragen wurde und das Deutschtum sich auf den Leichenbergen des jüdischen Volkes in Auschwitz am authentischsten offenbarte, gerade aus diesen Gründen bin ich der Meinung, daß Gegner des Antisemitismus und des Nationalsozialismus nicht für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen eintreten sollten." (Do., Frankfurt, ak 315, S. 34)

Jürgen gelingt das Kunststück, in wenigen Zeilen eine sozialpsychologische Begründung für die Existenz einer "deutschen Psyche" zu geben, die, wie zitiert, für nationalistische und expansionistische Politik empfänglicher sei.

Bislang war ich der Ansicht, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei. Jürgen scheint diese Ansicht nicht mehr durchgängig zu teilen. Bei ihm bleibt völlig unklar, wer und was nun eigentlich das "deutsche Volk" ausmachen würde: das "deutsche Volk ... wurde im Bauernkrieg blutig gemetzelt" - d.h. die Feudalherren, Klerikalen, die Söldner gehören nicht zum "deutschen Volk"?; Das "deutsche Volk ... wurde in der bürgerlichen Revolution niedergerungen" - d.h. die Bourgeoisie, die Junker, die Kleinbürger gehören nicht dazu? Eine geradezu heillose Begriffsverwirrung!

Der Begriff "Volk" ist an sich ein klassenübergreifender Begriff, der versucht, bestimmte Menschengruppen auf eine äußerst vage Weise anhand von geografischen, kulturellen, historischen und vermeintlich "rassischen" Merkmalen voneinander abzugrenzen. "Volk" ist ein in hohem Maße schwammiger Begriff, bestens geeignet, in ideologischer Weise zur Verklärung der realen Widersprüche v.a. der Klassenwidersprüche beizutragen und ebenso bestens geeignet, zentraler Bestandteil nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologien zu sein. Sollte sich die Linke solcher Begrifflichkeiten bedienen wollen, dann doch nur mit äußerster Vorsicht und in Kenntnis der Implikationen.

Die Linke in der BRD - und auch die KPD in der Weimarer Republik, hat sich dieser Begrifflichkeiten schon allzu oft unkritisch bedient, zu Lasten einer genauen Analyse der jeweiligen Situation, auf die diese Begriffe verwandt wurden und zum Schaden revolutionärer Politik.

Auch Jürgens Ausführungen legen die Vermutung nahe, als würde er den Begriff "deutsches Volk" als Synonym für Arbeiterklasse und Bauern verwenden. Nahegelegt wird diese Vermutung auch durch seine Schlußfolgerungen: "Diese grausamen Lehren aus den Klassenkämpfen, daß sich Widerstand nicht lohne und daß man sich mit den Mächtigen gut stellen müsse, daß auch die geringste Freiheit vom Ausland ‚oktroyiert` worden sei - dies alles hat sich tief in die ‚deutsche Psyche` eingeschrieben." (a.a.O.) Aus unerfindlichen Gründen werden hier aus den Kämpfen des "deutschen Volkes" wieder Klassenkämpfe, die sich dann aber wieder als Lehren in die "deutsche Psyche" eingeprägt hätten.

Als weiterer Beleg für die Existenz eines "Prototyps ‚der Deutsche`" wird der deutsche Faschismus angeführt: "Der deutsche Faschismus (wurde) von einer großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung ‚volksgemeinschaftlich` getragen und das Deutschtum (offenbarte) sich auf den Leichenbergen des jüdischen Volkes am authentischsten." (Do.)

Ich kann das Erschrecken verstehen, daß sich angesichts der Tatsache einstellt, daß Millionen Menschen in Deutschland die faschistische Politik unterstützten und zig Tausende diese grauenhafte Politik aktiv ausführten. Und ich halte es für unbedingt notwendig, daß sich die Linke und der KB der Frage annimmt, wie und wodurch dies möglich wurde. D.h. auch, daß wir uns kritisch mit den vielfältigen Erklärungsansätzen für

diese Phänomene auseinandersetzen sollten. So sehr ich Untersuchungen auf diesem Gebiet für notwendig halte, so wenig sehe ich die Erklärungen von Do. und Jürgen als geeignet an, diese Phänomene zu begreifen: Allein ein paar Fakten machen deutlich, daß es so einfach und eindimensional nicht ist, wie der Verweis auf einen "deutschen Nationalcharakter" vermuten läßt. Schon das Wahlergebnis vom 5. März 1933 läßt sich so nicht erklären. Obwohl die KPD bereits verboten war, zehntausende Menschen verhaftet waren, etliche auf offener Straße bei Widerstandsaktionen erschossen worden waren, wählten 12 Millionen "Deutsche" KPD bzw. SPD (zum Vergleich: NSDAP 17,3 Mio). Noch im März/April 1933 erreichten die "Freien Gewerkschaften" sowie die RGO bei den Betriebsrätewahlen 78,3% der Stimmen. Noch 1933 wurden in Deutschland insgesamt 100 Konzentrationslager errichtet, in die 150.000 Menschen verschleppt wurden. Angesichts dieser Fakten erweist sich der Begriff "Deutscher" als sinnlos: denn die Frage, ob einer "Deutscher" bzw. "Nicht-Deutscher" war, entschied keineswegs die Frage, wer KPD oder SPD wählte oder Widerstand leistete. Und: der zentrale Verweis auf das "Deutschtum" bzw. eine "deutsche Psyche" zur Erklärung des deutschen Faschismus fällt weit hinter den in der revolutionären Linken und im KB erreichten Erkenntnisstand zurück.

Untersuchung der Entwicklungstendenzen

Letztlich stellt sich die Frage, warum eigentlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Gefährlichkeit der "deutschen Psyche" bzw. des "Deutschtums" beschworen wird. Ein analytisches Anliegen beim Aufgreifen dieser Frage ist nicht erkennbar. Vielmehr scheint der Verweis auf den vermeintlichen "deutschen Nationalcharakter" zum Beleg der Gefährlichkeit der gegenwärtigen Situation zu dienen, so, als ob die gegenwärtigen Veränderungen im internationalen Maßstab sowie die wohl unvermeidliche "Wiedervereinigung Deutschlands" nicht ausreichend Anlaß geben würden, genaue Untersuchungen der Entwicklung und Entwicklungstendenzen anzustellen und politisch aktiv zu werden.

Der Verweis auf die "deutsche Psyche" und deren Anfälligkeit für faschistische Ideologien macht doch nur dann Sinn, wenn man davon überzeugt ist, daß wir uns gegenwärtig in einer Situation befinden, in der diese wieder auf grauenhafte Weise zum Durchbruch drängt. Sicher nicht zufällig vergleicht Jürgen unsere Situation mit der Liebknechts nach dem August 1914 (Beginn des 1. Weltkrieges) und sicher nicht von ungefähr werden sowohl bei Do. als auch bei Jürgen eben über die "deutsche Psyche" bzw. das "Deutschtum" Bezüge zum deutschen Faschismus hergestellt.

Wer wollte angesichts der deutschen Geschichte bestreiten, daß die Zukunft grauenhafte Entwicklungsmöglichkeiten enthalten kann? Und ebenso sollte es für uns - nicht nur angesichts der deutschen Geschichte - eine Verpflichtung sein, die gegenwärtigen Entwicklungen aufs genaueste auf solche Entwicklungstendenzen hin zu untersuchen.

Aber Do. und Jürgen bleiben uns den Beweis schuldig, daß sich solche Entwicklungstendenzen gegenwärtig und konkret abzeichnen, diese die Haupttendenz darstellen, auf die wir unsere Politik umfassend einstellen müssen. Als zentraler Argumentationslinie bedienen sie sich des Verweises auf die "deutsche Psyche". Wenn so argumentiert wird, sind die Schlußfolgerungen naheliegend: Jede Frage nach Interventionsmöglichkeiten erübrigt sich, erscheint als tendenziell verharmlosend, erst recht, wenn sie schon heute für die Zeit nach dem Tag X der Wiedervereinigung gestellt wird. Jede Orientierung auf eine "Massenpolitik" muß geradezu als Anbiederung an den häßlichen Deutschen verstanden werden, als Opportunismus gegenüber dem deutschen Nationalismus. Was bleibt und aus dieser Perspektive nur mehr politisch möglich und sinnvoll erscheint, ist das Sammeln des kleinen Häufleins "Nicht-Deutscher" zum Setzen eines eindeutigen anti-deutschen Signals.

So sehr die von mir kritisierten Positionen mit dem Verweis auf die grauenhafte deutsche Geschichte argumentieren, so wenig scheinen sie zu begreifen, daß ein Vergleich der gegenwärtigen Situation und der kurzfristig absehbaren Entwicklungen mit dem 1. Weltkrieg und erst recht mit dem deutschen Faschismus eine geradezu grenzenlose Verharmlosung der damaligen Verbrechen bedeutet.

bs/ KB-Nürnberg

39. Deutschland über alles ? ...

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:20

Nicht allein bisherige Bündniskonstellationen in der Weltpolitik, sondern auch kleine kommunistische Organisationen werden durch die nahende deutsche Einheit gehörig durcheinandergewirbelt. Der rauhe Wind, der gegenwärtig durch den KB fegt, legt alte Fehler frei. In der Hoffnung, ein vielleicht abseits gelegenes, aber gemütliches Überwinterungsplätzchen zu finden, flüchten sich Genossinnen und Genossen in eine Hütte aus brüchig gewordenen Wahrheiten.

Ein Beitrag zur Analyse der sich wandelnden Verhältnisse wird von dort allerdings kaum geleistet; nichts und niemanden außer "Deutschland" im Blick wird eine Politik des umgekehrten Nationalismus angeboten. Im schlecht idealistischen Sinne schallt dem "taumelnden Nationalismus" eines "Vierten Reiches" ein "Nie wieder Deutschland" entgegen. Vor lauter Überdramatisierungen und Übertreibungen wird dann auch schon mal die gesellschaftliche Wirklichkeit ausgeblendet.

"Viertes Reich" oder "Modell Deutschland"?

Die absehbare Vereinigung der BRD und der DDR läßt die Unsitte vorschneller Prognosen und historischer Analogiebildungen wieder aufleben. Die Agitationsformel vom "4. Reich" faßt eine Entwicklungsmöglichkeit zusammen: den Appetit des imperialistischen Siegers, der nun "mehr" haben will (1), die chauvinistische Mobilisierung, die Option auf Atomwaffen, den Übergang zum System des institutionalisierten Bürgerkrieges, dem Faschismus.

Belegt wird dies an keiner Stelle; selbst ein oberflächlicher Vergleich von Weimarer Republik und der Nachkriegs-BRD weist auf einen bedeutsamen Unterschied hin. Während in den 30er Jahren der deutsche Imperialismus ein zu-spät-gekommener war, ist es der westdeutschen Bourgeoisie mit ihrer Westintegration gelungen, trotz Kriegsniederlage auf friedlichem Wege eine führende Stellung in der Welt zu erringen. Auf Basis ihrer Stärke greift sie nun nach dem Osten aus.

Materielle Hinweise darauf, daß die Bourgeoisie von dieser Politik abgehen und zur militärischen Eroberung des Ostens schreiten könnte, kennen wir nicht. Auch der Artikel von He./Ffm. (2) liefert diese Belege nicht: spaltenlang berichtet er von den politischen und ökonomischen Varianten der Destabilisierung osteuropäischer Staaten durch die BRD - kein Wort von chauvinistischer Massenmobilisierung und paramilitärischen Attacken. Das schließt nicht aus, daß es solche Pläne gibt und diese diskutiert werden. Nur dann sollten die "Frankfurter" das beschreiben und anstelle von "FAZ"-Kommentaren außen- und militärpolitische Nachrichten analysieren.

Das Modell "4. Reich" hat eine weitere Schwäche. Es setzt voraus, daß die Bourgeoisie auf den Bruch ihres bisherigen Nachkriegs-Modells setzen würde; Anhaltspunkte dafür werden aber nicht geliefert. Unwägbarkeiten gibt es genug: die DDR-Bevölkerung erwartet eine schnelle Anhebung ihres Lebensniveaus, die erwartete Entlassungswelle in der DDR ist politisch und sozial abzufedern, den westdeutschen Lohnabhängigen ist das "Notopfer DDR" aus der Tasche zu ziehen usw. Diese Probleme sind für die Herrschenden unter zu bestimmenden Bedingungen zu bewältigen: Einbindung der gesamt-deutschen Gewerkschafts-und Arbeiterbewegung, das Anheizen des Chauvinismus gegen ausländische Widerstände, hartes Ausschalten möglicher Opposition.

Die "Frankfurter" mögen eine Niederlage der Linken auf allen diesen Feldern für wahrscheinlich halten - und zu Optimismus ist wahrlich kein Anlaß -, aber dennoch wären das, gerade wenn sie das Bevorstehen des "4. Reiches" prognostizieren, die Bereiche, in denen die Linke versuchen müßte, politisch tätig zu werden. Eine weit ausladende Bündnispolitik gegen Faschismus und Krieg wäre geboten, doch gegenwärtig gibt mensch sich mit zweifelhaften "Komplimenten" für "abgebrühte Politprofis (...) an den Fäden einer linksradikalen Sammlungsbewegung" zufrieden (4). Viel Sinn macht das nicht.

Das auf den Korporatismus beruhende "Modell Deutschland" mit hoher Produktivität und sozialem Frieden bei Ausgrenzung und Minimalstbefriedigung der Menschen, die aus diesem "Modell" herausfallen, hat noch keinesfalls ausgedient - und es ist auch nicht zu erkennen, daß sich die herrschende Klasse von diesem imperialistischen Erfolgs"modell" verabschiedet hätte. Dieses "Modell" hat immer auch Bitburg, Jenninger, die "Gnade der späten Geburt", die Rehabilitierung der Waffen-SS usw. beinhaltet. Inwieweit der nationalistische

Schub auch einen Bruch bzw. einen bruchlosen Übergang der bisherigen Nachkriegsentwicklung bedeutet, ist nicht auszumachen. Beide Seiten müßten untersucht werden.

Zu erwarten ist doch eher, daß der Nationalismus zum bewußten Ausspielen von materiellen und sozialen Interessen der DDR-Bevölkerung gegen die BRD-Bevölkerung eingesetzt wird. Schon jetzt ist ja absehbar, daß die DDR-Arbeiterklasse sich über Jahre hinweg mit einem kolonialen Niedriglohn-Status abfinden muß, der hierzulande dazu dient, umso leichter soziale und materielle Opfer zugunsten der deutschen Einheit herauszupressen. Davon werden in erster Linie die ausländischen ArbeitsimmigrantInnen, die Flüchtlinge usw. betroffen sein.

Für vollkommen unmarxistisch halten wir demgegenüber bloße Übertreibungen, wenn Jürgen/Stuttgart eine Utopie entwickelt, "deren Feindbild der deutsche Nationalismus ist, nicht unbedingt das Kapital" (3). Solche Übertreibungen sind wiederum "typisch deutsch": spiegelbildlich wird dem: "Es gibt keine Klassen, Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche" ein ebensolcher "reiner" Anti-Nationalismus entgegengesetzt. Da geht mensch der herrschenden Ideologie vollends auf den Leim, denn beiden entgegengesetzten Versionen ist eines gemein: die soziale Frage bleibt ausgespart bzw. wird der "antinationalen" untergeordnet. Beim Verweilen einer bloßen Ideologiekritik wird völlig die materielle Gewalt des Nationalismus ausgeblendet.

Hilfe der Alliierten?

Einig sind wir uns im KB, daß die deutsche Einheit für die Linke in keinem Punkt Vorteile bringt. Keine Einigkeit herrscht bei der Bestimmung des Subjekts, das unter den konkreten historischen Bedingungen aufgerufen ist, diese Einheit zu verhindern. Wir meinen, daß dies nur eine revolutionäre Massenbewegung in einem oder beiden deutschen Staaten oder aus dem Ausland sein kann.

Abgesehen von der auch von Jürgen (3) zugestandenen Tatsache, daß die westlichen Alliierten ihre Vorbehaltsrechte nicht als gegen die deutsche Einheit benutzen werden, sähen wir darin keinen Gewinn für linke Politik. Wer es dennoch befürwortet, scheint sich über die Logik seines Vorschlags nicht recht klar zu sein. Um eine Politik der "Vollbremsung" erfolgreich durchzuführen, müßten die Alliierten Machtmittel ins Feld führen.

Wirtschaftlicher Druck auf die westdeutsche Bourgeoisie dürfte angesichts ihrer Stärke erfolglos bleiben, so daß letztlich (als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln) nur das Säbelrasseln der in der BRD stationierten Nato-Verbände bleiben dürfte. Von dort zu Prag oder Panama wäre es dann tatsächlich nicht weit.

Das Argument, die Demokratie gegen den heraufziehenden Faschismus zu verteidigen, könnten die westlichen Alliierten, nachdem sie 45 Jahre lang vortrefflich mit den westdeutschen Kapitalisten bei der Ausbeutung der Weltbevölkerung und für die Beseitigung des sowjetischen Machtbereichs zusammengearbeitet haben, wohl schlecht anführen. Innerhalb der BRD und der DDR würde das Vorgehen von Besatzungstruppen einen nationalen Reflex in breitesten Bevölkerungskreisen auslösen, der jede Hoffnung auf sozialreformerische oder revolutionäre Politik für lange Zeit begraben würde.

Die Regierung der Sowjetunion ist ebenfalls nicht gewillt, ihre Truppen auf dem Boden der DDR gegen die dortige Bevölkerung einzusetzen und die Mauer wieder zu errichten. Erfahrungen dieser Art liegen ja vor: in größeren historischen Maßstäben betrachtet, hat sich der Truppeneinsatz vom 17. Juni 1953 nicht gerade bewährt, weil hinterher keine fortschrittliche gesellschaftliche Formation errichtet wurde. Könnte das heute mit Gorbatschow an der Spitze der Sowjetunion nicht anders sein? Die Logik geht andersrum: die Ereignisse in der DDR sind nicht zuletzt ein Ergebnis der Perestroika-Politik. Ein Truppeneinsatz zur Verhinderung der deutschen Einheit wäre die Abkehr von dieser Politik. Insofern schließt das eine das andere aus.

Alliierte Aktionen wären westlicherseits Handlungen innerimperialistischer Konkurrenten, seitens der Sowjetunion Selbsterhaltungstaten der Bürokratie und die Rückkehr zur Breschnew-Doktrin. Einen fortschrittlichen Gehalt bergen beide Varianten nicht (6).

Das kommt davon, wenn die Welt von einigen Genossinnen und Genossen des KB nur noch ausschließlich mit der anti-deutschen Brille betrachtet wird. Sie ist allemal kurzsichtig, denn die Hinnahme der deutschen Einheit verweist ja auf mehr: auf den schon seit den siebziger Jahren sich abzeichnenden Niedergang der USA und den drohenden Zusammenbruch der Sowjetunion. Die bipolare Betrachtungsweise ist dahin, die BRD und Japan (mit ihren Einflußsphären) schreiben an dem Drehbuch neuer hegemonialer Konstellationen bereits

kräftig mit. Die Hinnahme der "deutschen Einheit" markiert somit auch den Niedergang (UdSSR) oder den relativen Hegemonieverlust (USA) der einen und den Wiederaufstieg der anderen.

Welche skurrilen Formen die national-bornierte Sichtweise im KB annimmt, offenbarte nicht zuletzt ein Artikel von ms. in ak 314 (5). Ms. kritisiert darin ältere KB-Auffassungen, die die Einheit eines sozialistischen Deutschland - soll heißen: einer herrschenden deutschen Arbeiterklasse, für richtig hielten und unterstellt, eine solche Position beinhalte eine unreflektierte Haltung zum Faschismus: "Nur für den Preis einer kollektiven Verdrängung lassen sich die üblichen politisch-ökonomischen Aussagen etwa (wessen denn sonst?, die Verf.) des wissenschaftlichen Sozialismus auf die deutsche Frage übertragen." Sagen will ms. wohl, daß an die Antworten auf die deutsche Frage, was meint, die Herausbildung eines deutschen Nationalstaats, die Maßstäbe des historischen Materialismus nicht angelegt werden können. Welche sonst? Aus dem Kontext heraus schließen wir: moralische Maßstäbe. Gut, aber welche andere Moral sollte das sein als die, alles zu tun, um Verhältnisse zu beseitigen, in der der Mensch ein geknechtetes Wesen ist. Dies anerkannt wäre die Spaltung einer revolutionären deutschen Arbeiterklasse an der Elbe so falsch wie die Trennung der französischen und deutschen Werktätigen durch den Rhein. In beiden Fällen wären die Kräfte zur Vollendung des gerade formulierten moralischen Zwecks zersplittert. Oder meint ms., einE RevolutionärIn deutscher Nationalität ist zuallererst DeutscheR?

"Größter anzunehmender politischer Unfall"?

Auch Genossinnen und Genossen des KB haben sich die Formel zu eigen gemacht, die deutsche Einheit sei der politische Super-GAU dieses Jahrzehnts. Darin drückt sich allerdings eine bemerkenswerte Blindheit gegenüber dem imperialistischen Alltagsgeschäft aus. Reden wir gar nicht von Panama und Vietnam, sondern betrachten wir einen ganz normalen Tag friedlicher Kapitalverwertung. 40.000 Kinder sind es nach einem Bericht der UNESCO, die an diesem Tage zugrunde gehen, an Hunger und Krankheit sterben - geopfert nicht der deutschen Einheit, sondern der Reichtumsanhäufung aller imperialistischen "Demokratien".

Die Übertreibungen, die derzeit nicht nur im KB anhand der deutschen Frage angestellt werden, scheinen bei der "Radikalen Linken" bereits Tradition zu haben. Erst wurde ausschließlich vom Schrekkens-Szenario der "rot-grünen Besoffenheit" geredet, nun vom "4. Reich". Ein Stück weit wäre es ein Gewinn, wenn sich die Linke von dieser Art Konjunkturpolitik verabschieden würde.

Den Nationalismus bekämpfen

Den Nationalismus als ein wesentliches ideologisches Band der kapitalistischen Gesellschaft zu zerreißen, wird kaum gelingen, wenn ihm lediglich Parolen der Machart: "Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein", entgegengehalten werden. Es ist wie mit den religiösen Nebelbildungen: die Propagierung des Atheismus nutzt wenig, solange die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht geeignet sind, dem Leben einen weltlichen Sinn zu geben bzw. die selbstformulierten Ziele auch erreichen zu können.

Die Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen sind beständiger Unsicherheit ausgesetzt, von denen die Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen die schärfste Form ist. Solange die kapitalistische Konkurrenz in ihrem Bestand nicht gefährdet ist, werden sich die Lohnabhängigen immer wieder zu betriebs- und nationalbornierten Haltungen und Handlungen mobilisieren lassen, die wenigstens ihnen eine kurzfristige Besserung oder Absicherung ihrer Lage versprechen. Selbstverständlich müssen KommunistInnen dagegen ideologische Überzeugungsarbeit setzen, aber die wird nie reichen. Die materiellen Grundlagen des falschen Bewußtseins müssen untergraben werden, denn nur gemeinsame Kampferfahrungen, Erfolge und ideologische Auseinandersetzung werden den nationalbornierten Standpunkt zersetzen. Konkret in der aktuellen Situation bedeutet das, die drohenden Angriffe auf die sozialen Besitzstände der (wohlgemerkt: international zusammengesetzten) Arbeiterklasse der BRD und der DDR stärker als bisher zu einem Thema der Untersuchung und Propaganda zu machen.

Mehr als problematisch ist auch der Debattenbeitrag von Hr., der zur Veranschaulichung Heiner Müllers Äußerung, Auschwitz sei Resultat eines Hitlerschen Wahlsieges gewesen, zitiert. Müllers Aussage entspricht keinesfalls den historischen Tatsachen, weil er den Massenterror der Faschisten in Deutschlands Arbeitervierteln vor der März-Wahl 1933 unterschlägt. Soll zudem damit behauptet werden, der Faschismus sei nichts anderes als die lineare, bruchlose Fortsetzung bürgerlich-parlamentarischer Herrschaft, ist es

beredter Ausdruck der in Teilen der KB-Mitgliedschaft herrschenden Begrifflosigkeit hinsichtlich des Formenwechsels von bürgerlicher Demokratie und faschistischer Herrschaft.

Was tun?

Die inneren Auseinandersetzungen im KB sind untrennbar mit den äußeren Bedingungen linker Politik verbunden. Auf die in der Tat dramatischen (welt)politischen Veränderungen im allgemeinen und der nahenden deutschen Einheit im besonderen wird hauptsächlich mit Anpassung und Wegducken reagiert. Auf der anderen Seite setzt ein Teil der radikaleren Linken auf die antinationalistische oder antideutsche Phrase als Antwort auf den deutschen Nationalismus.

Tatsache ist - und da ist Hr. zuzustimmen - daß die westdeutsche Linke angesichts der derzeitigen Ereignisse nicht mehr als die Rolle des Zuschauers einnehmen kann. Ihre gesellschaftliche Isolation und Bedeutungslosigkeit wird nun vollends deutlich.

Was derzeit zu tun bleibt, ist eine umfassende Untersuchung der zentralen politischen Entwicklungen über unsere Zeitung und der sachliche Streit in- und außerhalb des KB um diese Fragen. Kurz- und Schnellschüsse in Richtung einer bornierten "antideutschen" Kampagne greifen zu kurz. Überhaupt sollte bewußt auf den Sprachgebrauch "antideutsch" verzichtet und sich auf "antinational" verständigt werden. Das "Antideutsch" negiert vorhandene gesellschaftliche Differenzierungen, etwa zwischen dem ohne weiteres abrufbereiten faschistischen und antisemitischen Bodensatz jener ca. 15% der westdeutschen Bevölkerung und der überwiegenden Mehrheit. Damit wird nicht gesagt, daß die verbleibenden 85% Anlaß zu gesellschaftlichem Optimismus geben. Bei jener Mehrheit handelt es sich um die eher konservierenden Kräfte, die um ihre relative Stabilität und die Vermeidung von Konflikten bemüht sind. Das schließt auch keinesfalls aus, daß diese Mehrheit weiter nach rechts driftet.

Die links-"konservative" Grundhaltung, mit viel Schaum vor dem Mund und dem Rückgriff auf die ausgediente Faschisierungsthese auf die aktuellen Umbrüche antworten zu wollen, mag der bloßen Überwinterung dienen. Damit wird mensch aber kaum den neuen Herausforderungen gerecht.

Was die spezielle "deutsche Frage" angeht, so werden wir schneller als erwartet mit einer annektierten DDR konfrontiert sein. Daraus resultieren bekanntlich Veränderungen des innerimperialistischen Kräfteverhältnisses mit all ihren gar nicht so friedlichen Folgen und gesellschaftliche Veränderungen innerhalb dieses deutschen Monstrums. Die inneren wie äußeren Begleitumstände dieses Annexionsprozesses werden die Linke hüben wie drüben in Atem halten. Nicht nur der Nationalismus, sondern auch die militärpolitischen wie die sozialen Folgen bieten Ansatzpunkte genug für linksradikale Opposition.

Wäre es nicht gerade Aufgabe der radikalen Linken, so begrenzt ihre politischen Handlungsmöglichkeiten auch sein mögen, dieses Monster zu zähmen und sich nicht auf ein reines "antideutsch" zu beschränken? Ansatzpunkte und Anlässe gibt es jetzt schon mehr als genug. Wieso wird die endgültige und "wasserdichte" Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht aufgegriffen? Macht es nicht Sinn, von der NVA zu lernen und die Null-Lösung für die Bundeswehr zu fordern, wie das bereits in der BoA-Kampagne geschieht? Werden nicht bald auch die sozialen Fragen an Bedeutung zunehmen und - damit verbunden - eine noch massivere Diskriminierung und Hatz gegen alle AusländerInnen, wenn im Zuge des Exodus aus der DDR die Forderungen nach Wohnungen "für Deutsche" immer lauter werden? Gilt es nicht, zusammen etwa mit Flüchtlingsräten und fortschrittlichen Kirchenkreisen gegen den Rassismus Front zu machen?

Und - zu guter Letzt: wird sich nicht auch die hiesige Linke in nicht allzu ferner Zukunft neu umgruppieren, wenn sie in einen immer intensiveren Dialog mit den sozialistischen Linken in der DDR eintritt, um den gemeinsamen Feind zu bekämpfen?

Wir sollten auf diese Fragen positive Antworten finden.

fo./Bremen und D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Hr., Nieder mit der Grippe?, in: ak 315, S. 33

2) He., Von der Bundesrepublik nach Deutschland, in: ak 315, S. 4f.

3) Jü., Warum die Linke anti-deutsch sein muß, in: ak 315, S. 32

4) De., Vorbemerkung zu: Nie wieder Deutschland, in: ak 315, S. 39

5) ms., Für ein entmilitarisiertes Großdeutschland?, in: ak 315, S. 20 f.

6) Hr. wiederum unterstellt einem der Autoren, die innerimperialistischen Widersprüche zu leugnen und ein stabiles kapitalistisches "one-world"-System zu favorisieren. Er sollte den von D./Westberlin kritisierten Artikel jedoch richtig zitieren. Dort war von einer "Interessenidentität" nicht der imperialistischen Staaten die Rede, sondern von einer selbigen zwischen den imperialistischen Staaten und den neuen wirtschaftlichen und politischen Klassen Osteuropas bezüglich ihrer Weltmarktintegration. Nimmt man die innerimperialistische Widerspruchsentwicklung selbst zur Kenntnis, dann besteht die derzeitige Entwicklung eindeutig in der arbeitsteiligen Zusammenarbeit bei der Kolonialisierung Osteuropas. Das wird zweifellos nicht so bleiben: die Widersprüche zwischen den drei imperialistischen Zentren USA, Japan und EG deuten auf einen Kampf um die weltweite Hegemonie hin; und gegen den starken BRD-Imperialismus sind innerhalb der EG andere Frontstellungen und Zweckbündnisse zu erwarten.

40. BRD-Linke und "deutsche Frage" Neo-Nationalismus von links

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:32

In der Linken brechen Dämme: Der Kampf gegen die Wiedervereinigung wird explizit zurückgenommen oder implizit zurückgestuft. Das Arrangement mit dem Nationalismus, wie es die SPD vorgegeben und die Grüne Partei nachvollzogen hat, findet auch in der sozialistischen Linken statt. Eine "vaterländische" Strömung formiert sich - ähnlich wie in den 70er Jahren mit den ML-Sektierern, die "im Kampf gegen den Sozialimperialismus" den BRD-Staat als kleineres Übel beschönigten und ein "vereinigtes sozialistisches Deutschland" propagierten. Andererseits bilden sich im Widerspruch zu diesem Kurs auch radikale Gegenkräfte - quer durch alle Organisationen und Spektren. Der folgende Artikel versucht einen Überblick.

Im Unterschied zu den 70er Jahren erfolgt das Bekenntnis zu Deutschland angesichts eines weltweiten Vormarsches des Kapitals und einer aggressiven nationalistischen Welle rund um den Globus (Thatcherismus/Reaganismus, islamischer Fundamentalismus, völkisch-rassische Konflikte in Osteuropa, rechtsradikale Renaissance in EG-Metropolen).

Auslöser für den Kurswechsel in Teilen der Linken (1) sind damals wie heute innere Faktoren: das mangelhaft aufgearbeitete Verhältnis zur nationalen Frage im allgemeinen und zur deutschen Frage im besonderen, wo die Erblast nationalistischer Elemente der SPD und der historischen KPD noch längst nicht bewältigt ist. Als ideologischer Weichmacher wirkt die Sozialdemokratie. Anläßlich der SPD-Zustimmung zu Kohls 10-Punkte-Plan riet Karsten Voigt vom angeblich hoffnungslosen Widerstand ab und meinte, daß "die demokratische Linke im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik an Boden gewinnen könnte, wenn sie ihn mit abrüstungspolitischen, umweltpolitischen, wirtschaftsdemokratischen und sozialstaatlichen Initiativen verknüpft." (taz, 29.11.89)

Damit waren die Stichworte vorgegeben, die heute auch in der Linken zur Rechtfertigung des Anpassungskurses verwendet werden: Man will dabeisein, da eh nichts mehr zu retten sei und jetzt das Beste daraus gemacht werden soll. Aber es ist ganz und gar unrealistisch zu glauben, wir könnten den besonderen Problemen eines Großdeutschland noch die Stirn bieten, wenn wir bereits in seiner Entstehungsphase klein beigeben und so tun, als ob nichts Dramatisches passiert.

"Sozialismus": Deutschland mitgestalten

Die Zeitschrift "Sozialismus", in den 70er Jahren dem Eurokommunismus verbunden, Anfang der 80er Jahre ein Impulsgeber für die Linkspartei "Demokratische Sozialisten", ist seit einigen Jahren als kleines linkes Beiboot vom großen Tanker SPD in Schlepp genommen worden. Da dort der Kurs jetzt ostwärts geht, ziehen die Hamburger Redakteure eben mit. Die Frage, ob man nicht für die Zweistaatlichkeit kämpfen müsse, ist für sie erledigt. "Umso dringlicher stellt sich die Frage nach dem WIE, nach dem sozialen, gesellschafts- und sicherheitspolitischen Inhalt", formuliert die Zeitung in Anlehnung an Lafontaine und schimpft auf die Haltung, "das bei größeren Bevölkerungsteilen vorhandene Nationalgefühl als irrelevante Größe oder bloß rückständige Bewußtseinsform zu behandeln". In einem Artikel von Theodor Bergmann wird zwar die Zweistaatlichkeit verteidigt, aber gleichzeitig der Rechten Unfähigkeit vorgeworfen, "die deutsche Frage sinn- und maßvoll (...) zu lösen". "Unser Schicksal muß von uns kontrolliert werden", heißt es in Abgrenzung zu den alliierten Vorbehaltsrechten und in Kritik an den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz.

Daß eine konsequente Position gegen Wiedervereinigung in der SPD gar nicht völlig isoliert wäre, sondern durchaus Korsettstange für Stimmungen an der Basis sein könnte, wird an anderer Stelle im Hinweis auf die Beschlußlage in einigen SPD-Gliederungen deutlich. So sprach sich z.B. der SPD-Vorstand Südbayern noch am 2. Dezember für die Zweistaatlichkeit als den "auf absehbare Zeit (...) realistischeren Weg" aus. Und die Jusos Niederbayern/Oberpfalz fanden es "geradezu widerlich, wie die SPD der angeblich nationalen Stimmung in beiden deutschen Staaten nachläuft." Die SPD wird aufgefordert, "die Deutschlandbesoffenheit besser den Rechten zu überlassen".

DKP: Von Modrow kalt erwischt

In der DKP ist eine offene Kontroverse um das Festhalten an der Zweistaatlichkeit ausgebrochen. Anlaß war ein UZ-Artikel von Rainer Eckert, Mitglied im Parteivorstand, der am Modrow-Plan wenig Gutes ließ. Nach einer radikalen Kennzeichnung der BRD (außenpolitisch aggressiv, innenpolitisch rassistisch und undemokratisch) stellt er an Modrow die Frage, ob die Vereinigung mit einem solchen Staat wirklich anzustreben sei: "Mag sein, daß die Behebung dieser für unser Land grundlegenden Probleme enthalten ist in Modrows knapper Bemerkung von ‚notwendigen Reformen und Veränderungen' als Voraussetzung für Vertragsgemeinschaft, Konföderation und Vereinigung. Doch gerade dann muß man aus Sicht und Kenntnis hiesiger Verhältnisse eindeutig feststellen, daß eben diese Voraussetzungen nicht gegeben sind." Modrows Konzept "dürfte zu einem Aufschwung nationalistischer Stimmungen in beiden deutschen Staaten führen." Die gemeinsamen deutsch-deutschen Staatsorgane "würden unter aktuellen Gesichtspunkten und bei den gegebenen Voraussetzungen und realen Kräfteverhältnissen völlig andere als die von ihm angestrebten Inhalte annehmen." Bemerkenswert auch, daß Eckert nicht auf die Konföderation als vermeintliche Alternative hereinfällt, sondern sie zu einer bloßen Möglichkeit herabstuft: "Ob und wie realistisch ein solcher Weg ist, wird vom Kräfteverhältnis der handelnden Klassen und politischen Subjekte abhängen." (UZ, 9.2.90)

Eine Woche später konnte man von der Redaktion erfahren, daß sie insgesamt (!) anderer Meinung als Eckert ist: "Der Autor will trotz dieser unaufhaltsamen Entwicklung zu einer wie auch immer gearteten Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht die Frage stellen, ob denn die DKP, die im Gegensatz zur alten KPD seit Gründung für die Zweistaatlichkeit eingetreten ist, ihre bisherige Politik korrigieren muß."

Weg von der Zweistaatlichkeit - ob das nur die Meinung der UZ-Redaktion oder auch des Parteivorstandes ist? Eine Stellungnahme ist angekündigt.

ErneuerInnen: Radikale Ängste, fromme Wünsche

Die politische Konfusion der von der DKP abgespaltenen Strömungen zeigt sich in der dritten Ausgabe der "Korrespondenz Erneuerung". In einem Grundsatzartikel von Christiane Reymann aus Hamburg heißt es zunächst: "Heute stehen die Zeichen schlecht. Sie sind beklemmend deutsch. Meine Identität als End- 68-in und als Kommunistin sträubt sich mit Händen und Füßen gegen dieses Deutsche-Dasein - und doch bieten mir noch nicht einmal die heimischen vier Wände Schutz gegen das überschwappende Nationalgefühl. Es trifft mich kalt und unvorbereitet." Doch eine Seite später kapituliert die Genossin: "Das Vertrackte an den Argumenten für die deutsche Zweistaatlichkeit ist nur: sie folgen der Vernunft - und sie widersprechen den Gefühlen v.a. der Mehrheit der Menschen in der DDR." Wie es um die Emotionen der Opfer "Deutschlands" bestellt ist, scheint gleichgültig zu sein. Jedenfalls will mensch sich jetzt dem Gefühlsdiktat der Deutschen beugen: "Wir können die wirtschaftliche und staatliche Einheit der beiden deutschen Staaten nicht mehr aufhalten. Wir können aber vielleicht die Bedingungen mit beeinflussen, unter denen sie sich vollziehen." Dies soll durch "gute gemeinsame deutsche Friedensaktionen" geschehen, außerdem sollen "in einer gesamtdeutschen Entwicklung die Forderungen nach Demokratisierung an Brisanz gewinnen".

Wie sehr sich diese Orientierung schon bei den ErneuerInnen durchgesetzt hat, zeigt die Titelgebung ihres Strategie- und Konstituierungskongresses im Frühjahr ("Linke Alternativen zur Deutschlandpolitik") und ein für den Herbst geplanter "Kongreß Deutscher Linker" (zusammen mit anderen Kräften aus BRD und DDR).

Lichtblick "links"

Die positive Überraschung beim Blick über die linke Presselandschaft ist die Zeitschrift "links" vom Sozialistischen Büro. Seit längerem offen für Realo-Politik und die diversen Abschiede von der sozialistischen Utopie, haben sich die Redakteure wenigstens einen scharfen Blick für die Gefahren des deutschen Nationalismus bewahrt. Mensch kann also durchaus am Sozialismus (ver)zweifeln, ohne sich deshalb dem schwarz-rot-goldenen Zeitgeist zu unterwerfen.

Den Reigen der Beiträge eröffnet Mi cha Brumlik mit einer Analyse der unter Intellektuellen in Ost und West grassierenden Theorie des "Nationalzivilismus". "Nachdem sowohl Staat und Kirche als auch Klasse und Partei mindestens in Europa an Kredit verloren haben, scheint als letzter Kandidat zur Einhegung und Einbindung der zentrifugalen und anomischen (gesetzlos, Anm. d. Red.) Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft die Nation zu bleiben. Sie aber hat noch stets den vermeintlichen Gewinn einer Sicherheit nach innen mit dem Preis von Krieg und Konflikt nach außen und Intoleranz in sich selbst bezahlt." In der nationalen Welle in BRD und DDR erkennt er den "pathologischen Versuch, Geschichte zu verdrängen" und die "Vorreiterrolle für einen

europaweit angelegten Revisionismus der Nachkriegsgrenzen". Brumlik sieht die Gefahr, daß "nach dem Ende der sozialistischen auch das Ende der demokratischen Utopie" kommen könnte und bezeichnet den "Nationalzivilismus" als den "wichtigsten Gegner einer postkonventionellen Linken".

Joachim Hirsch beschreibt die Dynamik der Lage: "Die Nachkriegs-Weltordnung mit ihren politischen Orientierungen und Gewißheiten bricht zusammen. Und mit ihr fallen die Fesseln, die deutschnationalem Chauvinismus und Imperialismus noch angelegt waren. (...) Imperialistischer Nationalismus legitimiert Aggression nach außen und Repression nach innen." Die Äußerungen von Hirsch sind umso bemerkenswerter, als er einer der Haupttheoretiker einer relativ "sanften" Entwicklung des BRD-Imperialismus gewesen ist. In seinem 1986 veröffentlichten Buch "Das neue Gesicht des Kapitalismus - Vom Fordismus zum Postfordismus" hatte er noch das von Späth verkörperte Bündnis des "modernen" CDU-Flügels mit der Sozialdemokratie, Teilen der Gewerkschaften und der Grün-Alternativen als zukunftsweisendes Modell für das BRD-Kapital analysiert.

Gastbeiträge von Lothar Baier und Joachim Bruhn komplettieren die anti-deutsche Stoßrichtung der "links". Ihnen stehen nur zwei kurze Artikel gegenüber, die zwar nicht nationalistisch argumentieren, aber in schroffem Antikommunismus gegenüber DKP bzw. SED machen. Das letzte Wort wird also noch nicht gesprochen sein, zumal die Ausgabe vor dem Modrow-Umfaller redaktionell abgeschlossen war.

VSP: neblig mit Aufheiterungen

Die VSP hat offensichtlich noch zu tragen an dem Erbe ihrer Vorläuferorganisationen GIM und KPD/ML, die beide für ein "sozialistisches Deutschland" eingetreten waren. Erfreulicherweise hat das die VSP bisher nicht daran gehindert, in ihrer Publizistik, weniger energisch vor Ort, Aktivitäten gegen die Wiedervereinigung zu unterstützen. Dennoch könnte das "alte Denken" zu einem Stolperstein für die künftige Politik der VSP werden. Immerhin war die Frage einer deutschen Vereinigung "nach einer sozialistischen Revolution in der BRD oder im Zusammenhang (?) mit einer solchen Revolution" ein Grund für das Scheitern der Fusionsverhandlungen mit dem BWK gewesen. Sie wurde auch von der VSP-Delegiertenkonferenz Mitte Januar ausdrücklich offen gelassen (SOZ, 1.2.1990). Im Bericht von dieser Konferenz hieß es, eine Strömung vertrete die Ansicht, daß "die deutsche Teilung sich auch gegen die Massen richtete und die reine Abwehrhaltung gegen den Wiedervereinigungstaumel zu Hilflosigkeit führen könne" (SOZ, 18.1.90). Jakob Moneta drückt sich widersprüchlich aus: "Es gibt kein Menschenrecht auf Imperialismus - auch nicht ein solches der BRD gegenüber der DDR!" - steht der Aussage gegenüber: "Wie steht es um das nationale Selbstbestimmungsrecht? Für uns ist es ganz gewiß ein unveräußerliches Recht!" (SOZ, 15.2.90) Anti-nationalistisch, gerade auch in der von Moneta unklar behandelten Frage des Selbstbestimmungsrechts, sind dagegen die Artikel von Winfried Wolf. "Teile der Linken gehen vor der nationalistischen Welle in die Knie", kritisiert er und fordert zur Unterstützung der "Nie wieder Deutschland"-Initiative der Radikalen Linken auf (SOZ, 15.2.90). Der "Wiedervereinigung auf sozialistischer Grundlage", die er eingestandenermaßen früher selbst vertreten hat, erteilt er heute eine Absage: Sie verstärke "auch entgegen dem möglichen subjektiven Willen derjenigen, die sie vertreten - den Main- stream für eine kapitalistische Wiedervereinigung" ("Beilage" vom 28.12.89).

Quo vadis, "atom"?

Mensch traute seinen Augen kaum beim Auspacken der neuen Ausgabe der "atom", Zeitung der KernkraftgegnerInnen im Umfeld der Radikalen Linken. Mochte man das vereinigte Atom-Deutschland auf der Titelseite noch für einen Lay-out-Lapsus halten, so ließ spätestens die Umschlagrückseite Böses ahnen: Ein großes Demo-Plakat verkündet dort den dämlich-reaktionären Slogan "Wir sind ein Volk in Ost und West - und wehren uns gegen diese Pest". Im Innenteil geht es weiter auf dieser Linie: So wurde in einem Artikel zum AKW Greifswald vor einem untragbaren Risiko für "die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands" gewarnt; mehrfach kommt eine Dr. Erika Drees zu Wort, die anläßlich des Töpfer-Besuches im AKW Stendal keine andere Sorge kannte, als diesen im Kohl-Stil vor Verhandlungen mit der "nicht mehr legitimierten Regierung Modrow" zu warnen und den BRD-Minister zu bitten: "Helfen Sie uns, da wir uns energiepolitisch am Null-Punkt befinden, bei der Energiewende...".

Die "atom"-Redaktion, die in der Vergangenheit immer wieder linke Themen außerhalb der Energiepolitik analysiert hat (Sonderheft zur Volkszählung, Schwerpunktausgaben zu Repression, Startbahnschüssen usw.),

nimmt zu den Gefahren, die von einem neuen Großdeutschland ausgehen, nicht nur nicht Stellung, sondern läßt Positionen wie die oben skizzierten kommentarlos durchgehen, um die aktuellen politischen Veränderungen naiv zu bejubeln: "Die Zeiten sind vorbei, in denen die Menschen der jeweils anderen Seite des Stacheldrahtes nicht mitreden durften."

Die einzige Gegenposition in dem fast 30 Seiten umfassenden Schwerpunktkomplex kommt vom Plenum des Hüttendorfes Gorleben, das angesichts der auch von DDR-AtomgegnerInnen unterstützten Aktivitäten erklärte: "Diese Demonstration soll keine miese Kopie des deutschnationalen Taumels sein, der von so vielen Menschen in der BRD und der DDR Besitz ergriffen hat. Wir wollen nicht als alternatives Zugpferd vor den Karren der Gründung eines Vierten Reiches gespannt werden! (...) ‚Radioaktivität kennt keine Grenzen' - damit wollen wir die Grenzen aber nicht verwischen. Unser Hüttendorf ist eine Initiative nicht nur gegen das Atomprogramm, sondern auch gegen die Gründung eines Vierten Reiches."

Eine BoA will Staat machen

Bundesrepublik ohne Armee, kurz BoA, ist das Stichwort für eine neue Kampagne der Friedensbewegung, die sich am Vorbild der Schweizer Armeegegner orientiert. Indes: Das ursprünglich rein auf die BRD bezogene Konzept ist zwischenzeitlich unter die Räder des Wiedervereinigungsexpreß geraten. Bei einem Treffen Anfang Februar mochte jedenfalls eine Mehrheit der Initiatoren die explizite Ablehnung eines gesamtdeutschen Staates nicht festschreiben. So ist das Tor offen für die Parolen eines Roland Vogt, immerhin Sprecher des bei BoA federführenden "Bundes für soziale Verteidigung": "Wer sich nicht auf US-Interventionen vorbereitet, wenn die USA uns, die aus dem Ruder laufenden Deutschen, gefügig machen will, wird zu gegebener Zeit schmerzlich hinzulernen." Mit solchen Bündnispartnern ist zwar Staat zu machen (und was für einer!), aber keine linke antimilitaristische Politik. (taz, 10.2.90)

Die Demo

Angesichts der teils beklemmenden, teils aber auch klärenden Differenzierungen halte ich zweierlei für notwendig:

- Polarisierung innerhalb der Linken als Voraussetzung für die Isolierung nationalistischer Strömungen.

- Optimale Bündelung der antinationalistischen Kräfte in den verschiedenen linken Spektren. Ein hervorragender Ansatzpunkt hierfür ist die bundesweite Demonstration "Nie wieder Deutschland" voraussichtlich am 5. Mai 1990, zu der die Radikale Linke aufgerufen hat. Eine Möglichkeit zur Vertiefung dieses wichtigen Bündnisses bietet der Kongreß Radikale Linke an Pfingsten 1990.

Jürgen/KB-Stuttgart

Anmerkung:

(1) Monolithisch verfaßte Organisationen hat diese Diskussion noch nicht erfaßt. So üben sich die verbliebenen ML-Gruppen Arbeiterbund, MLPD und KPD (Rest der KPD/ML, der den Schritt in die VSP nicht mitmachen wollte) in einem politischen Spagat: Einerseits wird die Wiedervereinigung abgelehnt, andererseits das "deutsche Volk" geliebt, die Spaltung nach dem 2. Weltkrieg beklagt, plumper Antisowjetismus verbreitet und von einem "sozialistischen Deutschland" schwadroniert.

BWK und MG dagegen haben eine Position sowohl gegen die Wiedervereinigung als auch gegen das nationale Selbstbestimmungsrecht "Deutschlands" bezogen. Der BWK unterstützt offensichtlich auch die bundesweite Demo der Radikalen Linken am 5. Mai, während selbiges von der MG eher nicht zu erwarten ist.

41. KB-Veranstaltungsreihe Von Marlene Dietrich und anderen Deutschland- Hassern

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:31

Mit einem großen Marlene Dietrich-Portrait warb der KB in drei Städten Baden-Württembergs für Veranstaltungen unter dem Titel "Deutschland? - Nie wieder!".

Indes war das Ganze nicht nur als Werbegag gedacht, sondern sollte an Marlene Dietrichs antifaschistisches Engagement erinnern: 1943/44 hatte sie die Invasion der Truppen der Anti-Hitler-Koalition auf amerikanischer Seite durch eine Konzert-Tournee begleitet. Sie gab dadurch ein Beispiel, wie frau - ohne zur Linken zu gehören, schlicht mit etwas menschlicher Moral ausgestattet - zu einer anti-deutschen Haltung finden konnte, finden mußte.

Einige BRD-Linke hatten ihre Probleme mit Marlene. Von VSPlern in Mannheim (100 BesucherInnen) wurde verbreitet, der KB wolle mit diesem Plakat eine alliierte Militäraktion gegen die deutsche Einigung unterstützen (wo sie das bloß herhaben?). Seriösere Auseinandersetzungen wurden auf der Stuttgarter Veranstaltung (230 BesucherInnen) geboten, wo Jutta Oesterle-Schwerin und die VSP einerseits, konkret-Redakteur Oliver Tolmein und der KB andererseits sich einen argumentativen Schlagabtausch lieferten: über die Notwendigkeit, das nationale Selbstbestimmungsrecht für Deutschland zu leugnen und die nationalistische Welle mit "negativem Patriotismus" zu beantworten (Tolmein und KB-Vertreter) bzw. die Einigung als "gelaufen" abzuhaken (Oesterle-Schwerin) und sich auf die anstehenden sozialen, ökologischen und antimilitaristischen Aufgaben zu konzentrieren (VSP).

Ein weiterer Streitpunkt war, ob Linke - bei aller Kritik an seiner Regierungspolitik - auch die Warnung des israelischen Ministerpräsidenten Schamir vor einer Wiederholung des Holocaust durch ein neues Deutschland als moralisch gerechtfertigt und politisch berechtigt unterstützen können. In der Veranstaltung in Reutlingen, wo 120 Leute v.a. aus dem autonomen Spektrum gekommen waren, wurde die Debatte an diesem Punkt sogar harsch unterbrochen: Den Namen Schamirs wolle er auf einer linken Veranstaltung kein einziges Mal mehr hören, meinte einer und formulierte damit die Stimmung im Saal.

Auch mit einem anderen Deutschland-Hasser wurde rüde umgesprungen: Kurt Tucholsky wurde auf der Anti-Wiedervereinigungs-Demo, die wenige Tage nach diesen Veranstaltungen in Stuttgart stattfand (800 - 1000 Leute), von der MLPD für ein Lobgedicht auf Deutschland instrumentalisiert. Kein Wort davon, daß Tucholsky dieses Gedicht weit vor der Nazi-Machtübernahme geschrieben hat, daß er 1933 sofort emigriert ist und sich schließlich aus Verzweiflung an Deutschland das Leben genommen hat. Kein Nachdenken darüber, ob nach Auschwitz solche Gedichte nicht ein Schlag ins Gesicht der Opfer des Faschismus und auch von Kurt Tucholsky sind.

Zurück zu den Veranstaltungen: Die hohen Besucherzahlen, die in Mannheim und Stuttgart vom KB allein, in Reutlingen mit Unterstützung des örtlichen Veranstalters, des Jugendzentrums "Zelle", erzielt wurden, zeigen Interesse weit über die Szene hinaus für eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalismus. Allerdings konnte nur in Stuttgart die Diskussion auf dieses Thema konzentriert werden, während sie in den anderen Städten, aufgrund des Fehlens eines ähnlich beschlagenen Referenten wie Oliver Tolmein, sehr schnell auf die Lage in der DDR auswich. Der von der "Vereinigten Linken" anwesende Genosse konnte zu den oben skizzierten strategischen Problemen der BRD-Linken nicht Stellung nehmen, was mensch natürlich nicht ihm anlasten kann, aber bei künftigen Planungen berücksichtigt werden sollte.

Jürgen/KB-Stuttgart

42. Kai Kautsky und der Abschied von kritisch Vernunft - Anmerkungen zu Kai"s Papier "Antifaschistische Moral statt Politik?"

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:35

Objektivität und Objektivismus

Oft und oft hat man Marx einen angeblichen "Objektivismus" vorgeworfen: indem er das historisch-gesellschaftliche Geschehen als einen nach "naturwüchsigen" Bewegungsgesetzen verlaufenden Prozeß auffasse, eliminiere er bewußtes Handeln, Willen, kurz: Subjektivität aus der Geschichte. Verkannt wird dabei, daß die Marxschen Termini "Naturwüchsigkeit" bzw. "Naturgesetz" nicht affirmativ, sondern kritisch gemeint sind: "naturgesetzliche" Verlaufsform der gesellschaftlichen Entwicklung ist Indiz dafür, daß die Menschen von den von ihnen geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnissen immer noch beherrscht werden, anstatt sie zu beherrschen.

Während also das bei Marx permanente Insistieren auf der "Naturwüchsigkeit" des gesellschaftlichen Prozesses dialektisch schon sein Gegenteil enthält: die revolutionäre Perspektive bzw. den Wunsch, daß die Menschen endlich mit Bewußtsein ihre Geschichte selber machen, wird in Kai's Diagnose der heutigen Weltlage der gesellschaftliche Prozeß identisch mit dem Naturprozeß: der Abschied von Marx und der Schulterschluß mit Karl Kautsky ist konstitutiv für das gesamte Papier. Man kann es auch anders ausdrücken: Kai begreift die marxistischen Analysen zum Fetischcharakter der Ware nicht als Kritik, sondern als Aufforderung zur praktischen Nutzanwendung. So trifft er seine Diagnose der heutigen Weltlage aus der Perspektive des vereinzelten Einzelnen, des auf seine abstrakte Ich-Identität reduzierten bürgerlichen Subjekts, das die Kraft zur analytischen Durchdringung des ihm fremd scheinenden gesellschaftlichen Zusammenhangs nicht mehr aufbringen kann oder will, sondern denselben fremd beläßt und sich folglich einem wahren Aufstand der Elemente gegenübersieht, Naturgewalten, die man nur mehr ohnmächtig-passiv konstatieren und beschreiben kann. Da vollzieht sich einerseits "die historisch unvermeidliche und überreife Liquidierung des realen Sozialismus", wieder woanders ist ein "Zusammenbruch" zu verzeichnen, "starke Sprengkräfte" entstehen, vermutlich das Pendel jener Uhr, deren Zeiger seit auch schon zehn Jahren auf fünf vor zwölf standen, macht einen "historischen Pendelschlag" und - rums! - "scheint die staatssozialistische Zwangseinheit in staatliche, nationale, klassenmäßige und gar individualistische Elemente auseinanderzufallen" etc. (auch wahre Naturwunder spielen sich ab, z.B. eine "krisenhafte Zuspitzung (!) eines Zusammenbruchs(!)"). Daß bei Kai gesellschaftliches Geschehen mit natürlichem identisch gesehen wird, wird noch dadurch erhärtet, daß bei ihm historisch konstituierte, einzelne oder kollektive, mit Bewußtsein und Willen handelnde Subjekte nicht mehr vorkommen. Exakt dreimal findet sich in seinem Text der Begriff "Klasse": dort, wo er die "seit Jahrzehnten geleugnete Klassenrealität" in den "realsozialistischen" Ländern erwähnt (deren Bevölkerungen auch noch "Staatssklaven des Sozialismus" zu nennen er sich an anderer Stelle nicht entblödet) und dort, wo er, nicht vom heutigen, sondern vom "Kapitalismus der Jahrhundertwende" spricht, der den "unterschiedlichen Klasseninteressen" "freie Bahn ließ". (An dieser Stelle schon erhält man den ersten vollwürzigen Vorgeschmack auf die späteren strategischen Empfehlungen, denn der "reale Sozialismus", so Kai, habe gezeigt, daß der Versuch, diese Klasseninteressen "per Dekret, gar Zwang" abschaffen zu wollen, unsinnig sei; und sie sollen nach Kai auch gar nicht abgeschafft werden, sondern "demokratische Wege für deren sozial gerechtere Austragung" sollen gefunden werden.) Ansonsten werden handelnde Subjekte in Kai's Naturgemälde konsequent zu bewußtlosen Trägern objektiver Tendenzen entqualifiziert und auf belebte Natur reduziert: Kai kennt nur mehr "Menschen" bzw. dieselben im Aggregatzustand von Klumpen: "Völker". Wo Völker und Menschen als Vollzugsorgane höhere und unabänderlicher Gewalten zu uns sprechen, da vernehmen wir auch keine Äußerungen mehr, die abzulehnen oder als falsch zu bezeichnen einem freistünde, sondern quasimetaphysische Offenbarungen, denen man sich gefälligst zu beugen hat: "Wenn die Menschen, die keinen Markt, sondern nur Zuteilung kennen, in der die Initiative erstickt, jetzt Markt fordern, dann brauchen sie Markt (...). Sie brauchen keine linken Pastoren aus dem Westen, die der realen Erfahrung mit dem realen Sozialismus Durchhalteparolen für die Erhaltung des Kommunismus entgegenstellen." Kardinalsünde der "realsozialistischen" Staaten soll denn auch - so Kai - in diesem Zusammenhang die "Erstickung" der "persönlichen Initiative" durch den "pädagogischen Dirigismus eines Überstaats" gewesen sein; und weil der

"reale Sozialismus" derart etwas abschaffen wollte, was nach Kais Meinung eine anthropologische Konstante sein soll - vermutlich deshalb fordert er die Linken auf, sich nicht nur "mit den Analysen und Prognosen", sondern auch mit dem "Menschenbild der Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus" auseinanderzusetzen.

Aufforderung zum "positiven Denken"

Wer also wie Kai so tut, als wäre der Weltgeist sein Duzfreund und sein Papier im Stil von 20 Variationen auf die Zeile des alten Sozialdemokraten-Songs "Mit uns zieht die neue Zeit" abfaßt; wer also wie er die "normative Kraft des Faktischen" entschlossen zur eigenen Sache macht, der muß - und für diese Konsequenz seiner Gedankenführung muß man Kai sehr dankbar sein - alle Anstrengungen, ja selbst den Gedanken, sich mit der Realität, so wie sie (geworden) ist, nicht abzufinden, sie verändern zu wollen, als sinnloses, subjektiv-moralisches Unterfangen abzuqualifizieren. Nur so ist die (bereits in der Überschrift seines Papiers zutage tretende) unglaubliche Infamie zu erklären, mit der Kai eine derzeit dringender denn je gebotene anti-faschistische und antinationale Politik als "hysterische Flucht in ideologische Notprogramme", als "restaurative Farce" und "moralisches Rührstück" bespöttelt.

Nachdem er nun aller auf die radikale Negation des Bestehenden bezogenen Politik eine klare Absage erteilt hat, macht Kai sich frisch-fröhlich-konstruktiv daran, an "Bestimmungsstücken einer zukünftigen Geschellschafts- und Völkerordnung" zu basteln. Auch hier in der Gedankenführung wiederum sehr konsequent, setzt seines Erachtens eine andere Gesellschaft keinen qualitativen Bruch mit dem Bestehenden mehr voraus, sondern sie wird als Steigerungsform des Bestehenden gedacht, was sich sprachlich-grammatikalisch im permanenten Komparativ ausdrückt: sozial gerechter, demokratischer und ökologisch bewußter soll sie sein. Was Kai sodann an Fragen präsentiert, "ohne (deren) Lösung (.) es keine neuen sozialistischen Perspektiven geben wird", macht schlagend deutlich, daß "sozialistische Perspektive" für ihn offenbar heißt, alles beim Alten zu lassen: nun soll man also zukünftig bei der Frage, wie "das Eigentum organisiert werden soll"(?), "Beteiligungsmodelle nach schwedischem Vorbild" als mögliche Lösung in Betracht ziehen, den Staat soll man nicht mehr abschaffen, sondern, sondern vielmehr fragen, "welche Rolle (er) in der Kontrolle des Eigentums und als Regulator sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit übernehmen" darf, und vor allem gilt es, "die Selbstverwertungsspirale des Kapitals (?) einer gesellschaftlichen Kontrolle" zu unterwerfen, selbstverständlich "ohne das Interesse der Kapitaleigner oder -verwalter an seiner Weiterentwicklung und die persönliche Initiative zu ersticken". Den Gipfel der Zumutungen erreicht Kai allerdings im Punkt 20 seines Papiers:"Zur sog. Deutschen Frage müssen über die Formulierung von Ängsten hinaus positive politische Standpunkte entwickelt werden, wenn man nicht völlig im politischen Abseits verschwinden möchte (...). Das Eintreten für eine demokratische europäische Föderation im Zuge einer demokratischen neuen Weltordnung, darin die DDR und die BRD, vielleicht sogar noch eine freie Stadt Berlin, als gleichberechtigte souveräne Staaten, darf man getrost als eigenes positives Programm gegen das Gerede von der Wiedervereinigung in BRD und DDR sowie gegen jeden neuen Versuch einer Zwangsvereinigung Europas von oben stellen." Hier versagt in der Tat des Kritikers letzte Heiterkeit und er muß sich mit dem Hinweis begnügen, daß ein Ausspruch Adornos "Die am meisten vom Positiven reden, sind einig mit zerstörender Gewalt" in Kai's Vorschlägen nun einen würdigen Gegenstand gefunden hat.

cl./KB Westberlin

43. Don"t worry - take Gysi! Erwiderung auf "SED kopflos" (ak 315)

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:23

Ein beklemmender Eindruck beschleicht einen unwillkürlich bei der Lektüre von fo's "SED kopflos". Die totale Abgrenzung von BRD-Linken nicht nur gegen den Leichnam SED, sondern auch - in plumper Übertragung gegen die PDS, die prinzipiell dasselbe sei, ist eine ignorante politische Dummheit. Im Folgenden sollen die schlimmsten Fehlinterpretationen fo's benannt und richtiggestellt werden.

1. Zum Problem Verfassungsschutz.

Der von Teilen der SED im Januar vorgebrachte und dann schnell wieder aufgegebene Plan, einen Verfassungsschutz zu gründen wird von fo. folgendermaßen kommentiert: Daß dieser Plan fallengelassen worden sei, beweise, daß die SED/ PDS "weder die Funktionäre des alten Repressionsapparates schützen konnte noch dieser in der Lage war, einen Konterschlag gegen die weit vorgerückte Opposition zu landen." Daran ist zunächst auffällig, daß diese Absicht der Partei als Ganzes unterstellt wird, als sei dieser Verfassungsschutz-Vorschlag in der SED/ PDS widerspruchslos hingenommen worden. Der Machtkampf, der im Januar zwischen alten Funktionären, der Stasi und den Erneuerern in Vorstand und Basis ausgetragen wurde, bleibt dabei völlig unbeachtet. Außerdem klammert fo. die Tatsachen, die zu diesem Vorschlag erst geführt haben völlig aus. Immerhin ist seit Ende letzten Jahres eine enorme Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in der DDR zu verzeichnen. Das geht vom Parolenmalen (z.B. am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park) über die Schändungen jüdischer Friedhöfe bis hin zu Drohungen und tätlichen Angriffen gegen Linke. Erst kürzlich wurde eine VL-Genossin beim Flugblätterkleben im Prenzlauer Berg brutal zusammengeschlagen. Es gibt in der DDR derzeit keine Institution, die faschistische Umtriebe verfolgen oder verhindern kann. Die Volkspolizei ist mit dieser Aufgabe, die vorher Stasi-Angelegenheit war, restlos überfordert. Leider hat die schnelle Planung eines Verfassungsschutzes, die natürlich gerade im Interesse der Stasi-Mitarbeiter war, unter dem Druck des aufgebrachten Volkes und der Hetze der West-Medien jegliche vernünftigen Lösungsansätze unmöglich gemacht. fo. liefert allerdings nicht die notwendige Kritik an dem staatsfixierten Sicherheitskonzept, er trennt lieber ganz im Stil der liberalen Presse in die böse Stasi-Partei und die um ihre neugewonnene Freiheit bangende Opposition.

2. Demokratischer Sozialismus

Bemerkenswert ist die Geschmacklosigkeit, daß der Genosse die Bildung von Fraktionen als "Zerrissenheit" bezeichnet und damit herabwürdigt. Es gab in der SED/PDS zwar offensichtlich Probleme mit der noch ungewohnten offenen innerparteilichen Auseinandersetzung, sowie kollektive Austritte und ultimative Austrittsdrohungen. Die unterschiedlichsten Strömungen, die natürlich schon vor der Wende existierten, aber im sauberen Einheitsbild der Partei nicht geduldet wurden, können seit dem außerordentlichen Parteitag endlich offen diskutiert werden. Dabei soll die Arbeit mit Fraktionen die zielgerichtete Auseinandersetzung gewährleisten. Dieser neue demokratische Grundkonsens muß doch wohl gerade im KB als Fortschritt begrüßt werden. Oder wünscht fo. etwa für die eigene Organisation einen Schulterschluß nach SED- Modell, um Vertreter der Minderheits(?)-Linie zu disziplinieren?

3. Zur Auflösungsdikussion

Hier ist die dickste Ente. fo. zitiert scheinbar den Beschluß des Parteivorstands vom 20. Januar, bei dem "vor allem zwei Argumente gegen eine Auflösung angeführt" worden seien:"Die Parteimitglieder sollten gerade in dieser schwierigen Lage nicht den politisch-moralischen Schutz der Partei verlieren. Angesichts der teilweise 'hasserfüllte(n) Aggressivität' gegen die SED/PDS käme eine Auflösung der Partei dem 'Ende der deutschen Linken für Jahrzehnte' gleich" (fo.). Dies steht eindeutig in krassem Widerspruch zur Position des Vorstands. Der Beschluß ist im ND vom 22.1. nachzulesen, dort heißt es u.a.: "Allein die gefühlsmäßige Bindung vieler Mitglieder an diese Partei reicht zur Bejahung nicht aus"; und: "Das Motiv für die Mitgliedschaft in dieser Partei kann nur die sozialistische Idee sein". Gewarnt wird vor "illusionären Erwartungen", da der Prozeß der Erneuerung "gerade fünf Wochen andauert", und es werden etliche "dringliche Schritte" zur "Erneuerung auf allen Ebenen der Partei" benannt. Nichts findet sich in dem Beschluß von der arroganten Gleichsetzung, die fo. unterschiebt, die Auflösung der Partei entspräche der Auflösung der deutschen Linken überhaupt. Im

Gegenteil stellte der Vorstand fest, "daß die demokratische Erneuerung in der DDR, die Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten innerhalb unserer deutschen Nation und die Entwicklung zum vereinigten Europa auch starke linke Kräfte im politischen Spektrum benötigten. Die Partei des demokratischen Sozialismus wäre in diesem linken Spektrum ein wichtiger Faktor." Kein Wort also von einem Alleinvertretungsanspruch für die deutsche Linke, sondern eher ein gleichberechtigtes Bündnisangebot an die gesamte europäische Linke; eingebracht von der Partei, die am Ende des Erneuerungsprozesses stehen soll, der "Partei des Demokratischen Sozialismus" und nicht von der alten SED/PDS.

Die tatsächlich vorgebrachten Argumente gegen die Auflösung, Zersplitterung, Polarisierung, Destabilisierung der DDR und unabsehbare Folgen auch für die UdSSR, wenn die Umgestaltung in der DDR scheitert, unterschlägt fo.

4. Existenzberechtigung der SED/PDS

Aufgrund seiner falschen, durch entstellte Zitate herbeigezauberten Analyse der SED/PDS kommt fo. mit einiger Konsequenz zu seiner abschließenden rhetorischen Frage: "Und was soll die Traditionsgemeinschaft früherer SEDler?" (Übrigens ein interessanter Vorwurf aus einem politischen Verein, der sich seit Ende der 70er Jahre in seiner Mehrheit aufs traditionsmäßige "Überwintern" abonniert hat.)

Es ist zur Zeit ziemlich offen, wohin die Entwicklung der PDS läuft, auf alle Fälle nicht zur Traditionsgemeinschaft der Alten. Jedenfalls gibt es in der PDS einen starken linken Flügel, der trotz Modrows verheerender Bankrott-Erklärung vom "einig Vaterland" eher an Boden gewinnt.

Für den KB soll hier ausdrücklich betont werden: Kritik an der PDS darf sich nicht einreihen in den bürgerlichen Schlachtruf "Weg mit der SED". BRD- Kommunisten sollten gerade in dieser Situation nur differenzierte und solidarische Kritik üben und zwar von links.

ma, Bremen

44. Zur "Deutschlandpolitik" Leitantrag von Gaby Gottwald u.a.

Rubrik: Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:57

Dokumentation

Zur "Deutschlandpolitik"

von Gaby Gottwald, Erika Romberg, Isolde Rüter, Andreas Bachmann, Norbert Hackbusch, Franz Scheuerer, Michael Wunder, Andreas Grünwald und anderen ...

Als Leitantrag auf der MV am 17.2. verabschiedet

I. Nach vierzig Jahren autoritärem DDR-Sozialismus hat sich die Bevölkerung der DDR durch eine Rebellion von unten ihrer alten Machthaber entledigt.

Begünstigt durch die Reformpolitik der Sowjetunion hat sie sich neue Frei- und Handlungsräume erkämpft, die eine selbst gewünschte und formulierte Entwicklung der DDR-Gesellschaft möglich machen würde.

Die realen Handlungsräume zur Umgestaltung der DDR-Gesellschaft sind nicht unbegrenzt, aber im Ansatz vorhanden.

Eingeschränkt werden die Handlungsräume für einen eigenständigen Weg nicht nur durch die ökonomischen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Altlasten der Vergangenheit, sondern aktuell vor allem durch die Interventions-und Anschlußpolitik des herrschenden Blocks in der BRD.

In geheuchelter Absicht, Hilfe für die DDR-Bevölkerung leisten zu wollen, stürzt sich eine große Koalition und das Unternehmerlager in der BRD auf die DDR, um sie sich faktisch einzuverleiben.

Vergleichbar einer kolonialen Eroberung dringen bundesdeutsches Kapital und die Lobbyisten der etablierten Politik in die DDR ein, um eine Wiedervereinigung unter Bonner Diktat zu erzwingen.

Die demonstrierte westliche Potenz erwartet von der DDR-Regierung einen Kotau, eine bedingungslose Kapitulation auch der Bevölkerung eines Landes, die ihre gerade erstrittenen Freiräume unter erpresserischem Druck "freiwillig" aufgeben soll, um sich einer neuen Machtpolitik und Herrschaft unterzuordnen.

II. Soll die Epoche des 40-jährigen autoritären Sozialismus in der DDR nicht durch die Unterwerfung der DDR-Bevölkerung unter den BRD-Staat und die brutalen Spielregeln der BRD-Gesellschaft abgelöst werden, braucht die DDR Zeit und den weitestgehenden Schutz vor äußerer Vereinnahmung, um einen eigenen gesellschaftlichen Weg diskutieren und entwickeln zu können.

Eine notwendige Voraussetzung dafür ist die Aufrechterhaltung der Zweistaatlichkeit, denn nur eine souveräne DDR bietet die notwendigen Rahmenbedingungen eigenständige und demokratische, selbstgewählte gesellschaftliche Strukturen zu entwickeln.

Nur bei Aufrechterhaltung der Zweistaatlichkeit und weitestgehender Souveränität der DDR hat die Bevölkerung der DDR die Möglichkeit zu entscheiden, ob und wie die ökonomische Restrukturierung der DDR mit westlichem Kapital und Investitionen vonstatten gehen soll.

Eine vom Westen betriebene Durchkapitalisierung und Privatisierung der DDR, ohne staatliche Souveränität, ohne eine eigene Sozial- und Rechtsordnung, vernichtet gesellschaftliches Arbeitsvermögen, produziert Arbeitslosigkeit, Armut und weitere Umweltzerstörung in der DDR und bringt vor allem die Frauen in der DDR in eine prekäre Situation.

Die Zweistaatlichkeit und eine Souveränität der DDR-Bevölkerung könnten beispielsweise eine weitere Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und staatliche Auflagenpolitik ermöglichen, die den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung trägt und wirkliche und nicht nur scheinbare Grenzen vor der rücksichtslosen westlichen Vereinnahmung setzt.

Nur bei Aufrechterhaltung der Zweistaatlichkeit und realer Souveränität der DDR läßt sich die Chance erhalten, den bedingungslosen Import westlicher Technologie, deren Anwendung bei uns u.a. zu Umweltzerstörungen führt, zu verhindern.

Gerade die ökologische Krise in der DDR kann nicht dadurch gelöst werden, daß alte unökologische Formen der Produktion und Energieerzeugung durch den Zwangsimport westlicher Chemieproduktion und AKWs ersetzt werden.

Um dem Zwang zur "freiwilligen" Unterwerfung und Angliederung zu entgehen, ist es u.a. erforderlich, daß Reichtumtransfers aus dem Westen und insbesondere aus der BRD ohne diktatorische Vorbedingungen und Auflagen geleistet werden.

Wir verlangen von der Bundesregierung, jegliche Obstruktionspolitik - sei sie wirtschaftlicher, währungspolitischer oder politischer Natur, zu unterlassen.

Wir verlangen von den Parteien der BRD, die ideologische Eroberung und Bevormundung der DDR-BürgerInnen einzustellen und den parteipolitischen Feldzug in der DDR einzustellen, um die dort gewonnenen noch instabilen Ansätze und Formen basisdemokratischer Kontrolle nicht mit importiertem ideologischen "Westmüll" zuzuschütten.

III. Die betriebene Anschlußpolitik hat nicht nur für die DDR-Bevölkerung negative Konsequenzen.

Da die "Wiedervereinigungspolitik" ganz wesentlich für die innenpolitische Auseinandersetzung in der BRD genutzt wird - und nicht nur in Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf - betrifft sie auch uns.

Das gezielt geschürte Wiedererstarken des deutschen Nationalismus hat in der BRD, aber auch in der DDR, bedrohliche Formen angenommen - was nicht nur viele Menschen in der BRD erschreckt, sondern auch internationale Reaktionen provozierte, die an die Geschichte beider deutscher Staaten erinnern mußten.

Da diejenigen, die jetzt Nationalismus schüren, die deutsche Geschichte vergessen lassen möchten und einige von ihnen in der Wiedervereinigungsdebatte die Bestätigung dafür sehen, daß die deutsche Teilung als Konsequenz des verlorenen Krieges des Nazideutschlands angeblich immer "Unrecht" gewesen sei, ist es unsere Aufgabe, an die Verantwortung aller Deutschen zu erinnern, die sich aus der Geschichte des deutschen Faschismus ergibt.

Nach Auschwitz kann deutscher Nationalismus nicht unschuldig sein.

Der deutsche Nationalismus, der über die Wiedervereinigungsdebatte nicht nur von der politischen Rechten geschürt wird, hat eine aggressive, intolerante und vernichtende Geschichte.

Anstatt, wie vorgegeben wird, zu vereinigen, grenzt er im wesentlichen aus. Er verstärkt die Tendenz, Menschen zweiter Klasse zu schaffen: Deutsche und andere.

Den Problemen der Menschen in der sogenannten Dritten Welt, die zum Großteil von hier aus verschuldet werden, wird kaum noch Beachtung geschenkt, obwohl der Konflikt zwischen "Nord" und "Süd" künftig auch militärpolitisch noch stärker hervortreten wird bzw. der dominante Konflikt sein wird.

Die Folgen des deutschen Nationalismus bekommen die ImmigrantInnen und Flüchtlinge in der BRD schon jetzt hart zu spüren: Nicht nur, daß man ihnen wie es z.B. im geplanten Ausländergesetz deutlich wird, die Existenz in der BRD materiell und politisch verweigert, auch kulturell und ideologisch werden sie bekämpft. Der Nationalismus schürt den Fremdenhaß.

Staatliche Abschiebepolitik paart sich mit zunehmender Ausländerfeindlichkeit und notwendige multikulturelle Toleranz wird durch elitäres-völkisches Bewußtsein verdrängt.

Demokratische Prozesse ersticken, wenn das Anderssein nicht als gleichwertig anerkannt wird.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen in der BRD drohen gleichfalls von der Wiedervereinigungspolitik geprägt zu werden, da Sozialabbau und geschürte soziale Konkurrenz in unserem Land über die Anschlußpolitik vermittelt wird.

IV. Die GAL/Grünen sind in dieser Situation besonders gefordert, nicht dem politischen Sog des nationalen Taumels und der Hysterie auf ein "einig Deutschland" nachzugehen. Sie sind verpflichtet, der Zerstörung demokratischer Kultur - auch im eigenen Interesse - durch den wachsenden Nationalismus angesichts der Wiedervereinigungspolitik entgegenzutreten.

Das heißt auch, daß sie der aktuellen Tendenz der Bagatellisierung des Nationalismus entgegentreten müssen, die gleichzeitig die Impulse für ein Überschwappen von Demokratisierungprozessen von der DDR auf die BRD illusionär überhöht.

Auch oder gerade, weil wir eine gesellschaftliche Minderheit repräsentieren, die angetreten ist, neue politische Inhalte über basisdemokratische Schritte umzusetzen, sind wir verpflichtet, gegenüber den BRD-Machthabern dafür einzutreten, daß die DDR-Bevölkerung die errungenen Freiräume selbst und ungehindert zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR nutzen kann.

Auch weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den beiden deutschen Staaten so unterschiedlich sind, ist die Möglichkeit der DDR-Bevölkerung für einen selbstgewählten demokratischen Weg ihrer Gesellschaft im Rahmen einer "Wiedervereinigung" illusionär.

Der einzig realistische Weg für eine solche Variante wird durch die Sicherung der Zweistaatlichkeit und die Souveränität der DDR offengehalten.

Illusionär ist auch die von vielen Kreisen unterstellte größere Problemlösungsfähigkeit des Kapitalismus, die im Rahmen der Wiedervereinigungsdebatte als ein zentrales Argument auftaucht. Wer so argumentiert, bagatellisiert soziales Unrecht, Naturzerstörung und autoritäre politische Strukturen und verschweigt unsere eigene Ohnmacht, uns wirksam gegen Naturzerstörung und soziales Unrecht in der BRD durchzusetzen.

V. Die GAL/Grünen suchen die Zusammenarbeit mit den Kräften in der DDR, die von ihrem Recht zu solidarisch-demokratischen, ökologischen und antipatriarchalen Gestaltung ihrer Gesellschaft Gebrauch machen. Diese Möglichkeit wird auch abgesichert durch den Erhalt der Zweistaatlichkeit und Souveränität der DDR.

An einer Ausgrenzungspolitik gegenüber den radikaldemokratischen Kräften in der DDR, die an den Rand und außerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung gestellt werden sollen, werden sich die Grünen/GAL nicht beteiligen.

In diesem Sinne wird sich die GAL an

- einer bundesweiten Demonstration gegen Wiedervereinigung und Nationalismus, gegen Ausländerfeindlichkeit und für eine Entmilitarisierung der BRD beteiligen;

- im Sinne dieser Erklärungen ein Massenflugblatt erstellen und verteilen;

- die Kampagne für einseitige Abrüstungsvorleistungen der BRD (Abbau der Bundeswehr und des BGS) unterstützen.

45. Die GAL in tiefer Krise Sollen die Grünen gespalten werden?

Rubrik: Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:60

Die GAL Hamburg ist in die tiefste Krise seit ihres Bestehens gestürzt worden. Vier der insgesamt acht Abgeordneten der Frauenfraktion in der Hamburger Bürgerschaft, die dem realpolitischen Flügel bzw. der Gruppierung "Aufbruch" zuzurechnen sind, haben ihren Austritt aus der Partei erklärt und in Aussicht gestellt, einen neuen grünen Verband in Konkurrenz zur GAL zu gründen. Drei weitere Abgeordnete stehen vor dem gleichen Schritt. Vorangegangen war der Rücktritt dreier dem realpolitischen Flügel zugehörigen Mitglieder des gerade gewählten Landesvorstandes. Die Spaltung des gesamten Landesverbandes kann damit unmittelbar bevorstehen.

Zwei Staaten - zwei Organisationen?

Auftakt für die jetzt stattfindende Konfrontation bildete eine Mitgliederversammlung am 17. Februar, die eigentlich für die Neuwahl eines neuen Landesvorstandes angesetzt worden war. Im Mittelpunkt stand dann allerdings eine Generaldebatte um die "deutsche Frage". Ein Kreis von Personen aus verschiedenen linken Spektren, Ökosozialisten, Linkes Forum, Linke, die sich keinem Lager zugehörig fühlen, hatte einen Antrag eingebracht, um als Landesverband in die bei den GRÜNEN laufende Debatte einzugreifen. Zielvorstellung dabei war, dem bundesweit in den GRÜNEN sich vollziehenden Prozeß der Aufgabe der Position gegen die Wiedervereinigung einen Kontrapunkt entgegenzusetzen. Dabei argumentiert die Erklärung nicht von einem prinzipiellen Standpunkt aus, sondern stellt die gegenwärtige Politik der BRD gegenüber der DDR in den Vordergrund: die Anschlußpolitik, die unverschämte Einmischung, den Versuch, jegliche eigenständige Entwicklung in der DDR zu verhindern (siehe nebenstehende Dokumentation).

Auf dieser Versammlung kam es zwar zu einer sehr emotionsgeladenen Debatte, die sich allerdings nicht am vorgelegten Text festmachte. Die Realos operierten hauptsächlich mit dem "ungeheuren" Vorwurf, die Linken wollten die Zweistaatlichkeit "zum Dogma erheben", während sie doch selbst durch die Bank weg für die Zweistaatlichkeit argumentierten. Zweiter Vorwurf war, die Linken würden mit der Festschreibung der Zweistaatlichkeit die DDR-Bevölkerung bevormunden, der ein "Recht auf Anschluß" zugebilligt werden müsse.

Die Linken argumentierten unterschiedlich. Ein Teil begründete das Festhalten an der Zweistaatlichkeit damit, so dem Expansionsdrang und der Annexionspolitik der BRD entgegenzutreten und damit gleichzeitig der DDR-Bevölkerung eine Chance auf eine eigenständige Entwicklung zu geben. Andere Teile, hierbei besonders hervorzuheben Michael Stamm, der in der Hamburger TAZ immer als Cheftheoretiker des Linken Forums qualifiziert wird (eine Kennzeichnung, die ihm selbst wohl auch gefällt), konzentrierte sich auf die Enttäuschung über den gelaufenen Prozeß in der DDR. Aus dem scheinbar demokratischen und emanzipatorischen Prozeß in der DDR sei ein "Aufstand von Untertanen" geworden, der sich heute als Bewegung für "Heim ins Reich" darstellt.

Soweit ist diese Diskussion ein Spiegelbild der Debatten, die in allen linken Organisationen und Gruppen geführt werden.

Die Abstimmung über den vorliegenden Antrag, der zum Leitantrag erklärt wurde, fiel dann eindeutig aus. Von den anwesenden 200 Mitgliedern sprachen sich per Handzeichen ca. 160-180 für den Antrag aus. Diese Einmütigkeit ist aus dem Umstand heraus zu erklären, daß die Linke innerhalb der GAL sich erstmals seit Jahren im Eintreten für eine Richtung einig war. Im Gefolge dieser Stimmung wurde denn auch gleich noch ein Positionspapier von Michael Stamm mit Mehrheit verabschiedet, obwohl jedem im Saal Anwesenden deutlich geworden sein mußte, daß hierzu geteilte Meinungen auch innerhalb des linken Lagers vorhanden waren.

Die anschließend durchgeführte Vorstandswahl ergab ein Verhältnis von 7:3 für die Linken gegen die Realos, wobei nur eine Kandidatin der Realos durchfiel. Die dann noch auf der MV an die Kandidaten der Realos gestellte Frage, ob sie mit dem vorher gefaßten Beschluß zur Deutschlandpolitik leben könnten, ergab ein eindeutiges Ja.

Rücktritte und Unvereinbarkeit

Diese auf der MV abgegebene Erklärung hatte keine drei Tage Bestand. Am 20.2. erklärten die drei Vorstandsmitglieder geschlossen ihren Rücktritt. Als Begründung gaben sie an, es hätte sich auf der MV, die "nicht gute alte GAL" rekonstruiert. Das ist kein anderer Vorwurf als der, daß mit der MV die Hoffnung der Realos auf eine Fortsetzung ihres vor einem Jahr so vielversprechenden Aufbruchs in der linken Hochburg Hamburg zerstört worden sei. Weiter führen sie an, mit dem Beschluß habe die GAL bewiesen, keine "andere als `systemoppositionelle' Politik" machen zu wollen. In der Deutschlandpolitik werfen sie den Linken vor, mit dem Beharren auf der Zweistaatlichkeit würden diese "die Ausgrenzung der sich dieser deutschen Nation zugehörig fühlenden DDR-Bevölkerung" betreiben. Schließlich kündigen sie an, "in den nächsten Tagen und Wochen darüber nachzudenken, ob und wie wir gemeinsam mit anderen, die unsere Ansichten teilen, grüner Politik in Hamburg zur Geltung verhelfen können."

Dies mußte schon ein Warnsignal sein, da nicht mehr von der Entwicklung der GAL-Politik gesprochen wurde, sondern allgemein von grüner Politik.

Die Parlamentarier melden sich zu Wort

Noch vor der Rücktrittserklärung der Vorstandsmitglieder hatten sich sieben der acht Abgeordneten der Frauenfraktion zu Wort gemeldet. Kurz und bündig erklärten sie, daß für sie in der Deutschlandpolitik entscheidend sei, "wie und in welchem Tempo diese Verbindung stattfindet". Die Entscheidung der MV qualifizierten sie als "politisches Dogma" ab und verwahrten sich auf das entschiedenste gegen eine Instrumentalisierung dieses Dogmas für innerparteiliche Machtkämpfe. Mensch lernt daraus: Wenn sich 200 Menschen treffen und sich für eine Position mit großer Mehrheit entscheiden (in diesem Fall zwischen 80 und 90%), dann ist dies Machtkampf. Aber wenn sich sieben Abgeordnete, die von der Partei nicht einmal abgewählt werden können, gegen dieses Votum stellen, und zur Durchsetzung ihrer Position die Macht der Mandate gebrauchen, dann soll dies wohl die qualifizierte Vertretung der Meinung all derjenigen Mitglieder sein, die nicht auf der Versammlung anwesend waren.

Mit der Bekanntgabe, sich nicht an Parteibeschlüsse zu halten, war das dicke Ende aber noch nicht erreicht.

Am 1.3. gaben vier Abgeordnete der Frauenfraktion ihren Austritt aus der Partei bekannt. Drei weitere behalten sich dies vor, werden dann aber wohl nach der nächsten MV folgen. Ihr Mandat, das sie über die Partei erhalten haben, wollen sie selbstverständlich nicht niederlegen, da sie es nach moderner grüner Auffassung vom Wähler bekommen haben.

Dieser Parteiaustritt ist eine Kampfansage an die Linken. Begründet wird er damit, daß "der Beschluß der Mitgliederversammlung vom 17.2.1990 erneut eine politische Haltung ausdrückt, die nicht an der Veränderung von Gesellschaft durch politische Gestaltung interessiert ist. Sie setzt zum wiederholten Mal auf eine Polarisierung, die prinzipielle Feindschaft gegenüber der Gesellschaft zum Hintergrund hat." Dies ist der Kern der Auseinandersetzung: Die Einen wollen mitgestalten und mitmachen und bestimmen ihre politischen Schritte deshalb danach, was gemacht wird; die Anderen wollen immer noch in unterschiedlicher Form und Radikalität Systemopposition. Dies ist ein Streit, der sich seit deren Gründung durch die GRÜNEN zieht. In fast allen Landesverbänden ist er zugunsten der Mitgestalter entschieden worden. Dort sitzen die Systemoppositionellen wie die Jusos in der SPD am Katzentisch. Dummerweise für die Mitgestalter sind die Verhältnisse in der GAL noch andere. Es gibt aus Tradition und Bewußtsein heraus ein großes Potential an Systemoppositionellen. Sie sind auf Mitgliederversammlungen in entscheidenden Fragen immer noch mehrheitsfähig (nicht politikfähig). Der Mangel an Demokratiebewußtsein bei den Mitgestaltern zeigt sich eben darin, daß sie - anders als die Systemoppositionellen in den anderen Landesverbänden - nicht bereit sind, diesen Zustand anzuerkennen, sondern bei Nicht-Akzeptierung ihres Ansatzes mit dem Vorwurf der Ausgrenzung kommen.

Peinlich wird es, wenn die vier Frauen "die AnhängerInnen der Systemopposition auffordern, das verlogene Projekt einer linkssozialistischen Partei unter dem Deckmantel der Grünen aufzugeben", um dann demagogisch fortzufahren: "Wir werden den Weg des ‚linken Forums' in eine GAL-PDS nicht mitgehen." Peinlich ist dies, weil mindestens zwei der jetzt Zurückgetretenen selbst mit der "Gruppe Z" einen Versuch unternommen haben, aus den GRÜNEN eine linkssozialistische Partei zu machen. Noch peinlicher wird es angesichts der Tatsache, daß sie sich damals vehement dagegen gewehrt haben, wegen dieses Ansatzes aus den GRÜNEN ausgeschlossen zu werden. Damals haben sie ausdrücklich damit argumentiert, daß die

GRÜNEN für einen solchen Weg offen sein müßten. Heute gehen sie mit den gleichen Argumenten von Gruhl, Hoplischek, Zieran und Co. gegen ihre einstigen Mitstreiter zu Felde. Das ist miesestes Dissidenten- und Überläuferverhalten.

Wenn es ernst gemeint ist mit der Strömungsvielfalt innerhalb der GRÜNEN, dann muß auch möglich sein, daß sich ein Landesverband nicht dem Trend des Mitgestaltens anpaßt. Tatsächlich ist dies allerdings innerhalb der GRÜNEN mit dieser Parole nicht gemeint, sondern es herrscht die gleiche Auffassung wie in der SPD, daß sich Minderheiten innerhalb der Gesamtpartei auch auf allen Ebenen der Länderstrukturen zurückzuhalten haben. Die GAL müßte dementsprechend von den Realos regiert werden, weil es eben auf Bundesebene eine Mehrheit für diese Richtung gibt.

Die Spaltung wird betrieben

Die GAL hat keine parlamentarische Vertretung mehr. Die vier ausgetretenen in Übereinstimmung mit weiteren drei Abgeordneten haben erklärt: "Wir wollen, daß die grüne Politik, für die diese Fraktion gestanden hat und steht, zur Bürgerschaftswahl 1991 wieder wählbar wird. Dies geht nicht mehr mit, sondern nur gegen die GAL." Schon zwei Tage später erschien in der TAZ ein Aufruf "Grüne Politik für Hamburg", der von allen bekannten Vertretern der realpolitischen Strömung in Hamburg unterzeichnet worden ist. Darin heißt es: "Wir begrüßen die Erklärung der vier Frauen der GAL-Fraktion, die mit ihrem Austritt aus der Partei den ersten Schritt zum Aufbau einer GRÜNEN Alternative zur GAL in Hamburg gemacht haben." Das ist die Ankündigung der Gründung einer neuen Organisation. Geld und öffentliche Wirksamkeit wird über die Fraktion in der Bürgerschaft organisiert. Alles deutet darauf hin, daß dieser Coup auf Bundesebene abgesprochen worden ist. Ralf Fücks, Bundesvorstandsmitglied und dem "Aufbruch" zugehörig, erklärte in einem Interview ("OK"- Radio Hamburg) nicht nur seine Parteilichkeit im inhaltlichen Streit, sondern rechtfertigte ausdrücklich auch die Spaltungsschritte. Für "Aufbruch" und Realos scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, die Reste der verbliebenen Linken aus der Organisation herauszuspalten.

Unklar ist noch, wie der neue Verband anstelle der GAL zum Landesverband der GRÜNEN gemacht werden soll. Die GAL hat keine Handlung begangen, die eine Suspendierung ihrer Mitgliedschaft von der Bundespartei rechtfertigen würde. Auch kann die Bundespartei satzungsmäßig keinen zweiten Landesverband anerkennen. Bleiben zwei Optionen. Erstens: Mit der Gründung eines neuen Verbandes und einer Konkurrenzkandidatur bei den kommenden Bundestags- und Bürgerschaftswahlen wird die GAL unter die 5%-Hürde gestoßen. Die Zerstörung der GAL wird in Kauf genommen, um danach einen neuen Verband zu installieren. Zweitens: Mit der Gründung eines neuen Verbandes wird der GAL eine gemeinsame Kandidatur angeboten, bei der die Realos weit über ihrem stimmenmäßigen Anteil innerhalb der Partei vertreten wären.

Da Realo-Politik ohne Vertretung in den Parlamenten völlig zwecklos ist, hat die Linke trotz der jetzt hoffnungslos erscheinenden Lage eine wichtige Trumpfkarte in der Hand.

he.

46. Abschied nehmen fällt schwer: SEW existiert immer noch (*)

Rubrik: DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:42

Zu einem außerordentlichen Parteitag traten vom 16. bis 18. Februar rund 700 Delegierte der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) zusammen. Hauptgrund der Veranstaltung: Beschlußfassung über die Empfehlung des ehemaligen Parteivorstandes vom 7.12.89, die SEW aufzulösen.

Gegen diesen Beschluß, der bei nur zwei Gegenstimmen in einer Situation zustandegekommen war, in welcher die Parteivorstandsmitglieder vor dem Hintergrund des Zerfalls des "realen Sozialismus" die sofortige Einstellung finanzieller Zuwendungen aus der DDR zur Kenntnis nehmen mußten (vgl. ak 313), regte sich freilich alsbald Widerstand in den Kreisverbänden der Partei. Wo Geschäftsräume in einzelnen Bezirken aus finanziellen Gründen aufgegeben werden mußten, fanden die betreffenden Kreisverbände Unterkunft bei anderen, aus Mitgliedsbeiträgen bislang weitergeführten Geschäftsstellen, so daß schließlich von den zwölf Kreisverbänden lediglich die Intellektuellen-Hochburg Zehlendorf (hier hat die Freie Universität ihren Sitz) einen Beschluß über die Auflösung der Partei faßte.

Während der alte Parteivorstand sich zunächst als unzuständig für die weitere Führung der Partei erklärt hatte und Anfang des Jahres zurücktrat, war zur Vorbereitung des Parteitages ein 24er-Ausschuß gebildet worden (je zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter aus den Kreisverbänden), der sich redlich bemühte, den nun stattfindenden Erneuerungs-Spätstart der SEW in geordnete Bahnen zu lenken.

Das Parteitagsprogramm sah deshalb je zwei- bzw. zweieinhalbstündige Aussprachen zu folgenden Fragen vor:

- Welche politischen Entwicklungen einerseits und welche politischen Fehler/Fehleinschätzungen andererseits haben zur Krise der SEW und anderer kommunistischer Parteien geführt?

- Unter welchen politischen Bedingungen und Zielstellungen kann/muß im Moment und in Zukunft kommunistische Politik stattfinden?

- Ist kommunistische Politik in der Organisationsform einer Partei (der alten/einer neuen?) weiter möglich oder nötig?

- Welche inneren Bedingungen (Strukturen) müßte eine kommunistische Partei in Zukunft erfüllen und welches müßten die Schwerpunkte kommunistischer Politik sein?

Erneuerung oder Auflösung

Zu diesen Themen waren jeweils zwei Thesenpapiere erstellt worden, die entweder unter dem Blickwinkel einer Erneuerung der SEW oder ihrer Auflösung argumentierten. Außerdem lagen dem Parteitag neben diversen Anträgen ein kritisch Bilanz ziehender Bericht des Parteivorstandes, der Rechenschaftsbericht der Revisionskommission, ein Grundsatzreferat "Projekt Frauen in der Partei" (in welchem der Abschied aus der Partei angekündigt und ihre Auflösung empfohlen wurde) sowie ein spannend wie ein Krimi zu lesender "Abschlußbericht der SEW-Untersuchungskommission" vor, in welchem die finanziellen und politischen (Abhängigkeits-)Verhältnisse der der SEW in der Vergangenheit "nahestehenden" Betriebe und Gesellschaften, dargestellt wurden.

Doch trotz des vielen Papiers kreisten während der Aussprache fast alle Beiträge nur um das alle bewegende Thema der Auflösung, Nichtauflösung, Neu- oder Umgründung der Partei. Nachdem zu Beginn des Parteitages der bisherige Parteivorsitzende Dietmar Ahrens, auch im Namen seiner Stellvertreterin Inge Kopp (beide waren Garanten der alten, der SED in Treue verbundenen Politik), für den Niedergang und den aktuellen Zustand der Partei die persönliche Verantwortung übernommen hatte und die von der Vorbereitungskommission beschlossene Quotierung von Präsidium und Redeliste ohne Debatte angenommen wurde, konnte sich ein Antrag auf Abhaltung eines Frauenplenums während des Parteitages nur mit Mühe und knapper Mehrheit gegen solche Bedenken wie "eine marxistische Organisation braucht kein Frauenplenum" oder "Spaltung!" durchsetzen.

Sein oder Nichtsein

Es folgte an den beiden darauffolgenden Tagen die Generaldebatte um die Zukunft der Partei. Hierzu gab es unter den Diskutierenden drei Hauptrichtungen, wobei etliche Rednerinnen und Redner bekannten, ihre Meinung während des Verlaufs der Diskussion in die eine oder andere Richtung geändert zu haben. Da waren zum einen diejenigen, die für die Fortexistenz einer sich erneuernden SEW votierten - und zur Begründung die Gefahr der Atomisierung der Einzelnen oder auch die generelle Notwendigkeit einer organisierten Instanz der menschlichen Vernunft bzw. die Organisation einer - nach Lenin - "zweiten Kultur" ins Feld führten.

Da waren zum zweiten solche, die der Ansicht waren, daß für die SEW alles zu spät sei, die Partei zu einer wirklichen Erneuerung unfähig und ein Hindernis für fortschrittliche oder auch - so eine Delegierte - "antiimperialistische, antikapitalistische und antipatriarchale Politik" wäre. In diesem Sinne folgte etwa ein Antrag der Kreisdelegiertenkonferenz Kreuzberg: "Eine wirklich revolutionäre politische Arbeit ist z. Zt. nur im Zusammenhang einer Organisaiton unterhalb der Ebene einer Partei möglich. Dies bedeutet nicht, daß eine Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppierungen nicht notwendig ist, im Gegenteil, sie soll intensiviert werden. (...) Anarchistische und trotzkistische Positionen sind ausdrücklich mit einbezogen." Deshalb die Forderung der SEW-Kreuzberg: "Prüfung von Vorstellungen für eine marxistische Assoziation."

Schließlich gab es eine kleine Gruppe um die ehemalige Westberliner GEW-Vorsitzende Uesseler-Gothow, die ebenfalls massive Schwierigkeiten für eine Erneuerung der SEW sah, dennoch für den, angesichts der eigenen Geschichte, in ihren Augen folgerichtigsten und ehrlichsten Weg plädierte, den Neubeginn kommunistischer Politik mit den "alten" Genossinnen und Genossen zu versuchen.

Bemerkenswert, daß die sich an der zunächst einmal rein formalen Frage nach der richtigen Organisationsweise differenzierende Parteitagsdiskussion quer zu angedeuteten inhaltlichen Vorstellungen stand: So argumentierten sowohl Befürworterinnen und Befürworter einer rosa- grünen Reformalternative wie auch "linksradikale" Erneuerinnen und Erneuerer entweder für die Auflösung oder für das Weiterbestehen der Partei.

Am Ende des Parteitages standen zwei Anträge zur Abstimmung: Für den ersten, weitergehenden Antrag auf "ersatzlose Auflösung" der SEW votierten tatsächlich 52 Prozent der Delegierten - die nötige Zweidrittelmehrheit war damit allerdings verfehlt. Der zweite Antrag versuchte, einen Kompromiß zwischen den Auflösungsbefürwortern und -gegnern zu fabrizieren: Er forderte die Auflösung der SEW, um gleichzeitig die ehemaligen Parteizusammenhänge zur Weiterarbeit zu verpflichten mit dem Ziel, die Fehler der bisherigen Politik gründlich aufzuarbeiten und in ca. einem Jahr zusammen mit anderen marxistischen Gruppen einen Kongreß zur Gründung einer "neuen marxistischen Organisation" abzuhalten. Beinahe wäre mit diesem Antrag die Quadratur des Kreises gelungen, vereinigte dieser Antrag doch 62,7 % der Stimmen auf sich. Daß die mit diesem Antrag gegebene Chance nur äußerst knapp verfehlt wurde, lag am Verhalten etlicher "Liquidatoren": In ihrem Sinne durchaus konsequent, hatten etwa 70 von ihnen, nachdem der erste Antrag nicht die Mehrheit gefunden hatte, bereits den Parteitag verlassen.

Die beiden Abstimmungsergebnisse machen deutlich, daß die "Erneuerinnen" und "Erneuerer

" auf dem Parteitag eine klare Mehrheitsposition besaßen, die sie freilich nicht in eine politische und inhaltliche Mehrheit umzuwandeln vermochten. Das Fehlen jeglicher Plattformen, überhaupt einer inhaltlichen, an den gesellschaftlichen Bedingungen und Konflikten orientierten Diskussion war sinnfälliger Ausdruck davon, daß die SEW ihren anderthalbjährigen "Tempoverlust" gegenüber der DKP-Erneuerungsdiskussion eben nicht in zwei Monaten aufholen konnte. Überhaupt steht den an der Erneuerung linker Politik Interessierten die praktische Einsicht in die wahrscheinliche Unüberwindbarkeit des Grabens zwischen den verschiedenen, auf die Zukunft gerichteten Optionen noch bevor. Während den einen etwa eine neue marxistische Reformpartei vorschwebt, die zum Anziehungspunkt für linke AL- und SPD-Mitglieder, aber auch für Angehörige anderer kommunistischer Organisationen werden soll, und mancher über eine aufrichtig positive Neubewertung der "FdGO" sinniert (so etwa Dankwart August, ehemals Berufsverbote-Opfer und später "Wahrheit"-Redakteur), versuchen sich andere links von der bisherigen SEW-Politik zu organisieren.

Warten auf die PDS?

Hatte die SEW zum Zeitpunkt ihres außerordentlichen Parteitages noch knapp 3.000 Mitglieder (beim Ausbruch der Krise Anfang Dezember noch 3.800), so dürfte sich ihre Zahl jetzt weiter verringern. Nach dem denkbar knappen Scheitern des Antrags auf Auflösung und anschließende Reformierung der Partei verließen ca. 40 Prozent der Delegierten den Saal, z. T. unter Beschimpfungen ("Winkeladvokaten") oder beifälligen Bemerkungen wie "endlich sind wir die Akademiker los". Es gibt sie also noch, die eher traditionalistisch eingestellten Kräfte. Andererseits haben auch nach dem Parteitag etliche Erneuerinnen und Erneuerer ihren Willen bekundet, weiter in der Partei zu bleiben. Vertreterinnen und Vertreter dieser Richtung sind auch in dem am Ende des Parteitages neu gewählten Parteivorstand vertreten. Dessen Wahl konnte nur mit Ach und Krach über die Bühne gebracht werden, weil etliche der Vorgeschlagenen ihre Mitarbeit ablehnten. Andere wiederum haben gleich in der ersten Sitzung des neuen Parteivorstandes erklärt, daß sie diese Funktion nur wahrnähmen, um bei der Vorbereitung einer ordnungsgemäßen Auflösung der Partei zu helfen.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder Ahrens, Kopp, Junge und Grünberg jedenfalls wurden von ihren bisherigen Aufgaben entbunden und aufgefordert, ihre persönlichen Gegenstände aus dem Parteivorstandsbüro abzuholen und die Schlüssel abzugeben. Ob diese Maßnahme der Partei hilft, nochmal die Kraft zu finden, um mehr zu sein, als ein Traditionsverein namens "Roter Stern", ist zweifelhaft. Beim weiteren Gang der Dinge wird sie sich wohl, von einigen Delegierten des Parteitages schon als natürlichste Lösung und hoffnungsfrohe Perspektive avisiert, in nicht allzu ferner Zukunft in die PDS hinein auflösen.

Jc, J/Westberlin

47. Einen Schluck Wasser, bitte! von Jürgen Reents

Rubrik: Wiedervereinigung; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:40

"Ach, wir deutschen Untertanen, seien wir ehrlich, wir warten doch schon auf den nächsten König!"

(Konrad Weiß, Sprecher von "Demokratie Jetzt", in: Der Spiegel Nr. 8/1990, 19.2.90, S. 28)

"Der Traum der Commune war nie lebendig in diesen gelernten Untertanen, die jetzt Deutschland, Deutschland brüllen."

(Wolf Biermann, in: Neue Erfurter Zeitung, zit. n. Die Andere Zeitung, Berlin (DDR), 22.2.90)

"Entgegen der massenhaft verbreiteten Ansicht ist die sogenannte demokratische Revolution in der DDR nicht das Subjekt des gegenwärtig stattfindenden Prozesses. Dessen Subjekt ist vielmehr das ökonomisch überlegene System der BRD, dessen Repräsentanten sich der die SED-Herrschaft zersetzenden Bewegung bedienen, um Großdeutschland zu schaffen. Freilich gelingt das nur deshalb, weil die 'demokratische Revolution' in der DDR auf Massenebene keine Revolution, sondern (inzwischen) ein ein Aufstand von Untertanen ist, die noch in jeder Aktion oder Forderung zeigen, daß sie Untertanen bleiben wollen."

(Michael Stamm, "Deutschland erwache? - Lieber nicht!"; von der Mitgliederversammlung der GAL Hamburg am 17.2.90 als Positionspapier beschlossen.)

Die Autoren dieser drei Zitate haben einen mehr oder weniger auffälligen Unterschied: Der erste Autor lebt in der DDR, der zweite lebte früher in der DDR und heute in der BRD, und der dritte lebt von Geburt an in der BRD. Sie haben auch noch einen anderen Unterschied: ihre mehr oder weniger literarische Handhabung der Sprache. Für die Sache, die sie zum Ausdruck bringen, ist das alles gleichermaßen unerheblich. Aber ein Unterschied, für den sie gar nichts können, trennt sie gewaltig. Nie würden die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Angela Friedrich, Eva Hubert, Heide Neitsch und Krista Sager den ersten beiden Autoren das gleiche entgegenhalten wie dem letzten: "Wer den Aufbruch in der DDR als einen 'Aufstand von Untertanen' diffamiert, weil dort viele Menschen keine 'neue Gesellschaft' schaffen wollen, sondern einfach hoffen, an den bundesrepublikanischen Wohlstandsvorteilen teilhaben zu können, versucht, ein neues Diktat über die DDR-Bevölkerung zu verhängen." (Erklärung vom 1.3.90 über ihren Austritt aus der GAL).

Also: Ich war zwar nicht auf der Landesmitgliederversammlung am 17.2., aber als GAL-Mitglied, das die dort mehrheitlich befürwortete Position bei Anwesenheit ebenfalls unterstützt hätte, gehöre ich nun zu den "Borniertesten und Unempfindlichsten", die "

übriggeblieben" sind, zu den wenigen, die "überhaupt noch bereit (sind), sich dem peinlichen und hasserfüllten Spektakel der Mitgliederversammlung auszusetzen", zu denjenigen, die einem "negativen Nationalismus von links" huldigen und sich "blind und hasserfüllt (nennt es nur mehrfach, damit es haften bleibt!) über verständliche Wünsche der DDR-Bevölkerung hinwegzusetzen versuchen", zu den "altlinken sozialistischen Kadern", die eine "prinzipielle Feindschaft gegenüber der Gesellschaft" haben und in einer "aus Feindschaften zusammengesetzen Welt ... denken und empfinden", die andere "hemmungslosen innerparteilichen Feindschaftserklärungen aussetzen" (auch das als Dutzendware zum Haftenbleiben!), die "soziale, nationale, sexuelle und kulturelle Minderheiten ... nur als Schwungmasse für systemoppositionellen Protest mißbrauchen" und "aus Protestaktionen solcher Minderheiten die Rechtfertigung für den Einsatz von Gewalt in der Politik ableiten". Che palle! Was für einen Mist können sich manche Leute, die gestern noch auf diejenigen schwörten, die ihnen Mandat und öffentliches Interesse verliehen haben, bloß einfallen lassen! Was für ein "Feindbild" haben sie sich nur zusammendebattiert, um es in einem innerparteilichen Machtpoker als neues altes Gespenst aufzuzüchten?

Wenn ich die auf der Landesmitgliederversammlung der GAL beschlossenen Papiere richtig gelesen habe, das zitierte wie das andere, dann handeln sie im Kern von folgendem: Sie kritisieren die kolonialistische Eroberung der DDR durch Daimler Benz und den Kartoffelkanzler, sie versuchen, die Bedingungen in der DDR-Gesellschaft zu analysieren, die diese Eroberung so leicht möglich machen, sie attackieren den wieder erstarkenden deutschen Nationalismus beiderseits der Grenze, und sie plädieren dafür, daß die (nun ja) politische Linke in der Bundesrepublik sich dafür stark macht, daß die Chance für einen souveränen gesellschaftlichen Neuanfang in der DDR ohne Annexion durch die BRD erhalten bleibt. Die KritikerInnen

nennen diese Position das "Dogma der Zweistaatlichkeit" - eine Kennzeichnung, die in ihrer Wortwahl selbst schon Produkt der deutschnationalen Erregung ist. Oder gibt es irgendetwas, das Dogma genannt wird und etwas Positives symbolisiert? Anfang November, vor knapp vier Monaten hätten sie diese Begriffsmischung noch nicht gewählt, sondern sich selbstverständlich dagegen verwahrt. Da galt auch für sie noch, daß für das Fortbestehen zweier deutscher Staaten statt eines vereinten Deutschlands vor allem aus geschichtlicher Erfahrung und zur Verhinderung eines Europa dominierenden deutschen Machtzentrums gestritten werden müsse. Anfang März 1990 aber reicht es gerade noch zu folgendem Satz in ihrer anti-linken Philippika: "Wir würden einen langsamen und vorsichten Weg der Annäherung gegenüber der jetzigen Anschlußpolitik vorziehen." Die deutsche Sprache ist eben würde-voll.

Geändert hat sich nicht die Berechtigung, sondern der Widerhall der Argumente. Und darin zeigt sich das eigentlich Bedrohliche: Die Bereitschaft und Fähigkeit, gegen den Strom zu schwimmen, geht in den Grünen zunehmend verloren. Die nationale Woge schwemmt ein weiteres großes Stück Zivilcourage aus dieser Partei weg - vielleicht das größte, das noch vorhanden ist, um diese Partei an ihrem inneren Auseinanderbrechen zu hindern. Unbegreiflich ist, warum gerade diejenigen, die sich so gern mit dem Etikett einer "Realpolitik" schmücken, dabei sogar jede wahltaktische Überlegung vermissen lassen. Sagen nicht selbst viele Umfragen aus jüngster Zeit, daß 15, 20 oder bis zu 30% in der DDR und der BRD Bedenken und sogar berechtigte Angst vor einem Großdeutschland haben? Alle parlamentarischen Parteien in der BRD sind aber für eine Vereinigung - (noch) mit Ausnahme der Grünen. Wer, wenn nicht die Grünen, die diese Bedenken, Ängste und Argumente doch immer selbst aus guten Gründen vertreten haben, soll eigentlich parlamentarisch das Sprachrohr dafür sein? Einen Anschluß an die Mehrheit, nach der so sehr gesüchtet wird, werden die Grünen in der nationalen Frage ohnehin nicht erreichen. Sie werden auf dem vermeintlichen Weg dorthin nur verlieren, was sie haben. Und sie werden nicht einmal Eindruck bei der Sozialdemokratie machen: denn daß das so heftig herbeikriselnde vereinte Deutschland keine rot-grünen Jugendjahre erleben, sondern an seinem Beginn von einer Großen Koalition regiert werden wird, weil anders die "nationale Aufgabe", die die schwarz-rot-goldenen Parteien sich vorgenommen haben, gar nicht zu bewältigen ist - das ist unschwer vorherzusagen.

Aber verzeiht, Angela, Eva, Heide und Krista - ihr habt ja gar keine politischen Einschätzungen in eurer Austrittserklärung zur Debatte gestellt. Ihr habt ja nur eine Palette mit feurigen Beschimpfungen gegen die von euch so genannte "GAL-PDS" ausgebreitet, aus der Tom Jansen sich schon das Beste für die MoPo heraussuchen wird. Ich will nicht den Fehler machen, dies mit eigenen Worten zu kommentieren, sondern mich unter den Schutz eines wenig Anfechtbaren begeben:"Der Geist ist so arm geworden, daß er gleich dem Wanderer in der Wüste nach wenig mehr als einem Schluck Wasser begehrt; an diesem, woran dem Geist genügt, ist die Größe seines Verlustes zu ermessen." (Ernst Bloch, 1919)

Eigentlich schade.

48. Solidarität mit Roma und Cinti und ein Streit darüber, wie diese zu üben ist

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:54

ak 316

art.nr.:54

säzz.: autor

korr

(redaktioneller Vorspann für die Texte von Yaron Matras und den zwei Artikeln der AG-Rassismus dazu)

Es geht hoch her zwischen der Roma und Cinti-Union (RCU) und Teilen der westdeutschen Solidaritätsbewegung in Hamburg. Von "Verrat

" und "Mauscheleien" einerseits, von "Bevormundung" und "

Antisemitismus" andererseits ist die Rede.

Wir veröffentlichen in diesem AK eine Stellungnahme von Yaron Matras, Mitglied der RCU und eine Antwort der AG Rassismus, von Genossen des KB, die in der Hamburger Initiative Bleiberecht mitarbeiten.

Der Text von Yaron Matras lag schon zum letzten AK vor. Wir haben die Veröffentlichung verschoben, um der AG Rassismus Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Leider war es uns nicht möglich, Yaron Matras deren Antwort rechtzeitig vor der Veröffentlichung zukommen zu lassen. Er ist zur Zeit verreist. Wir wollten die Veröffentlichung aber nicht noch einmal hinausschieben.

HH, ak-Redaktion

Es geht hoch her zwischen der Roma und Cinti-Union (RCU) und Teilen der westdeutschen Solidaritätsbewegung in Hamburg. Von "Verrat" und "Mauscheleien" einerseits, von "

Bevormundung" und "Antisemitismus" andererseits ist die Rede.

Wir veröffentlichen in diesem AK eine Stellungnahme von Yaron Matras, Mitglied der RCU und eine Antwort der AG Rassismus, von Genossen des KB, die in der Hamburger Initiative Bleiberecht mitarbeiten.

Der Text von Yaron Matras lag schon zum letzten AK vor. Wir haben die Veröffentlichung verschoben, um der AG Rassismus Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Leider war es uns nicht möglich, Yaron Matras deren Antwort rechtzeitig vor der Veröffentlichung zukommen zu lassen. Er ist zur Zeit verreist. Wir wollten die Veröffentlichung aber nicht noch einmal hinausschieben.

HH, ak-Redaktion

49. Vom "Verrat" der Roma an den Roma und der deutsch-deutschen Solidarität, von Yaron Matras (*)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:38

Wer sich für die Bürgerrechtsarbeit der Minderheiten in der BRD interessiert, der ist bereits an heftige Kontroversen zwischen deutschen "Helfern" und deren "ausländischen Patienten" gewöhnt. Das folgende Kapitel halte ich allerdings für ein besonders trauriges Stück links-einheimischer Überheblichkeit gerade gegenüber einer Minderheit, die in ihrer Geschichte die eigene Dominanz und die Herrschaft über andere Völker oder Bevölkerungsgruppen nie gekannt hat: die Roma.

Die Leidenswege der Roma müssen hier sicherlich nicht ausgeführt werden. Es ist ein Volk, dessen Geschichte zwischen einem Pogrom und dem nächsten entstand, das die Zeit berechnet nach den Pausen zwischen einer Vertreibung und der nächsten Verjagung. In der Bundesrepublik leben zur Zeit insgesamt rund 60.000 Sinti und Roma, darunter schätzungsweise 6.000 bis 7.000 heimatlose Roma-Flüchtlinge. Gemeint sind hauptsächlich Angehörige der Stämme der Kelderascha, der Rumungri und der Lovara, die bis spät im 19. Jahrhundert Leibeigene waren, und die seit ihrer Befreiung von der Sklaverei zur Flucht-Wanderung gezwungen wurden, auf der Suche nach einer sicheren Bleibe.

Der Weg des Asylrechts bot vielen in den letzten Jahren eine temporäre Zuflucht in diesem Land. Doch werden in keinem Bundesland Roma als eine verfolgte Minderheit anerkannt. Ihre Asylanträge werden abgelehnt, die zahlreichen Beschlüsse des Europarates und des Europäischen Parlaments, die den Roma einen besonderen Platz als einer seit Jahrhunderten diskriminierten Minderheit einräumen, wurden bis heute nicht in die Praxis umgesetzt. Beschlüsse über einen vorläufigen Abschiebestopp, den die Roma durch Öffentlichkeitsaktionen in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen erwirken konnten, wurden von beiden Bundesländern wieder aufgehoben.

Im Ruhrgebiet führte das neue Abschiebeurteil Anfang Januar zu einer spontanen Mobilisierung mehrerer hundert Roma-Familien. Die Besetzung des Kölner Doms, der dreitägige Fußmarsch zur Landesregierung in Düsseldorf und ein längerer "Bettelmarsch" durch das Ruhrgebiet lenkten die öffentliche Meinung auf ihr Anliegen und brachten auch internationale Solidarität hervor: Vom amerikanischen Kongreß über Kirchen und Menschenrechtsorganisationen in Europa und bis hin zum israelischen Parlament.

Die Roma im Ruhrgebiet folgten dem Beispiel ihrer Hamburger Brüder und Schwestern. Diese waren Ende August zu mehreren Hunderten in ein von ihnen errichtetes Zeltlager auf dem ehemaligen KZ-Gelände in Neuengamme bei Hamburg geflüchtet, um Massenabschiebungen zu verhindern. Nach fünf Wochen wurde das Lager durch einen Masseneinsatz bewaffneter Polizisten am Ort des Gedenkens geräumt. Die Roma fanden vorübergehend Zuflucht in einigen Hamburger Kirchengemeinden, besetzten dann Hamburgs Wahrzeichen, die Hauptkirche St. Michaelis, den berühmten "Michel". Nach einem elftägigen Hungerstreik führten sie über zweitausend Sympathisanten wieder nach Neuengamme, zu einer Gedenkkundgebung zum 9. November.

Die dramatische Qualität dieser Aktionen verleiht der entstehenden Bürgerrechtsbewegung der Roma einen in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Charakter: Menschen, die in kein Land flüchten können, da sie keine Heimat haben, wehren sich zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte gegen Vertreibung. Sie wehren sich gewaltlos und ihre Aktionen müssen daher sehr öffentlichkeitswirksam sein, um in der ihnen gegenüber sehr feindlich eingestellten deutschen Presse überhaupt Erwähnung zu finden. Als in der Nacht vom 9. zum 10. November die Grenzen der DDR geöffnet wurden und die als "deutsch-deutscher Bananentreck" bezeichnete Medienhysterie begann, legten die Roma eine Pause ein. Ein Herz hatten die meisten Deutschen in diesen Tagen nur noch für Deutschland.

Der mehrwöchige Streik in Hamburg verhinderte die sofortige Abschiebung von weit über tausend Menschen. Viele von ihnen - schätzungsweise mehrere Hunderte - bekamen während oder kurz nach den Aktionen eine Aufenthaltserlaubnis, im Rahmen einer Erweiterung der ursprünglichen Senatszusage, wenigen Roma den Daueraufenthalt zu ermöglichen. Weitere Familien sind zur Zeit durch eine laufende Klage vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte vor Ausweisung geschützt. Und die Hamburger Öffentlichkeit - und noch wichtiger, die Roma selbst - sind sich des Effekts ihres Kampfes bewußt. Sollte der Hamburger

Senat, und dies wissen die Behörden allzu gut, Abschiebungen aus Hamburg vornehmen wollen, so werden sich die Roma wieder durch kreative, spontane, spektakuläre und unkonventionelle Aktionen wehren.

In Hamburg hat jedoch die Mobilisierung mehrerer hundert Sympathisanten über Wochen hinweg ein Nachspiel gehabt, das bei vielen Aktivisten, Bürgerrechtlern und Freunden der Roma einen bitteren Beigeschmack hinterlassen hat. Es war die sture Weigerung einer kleinen Gruppe linker deutscher Aktivisten aus dem Umfeld des radikaleren Flügels der GAL, den Roma und deren gewählten Sprechern - der Rom und Cinti Union (RCU) - in ihrem Kampf und bei ihren Entscheidungen eine echte Autonomie zuzuerkennen. Entscheidungen der streikenden Roma, die in Abwesenheit der deutschen "Bündnispartner" oder im Widerspruch zu deren kurzfristigen politischen Gruppeninteressen getroffen wurden, bezeichneten die "Helfer

" zunächst als "unsolidarisch", später gar als "Verrat" der RCU an den eigenen Leuten. Wie entsteht gerade auf dem Höhepunkt eines politischen Kampfes um das Bleiberecht einer ganzen Minderheit ein solcher Konflikt zwischen den Betroffenen und Personen aus der deutschen "kritischen Öffentlichkeit", die sich seit Jahren für die Rechte der Immigranten und Flüchtlinge engagieren?

Die RCU wurde vor zehn Jahren gegründet als einer der ersten und einzigen Vereine, in denen sowohl Roma- als auch Sinti-Familien vertreten waren. Der Verein wandte sich, im Gegensatz zum in Heidelberg ansässigen Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, beispielsweise den Problemen aller Angehörigen beider Gruppen zu, darunter auch der heimatlosen Roma. Als die ersten Roma-Familien im Herbst 1988 sich gegen eine drohende Ausweisungswelle zu wehren begannen, koordinierten sie ihre Aktionen und Pressearbeit über den Verein und delegierten den RCU-Vorsitzenden, Rudko Kawczynski, als Sprecher. Das Engagement der RCU bei der Frage des Bleiberechts für heimatlose Roma ist also ein direktes Produkt der Willenskraft der eigenen Leute, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Parallel zu den beginnenden Aktionen der Roma entstand im Herbst 1988 ein Bündnis deutscher Kreise, um die Roma zu unterstützen. Diesem Bündnis gehörten Mitglieder des Hamburger Arbeitskreis Asyl, des Hafenstraßen-Plenums, Pfarrer und andere an. Maßgeblich beteiligt war auch eine kleine Gruppe von Leuten um die damals noch GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Christina Kukielka, selbst seit Jahren eine Integrationsfigur bei radikalen politischen Bündnissen von Deutschen und Immigranten. Es war nicht zuletzt ihr Verdienst, daß das Thema "gleiche Rechte für Immigranten und Flüchtlinge" bei der GAL in Hamburg und an den grünen Tischen außerhalb überhaupt auf die Tagesordnung kam. Der Kreis bestand also aus Personen, die im aufrichtigen und kompromißlosen Kampf gegen den strukturellen Rassismus der bundesdeutschen Gesellschaft konsequent und erfahren waren, deren Integrität und "Fachkompetenz" in solchen Fragen weit über die Hansestadt hinaus bekannt war.

Betrachtet man die Partnerschaft zwischen RCU - als Selbstorganisation der betroffenen Roma - und diesem Unterstützerkreis, der sich später "Hamburger Initiative Bleiberecht für Roma und Cinti" nannte, so stößt man allem Anschein nach auf ideale Voraussetzungen für eine effektive Bürgerrechtsarbeit. Tatsache ist jedoch, daß es zwischen den beiden Organisationen nur eine punktuelle und sehr begrenzte Zusammenarbeit überhaupt gab. Während die "Initiative Bleiberecht" den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Suche nach Bündnispartnern in der ihr vertrauten linksliberalen Szene sah und sich zu diesem Zweck langen inhaltlichen Debatten mit den entsprechenden Gruppierungen zuwandte, benutzten die Roma die RCU-Infrastruktur - das Büro der Beratungsstelle und einen kleinen Stab von hauptsächlich ehrenamtlichen Mitarbeitern -, um Ideen für spontane Aktionen kurzfristig umzusetzen.

Die RCU hat dadurch ein Verhältnis zu ihren Unterstützern geschaffen, das für jede Bürgerrechtsbewegung selbstverständlich ist: Sie muß zuerst ihre eigenen Leute - die Betroffenen - mobilisieren, ausgehend von deren eigenen Familien-und sonstigen existierenden Strukturen. Und sie muß den Unterstützern einen Schritt voraus sein, um politisch autonom zu bleiben und sich nicht für die politischen Zwecke anderer instrumentalisieren zu lassen.

Die Errichtung des Neuengammer Zeltlagers durch die Roma stellte die Unterstützer mitten in den Sommerferien vor logistische Aufgaben, wie Versorgung und ärztliche Betreuung. Der politische Druck wurde in erster Linie durch die symbolische Bedeutung der Anwesenheit der Roma-Flüchtlinge selbst am historisch sensiblen Ort erzeugt: Ein lebendiges Zeichen dafür, daß für diese Gruppe die Vergangenheit weit in die Gegenwart reicht. Die Arbeit der RCU-Pressestelle drehte sich um diesen Punkt, stellte die Angst und die

Unsicherheit der vielen kinderreichen Familien in den Vordergrund und versuchte dadurch, von den regierenden Gremien Antworten zu provozieren. Der Druck erhöhte sich, als die polizeiliche Räumung des Geländes internationale Proteste hervorrief und die Roma wiederum in kritischen Kirchengemeinden Schutz und Solidarität fanden. Allmählich verlor der Hamburger Senat seinen wichtigsten Bündnispartner, die Nordelbisch-Lutherische Kirche, die gemeinsam mit den Behörden ein Alibi-"Betreuungsmodell" für Roma entworfen hatte. Die Kirche zog ihr Modell zurück und erklärte, nicht länger ihre passive Zustimmung zu Massenabschiebungen geben zu wollen.

Zu Unstimmigkeiten mit den Unterstützern führte nicht zuletzt die volle Unabhängigkeit, das "freche Verhalten" der Roma, die die Verletzung bestimmter Verhaltenstabus der deutschen Öffentlichkeit - die Besetzung des "Michels" beispielsweise oder Protest-Mahnwachen vor der Bischofskanzlei - nicht scheuten. Mit solchen Aktionen stießen die Roma nicht immer auf Begeisterung bei der GAL und anderen Unterstützer-Initiativen aus dem alternativen Milieu. Langfristige Interessen, in der erweiterten "Szene" - mit kirchlichen Gremien und Projekten - den "Hausfrieden" zu bewahren, stellten diese vor ein Loyalitätsdilemma.

Die "Initiative Bleiberecht" trennte sich bereits bei den Vorbereitungen für die Gedenkkundgebung am 9. November von den Roma. Parallel zum Aufruf der RCU, "anläßlich des Gedenkens an die Opfer die Überlebenden zu schützen", veröffentlichte die "Initiative" einen eigenen Aufruf. Dieser präsentierte ein Forderungspaket aus den gesamten aktuellen Themen linker Politik: Gentechnologie, Euthanasie, Sicherheitsgesetze, Neofaschismus und vieles mehr. Der Streik der Roma wurde eindeutig als eine Gelegenheit angesehen, um an den Barrikaden anderer die eigenen Positionen kundzutun. "Bündnispolitische Überlegungen" der Unterstützer führten sie dazu, anläßlich des Streiks der Roma befreundeten Initiativen und Gruppen eine Bühne zu verschaffen. Just die politische Instrumentalisierung also, die die Roma vermeiden wollten.

Die Entscheidung der Roma, ihren Streik am 10. November zu beenden, stieß vor allem aus diesem Grund bei der "Initiative Bleiberecht" auf heftige Kritik. Die gesamte Struktur der "Initiative" war darauf ausgerichtet, vor dem Hintergrund des laufenden Streiks den Diskussionsprozeß und inhaltlichen Austausch zwischen den linken Initiativen zu forcieren. Die Aktionen der Roma lieferten dazu das brennende Treibmittel. Solch eine großangelegte Mobilisierung von Betroffenen gegen das Vertreibungsurteil der Ausländerbehörden hat es, so schätzte man in der "Initiative" richtig ein, noch nie in der bundesdeutschen Geschichte gegeben. Noch in den Vorstellungen einer Avantgarde-Rolle verfangen, sahen sich die Wortführer der "Initiative" - ehemals GAL-Fachgruppe "Immigranten und Flüchtlinge" - dafür verantwortlich, der Bewegung der Roma zu einem prinzipiellen politischen Durchbruch in Sachen Ausländer- und Asylpraxis zu verhelfen.

Zur Begründung des selbständigen Kurses zur Unterstützung der Roma-Aktionen konstruierten die "Initiative"-Sprecher einen inhaltlichen Positionsgegensatz mit der RCU: Die Forderung der RCU an den Hamburger Senat nach einem Bleiberecht der in Hamburg lebenden Roma wollten sie als Kapitulation verstehen, da sie nicht das allgemeine Bleiberecht in der Bundesrepublik einklage. Die Absurdität dieser Interpretation zeigte sich in aller Deutlichkeit spätestens vier Wochen nach Beendigung des Streiks in Hamburg, als RCU-Aktivisten aus Hamburg an der Mobilisierung hunderter Roma-Familien im Ruhrgebiet maßgeblich beteiligt waren.

Doch je mehr die Roma ihre bundesweit-koordinierte, selbständige Arbeit intensivierten, umso mehr wuchs das Bedürfnis der "Initiative" nach Feindbildern. Oliver Neß, freier Mitarbeiter der "taz"-Hamburg, der den Kampf der Roma verfolgt und darüber ausführlich berichtet hatte, veröffentlichte am 11.9.89, zwei Tage nach Beendigung des Streiks in Hamburg, einen Artikel mit der Überschrift: "Die RCU verhandelt heimlich". Darin bezichtigte er den RCU-Vorsitzenden Rudko Kawczynski, die große Mehrheit der in Hamburg lebenden Roma verraten zu haben, indem er sich angeblich in Geheimgesprächen mit Innensenator Hackmann auf eine "Kleinlösung" - den Verbleib von rund dreihundert Menschen, die Ausweisung der anderen - eingelassen hätte.

Den Artikel hatten nach Angaben von Unterstützern Personen aus der "Initiative" lanciert, "um vor Kompromissen mit dem Staat zu warnen", wie es Initiativen-Sprecherin Christina Kukielka ausdrückte. Ihre Meinung zum Verhalten der "Initiative Bleiberecht" äußerte dann die RCU in einem vierseitigen Papier, das sehr gezielt an Mitglieder der Unterstützergruppen verteilt wurde. Darin kritisierte die RCU, nach einjähriger Zusammenarbeit mit der "Initiative", die anfängliche Mitarbeit der Initiativenmitglieder an den kirchlichen "Betreuungsmodellen", Gespräche zwischen Unterstützern und den Behörden - darunter mit Kultursenator

Ingo von Münch - zum Thema "Roma", die ohne Wissen der Betroffenen stattfanden, eigene Aufrufe mit Forderungen im Namen der Roma und schließlich die Diffamierungen in der Presse.

Das Papier regte eine sehr fruchtbare und solidarische Diskussion über den Charakter der Zusammenarbeit mit verschiedenen Freunden der Roma und Unterstützergruppen an, fiel jedoch bei der "Initiative Bleiberecht" auf taube Ohren. Der Entwurf sei nicht von den Roma, wußte gerade Christina Kukielka zu berichten, sondern von einem jüdischen RCU-Mitarbeiter "auf RCU-Papier" verfaßt worden. Die Erklärung dafür sei "der Haß" dieses Juden "als Jude und Immigrant" - gemeint war ich selbst - "gegen alle Deutschen". Der Vorwurf des unterschwelligen Antisemitismus, der dann von einem jüdischen Kollegen, dem Journalisten Michel Lang, kam, wußte selbst die GAL in einer öffentlichen Stellungnahme abzutun:"Juden dürfen wie alle Menschen auch sich schlecht benehmen und dafür getadelt werden". Töne, die an die Fassbinder-Debatte vor einigen Jahren erinnern, als Juden, die gegen die Darstellung eines "jüdischen Spekulanten" protestierten, der "Ablenkung einer anti-kapitalistischen in eine Antisemitismus-Diskussion" bezichtigt wurden.

Die einkehrende Ruhe an der Hamburger Roma-Front und die Bestrebungen der RCU, behördliche Mittel für eigene Projekte einzuwerben, machten die "Initiative Bleiberecht" und die ihr nahestehende "taz"-Hamburg noch mißtrauischer.

Unterschriftenlisten der Roma, die den Behörden in den vergangenen Monaten mehrmals als Petitionen überreicht worden waren, wurden auf "taz"-Seiten zu "Listen von Roma, deren Verbleib dem RCU-Vorsitzenden besonders am Herzen lag" ("taz"-Hamburg, 16.1.90). Rudko Kawczynski selbst wurde überschriftlich zum "listenreichen RCU-Vorsitzenden" erklärt (ebd.). Die Beratungsstelle der RCU, die bei der Sozialbehörde zwei neue Stellen für die Beratung bisher heimatloser Roma beantragte, wurde zur "Roma-Sortierstelle der RCU" gemacht ("taz"-Hamburg, 23.12.89).

Der Haß gegen alles, was nach "System" riecht, und gleichzeitig die eigene Frustration, kaum mehr als die paar hundert Stamm-Revoluzzer mobilisieren zu können, betäuben die linke Initiativenlandschaft. Ihr Neid gegenüber einer Bürgerrechtsbewegung, die nicht von ihnen selbst, sondern von anderen, von Betroffenen, geführt wird, nimmt an den Biertischen des Hamburger Schanzenviertels die zügellose Form paranoider Verschwörungstheorien an. "Ein Mittel dieses Staates zur Sicherung seiner Herrschaft ist nämlich die Verhinderung von Solidarität", schreibt die "Initiative Bleiberecht" in einer Stellungnahme am 21.12.89. Die Erfolge des Streiks und der Bewußtseinswandel unter den Roma, die jetzt ihre Rechte einklagen, gelten für die "Initiative" lediglich als ein böser Trick, als eine beabsichtigte Täuschung der anti-imperalistischen Front.

Die Gründe für diese unschöne Auseinandersetzung mögen an einem echten Interessenkonflikt zwischen der Vertretung einer Minderheit und den Sprechern der Mehrheits-Linken liegen. Es ist in erster Linie die Unfähigkeit dieser letzteren, die Asymmetrie der jeweiligen Bewegungen zu begreifen. Statt sich im historischen Konflikt zwischen den Roma und der deutschen - oder gar weiß-europäischen - Gesellschaft hinter die Bewegung der Roma zu stellen, sehen sie als "betroffene Deutsche" - als Linke, als Frauen, als AKW-Gegner und HausbesetzerInnen - ein gleichberechtigtes Anliegen in einer gesellschaftskritischen Gesamtfront. Doch diese Gesamtfront ist für die Roma - wie auch für die anderen ethnischen Minderheiten - fiktiv; sie setzt sich erst dann für sie ein, wenn sie als Betroffene selbst agieren, und auch dann - nur bedingt, und von ethnozentrischen Vorurteilen noch stark befleckt.

Wenn es darauf ankommt, entpuppen sich die Erklärungen der linken deutschen Immigranten- und Flüchtlingsgruppen für die Selbstorganisation der vom Rassismus betroffenen Minderheiten als leere, unverbindliche Lippenbekenntnisse. Eine gemeinsame, mehrere Konflikt- und Politikbereiche umfassende Bürgerrechtsbewegung ist in der Bundesrepublik jedoch noch ein Illusion. Trotz des verbreiteten bedingungslosen und echten Ausdrucks der Solidarität vieler sind im Moment die Roma - wie immer in ihrer Geschichte - in erster Linie auf sich selbst angewiesen.

50. Filme gegen das Vergessen

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:13

Gerade in diesen Zeiten des deutsch-nationalen Taumels ist es wichtig, die Erinnerung an die deutsche Geschichte wach zu halten und Verbindungslinien zur Gegenwart aufzuspüren. "Man muß ja wissen, wo es herkommt, damit man weiß wo es hingeht" sagt Das schreckliche Mädchen in Michael Verhoevens gleichnamigen Film, der ebenso der Erinnerung, wie der aktuell erforderlichen Wachsamkeit dient.

Der Film "Das schreckliche Mädchen" ist eine Geschichte nach realen Ereignissen, damit keineR sagen kann, so etwas gebe es nicht; es ist ein Spielfilm, weil es nicht um einen Einzelfall geht, es geht um die Situation im Land, wie sie überall ist.

Sonja, gespielt von Lena Stolze, lebt in einer bayrischen Kleinstadt. Sie ist eine katholisch erzogene Lehrertochter, allseits beliebt und geachtet, spätestens seit sie in einem europäischen Aufsatzwettbewerb gewonnen hat. Diese Zeit faßt Verhoeven humorvoll-ironisch in Schwarzweiß-Bildern zusammen.

Als sie sich an einem Aufsatzwettbewerb zum Thema "Meine Heimatstadt im 3. Reich" beteiligt, nimmt sie sich vor, darüber zu schreiben wie sich die Leute gegen den Faschismus gewehrt haben und welche Rolle die Kirche dabei eingenommen hat. Schnell stößt sie bei ihrer Recherche auf Ablehnung, sie erhält keine Einsicht in Akten, wird ohne nähere Begründung aus dem Archiv der Stadtzeitung herauskomplimentiert. Alle scheinen etwas zu verbergen, allein ihre Großmutter gibt ihr ein paar Hinweise.

Der Abgabetermin für den Wettbewerb ist verpaßt, doch Sonjas Neugier ist geweckt, sie beschließt, Geschichte zu studieren und weiter zu forschen. Ihre Mitmenschen zeigen nun immer offener ihren Haß gegen sie, mit anonymen Anrufen und Brandbomben versuchen sie, Sonja klein zu kriegen. Sie solle aus der Stadt verschwinden. Ihre junge Ehe geht daran kaputt, ihr Mann erträgt den Terror nicht und findet sowieso, daß es nicht angeht, wenn er das gemeinsame Kind ins Bett bringen muß, während sie über ihren Büchern hängt.

Dank ihrer Hartnäckigkeit, einiger Zufälle und gerichtlich erzwungener Akteneinsicht gelingt es ihr, Stück für Stück die Geschichte ihrer Stadt aufzudecken. All die örtlichen Honoratioren haben Dreck am Stecken. Als sie beginnt Namen zu nennen wird sie von einem der Betroffenen verklagt. Der Prozeß findet dann doch nicht statt, Sonja hat einen alten Kommunisten gefunden, der für sie aussagen würde ... Mittlerweile hat sie ein international beachtetes Buch veröffentlicht und betreibt weiter ihre Forschungen. Die Stadt beschließt, sie zu ehren und so ruhigzustellen, doch in letzter Minute läßt Sonja die Feierlichkeit in einem Eklat enden.

Verhoeven schildert die Geschichte in präzisen, sparsamen Bildern, fast theaterhaft; ein Tisch mit Papierbergen, dahinter Sonja, an die Wand ein Bibliotheksbild projiziert; Sonja mit Eltern auf einem Wohnzimmersofa, im Hintergrund eine Kamerafahrt durch die Stadt; die Schokoladenfabrikantin erteilt Sonja eine Abfuhr, aus brauner Masse entstehen Schoko-Panzer.

Vermieden wird in dem Film das gängige Rollenklischee. Sonja weiß was sie will, vor die Entscheidung, Mann oder eigenes Forschungsinteresse gestellt, zögert sie nicht. Männlicher "Heldenmut" wird eher ins Lächerliche gezogen, wenn sich ihr Mann nach reichlichem Zögern auf eine Bombe wirft, die auch ohne großes Spektakel zu entschärfen gewesen wäre.

Durch die theaterhaften z.T. surrealen Szenen und "dokumentarische" Aufnahmen, in denen Sonja durch die Geschichte führt und Zeitlücken füllt, wird der Film immer wieder gebrochen, ohne die Handlung zu unterbrechen. Das macht die eigene Rolle als Zuschauer ständig bewußt, verhindert eine allzueinfache Identifizierung mit der Hauptperson. Die "Identifizierung" müssen wir uns erst erarbeiten, durch inhaltliche Auseinandersetzung. Völlig im Gegensatz zum Charakter dieses Films steht die Plakatwerbung: Gezeigt wird eine nackte und vergoldete Frau, was nicht nur nichts mit dem Film zu tun hat sondern vielmehr Zuschauer anspricht, die an einem antifaschistischen Thema zuallerletzt interessiert sind.

Schon in den 60ern war eine wichtige politische Forderung die Aufarbeitung der faschistischen deutschen Geschichte, die Frage nach der Vergangenheit der eigenen Eltern. Auch wenn heute immer mehr direkt an der faschistischen Barbarei Beteiligte wegsterben, hat diese Frage nichts an Aktualität eingebüßt. Die Brisanz ist angesichts der deutschnationalen Entwicklungen offensichtlich, und es ist zu hoffen, daß die ZuschauerInnen

des Films es nicht bei einem Kinoabend belassen. Ein möglicher Anstoß dazu wäre es, den Aufruf der "Radikalen Linken" vor den Kinos zu verteilen.

Krieg als touristisches Erlebnis

"Mein Krieg" heißt ein Dokumentarfilm von Harriet Eder und Thomas Kufus. Gezeigt werden Ausschnitte aus Amateurfilmen deutscher Frontsoldaten und Gespräche mit diesen Filmern. Eindrucksvoll wird dabei klar, daß die faschistische (Kriegs)geschichte in der BRD nie aufgearbeitet, sondern nur verdrängt wurde.

Mit Zeitungsannoncen haben die beiden FilmemacherInnen nach Hobbyfilmern aus der Kriegszeit gesucht und damit nicht nur verschüttetes dokumentarisches Material an die Oberfläche befördert, sondern auch Erinnerungen wach gerüttelt. "Man ist gleich wieder drin in der damaligen Zeit. Was fehlt ist ja nur der Ton von damals ..." Die privaten Kriegsfilmer hatten ihr Material zum Teil seit Jahren nicht mehr angesehen. Nun sitzen sie in ihrer deutschen Gemütlichkeit vor der Kamera und plaudern von ihren Kriegserlebnissen.

Sechs Amateurfilmer haben die beiden FilmemacherInnen ausgesucht. Heute sind sie Fotograf, Archivar, Schulbuchverleger, Versicherungsdirektor, Handelsvertreter, Chirurg und Gynäkologe, damals waren sie Soldaten an der Ostfront. Nicht im Auftrag des Propagandaministeriums filmten sie, sondern aus Eigeninteresse. Sie filmten ohne Zensur, wie alle glaubhaft beteuern, auch für die Propaganda unangenehmes wie die eigenen Toten werden gezeigt.

Wir sehen Bilder von der Ausbildung, Bilder von Soldaten, die fröhlich losmarschieren. Wir sehen wie eine deutsche Stellung von einem sowjetischen Flieger angegriffen wird. Der Amateurfilmer erzählt dazu wie sie sich "empört" haben über diese "Hornisse", daß sie etwas da gegen tun mußten und daß sie das Flugzeug mit Gewehren abgeschossen haben, danach das brennende Flugzeug in Großaufnahme. Bilder vom Heimaturlaub und der Fahrt an die Front. "Zuhause das war die Front. Man war froh in seiner alten Stellung zu sein ... hier konnte ich alles miterleben, man riecht die Erde".

Noch sehen wir Bilder vom raschen Vormarsch, doch der kommt ins Stocken, die Bilder werden weniger. Kriegswinter, Kriegsweihnacht, Lazarett, Bilder von erhängten Juden, von sowjetischen Gefangenen, zusammengepfercht. Hier kommen die Plauschenden ins Stocken: "Was aus diesen vielen Soldaten geworden ist, weiß ich nicht, und es ist besser man weiß es nicht." Keine Reue, nur einer äußert ein paar selbstkritische Gedanken.

Wir sehen ein paar Soldaten bei der Vorbereitung auf einen Angriff, Gesichter in Großaufnahme. "Ich wollte der Nachwelt das entschlossene Gesicht eines deutschen Soldaten vor der Schlacht festhalten." Die Angreifer auf der Flucht, durch den Schlamm mit letzter Kraft, am Wegesrand wird alles niedergebrannt. Das Ende eines touristischen Kriegsausflugs: "Das Einzige was ich bedaure ist, daß ich nicht auch in den Westen gekommen bin, man hat ja so viel kennengelernt."

Der Film stellt die Aufnahmen und Äußerungen der deutschen Krieger zusammen - ohne zu kommentieren, ohne anzuklagen, ohne zu verfälschen. Die Hobbykriegsfilmer waren bei der Premiere anwesend und fühlten sich richtig dargestellt. Die Bilder und Aussagen sprechen für sich. Die FilmemacherInnen haben ein dokumentarisches Interesse, sie wollen festhalten was der spezielle Blick eines deutschen Soldaten war. Es ist ihnen gelungen.

Es ist ein weiterer Schritt, das "deutsche Wesen" zu begreifen, die erschreckende scheinbare Selbstverständlichkeit des Krieges, die unglaubliche Verdrängung danach. Kein Bild von Nazi-Propagandisten und Führern, das Bild des einfachen durchschnittlichen Deutschen, der auf Befehl schießt und andere Länder überfällt, plündert und mordet.

Mein Entsetzen über diese Haltung im Krieg wird überrollt von dem Entsetzen über die Offenheit, mit der heute schamlos darüber geplaudert wird. Aus dem, was ich schon immer abstrakt wußte, ist im Laufe dieses Films konkretes Empfinden geworden. Ja, vor diesen Deutschen habe ich in der Tat Angst.

Ein Film, der zur Auseinandersetzung anregt, lohnend für Veranstaltungen. Die FilmemacherInnen freuen sich, wenn Vorführungen organisiert werden. Kontakt über Känguruh-Film, Weimarische Str. 6a, 1000 Westberlin 31, (030) 853 20 17.

Olafo kb-frischzelle

51. Stellungnahme der AG-Rassismus

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:53

Der Konflikt zwischen der RCU und der Initiative Bleiberecht nährt sich vor allem aus der Kritik an drei verschiedenen Punkten, auf die hier noch einmal eingegangen werden soll: Da wäre zunächst die Auseinandersetzung um die "taz"-Artikel, dann der in der "HR"-Leserbriefdebatte immer wieder vorgebrachte Vorwurf des Antisemitismus und schließlich der Vorwurf der Instrumentalisierung der Roma-Bewegung seitens der Unterstützer.

1) Obwohl die "taz"-Berichterstattung über die Roma-Bewegung über ein Jahr lang in der Regel von solidarischem Miteinander gekennzeichnet war, ist hier seit dem Abbruch des Hungerstreiks in Neuengamme eine Veränderung festzustellen. Der erste nach Neuengamme erschienene Artikel "enthüllte" Verhandlungen des Senats mit der RCU, die von dieser immer bestritten worden sind, und bezeichnete den Abbruch des Streiks als Vorbedingung für die Verhandlungen. Schon der Titel ("Die RCU verhandelt heimlich") trug denunziatorischen Charakter, denn er griff die RCU und ihren Vorsitzenden Rudko Kawczynski an, statt die Abschiebe- und Vertreibungspolitik des Senats in den Vordergrund zu stellen und deutlich zu machen, daß dieser erst die Situationen produziert, in denen Erpressung greifen kann. Von der These des "Verrats" der RCU sind auch die weiteren Artikel geprägt, die mit Titeln wie "Der listenreiche Vorsitzende der RCU" oder ",Roma-Sortierstelle' der RCU?" (!!!) in an Sensationsjournalismus grenzender und von wenig historischer Sensibiltät zeugender Art überschrieben waren. "Aufdecken" wollte man die Geheimverhandlungen und die Folgen für die nicht mit einbezogenen Roma; was hier offensichtlich aber mißverstanden wurde, ist die Tatsache, daß die RCU nur den Roma und Cinti rechenschaftspflichtig ist, nicht aber den Bündnispartnern ihrer Bewegung, und daß ihre Politik die Politik einer Selbstorganisation einer ethnischen Minderheit ist, deren Autonomie respektiert werden sollte.

2) Der Antisemitismus-Vorwurf bezog sich zunächst auf eine Äußerung eines IBR-Mitglieds, die von Michael Ben Israel in seinem Artikel "Hysterisch und paranoid" in der "HR" vom 7.12.89 wie folgt zitiert wird: ",(...) Yaron (...) ist ein jüdischer Emigrant und hat aufgrund seiner Herkunft den Blick, daß alle Deutschen sowieso Imperialisten sind.`" Wenn es der Fall ist, daß jemandem aufgrund seiner jüdischen "Herkunft" ein mangelndes Differenzierungsvermögen und folglich eine gewisse Einseitigkeit seiner Positionen unterstellt wird (und daraus folgt wiederum die Weigerung, sich ernsthaft mit diesen Positionen auseinanderzusetzen), ist dieses Vorgehen als antisemitisch zu bezeichnen. Der schwerwiegende Vorwurf des Antisemitismus sollte allerdings nicht auf nicht nachprüfbaren Äußerungen basieren, sondern belegbar sein oder die Möglichkeit der Richtigstellung offenlassen.

Von der "HR" wurde in der Folge der Eindruck erweckt, es bestünde ein Konflikt zwischen der RCU und der Initiative Bleiberecht in der Frage der Mitarbeit von Michel Lang und Yaron Matras bei der RCU (z.B. mit Titeln wie "Wie viele Juden hat die RCU?" oder "Wieviel Recht hat der Jude?"). Einen Konflikt darum, daß die autonome Selbstorganisation der Roma für ihre Politik jüdische Unterstützer findet und in ihrer Organisation als Mitarbeiter akzeptiert, hat es jedoch nie gegeben. Ein solcher Konflikt hätte sicher die Absicht, den von Yaron Matras verfaßten Offenen Brief vom 27.11.89 in seiner Legitimität zu diskreditieren und anzudeuten, daß die dort vertretenen Positionen nicht die der "echten" Roma sei. Einige Leserbriefe in der "HR" - die aber nicht mit einer Stellungnahme der IBR zu verwechseln sind - bewegen sich tatsächlich auf dieser Ebene und greifen in ihrer Kritik auch zu antisemitischen Äußerungen, so z.B. "die Lang-Matras-,Kabale' an den Schalthebeln des RCU- Hauptquartiers" (was wirklich nicht weit entfernt ist von der "Verschwörung des internationalen Judentums") oder "diese Nicht-Roma scheinen Deutschen-Hasser zu sein".

Neue Nahrung bekam der Antisemitismus-Vorwurf dann durch die Erklärung des Landesvorstands der Grünen/GAL, die ebenfalls in der "HR" veröffentlicht wurde. Hier heißt es: "Auch die beiden jüdischen Mitarbeiter der RCU, Yaron Matras und Michel Lang, haben nicht das Recht, jeden Widerspruch gegen ihr oft aggressives Auftreten einfach als antisemitisch zu denunzieren. Juden dürfen wie alle Menschen auch (sic!) sich schlecht benehmen und dafür getadelt werden."

Während der erste Satz es richtigerweise ablehnt, wenn Positionen durch einen Antisemitismus-Vorwurf unangreifbar gemacht werden, eröffnet der zweite schon wieder einen neuen Abgrund: Mit der Feststellung, daß "Juden (sich) wie alle Menschen auch benehmen" dürften, wird implizit vermittelt, es gäbe vielleicht auch

eine andere Möglichkeit (Schema: "Ausländer sind auch Menschen"). Darüberhinaus haben Begriffe wie "Benehmen" und "Tadel" in einer Auseinandersetzung um konträre Positionen nichts zu suchen und spiegeln ein unangebrachtes Schulmeisterverständnis wider.

Festzuhalten bleibt, daß von der "HR" ein verzerrtes Bild der Konfliktlinien in die Öffentlichkeit getragen wurde, die eingegangenen Reaktionen zeigen aber zum Teil, wie wenig verankert ein Bewußtsein über Antisemitismus immer noch ist.

3) Der Vorwurf der Instrumentalisierung der Roma-Bewegung, der vor allem wegen der Entwicklung eigener Positionen und Forderungen der Bündnispartner erhoben wird, offenbart grundsätzliche Differenzen in der Bewertung der von linken Deutschen zu leistenden oder geleisteten Arbeit.

So schrieb Yaron Matras in seinem "HR"-Leserbrief vom 18.1.90, daß sich die Roma-Bewegung glücklicherweise von einer drohenden Instrumentalisierung habe befreien können und die Unterstützer jetzt die "(...) beschimpfen (...), die nicht auf Analysen der Weltökonomie schwören, sondern auf die platte Forderung nach kulturellen und politischen Bürgerrechten für ethnische Minderheiten."

Die Instrumentalisierung gründet sich seiner Meinung nach auf einen Interessenkonflikt zwischen Roma und Bündnispartnern, der zwangsläufig zur Bevormundung und Unterordnung der Bewegung unter antiimperialistische Strategien der Linken führe. Gegen die einzige für diese Auffassung akzeptable Unterstützungsarbeit, die der humanitären Hilfe und bedingungs- und selbstlosen Unterstützung, möchten wir eine Politik des "Den-eigenen-Kopf-Gebrauchens" setzen. Die Interessen der Roma und der Unterstützer sind tatsächlich unterschiedlich und müssen es aufgrund der Lebenssituation sein: Die Roma kämpfen für volle Bürgerrechte, die die Mitglieder von Unterstützerkreisen in der Regel haben; die Unterstützer kämpfen für gesellschaftliche Bedingungen, in denen dieser Kampf der Roma nicht mehr notwendig sein wird.

Wir als Unterstützer, als Linke, als Opposition oder in welcher Rolle sonst haben notwendigerweise die Aufgabe, gesellschaftlichen Druck gegen die Grundlagen der herrschenden Politik und Ideologie zu erzeugen. Aus den unterschiedlichen Interessen der Bündnispartner - hier Kampf um die eigenen Rechte, dort Kampf um die Rechte anderer - vermittelt über die Kritik an der eigenen Gesellschaft, ergibt sich notwendigerweise eine Aufgabenverteilung, die die Frage des Bündnisses immer wieder neu auf die Tagesordnung setzt. Was für die Roma und ihre Interessenvertretung eine selbstverständliche und (lebens)notwendige taktische Entscheidung sein kann, kann für die Unterstützer eine nicht zu vertretende Position darstellen. Wir können an dieser Tatsache an sich nichts Schlimmes finden; problematisch wird es erst dann, wenn die Gefolgschaft zum Zwang gerät und zur entscheidenden Frage nicht die Bestimmung der eigenen politischen Interessen, sondern die Propagierung der Interessen anderer wird. Es gibt für die Unterstützer nicht das Recht, das sei hier nochmals betont, taktische Entscheidungen der Interessenvertretungsorgane als "Verrat" zu kennzeichnen, es gibt aber sehr wohl ihr Recht, solche Entscheidungen mitzutragen - oder eben auch nicht. Unsere Aufgabe ist es, die Menschen in diesem Land mit der von ihnen oder den hier Herrschenden produzierten Realität zu konfrontieren, ihnen den Spiegel vorzuhalten. Ob die Entscheidung der RCU, sich unter den gegebenen Bedingungen auf Verhandlungen mit dem Senat einzulassen, in diesem Sinne ein Spiegel ist, diese Entscheidung muß uns überlassen bleiben. Andererseits weisen wir den Versuch, diese Verhandlungen als "Verrat" zu brandmarken, als Bevormundung und Funktionalisierungsversuch zurück. Unsere Utopie einer gleichberechtigten Zusammenarbeit lebt gerade davon, daß wir das Selbstvertretungsrecht der rassistisch diskriminierten Minderheiten respektieren - ob uns deren Entscheidungen passen oder nicht.

Die Alternative, vor die wir als Unterstützer gestellt sind, ist die einer aufgesetzten moralischen "Betroffenheit", die letztlich nichts anderes als Mitleid ist, gegenüber der Verantwortung vor der deutschen Geschichte. Verantwortung heißt für uns nicht, sich jährlich büßend den jeweiligen Gedenktagen zu stellen, aber auch nicht, sich nur als Geldsammler oder Dienstleister der ImmigrantInnen- und Flüchtlingsbewegung zur Verfügung zu stellen.

Yaron Matras hat an anderer Stelle in dieser Zeitung dargestellt, daß das Verhältnis der rassistisch diskriminierten Minderheit zu ihren Unterstützern auch immer geprägt ist von dem Verhältnis der Unterdrückten zu ihrer "Unterdrückernation". Jede/r von "uns", der/die in der konkreten Arbeit mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen zu tun hat und einigermaßen wachen Auges die Verhältnisse betrachtet, unter denen diese "Zusammenarbeit" stattfindet, wird diese Feststellung bestätigen. Wir sind weit entfernt davon, die Verhältnisse

zwischen "uns" und "euch" als gleichberechtigt zu bezeichnen. Aus dieser Erkenntnis können aber keine Schlußfolgerungen auf die jeweiligen politischen Aufgabenstellungen gezogen werden. Die große Schwäche der bisherigen Bürgerrechtsbewegung für die Rechte von ImmigrantInnen und Flüchtlingen, das Fehlen der Selbstorganisation, läßt sich nicht durch den Hinweis auf die bestehenden rassistischen Strukturen, die sich natürlich auch unter den fortschrittlichen Deutschen niederschlagen, aus der Welt schaffen. Wenn unter den gegenwärtigen Bedingungen Deutsche stellvertretend für Flüchtlinge und ImmigrantInnen deren Rechte verteidigen, dann hat das natürlich die große Schwäche, daß nicht die Betroffenen selbst ihre "Stimme laut machen". Rassismus oder Funktionalisierung können wir darin per se nicht erblicken; es sollte eine unserer gemeinsamen Aufgaben sein, diesem Mißstand abzuhelfen.

AG Rassismus

52. Bologna, 7.-10. März: 19. PCI-Kongreß Endgültiger Abschied vom Kommunismus?

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:05

Und er hat doch recht, der dialektische Materialismus. Es gibt keine Evolution ohne Bruch oder in den Worten der Klassiker: "Bei aller Allmählichkeit bleibt der Übergang von einer Bewegungsform zur anderen immer ein Sprung, eine entscheidende Wendung" (Engels, "Anti-Dühring"). Die jahrelange Sozialdemokratisierung des Partito Comunista Italiano (PCI), der "stärksten kommunistischen Partei Westeuropas", scheint einen Punkt erreicht zu haben, wo es ohne Bruch - und das könnte auch heißen Spaltung - nicht mehr weitergeht. PCI-Sekretär Achille Occhetto will die Partei in eine "neue politische Formation der Linken" überführen und hat sich folgerichtig einen zweiten Leibwächter zugelegt. Aber nicht nur die mit der Handhabung von Schußwaffen vertrauten Veteranen sind verbittert über den endgültigen Abschied vom Kommunismus. Geschätzt wird, daß ein Drittel der Mitglieder an der Existenz der Partei festhalten will. Eine Woche vor dem außerordentlichen PCI-Kongreß in Bologna ist Occhetto damit die Mehrheit sicher. Der weitere Weg von Mehrheit und Minderheit aber liegt im Ungewissen.

"Durch Vergiftung von Boden, Wasser und Luft sterben Wälder und Meere, Pflanzen und Tiere. Wir entziehen uns selbst die Lebensgrundlagen. Aber ökologisches Denken gewinnt an Kraft. (...) Wir stellen uns den Gefährdungen unserer Zeit. Ohne uns von mächtigen Interessengruppen einschüchtern zu lassen, suchen wir den Dialog mit den Menschen, die sich mit uns an das Umsteuern, Planen und Gestalten heranwagen". So sieht die SPD "die Welt, in der wir leben" (Abschnitt II,2 des im Dezember beschlossenen neuen Grundsatzprogramms). Die Sätze könnten in dem von Achille Occhetto unterzeichneten Antrag an den PCI-Kongreß an beliebiger Stelle stehen, ohne aufzufallen. "Dare vita alla fase constituente di una nova formazione politica" ist dieser Antrag überschrieben: "die konstituierende Phase einer neuen politischen Formation ins Leben rufen". Die Rettung des Planeten steht auf der Tagesordnung, groß sind die Herausforderungen und mächtig die Kräfte der Reaktion. Dennoch kann das große Werk gelingen, wenn nur alle, die guten Willens sind, mit anpacken und ihre Gruppenegoismen vergessen. Aussöhnung ist das Gebot der Stunde. Die Verständigung zwischen Ost und West ist nur der Anfang, Voraussetzung für die nun anstehende "konkrete Politik der Kooperation mit dem Süden der Erde" ist die "neue Wirtschaftsdemokratie" in Europa, eine "echte Regierung der europäischen Gemeinschaft".

Besonders logisch ist es nicht, daß ausgerechnet die "europäische Einigung", der Zusammenschluß einer Reihe führender Industriestaaten - führend nicht zuletzt in der Ausplünderung der Dritten Welt - die solidarische Weltordnung bewirken soll. Das SPD-Programm, das denselben Zusammenhang behauptet - "Gesamteuropäische Zusammenarbeit soll helfen, den Nord-Süd-Gegensatz zu überwinden" - benennt immerhin auch die Hindernisse, die dem entgegenstehen: "Der Reichtum der Industriestaaten des Nordens beruht auch auf der Ausbeutung der Länder des Südens. Die heutige Weltwirtschaftsstruktur steht immer noch in der Tradition von 500 Jahren Kolonialismus". Daß der PCI im Vergleich mit der SPD nicht immer gut aussieht, deren Kurskorrekturen und Modernisierungsversuche vielfach erst mit mehrjähriger Verspätung nachvollzieht, ist nichts Neues: während sich der PCI als eine der letzten italienischen Parteien immer noch zu den Segnungen der Atomenergie bekannte, hatte die SPD schon auf die Redensart vom "Einstieg in den Ausstieg" umgestellt.

Der Vergleich von Occhettos 1.200- Zeilen-Antrag mit dem 51 Seiten umfassenden SPD-Grundsatzprogramm ist allerdings auch von vornherein unfair - und nicht nur wegen der unterschiedlichen Länge der beiden Dokumente. Das "Programmatische" in Occhettos Antrag ist nur schmückendes Beiwerk, das die Partei von der historischen Rolle der "neuen politischen Formation" überzeugen soll. Um große Worte sind die Strategen aus der PCI-Zentrale in der Via delle Botteghe Oscure in Rom nicht verlegen. Die "Neudefinition der Identität der Linken" erfordert einen "qualitativen Sprung": ein "Programm der sozialen und politischen Erneuerung". Die "neue politische Formation der italienischen Linken" geht "über historische Spaltungen hinaus". "Eine Erneuerung des PCI reicht nicht mehr aus ... Wir schlagen ein neues Subjekt vor ... Das bedeutet sicherlich nicht, unsere Wurzeln abzuschneiden. Es bedeutet im Gegenteil, ihnen neuen Saft zu geben ..." Gerade die kommunistische Tradition "erlaubt uns heute, in dem neu sich eröffnenden politischen Prozeß eine dynamische, unersetzbare Rolle zu spielen ... Es geht also nicht um die Selbstauflösung des PCI. Sondern um

die Konstruktion einer neuen demokratischen politischen Formation des Volkes - reformerisch, offen für progressive laizistische und katholische Komponenten, Interpret der neuen Fragen aus der Welt der Arbeit und der Kultur wie aus den Bewegungen der Jugendlichen und der Frauen, aus der Umweltbewegung, dem Pazifismus und der Bewegung für Gewaltlosigkeit, aus dem Feminismus ... Mit ihrem ideellen, organisatorischen und politischen Erbe wollen die Kommunisten Initiatoren dieser neuen Formation sein".

Genau dieses Erbe halten Occhettos Kritiker für akut gefährdet. Nachdem der PCI-Sekretär im November sein Projekt der Öffentlichkeit präsentiert hatte, erhob sich ein Sturm des Protestes. Schon für die folgende Woche mußte das Zentralkomitee einberufen werden. Es tagte eine Woche lang. Nach 200 Redebeiträgen verweigerte ein Drittel des ZK (107 Stimmen) Occhetto die Gefolgschaft. Die "Front des Nein" zieht sich durch die gesamte Mitgliedschaft. Nach einer Untersuchung des Wochenmagazins "Panorama" (28.1.90) haben Occhettos Gegner ihre stärksten Bastionen in Rom, Bari (je 55%), Florenz (50%), Reggio Calabria (45%), Turin, Neapel und Cagliari (40%). Im "roten Bologna" dagegen, der PCI-Modellstadt schlechthin, sind nur 15% der Mitglieder gegen den Abschied vom traditionsreichen Namen - ein Ergebnis jahrzehntelanger kommunaler "Realpolitik"?

Was ist neu an der "neuen politischen Formation"?

Die Einberufung des außerordentlichen Parteikongresses ist ein erster Erfolg der Kritiker. Occhettos Gefolgsmann Bruno Trentin, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes CGIL, hatte das ZK vergeblich beschworen, "dieses Abenteuer abzuwenden" (zitiert nach "Sozialismus" 1/90). Angesichts der Schärfe der Auseinandersetzung dürfte dann aber auch der Zentrale klar geworden sein, daß eine von oben dekretierte "neue Formation" nicht besonders glaubwürdig wäre. Der Occhetto-Antrag versucht denn auch mit der Versicherung, daß "auf diesem Kongreß Name und Symbol des PCI nicht zur Diskussion stehen" sollen, zur Entspannung beizutragen. Beschlossen werden soll aber der Auftrag an die "gesamte Partei", die "konstituierende Phase einer neuen Formation" zu eröffnen. Erst ein späterer Kongreß soll die "Schlußfolgerungen der geleisteten Arbeit ziehen und auf dieser Basis beschließen, eine neue politische Formation ins Leben zu rufen".

Trotz des Aufschubs der endgültigen Entscheidung wird dieser Parteitag um Kampfabstimmungen nicht herumkommen. Zwei Gegenanträge liegen zur Beschlußfassung vor. Zu vernachlässigen ist das Papier der kleinen Strömung um Ar- mando Cossuta, für den die internationale Presse unterschiedlich schmeichelhafte Titel bereithält: "Altstalinist" (taz), "Reaktionär-Kommunist" (FAZ) oder auch "der letzte Leninist" (La Repubblica). Die "Cossutiani" formulieren ihr deutliches "Nein zur Liquidierung des PCI" und ihr "Ja zu einer starken kommunistischen Partei", die gleichzeitig "Kampf-und Regierungspartei" sein soll.

Ernstzunehmen, wenn auch aller Voraussicht nach nicht mehrheitsfähig, ist der Antrag "Für eine wirkliche Erneuerung des PCI und der Linken". Prominenteste Unterzeichner sind Pietro Ingrao, mit 74 Jahren der große alte Mann der "undogmatischen" linken Strömung, und - erstaunlich genug: ein Mann der Mitte - Occhettos wegen Krankheit und Erfolglosigkeit zurückgetretener Vorgänger Alessandro Natta. Ingrao, trotz seines hohen Alters immer noch Leitfigur der Linken auch außerhalb des PCI, hatte schon auf der Novembertagung des ZK die Haltlosigkeit von Occhettos Neugründungsprojekt bloßgelegt. Wer eine neue politische Formation gründen wolle, müsse sagen "mit wem, aber auch gegen wen". Denn: "Eine konstituierende Phase unterstellt, (...) daß zumindest die Gesprächspartner sichtbar, identifiziert und benannt sind". Wo Occhetto sich aus gutem Grund nicht festlegt, hakt Ingrao einen nach dem anderen die potentiellen Bestandteile der "neuen Formation" ab: "Bis jetzt haben die Grünen uns ihrer Freundschaft versichert - aber sie haben schon nein ge sagt. Ich sehe keine konsistente Linke christlicher Inspiration, die erklären würde, daß sie bereit wäre, mit uns zusammenzugehen. Nicht einmal die Radikalen scheinen ein sicherer Partner zu sein. Weder in der sozialistischen, noch in der sozialdemokratischen, noch in der republikanischen Partei sehe ich relevante Kräfte, die bereit wären, sich aus ihren Bindungen zu lösen. Sogar in der Unabhängigen Linken, der uns am nächsten stehenden politischen Gruppe, wird Dissens formuliert. Schließlich hat der Sekretär der sozialistischen Partei erklärt, daß die einzige für ihn akzeptable Lösung nur die sein könne, die er die ‚sozialistische Einheit' nennt, praktisch unser Aufgehen im PSI, der seit nunmehr einem Jahrzehnt eine Politik betreibt, die wir bekämpfen" (zitiert nach "Sozialismus" 1/90).

Ernsthafte Einbrüche in die von Ingrao aufgezählten politischen Lager kann auch Occhetto nicht erwarten. Das wesentlich Neue an der "neuen Formation" wäre der Name. Das Attribut "kommunistisch" ist in der Tat eine

irreführende Bezeichnung für eine sozialdemokratische Reformpartei wie den PCI. "Das Problem wäre längst gelöst, wenn es nicht bei uns schon eine sozialdemokratische Partei gäbe", sagt Massimo D'Alema, Chefredakteur der "Unità" (zitiert nach "taz" vom 23.11.89). Der PSDI, eine rechte Abspaltung von der Sozialistischen Partei (PSI) kränkelt zwar, wird aber auf sein Markenzeichen nicht verzichten.

Für die von den PCI-Linken und Teilen der Mitte geforderte Beibehaltung von Namen und Symbol (Hammer und Sichel) kann es nur eine ernsthafte Begründung geben: die identitätsstiftende Geschichte und Tradition der Partei, vor allem ihre führende Rolle im antifaschistischen Widerstand. Der von einer Namensänderung erhoffte Stimmenzuwachs ist keineswegs garantiert. Wenn die "neue Formation" eine Partei wie alle anderen ist, könnte auch die PCI-Stammwählerschaft, die aus Familientradition "kommunistisch" wählt, in Auflösung geraten. Dazu kommt, daß die "neue Formation" auf Druck vor allem der Sozialisten präsentiert wird. "Der Versuch illusorischer Abkürzungen entsteht aus einer verzweifelten Sicht der politischen Situation", schreiben Ingrao, Natta u.a. in ihrem Antrag. Und "Panorama" (28.1.90) kommentiert völlig zutreffend: "Occhetto spricht das natürlich nicht aus, aber in Wahrheit will er dem PSI ‚nachgeben' und ist ihm also ‚subaltern'". Ob er dafür Gegenleistungen erhält, ist mehr als zweifelhaft. Die Regierungskoalition des "pentapartito" (Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Liberale, Sozialdemokraten) nimmt zwar bisweilen ihre Krise, in der es dann zur Ämterrotation kommt (neun Kabinette mit sechs verschiedenen Ministerpräsidenten seit 1981) - "Stabilität" ist dennoch gewährleistet. Der PCI wird auf absehbare Zeit ebensowenig gebraucht wie seine etwaige Nachfolgeorganisation, auch wenn sie sich "Demokratische Fortschrittspartei" nennt. Da hilft auch kein Peter Glotz, der am Tag nach der ersten Ankündigung der "neuen Formation" auf der Titelseite der "Unità" "den italienischen Kommunisten erklärte, was für die SPD das Godesberger Programm bedeutet habe" ("Neue Zürcher Zeitung", 17.11.89).

Willy Brandt würde dem PCI gern wenigstens zu internationalen Ehren verhelfen: dem Beitritt zur Sozialistischen Internationale. An ihm liegt es nicht, daß daraus bisher nichts wurde. Brandt im Interview mit der Wochenzeitschrift "L'Es- presso" (18.2.90): "Niemand kann leugnen, daß der PCI seit nunmehr vielen Jahren in Italien wie in Europa eine äußerst wichtige Rolle in jeder Struktur der Demokratie spielt". Aber leider: "Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz in der Internationalen, das in der Frage neuer Beitritte den anderen Parteien desselben Landes das letzte Wort gibt, in diesem Falle also PSI und PSDI".

Wer Sozialdemokrat ist, bestimmen die anderen

So spricht denn alles dafür, daß der PCI auch bei ausdrücklicher Abkehr vom Kommunismus weiterhin draußen bleiben muß: kein Zutritt zur italienischen Regierung und zur Sozialistischen Internationale. "Ganz Europa im Besitz der Sozialdemokratie" titelte die "taz" (9.2.) über eine von sozialdemokratischen Parteichefs aus 15 europäischen Ländern heimgesuchte Wahlveranstaltung der DDR-SPD. Ausgerechnet Bettino Craxi sprach den bejubelten Satz: "Die Entwicklung in West- und Osteuropa fließt in eine große sozialdemokratische Bewegung".

Der PCI, der die Zeichen der Zeit erkannt und aufs richtige Pferd gesetzt hat, wird wieder einmal um seinen Gewinn geprellt. Was sozialdemokratisch ist, bestimmen die anderen. In Italien eben jener skrupellose Machtpolitiker Craxi, Freund und Partner des derzeit verhaßtesten italienischen Kapitalisten, des "Medienzaren" Silvio Berlusconi. Gegen Berlusconi hat der PCI vor einem Jahr eine recht erfolgreiche Kampagne geführt. Einen Gesetzentwurf gegen die in die Sendungen seiner Fernsehkanäle "Italia uno", "Retequattro" und "Canale Cinque" ständig eingeblendeten Werbespots bewertete "Panorama" (26.2.89) schadenfroh als "tödliche Gefahr für Silvio".

Nun erweist sich der Erzbösewicht auch noch als Förderer der europäischen Sozialdemokratie. "Berlusconi sponsort Willy Brandt" ("taz", 7.2.90) - und nicht nur den, sondern auch Gregor Gysi, Adam Michnik, den Gorbatschow-Berater Andrei Gratschew und die Regierungschefs Petr Pithart (Tschechoslowakei) und Petre Roman (Rumänien). Die groß aufgezogene Diskussionsveranstaltung "Wohin geht der Osten?", die am 20. Februar in der Pariser Sorbonne stattfand und an der die Prominenz der neuen Ostpolitiker (s.o.) teilnahm, wurde von Berlusconis Firma "Publitalia 80" mitfinanziert. Für die linke und grüne Opposition Italiens, die "einen verzweifelten Kampf gegen die rechtsgewirkte Machtkonzentration Berlusconis" führt, ist es ein schwerer Schlag, daß "die Crème de la crème der neuen Ost-Protagonisten mit eben diesem Berlusconi speist" (der grüne Abgeordnete Sabino Andreis, zitiert nach "taz" vom 7.2.). Den ehrlichen PCI-Modernisten dürfte angesichts des Festmahls buchstäblich übel geworden sein. Denn bezogen auf den italienischen

Rahmen lehrt das Pariser Gelage, daß, wer mit Craxi regieren will auch Berlusconis Suppe löffeln muß. Weniger bildhaft gesprochen: nicht die noch so glaubwürdige Abwendung vom Kommunismus, erst der Verzicht auch auf Occhettos "entschiedenen Reformismus" kann den PCI an die Regierung bringen.

Js.

P.S. Gerade die deutsche Linke sollte den PCI noch nicht völlig abschreiben. Die Position der Partei zur "deutschen Frage" dürfte nicht nur Willy Brandt, sondern auch mancheR gesamtdeutsch orientierte Grüne ärgerlich bis anmaßend finden: "Die Wiedervereinigung ist nicht der Ausgangspunkt und auch nicht auf der Tagesordnung: daß sie wieder vorgeschlagen wird, birgt im Gegenteil die Gefahr, die Reformprozesse im Osten und die Schaffung der europäischen Einheit zu blockieren". So steht es in Occhettos Antrag. Fragt sich nur, ob dieser Satz den Kongreß überlebt oder vorab als "veraltet" zurückgezogen wird.

53. betr.: Moral statt Politik, AK 315, S. 35

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:18

Doch was vergessen?

betr.: ak 315: Moral statt Politik!

Lieber Kai, liebe Genossinnen,

liebe Genossen!

Ich hab meinen Kopf benutzt - und mir springt in fast jeder Zeile als Analyseergebnis (das nicht erwähnt wird) "Patriarchat" entgegen. Und es ist nicht meine Hoffnung, sondern meine Befürchtung, daß "vom Zusammenwachsen der Systeme (...) (es) zu (sehr) konkreten Bestimmungsstücken einer zukünftigen Gesellschafts- und Völkerordnung hinführt", die nach wie vor sexistisch sind, wenn die Analyse der "kapitalistischen und sozialistischen Varianten" die Frage nach Patriarchat, Sexismus, Zwangsheterosexualität ... und den dazugehörenden strukturellen und personellen Folgeerscheinungen soweit außen vorläßt, daß es nicht einmal benannt wird.

(Aber vielleicht meinst Du dies alles ja sowieso und glaubst es nicht mehr erwähnen zu müssen, weil es ja ach so klar ist. - Ich meine, als wesentlich(st)er Faktor unserer gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, muß es auch explizit genannt werden.)

Antipatriarchale Grüße

Lucia, Westberlin

Anti-deutsch ...?

betr.: ak 315: Weshalb die Linke ...

Die linke Alternative zu der im Wiedervereinigungstaumel zum Allgemeingut erhobenen, männermeinenden Formel "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" kann m.M.n. nicht die Scham über den Besitz eines deutschen Reisepasses sein. Scham darüber würde eine Akzeptanz der herrschenden Auslegung dessen, was als nationales Interesse der Deutschen zu gelten habe, nämlich das des BRD-Kapitals, bedeuten.

Internationalistin im Herzen der Bestie zu sein, setzt dennoch voraus, den bestehenden Nationalstaat als Ausgangsfeld des eigenen politischen Handelns zu betrachten und diesen im Interesse der ArbeiterInnen und der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen zu verändern. Linkssein ist doch ein Standort, der sich in der BRD auf die Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft auf diesem territorialen Gebilde bezieht. Insofern gibt es für mich ein nationales Interesse der Linken in der BRD, als es um die Umsetzung der sozialistischen Utopie und die Abschaffung der imperialistischen Herrschaft in diesem konkreten Land geht. Anti-deutsch sein hieße eben für mich, das Definitionsmonopol des deutschen Interesses der herrschenden Klasse (oder chauvinistischen Teilen der Arbeiterklasse) zu überlassen.

Die kulturrevolutionäre Antwort auf den Nationalismus hier kann nicht Schamgefühl oder emotional bestimmte Leugnung sein, sondern das entschiedene Eintreten für eine sozialistische, feministische, multikulturelle Gesellschaft als nationales Anliegen der Linken und damit ein Ende der Nutznießerschaft der Arbeiterklasse hier an der Ausbeutung der "3. Welt".

P./Ma

Begriffsprobleme

betr.: ak 315, Aufruf Radikale Linke

Da die nationalistische Entwicklung in der DDR und der BRD schneller ist, als man schreiben kann, war der "Aufruf der Radikalen Linken gegen Nationalismus und Wiedervereinigung" zum Zeitpunkt seines Erscheines bereits teilweise inaktuell (Modrow-Plan, neue Deutschland-Politik der SU, der von Bonn aus geführte Wahlkampf in der DDR u.v.m.).

Die Zielsetzung des Aufrufs bleibt natürlich richtig, wenn auch die Überschrift jetzt "gegen Chauvinismus und Anschluß Ostdeutschlands" heißen könnte.

Angesichts dieser für die radikale Linke in Ost und West lebensgefährlichen Entwicklung ist aber eine präzise internationalistische/antichauvinistische Arbeit der radikalen Linken gefordert.

Deshalb folgende Anmerkungen/Fragen zu einigen Aussagen des Aufrufs:

"Gleichzeitig ist das Wiederaufleben eines neuen großdeutschen ... Antisemitismus und verschärften Rassismus ... festzustellen." - Wo genau hat die Radikale Linke diese neue Qualität in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Desaster des Realsozialismus festgestellt?

"Alle Versuche, den Kapitalismus zu überwinden ... konnten von diesem bis heute niedergemacht werden." - Ist denn schon geklärt, ob das Scheitern des Versuchs des Sowjetismus innere Ursachen hatte? Was wäre z.B. geschehen, wenn 1968 Dubceks Sozialismus-Versuch sich durchgesetzt hätte und nicht von Sowjetpanzern niedergemacht worden wäre?

Bevor man Begriffe festschreibt, sollte man sie erklären. Ich bitte, den Begriff "Viertes Reich" sauber zu definieren, bevor wieder ein neues linkes Schlagwort entsteht, das niemand mehr hinterfragen darf.

Wir sollten ehrlich genug sein, zuzugeben, daß die SPD die polnische Westgrenze nie mehr antasten wird. Ob sie bereit wäre, sie zu verteidigen, steht auf einem anderen Blatt.

"Das nationalistische Going East verstellt den Blick auf die in der BRD anstehenden Probleme. Das sind u.a.: Die Zerstörung der Umwelt ..." - Richtig. Richtig ist aber auch, daß die BRD die gravierendsten ökologischen Probleme, die die DDR(-Bevölkerung) jetzt hat, durchaus zu lösen imstande ist (moderne Heizkraftwerke, Filteranlagen, Entsalzung von Werra und Elbe bis hin zum Katalysator für den Trabbi).

".. im Interesse der Lohnabhängigen und Ausgegrenzten. Von einem nationalistischen Taumel haben sie nichts als Nachteile." - Warum geben wir denn nicht zu, daß die in der Regel hochqualifizierten Arbeiter der DDR im BRD-Kapitalismus bessere materielle Bedingungen der Bedürfnisbefriedigung haben als im leider gescheiterten Arbeiter- und Bauernstaat? Wenn auch vielleicht nur bis zur nächsten Wirtschaftskrise des Kapitalismus, welche durch den Anschluß der DDR allerdings durchaus hinausgezögert werden könnte.

Trotzalledem - der Aufruf ist unterstützenswert. Auch wenn er nix nützen wird.

Alfred, Mainz

Sackgasse?

betr.: ak 314: Fusion BWK-VSP geplatzt

Die Haltung des KB zur Durchführung eines antiimperialistischen Kongresses am 31.3./1.4.1990

Jürgen schreibt in seinem Artikel "Fusion BWK-VSP überraschend geplatzt":

"Man kann nur wünschen, daß sich auch BWK und VSP an dieser Diskussion beteiligen und sich nicht aus dem Fusions-Frust in weitere Sackgassen flüchten: etwa in (...) allgemeinplätzlerische ‚Antiimperialistische Kongresse' mit der MLPD."

Ich bin kein regelmäßiger AK-Leser und weiß deshalb nicht, ob der AK schon einmal den Aufruf zur Durchführung eines antiimperialistischen Kongresses am 31.3./1.4.1990 dokumentiert hat, der mittlerweile von einer Vielzahl von Organisationen - darunter auch der ALL-Stuttgart - unterstützt wird.

Es geht darum, die vielen verstreuten Initiativen, die über die wahren Ziele der Europa- und Großdeutschlandpolitik des BRD-Imperialismus aufklären und etwas tun wollen, zu vereinheitlichen. Der Kongreß soll Antwort auf die Frage geben, welche organisatorischen Formen zu diesem Zeitpunkt für ein antimperialistisch/ internationalistisches Bündnis am zweckmäßigsten und praktisch durchführbar sind.

Anknüpfend an den Erfahrungen in der Anti-IWF-Weltbank-Kampagne von 1988 sollen Gruppen, die internationale Solidaritätsarbeit leisten, fortschrittliche KollegInnen und GewerkschafterInnen, die sich rechtzeitig gegen die mit den Europaplänen der Banken und Konzerne verbundenen Angriffe auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen wappnen wollen sowie Umweltschutzgruppen zusammenfinden. Dies mit dem Ziel

gemeinsam gegen die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen des Großmachtkurses des BRD-Kapitals aktiv zu werden. Auch der Kontakt zu anderen europäischen und DDR-Gruppen wird gesucht. In verschiedenen Arbeitsgruppen sollen die verschiedenen Bestandteile der Großdeutschland- und Europapläne des BRD-Imperialismus hinsichtlich

- DDR-Einverleibungspläne (im ursprünglichen Aufruf nicht enthalten)

- Entwicklung der Kriegsgefahr

- Arbeitswelt und soziale Lage

- Lage der Frauen in Europa

- Umweltzerstörung

- Abbau demokratischer Rechte und Staatsterror

- Rolle des Faschismus

- Intensivierung neokolonialistischer Strategien

- Veränderungen im Verhältnis Nationalstaaten in der EG

analysiert und um Klarheit gerungen werden.

Bei der Diskussion in der ALL Stuttgart, wo es darum ging, wie wir den Kongreß politisch einschätzen, fiel Jürgen dadurch auf, daß er die Großmachtpolitik des BRD-Kapitals, nur darin bekämpft sehen wollte, wo sie sich aktuell am deutlichsten ausdrückt: in den DDR-Einverleibungsplänen.

Den Zusammenhang zwischen den Großdeutschland- und Europaplänen des BRD-Imperialismus aufzuzeigen, daß die westdeutschen Banken und Konzerne ihre Europapläne und EG-Binnenmarktbestrebungen zum Anlaß nehmen wollen, soziale Rechte auszuhebeln, die Arbeiter in Europa und darüber hinaus noch mehr gegeneinander auszuspielen, Europa unter ihrer Vorherrschaft zu einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Groß- und Supermacht aufzubauen - wollte er absolut nicht. Deshalb wundert es mich nicht, wenn er in der Durchführung des antiimperialistischen Kongresses politisch eine Sackgasse sieht und wenn er den Kongreß beiläufig mit Einschätzungen wie "allgemeinplätzlerisch" niederputzt - wie aber steht der KB als Organisation dazu?

Wenn der KB darin eine Sackgasse sieht, so sollte dies auch politisch erklärt werden und der AK sollte es nicht bei dem Hinweis, daß die MLPD dabei mitmacht, bewenden lassen. Jürgen läßt alle anderen Organisationen und Einzelpersonen, die sich an dem Kongreß beteiligen, unter den Tisch fallen, womit er wohl den abschreckenden und falschen Eindruck bei den AK-Lesern erwecken will, es handle sich um kein gleichberechtigtes, sondern um ein MLPD-dominiertes Bündnis - ein äußerst "solidarischer" und vorwärtstreibender Stil unter Antiimperialisten!

Ralf, ALL-Antiimperialismus Arbeitskreis Stuttgart

Wohltat für Herz und Hirn

Betr.: Die Zeitung Arbeiterkampf

In so "düsteren Zeiten" sind Zeitungen wie die Eure (gibt's ja leider auch wenig genug) eine Wohltat für Herz und Hirn. Mut, Kraft und Ausdauer für Euch und uns alle.

Martin, Osnabrück

54. Vom Wert demokratischer Politikformen

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:16

"Die Macht des Wortes Demokratie - heute berufen sich fast alle politischen Ordnungen auf sie - beruht auf den tiefen Bedürfnissen der Volksmassen nach eigener Herrschaft", heißt es im Vorwort des Buches "Marxismus und Demokratie" des DDR-Rechtswissenschaftlers Uwe-Jens Heuer. Auf knappen 500 Seiten geht Heuer der Frage nach, welche theoretischen und praktischen Lösungen Marxisten zum Problem verwirklichter Volksherrschaft beigetragen haben.

Angesichts einer Entwicklung in allen europäischen Staaten des administrativ-bürokratischen Sozialismus, in deren Verlauf die Massen die Forderung nach Demokratie ebenso in den Mittelpunkt stellten wie die reformerischen Strömungen innerhalb der Kommunistischen Parteien, ist der Versuch, sich dem genannten Problem zu nähern, allemal bedeutsam. Mit Heuer hat sich zudem jemand an diese Aufgabe gemacht, der selbst einige Zeit unter Repressalien zu leiden hatte - Ende der 50er Jahre wurde seine wissenschaftliche Arbeit für zwei Jahre zur "Bewährung in der Praxis" unterbrochen - und der immer zu den produktiven Denkern unter den DDR-Gesellschaftswissenschaftlern gehörte.

Heuer bemüht sich in seinem Buch, die marxistische Theorie als Reflexion vorgefundener Realität und historischer Entwicklungen darzustellen. So geht Heuer, angefangen bei Marx und Engels, der Entwicklung der marxistischen Demokratie-Theorie nach. Es folgen Betrachtungen zum Streit zwischen Luxemburg und Bernstein. Aus Luxemburgs Formulierung von den "demokratischen Ingredienzien" der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zieht Heuer den Schluß, daß es einzelne bürgerlich-demokratische Formen gebe, die die Arbeiterklasse als Erbe in das neue politische System aufnehmen könne und müsse, denn "die Negierung bürgerlich-demokratischer Formen ist letztlich Negierung des Bedürfnisses der Arbeiterklasse nach politischem Bewußtsein, nach politischer Aktivität...". (134 ff.). Heuer folgt dann Lenins Beitrag zur marxistischen Demokratie-Theorie. Neben anderen Aspekten hebt Heuer hervor, daß Lenin die Ursachen für die Deformationen des jungen Sowjetstaates in den inneren Widersprüchen suchte. Das sei die wesentliche Abgrenzung zu Stalin und dessen gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die von einer Harmonie und Interessenidentität aller Gruppen innerhalb des Sowjetstaates ausgingen und Widersprüche ausschließlich auf dem Gebiet der Außenpolitik anerkannten. Soweit diese antagonistischen Widersprüche, über "Agenten" und "Spione", Eingang in die sowjetische Gesellschaft fanden, seien sie mit Mitteln des schärfsten Klassenkampfes behandelt worden. Die "Identitätskonzeption" schloß aus, politische Mechanismen, "Vermittlungen" zu suchen, um die unterschiedlichen, widersprüchlichen Interessen mit friedlichen Mitteln zu regulieren.

Das längste Kapitel ist der "Sozialistische(n) Demokratie in den 90er Jahren" gewidmet. Die langdauernde Existenz des "Sozialismus ... auf eigenen Grundlagen" mache es notwendig, "die vorhandenen Konflikte, unbeschadet ihrer Nutzung durch den Imperialismus, zunächst auf Schwächen im eigenen politischen System zurückzuführen, vor allem weil nur hier Korrekturen möglich sind" (321). Heuer bezieht sich positiv auf die sowjetischen Reformvorstellungen zur Demokratisierung des politischen Systems, weil nur auf diese Weise die "sozialistischen Produktionsverhältnisse" ganz entfaltet werden könnten. Dies sei die Voraussetzung für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte, die die "sozialistischen Länder" in der "größten Schlacht", der wirtschaftlichen, dringend bräuchten. Die Freisetzung von Individualität und Kreativität und die "Anerkennung der Vielfalt" von politischen Kräften (354) gehöre dazu ebenso wie Fortschritte bei der Formulierung sozialistischer Rechtsnormen, die nicht hinter die der bürgerlich-demokratischen Verfassung zurückfallen.

Heuers Buch enthält neben vielen anregenden Gedanken einige Schwach- und Leerstellen. Dazu gehören die Auslassung der demokratie-theoretischen Überlegungen der "Austromarxisten" Otto Bauer und Max Adler und die Unterschlagung aller Konzepte der "

Linken Opposition" unter Führung Trotzkis. Wenn Heuer schreibt, daß "unreife Verhältnisse ... eine unreife Theorie (hervorbrachten)" (235), dann wird den LeserInnen unterschlagen, daß Trotzki unter genau diesen "unreifen Verhältnissen" die Theorie über die Entstehung und Reproduktion der Bürokratie als besonderer Schicht zu höherer Reife brachte.

Nicht minder unzulänglich ist das Buch dort, wo Heuer sich gedankenlos dem Fortbestehen des Wertgesetzes im Sozialismus nähert und die "konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips" fordert (412), ohne auf diejenige Gruppe hinzuweisen, die dagegen am stärksten verstieß, die Bürokratie.

Obgleich die DDR, deren Reform Heuer im Blick hatte, kaum noch der Staat sein wird, in dem Heuers Vorstellungen realisiert werden könnten, lohnt sich das Lesen seines Werkes. Sich mit den inneren Widersprüchen der RGW-Staaten zu beschäftigen, ist umso dringlicher, je mehr bei frustrierten Linken die Auffassung um sich greift, das Ende des "administrativ-bürokratischen Sozialismus" sei Ergebnis einer großangelegten Destabilisierungskampagne des Imperialismus.

Otto Pirschel

Uwe-Jens Heuer,

Marxismus und Demokratie,

Nomos Verlagsgesellschaft,

Baden-Baden 1989, 492 S., DM 39,80.

55. Aufgeblättert: Broschüren-Vorstellungen

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak316/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:46

Die Rote Hilfe

Zeitung der Roten Hilfe e.V.

Seit nunmehr 15 Jahren existiert die Rote Hilfe e.V., eine bundesweite Organisation, die sich als überparteiliche Schutzorganisation für die gesamte Linke in der BRD versteht. Die über das gesamte Bundesgebiet verteilten Einzelmitglieder - in mehreren Städten gibt es auch Ortsgruppen - widmen sich der Solidarität mit politisch Verfolgten und dem Kampf gegen Repression. Seit Beginn ihrer Tätigkeit gibt die Gruppe die vierteljährig erscheinende Zeitschrift "Die Rote Hilfe" heraus, die - in einer Auflage von 2.000 Exemplaren und seit der ersten Ausgabe 1990 in verbesserter Aufmachung - der Berichterstattung von der "Repressionsfront", der Information über die Arbeit der Roten Hilfe und der Diskussion von Grundfragen der Anti-Repressionsarbeit dient.

Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe ist die Kampagne zu Aussageverweigerung. Daneben enthält sie eine Reihe von Prozeßberichten und Informationen zu Gesetzesvorhaben wie dem neuen Ausländergesetz.

Die Zeitschrift kostet 2,-DM pro Ausgabe. Bestellungen an: Rote Hilfe Literaturvertrieb, Postfach 6444, 2300 Kiel 14.

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Die Ausgabe Nr. 142 / Februar 1990 des FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen widmet sich dem Schwerpunkt "Die Integration der Frauen in den Entwicklungsprozeß - feministische Politik oder die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln". Daneben gibt es u.a. einen Konferenzbericht aus Tansania zu lesen, in dem es um alternative Entwicklungsstrategien für Afrika geht.

Die Zeitschrift kostet im Abo 36,- DM, das Einzelheft 3,- DM. Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1.

Israel & Palästina

Zeitschrift für Dialog

Der "deutschen Intifada" ist das Sonderheft 21 der Zeitschrift israel & palästina gewidmet. Herausgeber ist der Deutsch-israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK). Die Sonderhefte erscheinen zusätzlich zu der zweimonatlich erscheinenden regelmäßigen Ausgabe drei mal im Jahr zu besonderen Themenschwerpunkten. Das aktuelle, im Januar herausgekommene Sonderheft versammelt Beiträge, die sich mit den Novemberereignissen in der DDR und der drohenden "Wiedervereinigung" sowie der israelischen Reaktion darauf beschäftigen. Neben Presseübersichten sind Stellungnahmen u.a. von Elie Wiesel und David Horowitz nachgedruckt. Lea Fleischmann gibt in einem Gespräch ihrer Furcht vor dem deutschen Nationalismus Ausdruck, während Dan Diner in einem Interview mit der Zeitschrift HaAretz versucht, eine eher beschwichtigende Position zu beziehen.

Das Heft ist wie alle Sonderhefte zum Preis von 3,- DM bei der Geschäftsstelle des DIAK, c/o Christian Sterzin, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben zu beziehen. Ein Jahresabonnement kostet 40, - DM.

ALLES BANANE!?

Streitschrift und Info für radikale linke Politik

Das gesamte linke Spektrum vor Ort arbeitet ohne weitergehende Perspektive, während gleichzeitig ein verstärktes Informationsbedürfnis festzustellen ist, das geradezu danach drängt, in zielgerichtete politische Arbeit umgeformt zu werden. Das ist jedenfalls die Einschätzung einer Reihe Bielefelder Linker, die mit ihrem Zeitungsprojekt die Möglichkeiten spektrenübergreifender Information und Diskussion verbessern wollen. Themen der ersten Ausgabe sind die Expansionsbestrebungen des BRD-Imperialismus in Richtung Osten

sowie die steckengebliebene Auseinandersetzung mit der RAF. Hinzu kommen Berichte mit vorwiegend lokalpolitischen Bezügen.

Die Zeitschrift ist zum Preis von 2,-DM zu beziehen über: Redaktionskollektiv, Heeper Str. 132, 4800 Bielefeld 1.

Der Metzger

Satirisches Magazin

In unregelmäßigen Abständen erscheint seit 1968 (!) in Duisburg die Zeitschrift "Der Metzger". Die Februar-Ausgabe widmet sich vorrangig dem Problem des großdeutschen Nationalismus, wobei im Mittelpunkt eine ausführliche Betrachtung zu Leben und Werk Carl von Ossietzkys steht ("Gegen das Genesen am deutschen Wesen"). Eine Analyse der Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus von Siegfried Jäger sowie eine Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratisierung der Antifa-Bewegung komplettieren die Behandlung dieser Thematik.

Ein Abo dieser Zeitschrift läuft über acht Ausgaben und kostet 20,- DM und ist zu beziehen bei: Situationspresse Loeven & Gorny, Finkenstr. 56, 4100 Duisburg 1.

56. Türkei will Vormacht im Nahen Osten

Wasser als Waffe:

CD-Datei: daten/aksuche/ak316/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:22

Beginnend mit dem 13. Januar hat die Türkei für zunächst vier Wochen den Euphrat vollständig zur Füllung des Atatürkstausees abgeleitet - ungeachtet des heftigen Protestes der stromabwärts gelegenen Nachbarländer Syrien und Irak. Für sie ist mit der Sperrung des Euphratwassers eine Lebensader abgeschnürt: 70% der syrischen Stromversorgung hängt am Euphrat, und für den ganzen Norden des Landes ist er praktisch die einzige Bewässerungsquelle. Der Irak spricht von einer "Katastrophe", durch die Flußsperrung seien 1,3 Mio. Hektar Ackerland von der Austrocknung bedroht.

Mit der Drohung, den Hahn abzudrehen, hatte die türkische Regierung schon in der Vergangenheit immer wieder die Syrer zu erpressen versucht. Seit 1984 wurde über ein Abkommen über die Sicherung der Grenzen gegen "terroristische und separatistische Infiltration" und die Ausweisung mißliebiger Kurden aus Syrien verhandelt. Trotz einiger Goodwill- Erklärungen Syriens über eine engere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen (wozu auch die Auslieferung einzelner PKKler gehört haben soll) kam es 1986 nicht zur Paraphierung des schon vereinbarten Abkommens. Grund dafür seien nicht Vorbehalte des syrischen Regimes wegen einer Zusammenarbeit mit der Türkei gegen den kurdischen Befreiungskampf gewesen, sondern die mangelnde Bereitschaft der Türkei zu bindenden Zusagen in der Euphrat-Frage. (nach türkei-depesche 4-5/86) Im Frühjahr 87 - im Zuge eines Besuchs von Özal in Syrien - stellte die Türkei noch weitergehende Forderungen auf: ein "Hot Pursuit" Abkommen, "das den türkischen Streitkräften die Möglichkeit geben soll, die Kurden ins syrische Hoheitsgebiet hineinzuverfolgen". (Welt, 17.7.89) Im Irak, mit dem ein entsprechendes Abkommen besteht, hatte die türkische Luftwaffe wiederholt grenznahe kurdische Dörfer in Schutt und Asche gelegt. Weiter gefordert wurde die Auslieferung des (nach türkischen Angaben in Damaskus residierenden) PKK-Chefs Abdullah Öcalan an die Türkei, was die syrische Seite jedoch unter Hinweis auf dessen Status als politischer Flüchtling abgelehnt haben soll. (Tagesspiegel, 16.7.87) Zustande kam dann ein Vertrag über die gemeinsame Grenzsicherung, und der syrische Ministerpräsident al-Kasm erklärte, daß "Syrien keine gegen die Türkei gerichteten Operationen von seinem Territorium aus zulassen werde, ‚die entsprechenden Befehle` seien erteilt worden". (NZZ, 22.7.87) Im Gegenzug dafür erhielten die Syrer von Özal die Zusage, ein Minimum von 500 Kubikmeter Euphratwasser pro Sekunde durchzulassen.

Mit der Vollsperrung hat die Türkei unverhüllt die damalige Abmachung aufgekündigt. Noch im Oktober hatte Özal mit der Sperrung des Wassers gedroht, wenn Syrien weiter die PKK unterstütze. Nun beteuerte er mit Blick auf das internationale Ansehen der Türkei, für die aktuelle Wassersperrung gebe es keinerlei politische Gründe. Zugleich freilich wurde erklärt, eine Verkürzung des Staus sei möglich - bei syrischer Bereitschaft zu "wesentlich effektiveren Sicherheitsmaßnahmen". Andererseits allerdings, "wenn die Umstände es erfordern", könne eine längere Aufstauung erforderlich sein. (Spiegel, 1/90) Und zynisch noch einen drauf: "Wir zeigen unseren guten Willen. Wir schneiden sie (die Syrer) nicht für immer ab." (Welt, 9.1.90)

Das Abschneiden der Wasserversorgung trifft Syrien zu einem kritischen Zeitpunkt: Der letzte, extrem heiße Sommer hatte eine schwere Dürre mit sich gebracht. Die Getreideproduktion sank drastisch ab, und Syrien, früher selbst Exporteur, mußte 1989 zu hohen Weltmarktpreisen Getreide einführen. Dazu kommt, daß der syrische Assad-Stausee wegen chronischen Wassermangels auf einen Tiefststand abgesunken ist. Schon 1986 konnten nur 30 bis 40 Prozent der Turbinen tatsächlich genutzt werden. Letztes Jahr mußten syrische Städte stundenlange Strom- und Wassersperren hinnehmen.

Auch der Irak ist von der Wassersperrung betroffen. Die türkischen Maßnahmen gefährden die Übereinkunft, die zwischen Syrien und dem weiter stromabwärts gelegenen Irak über die Wasserverteilung besteht. Die Türkei kann hier als lachender Dritter zusehen, wie sich zwischen den beiden Nachbarstaaten Konfliktpotentiale aufbauen, die schon 1975, beim Bau des Assad-Staudamms, an den Rand eines Krieges geführt hatten.

Wenn das GAP-Projekt verwirklicht ist, soll der Euphrat nur noch ein Drittel der früheren Wassermenge nach Syrien und weiter in den Irak führen. Zudem wird das Wasser zu großen Teilen schon in der Türkei

landwirtschaftlich genutzt, womit zu erwarten ist, daß der Salzgehalt erheblich ansteigen wird. Dazu kommt die Verschmutzung durch Abwässer aus den projektierten Industrieansiedlungen.

Eine ganze Serie geplanter und in Bau befindlicher Staudämme und Bewässerungsprojekte am Tigris wird für den Irak die Lage noch einmal drastisch verschärfen, da dann auch seine zweite Hauptwasserader zu versiegen droht. Schon jetzt fühlt sich die Türkei so weit überlegen, daß sie im Hinblick auf das kurdische Grenzgebiet den Irak mit ultimativ gehaltenen Forderungen traktiert, er solle "mit allen Mitteln Vorfälle verhindern, die die bilateralen Beziehungen trüben könnten". Ansonsten sei die türkische Regierung "fest entschlossen, zum Schutz des türkischen Bürgers und Territoriums entsprechende Maßnahmen zu ergreifen" (so das Organ des türkischen Presse- und Informationsamtes, New Spot, am 30.11.89).

Für die Türkei ist das GAP-Projekt integriert in die Anstrengungen, zur wirtschaftlich und politisch beherrschenden Macht in der Region zu werden. Das Wasser wird dabei als strategischer Hebel angesehen. Während einerseits GAP die Möglichkeit bietet, kurzfristig und dosiert die entscheidenden Wasseradern für die Nachbarländer austrocknen und wieder anschwellen lassen zu können, sind andererseits zwei Wasserpipelines geplant, um das kostbare Naß teuer an die arabischen Staaten zu verkaufen. "Die erste Leitung könnte nach Plänen einer westlichen Firma über Aleppo, Hama und Homs nach Damaskus, dann weiter nach Jordanien und in den Norden Saudi-Arabiens führen, die zweite durch den Irak nach Kuwait und von dort weiter in die saudische Ostprovinz al Hasa und in die Vereinigten Arabischen Emirate." (FAZ, 21.7.87) Das Wasser soll zwei Flüssen entnommen werden, die bei Adana ins Mittelmeer fließen. Das Projekt soll nach den Vorstellungen Ankaras von der Weltbank und arabischen Banken finanziert werden. Ein anderes Projekt, das in Israel bereits vorbereitet wird, verspricht schneller bares Geld: In riesigen, bis zu 800 m langen Plastikcontainern mit einem Fassungsvermögen von bis zu 2 Mio. Kubikmetern soll Wasser wie mit Lastkähnen übers Meer nach Israel geschleppt werden. (Jerusalem Post, nach TOBB 11- 12/89)

Die hemmungslose Monopolisierung der Wasserressourcen durch die aufstrebende Regionalmacht Türkei schafft jedoch nicht nur wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten; sie könnte den solcherart erpreßten Nachbarstaaten auch militärische Gegenaktionen angemessen erscheinen lassen.

In den imperialistischen Zentren ist die Wasserfrage schon seit einigen Jahren Ausgangspunkt von Kriegs- und Krisenszenarien. 1986 sprachen Wissenschaftlerinnen der Georgetown-Universität davon, daß Wasserknappheit im Laufe der nächsten zehn Jahre "einer der Krisenflammpunkte der Welt" würde. (Hamburger Abendblatt, 13.12.86) Das Washingtoner Zentrum für strategische und internationale Studien nannte in einer jüngst veröffentlichten Studie drei große Konfliktzonen: das Nilbecken mit Ägypten, Sudan, Äthiopien und Uganda als konkurrierende Nutzer; das Einzugsgebiet des Jordan, das Israel, das besetzte Westjordanland, den Libanon, Jordanien und Syrien umfaßt und wo der gewaltige Bewässerungsbedarf der israelischen Landwirtschaft von der Substanz der Grundwasservorräte zehrt; und eben das Flußsystem von Euphrat und Tigris. In Auseinandersetzungen um die Verteilung der immer knapper werdenden Wasservorräte könnte nach Einschätzung des Washingtoner Zentrums "noch vor dem Beginn des 21. Jahrhunderts ein Krieg ausbrechen, wie ihn die gesamte Region bisher nicht erlebte". (nach Welt, 9.1.90)

Schon hat Syrien die Frage der 1939 von der Türkei annektierten Provinz Hatay wieder aufs Tapet gebracht und mit dem (selbstredend zutiefst bedauerten) Abschuß eines türkischen Flugzeuges die Bereitschaft zu einer härteren Gangart in der Auseinandersetzung signalisiert. Die in den Vereinigten Arabischen Emiraten erscheinende Zeitung "al Bayan" schrieb sogar, es werde "zu einem Krieg kommen, falls das Problem nicht gelöst werde", und rief zu einer Aktionseinheit der arabischen Länder in der Wasserfrage auf. (nach FAZ, 18.1.90)

jo

57. SPENDEN-ERGEBNIS

CD-Datei: daten/aksuche/ak316/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:37

Seit dem ersten Spenden-Aufruf in AK 312, vom 13.11.89, sind folgende Spenden eingegangen:

Summe bis AK 314 40.311,-

W.Sch., Aachen 500,-

Ch.Sch., Wien 100,-

Alt-Sympi-Zelle 1.010,-

m., Westberlin 250,-

KB Aschaffenbg. 150,-

V.L., Westberlin 100,-

P.D. + No., HH 200,-

KB Harburg 860,-

B.J-B., Hamburg 100,-

H.D., Hannover 20,-

KB Göttingen 700,-

U.Sch., Hmb. 300,-

P.H., Hamburg 200,-

Ress. 100,-

Jo.Di. 50,-

KB Bielefeld 100,-

A.E., Trier 100,-

KB Würzburg 100,-

U.S., Westberlin 200,-

P., Ulm 50,-

KB Nürnberg 5.000,-

KB Braunschweig 700,-

F.P., Hamburg 200,-

KB Köln 2.100,-

M.S., München 100,-

KB Dortmund 1.950,-

KB Frankfurt 300,-

KB Bonn 500,-

H.G., Kampen 100,-

Ma., M.-Gladbach 500,-

C.N. Westberlin 100,-

A.P., Würzburg 100,-

R.K., Heidelbg. 50,-

W.K., Sympi-Alt 130,-

K-P.D., Tüb. 1.000,-

W., Eimsbüttel 500,-

D., Eimsbüttel 100,-

J., Eimsbüttel 200,-

T., Eimsbüttel 150,-

Summe bis AK 316 59.251,-

Wir danken allen Spendern für dieses großartige Spendenergebnis.

58. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak316/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:47

Solidaritätsbrigade für Cuba

Zum 16. mal bietet das "Cubanische Institut für Völkerfreundschaft" (ICAP) im September dieses Jahres über 300 Personen aus 14 westeuropäischen Ländern die Möglichkeit, während eines vierwöchigen Arbeitseinsatzes auf Cuba Land und Leute kennenzulernen. Die internationale Gruppe, nach dem cubanischen Nationalhelden Brigade "José Marti" genannt, wird in der Umgebung von Havanna auf Baustellen und Plantagen arbeiten sowie eine Rundreise in einer cubanischen Provinz unternehmen. Außerdem stehen Gespräche mit Vertretern politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie kulturelle Aktivitäten auf dem Programm. Die Teilnahmekosten betragen ca. 2.000,- DM; Bewerbungen nimmt ab sofort entgegen:

Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1, Tel. 0221/131836.

Grenzland-Filmtage

Die 13. Internationalen Grenzland-Filmtage finden in der im Dreiländereck CSSR, DDR und BRD gelegenen oberfränkischen Stadt Selb vom 19. bis 22. April statt. Auf dem Programm stehen rund 50 Spiel-, Kurz- und Dokumentarfilme aus zahlreichen Ländern, wobei einen Schwerpunkt traditionell die Filme aus Osteuropa bilden. Die Werkschau ist dem populären sowjetischen Regisseur Eldar Rjasanow gewidmet, dem letzten Schüler Sergej Eisensteins. Wie Rjasanow werden auch viele andere Filmschaffende ihre Arbeit selbst vorstellen und mit dem Publikum diskutieren.

Nie wieder Deutschland! Demonstration gegen deutschen Nationalismus, gegen die Annexion der DDR und die Kolonisierung Osteuropas am 12.5.90

Am Samstag, den 3.3.90 fand in Bonn ein Bündnistreffen zur Vorbereitung einer bundesweiten Demonstration gegen Wiedervereinigung, Nationalismus und die Kolonisierung Osteuropas statt. Das anwesende Spektrum bestand aus Vertretern der Radikalen Linken, VSP, BWK, linke Grüne, autonomen Teilnehmern aus Frankfurt, KB, DKP, SDAJ, JUDOS, Beobachter der DS, MLPD, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Bonner Friedensplenum, GAL Hamburg, GAL Münster, linke Gewerkschafter, AntiFa Bonn, AntiFa Düsseldorf, Dorthee Piermont, grüne Abgeordnete im Europa- Parlament, Jüdische Friedens-Ini Bonn, Gemeinsam gegen Neofaschismus, BUKO Hamburg und linken Einzelpersonen.

Dieses Bündnis hat nach längerer Debatte mehrheitlich eine bundesweite Demonstration beschlossen unter dem Motto: Nie wieder Deutschland! Demonstration gegen deutschen Nationalismus, gegen die Annexion der DDR und die Kolonisierung Osteuropas. Sie wird am 12.5.90 in Frankfurt stattfinden; ein Trägerkreis vor Ort hat sich bereits getroffen.

Beim nächsten Treffen am 16.3.90 in Bonn wird es um die Diskussion eines Demonstrationsaufrufes gehen. Der Entwurf ist über das Büro von Siggi Frieß (MdB der GRÜNEN), Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/163538 zu erhalten. Am 8.4.90 findet das nächste Bündnistreffen in Frankfurt statt (Umlandverband Frankfurt, c/o Die Grünen, Am Hauptbahnhof 18, Eingang Karlstraße.

Weitere Informationen für Gruppen und Einzelpersonen über Siggi Frieß (s.o.)

Treffen der Mittelamerikagruppen

Vom 16. bis 18. März wird in Köln im Schillergymnasium, Nikolausstr. 55 das nächste Bundestreffen der Mittelamerikagruppen stattfinden. Zentrale Themen werden sein: Feministischer Internationalismus, Zentralamerika zwischen US-Intervention und Befreiungskampf, die EG in Zentralamerika, Nicaragua nach den Wahlen. Arbeitsgruppen zu weiteren Themen sind geplant. Anmeldung und Information bei

Nicaragua-Koordination Köln, Berrenrather Str. 359, 5000 Köln 41, Tel. 0221/443818 oder Jutta Klaß, Tel. 0221/730365.

BRD ohne Armee

In den letzten Monaten haben sich in der BRD viele BoA(BRD ohne Armee)-Initiativen gegründet. Verschiedene Arbeitsansätze wurden entwickelt, die auf einem Kongreß "Für eine BRD ohne Armee" im Herbst 1990 diskutiert und koordiniert werden sollen. Die Idee für diesen Kongreß entstand auf einem Treffen von WehrpflichtgegnerInnen aus Ost und West am 10./11. Februar in Berlin und Westberlin. Zur Vorbereitung des Kongresses sind alle Einzelpersonen, Gruppen und Verbände eingeladen, die die Bundeswehr abschaffen wollen. Die in- haltliche und organisatorische Vorbereitung ist Gegenstand eines ersten Vorbereitungstreffens, das am 22. April in Frankfurt stattfindet.

Ort: Bürgerhaus Bornheim, Clubhaus 4; Zeit: 11.00 bis 17.00 Uhr. Anmeldungen an : Kongreßvorbereitung Herbst 90 "Für eine BRD ohne Armee", Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. 069/431440 oder 069/4980394.

59. Solidarität mit Roma und Cinti und ein Streit darüber, wie diese zu üben ist

CD-Datei: daten/aksuche/ak316/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:316:52

Es geht hoch her zwischen der Roma und Cinti-Union (RCU) und Teilen der westdeutschen Solidaritätsbewegung in Hamburg. Von "Verrat" und "Mauscheleien" einerseits, von "

Bevormundung" und "Antisemitismus" andererseits ist die Rede.

Wir veröffentlichen in diesem AK eine Stellungnahme von Yaron Matras, Mitglied der RCU und eine Antwort der AG Rassismus, von Genossen des KB, die in der Hamburger Initiative Bleiberecht mitarbeiten.

Der Text von Yaron Matras lag schon zum letzten AK vor. Wir haben die Veröffentlichung verschoben, um der AG Rassismus Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Leider war es uns nicht möglich, Yaron Matras deren Antwort rechtzeitig vor der Veröffentlichung zukommen zu lassen. Er ist zur Zeit verreist. Wir wollten die Veröffentlichung aber nicht noch einmal hinausschieben.

HH, ak-Redaktion